

Das postsowjetische Dorf als (verschwindende) Nische in der Weltgesellschaft

Das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Studie richtet sich auf Strukturen und Ordnungen der Kommunikation, die sich in ländlichen Gemeinden Russlands im Kontext politischer und wirtschaftlicher Transformationsmaßnahmen und speziell der jüngsten Reform kommunaler Verwaltung aus dem Jahr 2006 herausbilden. Im ersten Argumentationsschritt wurde mit der Analyse der Strukturmerkmale des sowjetischen Dorfes nicht nur der theoretische und inhaltliche Boden bereitet, um dieses Erkenntnisinteresse mit Blick auf die gegenwärtige postsowjetische Transformationsgesellschaft weiter zu verfolgen, sondern auch die Relevanz ländlicher Gemeinden als Beobachtungsgegenstand hergeleitet. In ihnen, so ließ sich zeigen, spiegelt sich exemplarisch die Funktionslogik der sowjetischen Organisationsgesellschaft, kommen doch beim Zusammenspiel von landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben, Gemeindeverwaltungen und privaten Hoflandwirtschaften die Reichweiten und Grenzen des sozialistischen Gesellschaftsprogramms zum Ausdruck. Wirtschaftliche Privatisierungs- und politische Dezentalisierungsmaßnahmen stellen einen wesentlichen Kontrapunkt zu diesen Strukturen dar. Das von ihnen ausgehende Irritationspotenzial verspricht daher Einsichten in die Logiken postsowjetischer dörflicher Kommunikationszusammenhänge. Woraufhin dabei zu beobachten ist, wurde im zweiten Argumentationsschritt vor dem doppelten Hintergrund einer differenzierungstheoretischen Perspektive auf die Phänomene politischer Dezentralisierung und kommunaler Selbstverwaltung einerseits und den Inhalten des Gesetzes Nr. 131 »Über allgemeine Prinzipien der Organisation lokaler Selbstverwaltung in der Russischen Föderation« als jüngstem Reformschritt in diesem Bereich andererseits konkretisiert. Ergebnis dieser Überlegungen sind vier Leitaspekte – Formen der Inklusion und Exklusion, Entscheidungen sowie Lern- und Anpassungsprozesse von Organisationen, der Umgang mit Formalität und Informalität sowie räumliche Integration und weltgesellschaftliche Strukturen –, auf die hin das empirische Material nun zu beobachten ist. Letzteres umfasst rund 58 Stunden aufgenommene mündliche Kommunikation (darunter im Wesentlichen Interviews, aber auch Mit-

schnitte von Versammlungen, Sitzungen und ähnlichem), offizielle Protokolle von Gemeindeversammlungen und Gemeinderatssitzungen einer ländlichen Gemeinde für die Jahre 2005 bis 2009, thematisch selektierte Auszüge einer Lokalzeitung für den Zeitraum von 2002 bis Anfang 2010, Statistiken, Bild- und Filmmaterial sowie knapp 100 Seiten Feldtagebuch, die im Rahmen von drei mehrwöchigen Feldaufenthalten entstanden und zusammengetragen worden sind. Angesichts der empirischen Materialfülle und -diversität stellt sich für die Auswertung nicht nur die Frage des methodischen Zugangs, sondern auch das Problem der Auswahl und Gliederung.

Auf die *Methodenfrage* gehe ich im folgenden ersten Teilkapitel ein, das in Form eines Prologs an den Implikationen ansetzt, die sich aus der Systemtheorie als empirischem Forschungsprogramm ergeben, und davon ausgehend die Form der methodischen Umsetzung begründet und erläutert, die ich für die vorliegende Studie gewählt habe. Schließlich bietet das Kapitel auch einen ersten Einblick in »mein Feld«, ebenjene ländlichen Gemeinden, auf die sich die empirische Analyse bezieht.

Meine Lösungsvariante des *Selektions- und Gliederungsproblems* spiegelt sich in den vier daran anschließenden Teilkapiteln: Bereits zu Beginn meines ersten Feldaufenthalts hatte ich die Erfahrung gemacht, dass Fragen, die sich unmittelbar auf Aspekte kommunaler Selbstverwaltung richteten, bei meinen Interviewpartnerinnen und -partnern kaum »zündeten« und oftmals nur ein Schulterzucken oder – und dies gilt vor allem für Mitglieder der Gemeindeverwaltungen – lediglich weitgehend belanglose Floskeln hervorriefen. Als eine Reaktion darauf änderte ich meine Strategie: Anstatt »meine« Themen und theoretischen Kategorien explizit an mein Forschungsfeld heranzutragen, ließ ich die Interviews, informellen Gespräche und meine Beobachtungen inhaltlich von jenen Ereignissen leiten, die während meiner Feldaufenthalte in den Gemeinden Diskussionsthemen waren und als solche mit unterschiedlicher Intensität für Aufregung sorgten. Auf diese Weise kristallisierten sich vier Episoden heraus, die auf den ersten Blick sehr unterschiedlich wirken, bei näherem Hinsehen und vor dem Hintergrund der oben genannten Leitaspekte jedoch eine Reihe von Verknüpfungen aufweisen und sich im Hinblick auf mein Erkenntnisinteresse zu einem Gesamtbild zusammenfügen lassen: In der ersten Episode, die durch ein Flugblatt ausgelöst wurde, das im Zusammenhang mit der Kandidatur des Kolchosvorsitzenden für ein politisches Amt im Dorf verteilt wurde, geht es um Kommunikations- und Kooperationsformen zwischen Gemeindeverwaltung und ehemaligem Kollektivbetrieb primär im Bereich der lokalen Infrastruktur. Ansatzpunkt für die zweite Episode ist der Prozess des Anschlusses der Gemeinden an das Gasnetz, der sich während meiner Forschungsaufenthalte in meinem Forschungsgebiet vollzog. Im Fokus der dritten Episode steht eine Agroholding als für das ländliche Russland neuartiger Betriebstyp, die sich ebenfalls während meiner Aufenthalte in einem der Dörfer zu etablieren begann.

Die vierte Episode dreht sich schließlich um eine Reihe von Ereignissen, die durch das Kaufinteresse ebenjener Agrohholding an Agrarland ausgelöst wurden. Gesetz Nr. 131, dessen Inhalte bereits dargestellt wurden, dient mir dabei nicht per se als Untersuchungsgegenstand, sondern spannt zum einen den allgemeinen Hintergrund meiner Beobachtungen auf und fungiert zum anderen als Instrument der Aufmerksamkeitssteuerung, das den Blick immer wieder auf Anknüpfungspunkte der beobachteten Kommunikation an formale Gesetzesregelungen lenkt.

Die Gegenstandsnahe dieser vier Episoden, in denen theoretische Kategorien zwar durch die empirische Analyse hindurch gelegt werden, sich jedoch tendenziell im Hintergrund halten, fängt der abschließende Epilog wieder auf: Die genannten Leitaspekte kommen hier noch einmal explizit zum Tragen und werden zum Ausgangspunkt, um von den gegenständlichen Beschreibungen zu abstrahieren und die zentralen Erkenntnisse daraus in den breiteren Kontext der Studie einzuordnen.

PROLOG: METHODOLOGISCHE VORBEMERKUNGEN

Hartnäckig haftet der Systemtheorie der Ruf mangelnder Empiriefähigkeit an. Leider wird dieser Ruf nur selten expliziert und noch seltener begründet, so dass sich der Verdacht aufdrängt, dass die Kritik vielfach nur auf oberflächlicher Textlektüre basiert (vgl. als eine der wenigen Ausnahmen Knorr Cetina 1992; als Reaktion darauf Nassehi 2004). Einer von vielen Gründen für die Vorbehalte mag sein, dass beispielsweise Vertreterinnen und Vertreter ethnographischer Forschung, wie Lee (2007) freimütig einräumt, angesichts von Luhmanns zur Schau gestelltem »Antihumanismus« bereits nach wenigen Seiten das Interesse an der Lektüre systemtheoretischer Texte verlieren – und notabene trifft Lee diese Anmerkung aus einer generell wohlwollenden Haltung gegenüber der Systemtheorie heraus und im Kontext eines überzeugenden Versuchs, die Systemtheorie für qualitativ-empirisches Forschen in den Sozialwissenschaften und speziell für die Ethnographie fruchtbar zu machen:

»Some may have lost interest as early as page 35, immediately after Luhmann announces that his project intends to develop a ›radically antihumanistic‹ concept of society. Ethnographers have trained one another to observe actors; why would they read a 1200 page book outlining a sociology that excludes people from society?« (Lee 2007: 457)

Doch nicht nur die Skepsis darüber, dass die Systemtheorie Menschen – den vermeintlich wichtigsten Gegenstand jeder sozialwissenschaftlichen Forschung – in die Umwelt sozialer Systeme platziert, ist in Disziplinen wie der Ethnologie oder der Humangeographie, die Menschen in ihren Bezügen zur Kultur oder zum Raum

zentral stellen, verbreitet anzutreffen (vgl. z.B. Gershon 2005; auch die Verweise in Lee 2007). Mit Blick auf die empirische Eignung der Systemtheorie wird darüber hinaus regelmäßig pauschal auf den Abstraktionsgrad und den technischen Charakter systemtheoretischer Begriffe verwiesen: »Luhmann's theory can be seen as part of the age-old dream to give life to the machine, in this case the machinelike system. [...] I take these intellectual and cultural phenomena as further signs of the capitulation of autonomous life to the automaton« (Halton 1992: 35; vgl. auch Lee 2007: 460). Ein korrespondierender Vorwurf lautet, dass die Systemtheorie sich wie andere Theorien hoher Komplexität der empirischen Überprüfbarkeit generell entziehe (z.B. Amann/Hirschauer 1997: 11; vgl. auch Egner 2010: 11).

Bei diesen und anderen Vorbehalten fällt auf, dass die eingespielte Trennung zwischen Theorie und Empirie so stark gemacht wird, dass die Gemeinsamkeiten beider Seiten und ihr ko-konstitutiver Bezug regelhaft aus dem Blick geraten (Nassehi/Saake 2002: 69ff; Nassehi 2008: 79ff): Versteht man Theorie als das Handhaben von Unterscheidungen, dann drängt sich die Frage nach dem Bezug dieser Unterscheidungen förmlich auf. Und dieser Bezug weist in der Regel über die Theorie hinaus auf eine ihr äußerliche Wirklichkeit. Gleichwohl das auch eine andere Theorie sein kann, wird deutlich, dass gute Theorie – also das kritische Operieren mit Unterscheidungen und Begriffen – sich niemals selbst genügt oder sich Selbstzweck sein kann. In diesem Sinne geht es auch der Systemtheorie, die sich weniger als homogener Block denn als ein lose gekoppeltes Theorienetzwerk verstehen lässt,¹ um das Verstehen und Erklären gesellschaftlicher Wirklichkeiten (Stichweh 2010: 21ff).

Wenn es also das Ziel ist, Gesellschaft besser zu verstehen und neue Einsichten zu vermitteln, sind Theorien Instrumente der Beobachtung von Gesellschaft und damit stets »empirisch«. Eine solche Perspektive wird auch bei Luhmann deutlich, dessen Systemtheorie die Distanz zwischen der Gesellschaft und ihrem wissenschaftlichen Beobachter einebnet (Stichweh 2010: 18). Wissenschaft vollzieht sich als gesellschaftliche Operation und (sozial-)wissenschaftliche Beobachtungen sind damit stets Selbstbeobachtungen der Gesellschaft. Die Systemtheorie ist in diesem Sinne von vornherein (auch) als Methode angelegt, die auf den systematischen Vergleich funktionaler Äquivalente im Hinblick auf gesellschaftliche Strukturbildungen zielt (Stichweh 2010: 17; zum Äquivalenzfunktionalismus vgl. Luhmann 2009 [1962], 2009 [1964]).

-
- 1 Stichweh (2010: 21ff) hebt vier Elemente dieses Netzwerk hervor: (1) Die allgemeine Theorie sozialer Systeme, (2) die Systemtheorie als Gesellschaftstheorie, die wiederum die Differenzierungstheorie, die Theorie soziokultureller Evolution, die Kommunikationstheorie und die Theorie der Selbstbeobachtung von Systemen umfasst, (3) die Interaktionstheorie und (4) die Organisationstheorie.

Die Systemtheorie als empirisches Forschungsprogramm und die ethnographische Perspektive

Die grundlegende und zentrale methodologische Vorgabe der Systemtheorie lässt sich in zwei an das empirische Material zu richtende Fragen zusammenfassen: Wie wird beobachtet? Welche Anschlussmöglichkeiten werden eröffnet oder restringiert, welche realisiert oder unterlassen? Es geht mit anderen Worten darum, Beobachter auf die von ihnen getroffenen Unterscheidungen hin zu beobachten und dabei (Un-)Regelmäßigkeiten auszumachen. Beobachtungsgegenstand ist Kommunikation respektive das Anschließen von kommunikativen Operationen in Form des »rechtzeitlichen Nacheinanders von Ereignissen« (Nassehi 2008: 88). Dabei gilt die Grundannahme, dass jede Aussage – ob theoretisch, empirisch oder methodisch – stets beobachterabhängig ist und auch vermeintlich »harte« Daten eine Form von Beobachtungen sind, die das, was sie sehen (nicht aber die gesellschaftliche Wirklichkeit an sich), selbst erzeugen. Soziologie ist damit immer auch Gegenstandskonstitution, so dass sich die Frage aufdrängt, »wie der wissenschaftliche Beobachter seinen Gegenstand durch Beobachtung konstituiert« (Nassehi/Saake 2002: 70). Lösen lässt sich dieser Zirkel auch durch qualitative Forschungsdesigns nicht, aber mit Hilfe von Methoden lässt sich zumindest kontrolliert beobachten und Kontingenz durch Regeln reduzieren (wobei die Art und Weise dieser Kontingenzreduktion dann wiederum (methodologisch) beobachtet werden kann) (Nassehi 1997: 156, 2002: 70).

In der empirischen Forschung geht es vor diesem Hintergrund um zweierlei: *Erstens* stellt die wissenschaftliche Beobachtung darauf ab etwas zu sehen, was den Handelnden in ihrer Praxis selbst in der Regel nicht bewusst ist (Nassehi 2008: 89), indem sie eine zu den beobachteten Systemen inkongruente Perspektive einnimmt (Luhmann 1984: 88). Eine solche inkongruente Perspektive, das »anders beobachten«, ist keinesfalls mit »besser wissen« gleichzusetzen oder zu verwechseln. An dieser Stelle lässt sich Karl Mannheims Unterscheidung zwischen dem reflexiven oder theoretischen Wissen der Akteure einerseits und ihrem handlungspraktischen, inkorporierten oder atheoretischen Wissen andererseits aufgreifen:²

»Die sozialwissenschaftlichen Interpret(inn)en im Sinne der Mannheim'schen Wissenssoziologie gehen also nicht davon aus, dass sie mehr wissen als die Akteure oder Akteurinnen, sondern davon, dass letztere selbst nicht wissen, was sie da eigentlich alles wissen, somit also über ein implizites Wissen verfügen, welches ihnen reflexiv nicht so ohne weiteres zugänglich ist.« (Bohnsack/Nentwig-Gesemann/Nohl 2007b: 11)

2 Eine alternative Bezeichnung unterscheidet zwischen kommunikativ generalisiertem und handlungspraktischem Wissen (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2009: 275).

Nimmt man diese Unterscheidung von zwei Wissensformen zum Ausgangspunkt, besteht die Aufgabe sozialwissenschaftlicher Beobachtung darin, dieses implizite oder atheoretische Wissen der Akteure zu explizieren. Sofern dies gelingt, wird es möglich, latente Strukturen zu »entbergen« (Nassehi 1997: 154), also diejenigen Unterscheidungen zu visibilisieren, die der Kommunikation zugrunde liegen und für die sie selbst blind ist, denn »[l]etztlich sucht Sozialforschung stets nach Unsichtbarem – nach Unsichtbarem in dem Sinne, daß es nicht das Offensichtliche allein ist, das den sozialen Sinn eines Geschehens ausmacht« (Nassehi 2008: 89).

Zweitens kann davon ausgegangen werden, dass beobachtbare Kommunikationslösungen oder Bearbeitungsmodi für grundsätzlich benennbare Probleme darstellen. Ziel der Analyse ist daher nicht allein die Explikation des Praxiswissens, sondern auch das Aufzeigen des Verhältnisses von Problem und Lösung, wobei beide – also Probleme und Lösungen – kontingent gesetzt werden. Den Übergang von ex ante festgelegten, der Empirie vor- und übergeordneten Bezugsproblemen (im Sinne Parsons) hin zu einem Verständnis von Problemen und Lösungen als Produkten der Kommunikation, die sich erst im Vollzug der Kommunikation konstituieren, bringt Nassehi (vgl. v.a. 2008) als neue Lesart des Funktionalismus ins Spiel, den er methodisch fruchtbar zu machen versucht. Angelegt ist diese Wendung der funktionalen Analyse allerdings bereits bei Luhmann (vgl. z.B. 2009 [1964]: 49ff), der im Kontext seiner Ausführungen zum Äquivalenzfunktionalismus von Ursachen und Wirkungen (anstelle von Problemen und Lösungen) spricht. Auch bei Merton (1995 [1949]) finden sich vergleichbare Überlegungen. Beide, Luhmann und Merton, gehen ebenfalls nicht von vorempirischen Bezugsproblemen aus, die es zu lösen gilt, sondern beobachten (variable) Probleme und Lösungen im Horizont der Stabilität sozialer Systeme und der Art der Gestaltung der System-Umweltbeziehungen:

»Das Problem mag subjektiv formuliert sein als Unkenntnis der Lösung. Man kann aber auch in Gegenrichtung vorgehen und zu einem bekannten Sachverhalt das Problem suchen, das diesen Sachverhalt als Lösung erscheinen läßt und eventuell die Suche nach anderen Problemlösungen stimulieren kann.« (Luhmann 1990: 421)

Lösungen vollziehen sich immer dann, wenn Kommunikation Anschlussfähigkeit generiert, also im Kommunikationsprozess soziales oder operatives Verstehen erfolgt (Nassehi 1997: 143, 2008: 95). Ausgehend von der Beobachtung von Lösungen lässt sich dann nach den zugrundeliegenden Problemkontexten fragen und daran anschließend nach Folgeproblemen, die sich ergeben und für die wiederum Lösungen gefunden werden müssen (vgl. die »Problemstufenforschung« bei Luhmann 2009 [1962]: 28):

»The ordered realty of a social system may be sociologically described from the perspective of *operative functionalism*. What can we learn about a system if we imagine that its operations create and solve a particular problem with a particular solution? What can we gain by comparing and contrasting different problems and solutions? With this strategy, the ethnographer documents the system as an imaginary unity of different operations that self-describes its recurrent problem and accounts for its historical operations as if they were contingent but meaningful (functional) solutions.« (Lee 2007: 464)

Gleichermaßen Voraussetzung wie Ziel dieses Unterfangens ist ein Sinnverstehen, welches über die reine Beschreibung – wie ›dicht‹ sie auch sein mag – der beobachteten Kommunikation hinaus geht. (Sinn-)Verstehen im Rahmen empirischer Forschung ist für Lee und Brosziewski (2007: 259) das Beobachten von Selbstreferenz (der beobachteten Systeme). Unter Rückgriff auf die Unterscheidung von Medium und Form (vgl. Luhmann 1997: 195ff), d.h. die Differenz zwischen lose und fest gekoppelten Elementen, setzt Sinnverstehen voraus, dass der soziologische Beobachter in der Lage ist, die aktuelle Kommunikation (Operation) als *eine* Form zu beobachten, die auf *andere potenzielle* Formen verweist, die aus demselben Medium emergieren können:

»Sinn ist das Medium, das mit der Differenz von Aktualität und Potenzialität arbeitet, und zwar mit der Differenz, mit der Unterscheidung in dem Sinne, dass die Einheit der Unterscheidung immer mitspielt, dass man also immer in dem, was man sieht, Möglichkeitsperspektiven hat und umgekehrt Möglichkeiten nicht thematisieren kann, nicht denken kann, auch gar nicht kommunikativ nutzen kann, wenn man dies nicht aktuell tut.« (Luhmann 2004: 233)

Folgt man den Prämissen der Systemtheorie, so folgt daraus für empirisches Forschen respektive für die Ethnographie, auf die Lee und Brosziewski sich hier beziehen: »[E]thnographers should explain how symbolically generalized forms are actualized within a generally irritating – and thus perceptible – medium« (Lee 2007: 461). Dies ist wiederum nur möglich, wenn der soziologische Beobachter selbst mit den vorhergehenden Operationen, an die angeschlossen wird, und mit den möglichen Sinnhorizonten der beobachteten Kommunikation vertraut ist – mit anderen Worten: wenn er Zugang zum Vorrat der Sinnformen des beobachteten Systems hat und damit zum Medium, aus dem die beobachteten Formen hervorgehen: »To observe in the form of understanding, the ethnographer must gain access to the memory of a social system, to its own imaginary history« (Lee/Brosziewski 2007: 260).

Einen möglichen (wohlgemerkt aber nicht den einzigen) Zugang zu beiden Seiten der Unterscheidung Medium|Form bietet die Ethnographie als empirische For-

schungsstrategie, die darauf ausgerichtet ist, über das Beschreiben von »kleinen Lebenswelten« (Lüders 2008: 389) eine Antwort auf die Frage zu finden, »wie die jeweiligen Wirklichkeiten praktisch ›erzeugt‹ werden; es geht also um die situativ eingesetzten Mittel zur Konstitution sozialer Phänomene aus der teilnehmenden Perspektive« (Lüders 2008: 390). Konstitutiv für das Selbstverständnis ethnographischer Forschung ist das »Entdecken« als Erkenntnisstil und Fremdheit und Vertrautheit als die der Ethnologie entlehnte Leitdifferenz (Amann/Hirschauer 1997: 8ff): Das Fremde ist vertraut zu machen, wobei das Kriterium der Unbekanntheit jener Lebenswelten, die es zu entdecken und (wissenschaftlich) zu verstehen gilt, nicht notwendigerweise räumliche Ferne impliziert. Auch vermeintlich Vertrautes lässt sich methodisch auf Distanz zum Beobachter bringen und betrachten »als sei es fremd« (Amann/Hirschauer 1997: 12). Ein wesentlicher Bestandteil und das Alleinstellungsmerkmal des ethnographischen Zugangs ist dementsprechend das Eintauchen der Forscherin oder des Forschers als »professional stranger« (Agar 1996) in fremde Lebenswelten. Im Einklang mit den oben skizzierten Prinzipien eines systemtheoretischen Forschungsprogramms setzt auch die Ethnographie dabei auf Beobachtungen, die sich inkongruent zur alltäglichen oder bereits gewussten Perspektive der Teilnehmenden selbst verhalten und gerade dadurch (wissenschaftlich) erkenntnisversprechend sind. Auf eine Beobachtungstheorie, so monieren Lee und Brosziewski (2007), wird seitens der Ethnographie dabei allerdings in der Regel verzichtet.

Methodisch zeichnet sich ethnographische Feldforschung in erster Linie durch Pluralität aus³ (Lüders 2008: 389). Abgearbeitet wird nicht ein festgelegter Methodenkatalog, forschungsleitend ist stattdessen ein »methodischer Pragmatismus« (Flick 2009: 302), bei dem verschiedene Methoden im Forschungsprozess flexibel gehandhabt und gegebenenfalls der Situation im Feld angepasst werden (Amann/Hirschauer 1997: 16ff; Flick 2009: 298ff; Lüders 2008: 393ff). Erlaubt ist, was zum Erkenntnisgewinn beiträgt, den methodischen Schwerpunkt bildet jedoch üblicherweise die »Beobachtung im Rahmen einer ausgedehnten Teilnahme am Geschehen« (Flick 2009: 298), die bedarfsweise durch Interviews und Dokumentenanalysen ergänzt wird:

»In terms of data collection, ethnography usually involves the researcher participating, overtly or covertly, in people's daily live for an extended period of time, watching what hap-

3 Dieses Merkmal der Ethnographie deckt sich mit einer Forderung, die Stichweh (2010: 20) für systemtheoretisches empirisches Forschen erhebt: Die Systemtheorie solle sich weder bei der Auswahl ihrer Beobachter einschränken lassen noch möge sie der vielfach geäußerten Aufforderung Folge leisten, sich mit ihren Beobachtungen »primär im institutionellen Bereich der ›empirischen Sozialforschung‹ zu verorten.

pens, listening to what is said, and/or asking questions through informal and formal interviews, collecting documents and artefacts – in fact, gathering whatever data are available to throw light on the issues that are the emerging focus of inquiry.» (Hammersley/Atkinson 2007: 3)

Das Resultat ethnographischer Feldforschung sind unstrukturierte und im Vergleich zu anderen, stärker extern kontrollierten und kontrollierbaren Methoden empirischer Sozialforschung »anarchisch« anmutende Daten (Amann/Hirschauer 1997: 16ff). Die Datenerhebung folgt nicht einem festgelegten Untersuchungsdesign und spiegelt entsprechend auch keine Kategorien wider, die ex ante an das Feld herangetragen werden (beispielsweise in Form von Fragebögen, statistischen Variablen oder ähnlichem). Stattdessen ist die Art der Daten selbst ein Produkt des Erhebungs- und Reflexionsprozesses im Feld (Hammersley/Atkinson 2007: 3), der wiederum selbst stets nur ansatzweise planbar und zahlreichen Unwägbarkeiten unterworfen ist (Flick 2009: 297f).

Einblicke: Merkmale meines Forschungsfeldes

Die ländlichen Gemeinden Andreevka und Beljaevka, auf denen der Schwerpunkt meiner Feldforschung lag und in denen ich drei jeweils rund einmonatige Feldaufenthalte verbrachte (August 2008, März 2009 und Februar/März 2010), befinden sich in der Region Perm. Die Nachbargemeinden liegen rund zehn Kilometer voneinander entfernt und bewegen sich mit knapp 1.000 Einwohnern an der numerischen Untergrenze, die erforderlich ist, um im russischen System lokaler Selbstverwaltung als eigenständige Verwaltungseinheit gelten zu können. Eine Zusammenlegung der beiden Gemeinden wurde in den vergangenen Jahren wiederholt als mögliches Szenario diskutiert, die Umsetzung dieser Pläne zeichnete sich aber während meiner Forschungsaufenthalte nicht ab. An das knapp 40 respektive 50 Kilometer entfernte Bezirkszentrum sind beide Gemeinden mit einem zweimal täglich verkehrenden Bus angeschlossen. Vom Bezirkszentrum aus besteht eine Busverbindung in die rund 120 Kilometer entfernte Regionshauptstadt Perm. Der gesamte Bezirk besteht aus sieben ländlichen Gemeinden sowie dem Bezirkszentrum und umfasst rund 17.000 Einwohner. Sowohl hinsichtlich der Bevölkerungszahl als auch mit Blick auf seine Fläche zählt er damit zu den kleineren der insgesamt 42 Bezirke der Region Perm.

Die Variante lokaler Selbstverwaltung, die in der Region Perm vor der Vereinheitlichung durch die jüngste Kommunalreform Geltung hatte, sah eine eigenständige Verwaltung der Bezirke und Städte vor, nicht aber der ländlichen Gemeinden (Center for Fiscal Policy 2008: 5). Die ländlichen Gemeinden wurden bis Ende

2005 von territorialen Vertretungen der Bezirksverwaltung verwaltet⁴ und erst mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes Nr. 131 Anfang 2006 zu eigenständigen administrativen Einheiten. Die Gemeindeverwaltung – der sogenannte »sel'sovet« – in Andreevka und Beljaevka besteht neben den Bürgermeisterinnen aus drei Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern, die für die Bereiche Wirtschaft und Finanzen, Eigentumsfragen und Landnutzung, Buchhaltung und Rechnungslegung sowie allgemeine Fragen kommunaler Verwaltung zuständig sind. Sie dienen den Gemeindegliedern als erste Anlaufstelle für die meisten administrativen Angelegenheiten, so dass ein Besuch der Behörden im Bezirkszentrum nur selten und in außergewöhnlichen Fällen notwendig ist (beispielsweise für die Registrierung von Landeigentum, von der noch die Rede sein wird). Die siebenköpfigen Gemeinderäte setzen sich in beiden Gemeinden aus Lehrerinnen und Lehrern, den Leitungspersonen von Schule, Kindergarten und Krankenstation sowie aus Vertreterinnen und Vertretern der landwirtschaftlichen Großbetriebe zusammen und spiegeln damit die Struktur der dörflichen »Elite«.

Die dörfliche Infrastruktur, in ihrer gegenwärtigen Form ein vollständiges Relikt aus sowjetischen Zeiten und repräsentativ für ländliche Gemeinden vergleichbarer Größe, umfasst in beiden Dörfern eine Schule,⁵ eine Krankenstation, eine Postfiliale, zwei bis drei kleinere Geschäfte für Produkte des täglichen Bedarfs, das sogenannte Kulturhaus (»dom kul'tury«) mit angeschlossener Bibliothek sowie eine Bankfiliale (in Beljaevka) und ein Heimatmuseum (in Andreevka). Das öffentliche Leben in den Gemeinden – und auch dies ist typisch für russische Dörfer – konzentriert sich auf das Kulturhaus (vgl. dazu auch die Beiträge in Donahoe/Habeck 2011): Hier finden die Gemeindeversammlungen, kulturelle Veranstaltungen und Feierlichkeiten statt und es gibt Räumlichkeiten für Freizeitaktivitäten (Chor, Kindergruppen, eine Art Jugendclub, an den Wochenenden stattfindende Diskotheken und ähnliches). Eine Dorfkneipe oder ein Dorfplatz als allgemeiner Treffpunkt existiert in russischen Dörfern üblicherweise nicht.

Zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs des sowjetischen Regimes gab es in Andreevka und in Beljaevka je einen landwirtschaftlichen Kollektivbetrieb. Beide Betriebe wurden in den frühen 1990er Jahren formal privatisiert, indem Anteilscheine (»paj«) auf Land- und Sacheigentum des ehemaligen Kolchos an alle Be-

4 Dies entspricht der linken Spalte im oberen Teil von Abbildung 1.

5 In beiden Gemeinden war zur Zeit meiner Forschungsaufenthalte noch der Schulbesuch bis einschließlich zur 11. Klasse und damit bis zur russischen Hochschulreife möglich. Zumindest in Andreevka stand aber aufgrund der geringen Schülerzahlen die Schließung der beiden oberen Klassen (entspricht der deutschen Sekundarstufe II) in der nahen Zukunft bereits fest, was allgemein als signifikanter Verlust der dörflichen Autonomie beobachtet wurde.

triebsangehörigen, Rentnerinnen und Rentner sowie die Beschäftigten lokaler sozialer Einrichtungen wie der Schule, dem Kindergarten oder der Krankenstation, die allesamt faktisch an die Kollektivbetriebe angegliedert waren, ausgegeben wurden. Entgegen den politischen Erwartungen entschieden sich die neuen Anteilseignerinnen und Anteilseigner der Betriebe jedoch nur vereinzelt dazu, ihre Eigentumsrechte durch eine Herauslösung der Parzellen aus dem Kolchos geltend zu machen und sie einer anderen Verwendung zuzuführen, beispielsweise als Grundlage für den Aufbau eines eigenen privatbäuerlichen Betriebs. Die überwiegende Mehrheit der Dorfbewohnerinnen und -bewohner in beiden Gemeinden überließ ihre Landanteile auch nach dem Regimewechsel dem ehemaligen Kolchos zur Pacht, so dass das Unternehmen zwar formal seine Rechtsform änderte (meist wurden die Kolchose in genossenschaftliche Betriebe überführt), faktisch aber in sowjetischer Form fortbestand.

Gegen Mitte der 1990er Jahre begann die Entwicklung der landwirtschaftlichen Großbetriebe in Andreevka und Beljaevka deutlich zu divergieren: In Andreevka existierte der auf Milchwirtschaft spezialisierte ehemalige Kolchos – wenn auch mit Hilfe staatlicher Subventionen – relativ stabil und ist bis heute der größte Arbeitgeber im Dorf. Im Jahr 2008 beschäftigte er 173 Personen und damit laut der Gemeindestatistik etwa die Hälfte der Gemeindemitglieder, die im Dorf eine Arbeitsstelle haben (Tabelle 7). Die nächstgrößeren lokalen Arbeitgeber waren zu diesem Zeitpunkt die Schule (58 Angestellte), die Krankenstation mit Apotheke (neun Angestellte), das Kulturhaus und die Bibliothek (acht Angestellte), die Gemeindeverwaltung (sechs Angestellte) sowie der Einzelhandel (drei Geschäfte mit insgesamt 16 Beschäftigten). Rund 130 Gemeindemitglieder arbeiteten außerhalb des Dorfes (meist in Perm), 180 waren in Rente.

In Beljaevka hingegen wurde der ehemalige Kolchos von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich im Anschluss an den Regimewechsel stellten, voll erfasst. Bereits seit Mitte der 1990er Jahre konnte er keine Gehälter mehr auszahlen und musste seine Beschäftigten in Naturalien entlohnen, was seitens der Angestellten nur mangels Alternativen zähneknirschend hingenommen wurde. Im Jahr 2006 stellte er seine Produktion vollständig ein. Die Insolvenzmasse wurde von einer privaten Investorengruppe übernommen, die sich auch darum bemühte, den Anteilseignern des zahlungsunfähigen Betriebs die Eigentumszertifikate abzukaufen (vgl. dazu ausführlich S. 246ff). Das Nachfolgeunternehmen des ehemaligen Kolchos, eine Agroholding, die sich auf Kartoffelanbau spezialisierte, wurde anfangs sowohl in Beljaevka als auch aus Andreevka skeptisch beäugt, konnte jedoch nach kurzer Zeit erste wirtschaftliche Erfolge aufweisen – gerade auch im Vergleich zum Kolchos im Nachbardorf: Die durchschnittlichen Monatslöhne des Betriebs in Beljaevka lagen im Jahr 2010 mit 10.000 Rubel (etwa 285 Euro) deutlich über dem Durchschnittslohn des ehemaligen Kolchos in Andreevka von 6.300 Rubel (etwa

180 Euro), wobei sich Letzterer mit seinen Lohnzahlungen zudem mehrere Monate im Rückstand befand. Zum Vergleich: Im Jahr 2008 betrug der Durchschnittslohn in der russischen Landwirtschaft insgesamt 8.000 Rubel (etwa 230 Euro) (Kalugina/Fadeeva 2009: 104). Der Landwirtschaftsbetrieb in Beljaevka beschäftigte rund 80 Angestellte, wovon allerdings im Unterschied zum ehemaligen Kolchos gerade die besser bezahlten Führungs- und Fachkräfte primär außerhalb des Dorfes rekrutiert wurden.

Tabelle 7: Beschäftigungsstruktur in der Gemeinde Andreevka (2008)

Art der Beschäftigung	Anzahl	Prozent
Erwerbstätige mit Beschäftigung im Dorf	329	33 %
Renterinnen und Rentner	179	18 %
Erwerbstätige mit Beschäftigung außerhalb des Dorfes*	130	13 %
Schülerinnen und Schüler	106	11 %
Arbeitslose/arbeitsunfähige Personen	87	9 %
Studium und Wehrdienst*	76	7 %
Kinder im Kindergarten	50	5 %
Kinder außerhalb von Betreuungseinrichtungen	40	4 %
Gemeindemitglieder gesamt	997	100 %

*Bei rund einem Fünftel der Gemeindemitglieder (Beschäftigte außerhalb des Dorfes, Studierende, Wehrdienstleistende) ist davon auszugehen, dass sie dauerhaft außerhalb des Dorfes leben.

Quelle: Interne Statistik der Gemeindeverwaltung Andreevka.

Kleinbäuerliche Produktionsformen haben sich in beiden Gemeinden seit dem Regimewechsel nur sehr zögerlich entwickelt: In Andreevka gibt es eine, in Beljaevka zwei Familien, die zwar nicht offiziell als kleinbäuerliche Betriebe registriert sind, jedoch eine Hoflandwirtschaft führen, deren Erträge den Lebensunterhalt decken. Kleinere Hoflandwirtschaften als Nebenverdienst unterhält in beiden Dörfern zwar eine Reihe von Haushalten, doch deren Anzahl und Umfang sind rückläufig. Mit der Kombination aus landwirtschaftlichem Großbetrieb, privaten Hoflandwirtschaften und einer geringen Anzahl privatbäuerlicher Betriebe sind die beiden Gemeinden repräsentativ für die gegenwärtige Produktionsstruktur der russischen Landwirtschaft insgesamt (Tabelle 8).

Tabelle 8: Produktionsstruktur der russischen Landwirtschaft (1992-2011)

	1992	1995	2000	2005	2010	2011
Großbetriebe	67 %	50 %	45 %	45 %	45 %	48 %
Hoflandwirtschaften*	32 %	48 %	52 %	49 %	48 %	43 %
Privatbäuerliche Betriebe*	1 %	2 %	3 %	6 %	7 %	9 %

*Die Situation in Andreevka und Beljaevka legt die Vermutung nahe, dass ein nicht unerheblicher Teil privater Hoflandwirtschaften faktisch als privatbäuerlicher Betrieb agiert (d.h. gewinnorientiert und über den eigenen Bedarf hinaus produziert), jedoch formal nicht als solcher registriert ist. Die Grenzen zwischen diesen beiden Kategorien dürften entsprechend fließend sein.

Quelle: Rosstat (2012).

Sowohl in Andreevka als auch in Beljaevka war ich während meiner Feldaufenthalte in privaten Haushalten untergebracht: In Andreevka wohnte ich jeweils zu Beginn meiner Aufenthalte für einige Tage bei der Bürgermeisterin selbst und später bei einer alleinstehenden Rentnerin, in Beljaevka bei einer jungen Lehrerin. Auf diese Weise bot sich mir die Gelegenheit, in umfassender Weise am Dorfalltag teilzunehmen und auch über die Interviews und unmittelbaren Forschungsaktivitäten hinaus Kontakte zu Gemeindemitgliedern zu knüpfen.

Während das empirische Material, das ich in diesen beiden Dörfern erhoben habe, den Schwerpunkt meiner Analyse bildet, fließen ergänzend dazu Daten aus zwei weiteren Gemeinden des Bezirks ein, aus der ländlichen Gemeinde Dubrovo und dem Bezirkszentrum. Dort habe ich jeweils eine Reihe von Interviews geführt und auch einigen offiziellen Veranstaltungen beigewohnt, meine Anwesenheit beschränkte sich jedoch auf kurze Besuche zu ebendiesen Zwecken, so dass meine Einblicke in diese beiden Gemeinden notwendigerweise oberflächlicher ausfielen als es bei den erstgenannten der Fall war. Auf eine detaillierte Darstellung der beiden Gemeinden möchte ich deshalb verzichten und lediglich die Gründe für deren Auswahl darlegen.

Die Gemeinde Dubrovo, die mit insgesamt 2.000 Einwohnern zwar größer als Andreevka und Beljaevka ist, sich aber in ihren sozioökonomischen Merkmalen kaum unterscheidet, war für meine Forschung insbesondere deshalb interessant, weil der Anschluss an das Gasnetz, auf den ich in der nachfolgenden Analyse eingehen werde, dort recht weit fortgeschritten war. Während die Gasifizierung in Andreevka und Beljaevka während meiner Feldforschung erst begann, stand der Prozess in Dubrovo bei meinem letzten Aufenthalt bereits kurz vor dem Abschluss,

so dass gerade der Vergleich der drei Gemeinden wertvolle Einblicke in verschiedene Phasen und Aspekte des Gasifizierungsprozesses bot.

Im Bezirkszentrum, das in die Kategorie der städtischen Siedlungen fällt, leben rund 5.000 Einwohner. Hier befinden sich nicht nur die Organe der Bezirksverwaltung und die Vertretungen staatlicher Behörden, sondern auch eine Reihe größerer Geschäfte, Restaurants und Cafés sowie ein Wochenmarkt. Für meine Forschung war das Bezirkszentrum vor allem aufgrund der Einblicke in die obere kommunale Verwaltungsebene bedeutsam, die ich in Gesprächen mit Mitgliedern der städtischen und der Bezirksverwaltung gewann. Darüber hinaus fanden in der Bezirksverwaltung wöchentliche Treffen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Gemeinden des Bezirks statt, auf denen Probleme diskutiert und offizielle Mitteilungen gemacht wurden. Bei diesen Veranstaltungen konnte ich nicht nur Kontakte zu anderen Gemeinden knüpfen, sondern erhielt darüber hinaus – wenn auch schlaglichtartige – Einblicke in deren Verwaltung.

Feldzugänge: Problemzentrierte Interviews und teilnehmende Beobachtungen

Um methodischer Beliebigkeit vorzubeugen, grenzte ich die Methoden, an denen ich mich bei meiner Feldforschung orientiert habe, auf zwei Foki ein: Zur Anwendung kamen primär teilnehmende Beobachtungen und problemzentrierte Interviews, wobei im Unterschied zur üblichen ethnographischen Vorgehensweise (vgl. dazu Flick 2009: 296ff) die Interviews und nicht die teilnehmenden Beobachtungen den Schwerpunkt sowohl der Datenerhebung als auch der Auswertung des empirischen Materials darstellten. *Gemeinsam* ist beiden Erhebungsmethoden, dass Kommunikationen beobachtet werden, *unterscheiden* lassen sie sich über die Merkmale der jeweiligen sozialen Situation und meine Rolle als Beobachterin darin.

Das *Interview* generiert durch die wechselseitige Wahrnehmung von Interviewerin oder Interviewer und Befragten ein Interaktionssystem, in dem die Kommunikation, die den Gegenstand der wissenschaftlichen Beobachtung darstellt, durch die Interviewsituation selbst erst hervorgerufen wird. Das Interaktionssystem Interview ist dabei – so heben Nassehi und Saake hervor – von einer asymmetrischen Zurechenbarkeit der kommunikativen Anschlussfähigkeit gekennzeichnet: Für den Befragten oder die Befragte entfällt das Risiko der Ablehnung von Kommunikation, »das Problem der Selektion von Anschlüssen ist [...] durch die selektionsbegründende Thematik gelöst« (Nassehi/Saake 2002: 74). Für den Interviewer oder die Interviewerin ergibt sich daraus das Problem, dass die »Interaktion mit Ablehnungsverzicht« (Nassehi/Saake 2002: 74) potenziell (aber nicht notwendigerweise) bestimmte Formen der Selbstbeschreibung seitens der Befragten begünstigt, andere

hingegen unwahrscheinlich macht: So ist zum Beispiel zu erwarten, dass ›Heldengeschichten‹ gegenüber vermeintlich banalen Erzählungen bevorzugt werden, hingegen als eigenes Fehlverhalten bewertetes Verhalten eher nicht zur Sprache kommt. Diesen Effekten angemessen Rechnung zu tragen oder sie gar zu kontrollieren, ist während des Interviews kaum möglich. Einhegen lassen sie sich jedoch, indem das Interview durch andere Beobachtungsformen ergänzt wird, so dass sich unterschiedliche Datentypen am Ende wechselseitig interpretieren und kontrollieren (Amann/Hirschauer 1997: 16). In meinem Fall übernahmen diese Funktion die teilnehmende Beobachtung sowie in Einzelfällen die Dokumentenanalyse. Begrenzen lassen sich die unerwünschten Effekte auch, indem eine Vielzahl von Interviews im Hinblick auf denselben Gegenstand geführt werden und damit unterschiedliche Beobachtungen in die Analyse einfließen, die sich in Relation zueinander einordnen lassen.

Bei der Auswahl meiner Interviewpartnerinnen und Interviewpartner bemühte ich mich entsprechend um ein möglichst breites Spektrum von Beobachtungsperspektiven. Die erste Kontaktaufnahme fand meist über die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister statt, die während meiner Feldaufenthalte auch durchweg zentrale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner blieben. Von ihnen ausgehend – dies gilt zumindest für die Gemeinden Andreevka und Beljaevka – konnte ich das Feld meiner Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner sukzessive in zwei Richtungen erweitern: *Erstens* ermöglichten die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mir den Zugang zu den Mitgliedern der jeweils eigenen Gemeindeverwaltung. Die Gespräche mit den Mitarbeitenden dieser unteren Hierarchieebenen fanden in der Regel in der Gemeindeverwaltung selbst am Arbeitsplatz der oder des Befragten statt. Interviews mit Mitgliedern des Gemeinderats als zentrales gewähltes Organ lokaler Selbstverwaltung führte ich teils in den Räumlichkeiten der Gemeindeverwaltung, teils bei den Befragten zuhause. *Zweitens* vermittelten mir die Bürgermeisterinnen in Andreevka und Beljaevka Kontakte zu Leitungspersonen von anderen Organisationen, also zu Krankenstation, Schule, Kindergarten, Kulturhäusern und landwirtschaftlichen Großbetrieben. Bei Bedarf – relevant war dies für mich vor allem in den Landwirtschaftsbetrieben – ließen sich dort dann weitere Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner unterer Hierarchieebenen gewinnen.

Ein *zweiter* wichtiger Ansatzpunkt für die Kontaktaufnahme zu Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern abseits der organisationalen Formalstrukturen waren meine Gastgeberinnen. Über deren Verwandten- und Bekanntenkreise ergaben sich Gelegenheiten für zahlreiche Gespräche sowohl in Form formaler Interviews als auch im Rahmen von Einladungen zum Abendessen, zum Tee oder in die Banja, die russische Sauna. Ein Anruf meiner Gastgeberin bei den entsprechenden Personen nahm dabei nicht selten die anfängliche Scheu vor einem Gespräch mit ›der Deutschen‹ und mit der Zeit wurde es sogar zu einer Art Statussymbol, mich einmal

als Gast zuhause begrüßt zu haben. Viele dieser Kontakte nutzte ich nicht nur einmalig, sondern besuchte dieselben Familien zum Teil bei jedem meiner drei Feldaufenthalte, wobei die Offenheit und Intensität der Gespräche in der Regel mit jedem Treffen zunahmen.

Für die Gespräche wählte ich die Form des *problemzentrierten Interviews* (vgl. dazu Witzel 1982: 66ff). Problemzentrierung »kennzeichnet dabei zunächst den Ausgangspunkt einer vom Forscher wahrgenommenen gesellschaftlichen Problemstellung« (Witzel 1982: 67). Das Interview findet vor dem Hintergrund theoretischer Annahmen und sachlichen Vorwissens seitens der Interviewerin oder des Interviewers statt, Annahmen und Vorwissen sind dabei jedoch keinesfalls starr (beispielsweise in Form zu überprüfender Hypothesen), sondern irritierbar und modifizierbar im Hinblick auf Erkenntnisse, die aus dem Interview gewonnen werden (Lamnek 2005: 363ff). Diese Anforderung knüpft unmittelbar an die Prinzipien systemtheoretisch informierter empirischer Forschung an: Mit ihrem Fokus auf gesellschaftlicher Evolution vertritt die Systemtheorie ein explizit nicht-teleologisches Gesellschaftsverständnis, stellt jedoch gleichzeitig ein breites Instrumentarium präziser theoretischer Kategorien zur Beobachtung von Gesellschaft bereit: »The theory is closed to itself, to its own concepts and ways of relating constructs; but it does so in order to open itself to the scientific study of society. Society is emergent and reproduces itself without a teleological imperative« (Lee/Brosziewski 2007: 258).

Diese grundsätzliche Haltung spiegelt sich auch in der Art der *Fragen* wider: Zwar wird im problemzentrierten Interview zielorientiert und mit Blick auf den Forschungsgegenstand gefragt, der Charakter der Fragen ist jedoch offen und lässt somit möglichst viele Antwortmöglichkeiten zu. Den Schwerpunkt des Interviews bilden die Erzählungen der Befragten (Lamnek 2005: 364ff; Witzel 1982: 92ff). *Leitfäden* setzte ich in den Interviews als Orientierung ein, sie enthielten jedoch keinen festgefügteten Fragenkatalog, sondern dienten in erster Linie der inhaltlichen Strukturierung des Hintergrundwissens und der anzusprechenden Themen (vgl. dazu Witzel 1982: 90). Welche Themen dies im Einzelfall waren, variierte je nach Interviewpartnerin oder Interviewpartner, so dass sich der typische Verlauf eines Interviews nur grob skizzieren lässt. Um die Befragten zum Erzählen zu ermutigen, wählte ich insbesondere beim jeweils ersten Treffen als Gesprächseinstieg meist eine Frage nach der eigenen Biographie, aus der heraus sich Verflechtungen mit und Einblicke in die dörflichen Strukturen häufig von selbst ergaben. Faktisch alle Gemeindemitglieder hatten im Laufe ihres Lebens beim Kolchos oder einer der angegliederten Organisationen gearbeitet oder waren, sofern sie nicht aus dem Dorf stammten, wegen der Anstellung beim Kolchos in die Gemeinde gezogen. Entsprechend war zwar nicht jede Person, aber doch mindestens jeder Haushalt auch unmittelbar vom Privatisierungsprozess und den damit verbundenen Reformen betrof-

fen und hatte eine Meinung dazu. Diese und ähnliche Verbindungen von individuellen Biographien und dörflichen Strukturen boten Ansatzpunkte für die Vertiefung einzelner Aspekte, beispielsweise durch Fragen nach den individuellen Motiven für spezifische Entscheidungen (»Warum haben Sie Ihre Hoflandwirtschaft aufgegeben?«), persönlichen Einschätzungen zu allgemeinen Entwicklungen im Dorf (»Welche Rolle spielt der Kolchosvorsitzende in der Gemeinde?«) oder Vergleichen im Zeithorizont (»Was sind die wesentlichen Probleme im Dorf heute, welche waren es früher?«). Ergänzend dazu stellte ich meist Verständnisfragen (»Was verstehen Sie unter lokaler Selbstverwaltung?«, »Wie lief der Prozess der Kolchosprivatisierung ab?«), wobei meine Interviewpartnerinnen und Interviewpartner durchaus auch als Expertinnen und Experten fungierten, und konfrontierte die Befragten mit meiner Beobachtung spezifischer Situationen und Problemlagen im Dorf (»Ich habe gehört, dass im Dorf dieses und jenes Problem existiert – wie denken Sie darüber?«).

Die *Datenerfassung* erfolgte bei den Interviews in Form von Tonaufnahmen, wobei ich dafür stets vor dem Interview explizit die Zustimmung der Befragten einholte. Von insgesamt 63 Aufnahmen wurden letztendlich 46 vollständig verschriftlicht.⁶ Einige wenige Interviews erwiesen sich bei nochmaligem Anhören als (überwiegend) unbrauchbar, so dass ich auf eine Transkription verzichtet habe. In den wenigen Fällen, in denen die Befragten die Aufnahme des Interviews ablehnten, wurde im Anschluss an das Gespräch ein möglichst umfassendes Gedächtnisprotokoll angefertigt. Ergänzend dazu verfasste ich in der Regel zu jedem Interview eine Notiz im Feldtagebuch, in der die Merkmale der Interviewsituation und der Befragten beschrieben und gegebenenfalls Informationen über die Gespräche, die sich im Anschluss an das Interview ergeben hatten, festgehalten wurden (dies entspricht dem Postskriptum bei Witzel 1982: 91f).

Ergänzend zu den Interviews führte ich im Rahmen meiner Feldforschung *teilnehmende Beobachtungen* durch.⁷ Im Unterschied zu den Interviews verstehen sich

6 Darunter fallen neben den Interviews auch Mitschnitte von Gemeindeversammlungen, Gemeinderatssitzungen und ähnlichem. Die Transkription der Tonaufnahmen übernahmen studentische Hilfskräfte der Moscow School of Social and Economic Sciences unter der Leitung von Aleksandr Nikulin. Sämtliche Übersetzungen von Interviewpassagen aus dem Russischen, die in der nachfolgenden empirischen Analyse auftauchen, stammen von mir.

7 Das Verhältnis von Ethnographie und teilnehmender Beobachtung geht aus der Methodenliteratur nicht eindeutig hervor. Einigkeit scheint zwar darüber zu bestehen, dass die Ethnographie eine generelle Forschungsstrategie und die teilnehmende Beobachtung eine konkrete (und im Rahmen ethnographischer Forschung die zentrale) Methode darstellt (vgl. z.B. Flick 2009: 296). Die Definitionen beider Konzepte sind jedoch

teilnehmende Beobachtungen als Beobachtungen derjenigen Kommunikation, für die gute Gründe vorlagen, dass sie in unveränderter Form auch ohne mich stattgefunden hätte und durch mich nicht in entscheidender Weise beeinflusst wurde. Dies war zweifellos bei Veranstaltungen wie Gemeindeversammlungen oder Gemeinderatssitzungen der Fall, aber auch bei Beobachtungen des Alltagsgeschehens in der Gemeindeverwaltung (Bürgersprechstunden und ähnliches). Meine Teilnahme an den jeweiligen Situationen beschränkte sich auf Anwesenheit und passive Beobachtung (Lamnek 2005: 562). Eine Interaktion mit den Beteiligten fand nicht oder nur minimal statt, so dass meine Rolle je nach Situation zwischen dem »Teilnehmer als Beobachter« und dem »Beobachter als Teilnehmer« wechselte (vgl. dazu Flick 2009: 283; Lamnek 2005: 575ff). Meine Beobachtungen waren dabei jedoch offen, das heißt die Beteiligten waren sowohl über meine Anwesenheit als auch über meine Motive informiert. Eine Ausnahme davon stellten größere öffentliche Veranstaltungen wie Gemeindeversammlungen dar, bei denen nicht alle Beteiligten, aber zumindest immer die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Bescheid wussten, auf deren Einladung hin ich an den Veranstaltungen teilnahm. Meine Beobachtungen waren darüber hinaus unsystematisch in dem Sinne, dass kein standardisiertes Beobachtungsschema zum Einsatz kam (zu den Merkmalen teilnehmender Beobachtung vgl. Flick 2009: 282ff; Lamnek 2005: 556ff). Unabhängig davon kristallisierten sich mit der Zeit jedoch Beobachtungsschwerpunkte heraus, und ich ging im Verlauf meiner drei Forschungsaufenthalte zunehmend von einer deskriptiven Beobachtung als erster Orientierung zu einer stärker fokussierten Beobachtung der für meine Fragestellung relevanten Prozesse und Verhaltensweisen über (vgl. dazu Flick 2009: 288). Dokumentiert wurden die teilnehmenden Beobachtungen teilweise ebenfalls durch Tonaufnahmen (beispielsweise von Gemeindeversammlungen und Gemeinderatssitzungen), überwiegend jedoch durch Aufzeichnungen im Feldtagebuch (Beobachtung von Alltagsgeschehen).

Neben Interviews und der passiven teilnehmenden Beobachtung war ich während meiner Forschungsaufenthalte zudem mit einem dritten Typus sozialer Situationen konfrontiert, der sich im Hinblick auf meine Rolle als Beobachterin als *Hybrid* beschreiben lässt: Bei privaten oder auch halb-offiziellen Einladungen zum Abendessen oder zum Tee war meine Anwesenheit zwar zweifellos der Anlass für die jeweilige Interaktion, zumal sich Situationen dieser Art häufig im Anschluss an ein Interview ergaben. Beispielsweise beendete die Aufforderung »Lassen Sie uns Tee trinken« in der Regel nicht nur den »offiziellen« Teil eines Interviews, sondern stellte oftmals gleichzeitig die Einladung zum weiterführenden Gespräch unter ver-

meist redundant, da sich in der Regel beide über die Trias aus Beobachtung, Interviews und Dokumentenanalyse bestimmen (z.B. Denzin 2009 [1970]: 185f; Lamnek 2005: 548).

änderten Bedingungen dar: Das Aufnahmegerät wurde ausgeschaltet, meist fand ein räumlicher Wechsel vom Wohnzimmer, wohin ich für das Interview gebeten worden war, in die Küche statt und weitere Familienmitglieder oder Nachbarn gesellten sich hinzu. Ich stellte nicht mehr in erster Linie Fragen, sondern wurde gefragt – nach meiner Arbeit, meiner Familie, dem Leben in Deutschland. Nicht selten kam das Gespräch dabei jedoch auch auf Umwegen nochmals auf die Interviewthemen zurück, Vergessenes oder Vertrauliches wurde ergänzt und potenzielle oder tatsächliche Missverständnisse wurden zu klären versucht. Unabhängig davon, dass meine Anwesenheit im Haushalt die Interaktion ausgelöst hatte, ließ sich dabei meist eine Verselbstständigung des Gesprächs beobachten, wenn die Anwesenden sich beispielsweise über Probleme im Dorf echauffierten oder Meinungen austauschten und meine Anwesenheit dabei zunehmend bedeutungslos zu werden schien. Situationen dieser Art, die meist wertvolle Ergänzungen der Interviews darstellten, wurden ebenfalls im Nachhinein möglichst detailliert im Feldtagebuch protokolliert.

Neben Interviews und der Dokumentation von Beobachtungen im Feldtagebuch hatte ich die Möglichkeit, als weitere Kategorie empirischer Daten eine Reihe von *Dokumenten* zu sammeln: In der Gemeinde Andreevka gewährte mir die Bürgermeisterin umfassenden Einblick in zahlreiche Akten der Gemeindeverwaltung, die seit dem In-Kraft-Treten der jüngsten Kommunalreform im Januar 2006 erstellt worden waren. In Budgetpläne sowie die Protokolle von Gemeindeversammlungen, Gemeinderatssitzungen und öffentlichen Anhörungen durfte ich nicht nur vor Ort Einsicht nehmen, sondern darüber hinaus von sämtlichen Dokumenten Kopien erstellen. Auch zum Redaktionsarchiv der Lokalzeitung »Ochanskaja Storona« erhielt ich unbeschränkten Zugang und die Möglichkeit, Kopien von thematisch relevanten Artikeln zu erstellen (abgedeckt wurde dabei der Zeitraum von 2002 bis Anfang 2010).

Datenauswertung zwischen (methodologischem) Anspruch und (Forschungs-)Wirklichkeit

Methodologisch am deutlichsten ausgearbeitet wurden die oben dargestellten Prinzipien systemtheoretischer empirischer Forschung – die Explikation impliziten Wissens über Beobachtungen zweiter Ordnung und die Beobachtung von Kommunikation auf Lösungen und die zugrundeliegenden Probleme hin – unter dem Label der dokumentarischen Methode (Bohnsack 2003, 2008, 2010; Bohnsack/Nentwig-Gesemann/Nohl 2007a; für die Auswertung von Interviews vgl. Nohl 2009; für die explizit systemtheoretische Anwendung und deren Dokumentation vgl. Vogd 2007, 2009, 2010). Als Form der rekonstruktiven Sozialforschung sucht die dokumentarische Methode nach den tieferliegenden Bezugsproblemen der beobachteten Kom-

munikation und will aufzeigen, wie bestimmte Antworten auf diese Probleme ihre »eigenen Sachzwänge erzeugen, die dann bestimmte Lösungswege zu mehr oder weniger stabilen Orientierungen verfestigen lassen« (Vogd 2010: 124). Relativ dauerhafte und stabile Kommunikationsmuster, so die dahinterstehende Annahme, sind als evolutionäre Antworten auf benennbare Probleme zu verstehen. Beobachtbar sind diese Antworten oder Problembearbeitungsmuster im Einbringen von Themen oder in der positiven wie negativen Selektion von Kommunikationsanschlüssen. Dabei gilt es, die grundlegende Kontingenz der Lösungen respektive der Relation von Lösungen und Problemen zu beachten. Da Gesellschaft in der Systemtheorie aus guten Gründen und im Anschluss an Heinz von Foerster als nicht-triviale Maschine verstanden wird, können Problemlösungen – also der Output einer Situation – neue Probleme provozieren, für die wiederum neue Lösungen gefunden werden müssen. Der Fokus liegt dabei nicht auf der Frage »nach dem Was der gesellschaftlichen Realität«, sondern auf der Frage »nach dem Wie ihrer Herstellung« (Bohnsack/Nentwig-Gesemann/Nohl 2007b: 13; auch Przyborski/Wohlrab-Sahr 2009: 275). Es findet ein Übergang von der Beobachtung erster zur Beobachtung zweiter Ordnung statt. Darüber hinaus – und auch dies spricht für die Anwendung auf meine empirischen Daten – zeichnet sich die dokumentarische Methode durch einen breiten Anwendungsbereich aus: Ursprünglich konzipiert für die Interpretation von Gruppendiskussionen, wurde ihr Anwendungsbereich mittlerweile auf verschiedene Formen von Interviews, auf Feldforschungsprotokolle über teilnehmende Beobachtungen, auf Bilder oder auch auf Videomaterial ausgeweitet (Bohnsack 2008: 31f; Nohl 2009: 14).

Für die Auswertung von empirischem Material sieht die dokumentarische Methode drei Analyseschritte vor: die formulierende und die reflektierende Interpretation sowie die Typenbildung, wobei sich in den ersten beiden ebenjener Wechsel von der Beobachtung erster zur Beobachtung zweiter Ordnung widerspiegelt (Bohnsack 2003: 552; Vogd 2010: 123f). Insbesondere die ersten beiden Schritte, dies möchte ich vorwegnehmen, rahmten auch die Auswertung meiner Daten, vor allem der transkribierten Interviews. Unter Berücksichtigung des Erkenntnisinteresses meiner Arbeit und der Materialfülle erschien es mir jedoch unzweckmäßig, die Vorgaben der dokumentarischen Methode in allen Details sklavisch zu befolgen. Stattdessen – um auf eine treffende Formulierung von Hard (2003 [1987]: 315) zurückzugreifen – verortete ich meine Vorgehensweise in angemessener Distanz sowohl zu den methodischen »Bischöfen« als auch zu den »Menfoutisten« und war dabei bemüht, meine persönliche Neigung zu Letzteren in kontrollierten Bahnen zu halten und den Anschluss an Erstere nicht zu verlieren.

Für die Interviewauswertung bedeutet dies, dass die erste systematische Annäherung an das Material analog zum ersten Analyseschritt der dokumentarischen Methode in Form einer *formulierenden Interpretation* stattfand (Bohnsack

2008: 134f; Nohl 2009: 46f). Die formulierende Interpretation (oder Beobachtung erster Ordnung) zielt auf die Explikation des immanenten Sinns der beobachteten Kommunikation (Vogd 2010: 128ff). Das empirische Material wird dazu zunächst inhaltsanalytisch ausgewertet: Es werden ein Überblick über den Gesprächsverlauf in Form einer schematischen Gliederung in Ober- und Unterthemen sowie kurze Inhaltsangaben zu den einzelnen Passagen erstellt. Abschnitte, die sich im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse als relevant erweisen, werden auf dieser Grundlage ausgewählt und detaillierter interpretiert (Bohnsack 2008: 135; Przyborski/Wohlrab-Sahr 2009: 286). Fragen, die im Rahmen der formulierenden Interpretation an das empirische Material gerichtet werden, sind beispielsweise:

- Wo und wie setzt ein Thema ein?
- Wie entfaltet es sich?
- Auf welche Weise verschwindet es wieder?
- Lassen sich Verästelungen in Unterthemen beobachten?
- Durch welches Thema wird ein Thema abgelöst?

Wesentlich ist, dass die Interpretation bei diesem ersten Analyseschritt auf den Rahmen des Beobachteten beschränkt bleibt (Bohnsack 2008: 134). Kontextwissen der Forscherin oder des Forschers und die Zurechnung von Motiven bleiben zunächst ausgeklammert – ein Vorgehen, das im Vergleich zum gewöhnlichen Alltagsverstehen »eine gewisse methodologische Disziplin« erfordert (Vogd 2010: 128).

Der anschließende zweite Analyseschritt der *reflektierenden Interpretation* fokussiert nicht mehr den immanenten, sondern den dokumentarischen Sinngehalt der beobachteten Kommunikation, der sich nicht über deren Inhalte, sondern über den Herstellungsprozess der Kommunikation erschließt (Bohnsack 2008: 135ff; Nohl 2009: 47ff; Vogd 2010: 130ff). Dabei sollen Relationen, Prozessdynamiken und Zurechnungsvorgänge, die unterhalb der Inhalte der Kommunikation liegen, rekonstruiert und Kontexturen wie Interaktion, Organisation und die Reproduktion gesellschaftlicher Funktionssysteme sowie deren Beziehung zueinander sichtbar gemacht werden. Die Analyse tritt jetzt explizit aus dem Deutungsrahmen der interviewten oder beobachteten Personen hinaus und rekonstruiert, »wie ein Thema oder eine Problemstellung verarbeitet, d.h. in welchem Orientierungsrahmen ein Thema oder eine Problemstellung abgehandelt wird« (Nohl 2009: 9). An diesem Punkt des Auswertungsprozesses kommen Kontextwissen, Motive und ähnliches ins Spiel, die im ersten Interpretationsschritt ausgeklammert wurden.

Beobachtet habe ich das Interviewmaterial im Rahmen der reflektierenden Interpretation in Anlehnung an die methodologischen Vorgaben und Beispielinter-

pretationen von Bohnsack (2008), Nohl (2009) und Vogd (2009, 2010) auf Aspekte wie

- negative und positive Gegenhorizonte, die im Erzählungsverlauf aufgespannt werden (Wovon grenzt man sich ab? Woran orientiert man sich?),
- potenzielle und aktualisierte Kommunikationsanschlüsse,
- das Verhältnis zwischen den Beteiligten, wie es in der Kommunikation zum Tragen kommt (Auf welche Weise werden Hierarchien, Geschlechterdifferenzen oder ähnliches reproduziert?),
- den (funktionalen) Rahmen des Gesprächs,
- dramaturgische Steigerungen und Höhepunkte im Gesprächsverlauf,
- die Frage, »als was« das Gespräch vollzogen wird (Geht es um die Stabilisierung von Machtverhältnissen, wird ein Fachgespräch geführt, eine pädagogische Lektion erteilt oder ähnliches?),
- die Art der Lösungen, die in der Kommunikation gefunden werden (Lassen sich Verweise auf Sachzwänge beobachten? Wird die Erfüllung von Funktionen in den Fokus gerückt? Geht es um die Schließung der Organisation?).

Aufzeichnungen aus dem Feldtagebuch als Dokumentation der teilnehmenden Beobachtung wurden dabei zur Rekonstruktion sowohl des unmittelbaren als auch des erweiterten Kontexts herangezogen.

Als dritten Auswertungsschritt sieht die dokumentarische Methode die *Typenbildung* oder *komparative Analyse* vor, also die Beobachtung einzelner Fälle im Horizont vergleichbarer Fälle (Bohnsack 2008: 141ff; Nohl 2009: 13f). Unterschieden wird dabei zwischen sinn- und soziogenetischer Typenbildung. Erstere beobachtet unterschiedliche Typen von Orientierungsrahmen der Kommunikation, Letztere die Genese dieser Orientierungsrahmen über die dahinterstehenden sozialen Zusammenhänge (Nohl 2009: 57ff). Vergleiche und Typenbildung auf der Grundlage von regelmäßig auftauchenden Kommunikationsmustern fanden auch im Rahmen meiner empirischen Analyse statt. Da mein Erkenntnisinteresse jedoch auf das Verstehen von Einzelfällen – Strukturänderungen in den von mir beobachteten Dörfern – ausgerichtet ist und nicht primär auf die Generalisierung meiner empirischen Ergebnisse zielt, verzichte ich darauf, den Vergleich explizit als eigenständigen Analyseschritt auszuflaggen, und beschränke mich stattdessen auf den impliziten, fallbezogenen Vollzug.

Während mir die dokumentarische Methode als Orientierungsrahmen bei der Analyse des Interviewmaterials und der Aufzeichnungen aus meinem Feldtagebuch diene und sich die nachfolgende Darstellung meiner empirischen Ergebnisse primär auf diese beiden Datenkategorien stützt, nimmt die *Dokumentenanalyse* sowohl in der Auswertung als auch in der Ergebnisdarstellung einen nachrangigen Stellen-

wert ein. Aus den Budgetplänen und Protokollen von Gemeindeversammlungen, Gemeinderatssitzungen und öffentlichen Anhörungen, die mir aus der Gemeinde Andreevka für die Jahre 2005 bis 2009 vorliegen, habe ich zwar mehrfach Sachinformationen entnommen (beispielsweise über die Höhe getätigter Ausgaben, die Inhalte gefasster Beschlüsse und ähnliches). Eine detaillierte Auswertung und Interpretation dieser schriftlichen Dokumentation von Verwaltungskommunikation erwiesen sich jedoch sowohl angesichts der inhaltlichen Qualität der Texte – die Protokolle fassen die jeweiligen Veranstaltungen meist nur bruchstückhaft zusammen, so dass zwar Ergebnisse, nicht aber der Verlauf der Kommunikation rekonstruierbar sind – als auch im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse meiner Arbeit als nicht sinnvoll. In analoger Weise wurde mit den Beiträgen aus der Lokalzeitung »Ochanskaja Storona« verfahren, die mir zu relevanten Themen für den Zeitraum von 2002 bis Anfang 2010 vorliegen. Auch sie dienten mir in erster Linie als Quelle für Sachinformationen und an wenigen Stellen als Belege für ein generelles Stimmungsbild, eine detaillierte und umfassende Auswertung der Artikel erfolgte hingegen nicht.

AUFREGUNG UM EIN FLUGBLATT – ODER: FORMEN DER KOMMUNIKATION ZWISCHEN KOLCHOS UND GEMEINDE

Im Februar 2009 sorgte in der Gemeinde Andreevka ein Flugblatt für Aufregung. Es war anlässlich der Kandidatur des Kolchosvorsitzenden⁸ für einen Sitz im Bezirksparlament, der »zemskoe sobranie«, kurz vor der Wahl an die Haushalte verteilt worden. Unter der Überschrift »Die Wahrheit über [Name des Betriebs]« wurde dort eine Reihe von Vorwürfen gegen den Kolchosvorsitzenden erhoben. Er habe, so die Stoßrichtung der Argumentation, den Betrieb heruntergewirtschaftet (wobei als Vergleich ein wirtschaftlich besser gestellter Betrieb aus einer Nachbargemeinde herangezogen wurde) und nehme über Subventionen unnötig und übermäßig viele Steuergelder in Anspruch. Stets unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit operierend, füge er dem Dorf und seinen Bewohnern letztlich Schaden zu. Unterzeichnet war das Flugblatt lediglich mit »Die Bürger von Andreevka« (»žiteli Andreevki«). Niemand im Dorf konnte (oder wollte) sich zur Autorenschaft äu-

8 Die Verwendung der Bezeichnung Kolchos folgt dem dörflichen Sprachgebrauch, entspricht aber nicht der gegenwärtigen formalen Rechtsform des landwirtschaftlichen Großbetriebs. Die meisten Kollektivbetriebe wurden Anfang der 1990er Jahre in Genossenschaften umgewandelt.

Bern.⁹ Weil es zudem nach Ablauf der Frist für Wahlwerbung und damit illegal verteilt worden war, waren die Gemüter zusätzlich erregt.

Bedeutsam an diesem Fall ist nicht so sehr das Flugblatt an sich – also die Tatsache, dass in dieser Form Wahlwerbung betrieben wurde –, sondern die Kommunikation, die sich an ihm entzündete. Obwohl die geäußerte Kritik gar nicht auf die Gemeindeverwaltung zielte, sah sich die Bürgermeisterin zu einer Stellungnahme genötigt. Von den Vorwürfen, die im Dorf hinter vorgehaltener Hand durchaus hier und da auf Zustimmung stießen, distanzierte sie sich nicht nur explizit, sondern war darüber hinaus bemüht, die Haltlosigkeit der vorgebrachten Argumente vorzuführen. Um ihrem Widerspruch eine sichtbare Form zu verleihen, wurde unter ihrer Federführung sogleich ein Gegenflugblatt lanciert, auf dem es unter anderem hieß:¹⁰

»Im Bezirk [...] kennt man den Leiter des [ehemaligen Kolchos], [Name des Kolchosvorsitzenden], gut. Er ist geboren und aufgewachsen im Gebiet Orenburg. [...] In der sowjetischen Zeit war man nach Abschluss des Studiums zu einer dreijährigen Dienstzeit verpflichtet. Hätte er anschließend nach Hause zu seinen Eltern und Brüdern zurückkehren können, die ihn lieben und schätzen? Natürlich, das hätte er gekonnt. Aber Andreevka zog ihn wie ein Magnet an und wurde für ihn zur Heimat. Zu Fuß lief [der Kolchosvorsitzende] alle Felder ab, kannte die Qualität jeder Saatfläche. [...] Niemals unterteilte er die Bevölkerung in ›seine‹ und ›Fremde‹. Für alle Feierlichkeiten stellte er finanzielle Mittel bereit. Seinen Traktor stellt er zur Verfügung, um Gemüseärten umzugraben und Futter herzustellen. Nach seinen Möglichkeiten liefert er Rentnern Brennholz. [...] An die Menschen zu denken und sich um sie zu sorgen steht für ihn im Vordergrund. [...] [Der Kolchosvorsitzende] hat sich angewöhnt, nicht für sich selbst zu leben. Sein Lebensziel ist der Dienst an den Bürgern im Bezirk [...].«

Dieses ›Gegenflugblatt‹ greift insofern die Kontextur des ›oppositionellen‹ Flugblatts auf, als dass der Kolchosvorsitzende ebenfalls auf die Unterscheidung guter[schlechter Mensch beobachtet wird. Der Beobachtungsrahmen der Wirtschaftlichkeit bleibt dabei jedoch ausgeklammert. In den Vordergrund gerückt werden stattdessen die Wohltätigkeit und Großzügigkeit des Kolchosvorsitzenden als Person ebenso wie die Bedeutung des Betriebs für die dörfliche Infrastruktur.

9 Zwar wurde mir das Flugblatt mehrfach zum Lesen gegeben, eine Kopie anfertigen oder gar ein Exemplar mitnehmen durfte ich jedoch nicht. Die inhaltliche Darstellung basiert deshalb aus Aufzeichnungen aus dem Feldtagebuch, die unmittelbar nach der Lektüre des Flugblatts erstellt wurden.

10 Das Flugblatt der Bürgermeisterin wurde mir bereitwillig in die Hand gedrückt, so dass auch direkte Zitate daraus möglich sind.

Der weitere Verlauf der ›Flugblattaftäre‹ – im engeren Sinne – ist schnell erzählt: An den Wahlen zum Bezirksparlament nahm die Dorfbewölkerung mit ungewöhnlich hoher Aktivität teil,¹¹ der Kolchosvorsitzende erhielt die überwältigende Mehrheit der Stimmen und zog ins Parlament ein. Noch ein Jahr später verbuchte die Bürgermeisterin die Episode auf einer Gemeindeversammlung explizit als Sieg für das Dorf und verband damit auch eine Warnung mit Blick auf zukünftige Wahlen:

»Da gab es vor einem Jahr diese Flugblätter und wir haben alle gemeinsam erlebt, wie sie am Vorabend der Wahlen verteilt wurden. Sie waren unterzeichnet von den Bürgern aus Andrejevka, aber niemand von uns hat diesen Text geschrieben, niemand von uns hat ihn gedruckt. Ein Teil der Flugblätter wurde nicht von unseren Dorfbewohnern verteilt, ein Teil schon. Und unsere Bürger haben dann an den Wahlen teilgenommen [und für den Kolchosvorsitzenden gestimmt, E.M.], weil alles hätte passieren können.« (Bürgermeisterin auf einer Gemeindeversammlung, 18.2.2010)

Die ›Flugblatt-Aftäre‹ lenkt den Blick auf drei Aspekte, die aus soziologischer Perspektive und für das Erkenntnisinteresse der Studie relevant sind: *Erstens* wird deutlich, dass der ehemalige Kollektivbetrieb und insbesondere die Person seines Vorsitzenden auch im postsowjetischen Dorf eine bedeutende Rolle spielen, an der sich Diskussionen und Konflikte entzünden. Mit der ›Kolchosfrage‹ scheint ein neuralgischer Punkt der Dorfstrukturen tangiert zu sein, der (auch) – darauf deutet die hastige Reaktion der Bürgermeisterin hin – mit Blick auf die Selbstverwaltung der Gemeinde relevant ist. *Zweitens* markieren Flugblatt und Gegenflugblatt bildhaft zwei Enden des Spektrums an Erwartungen, die sich auf den ehemaligen Kollektivbetrieb richten und sich zwischen Wohlfahrts- und Wirtschaftsorganisation bewegen. Mit den beiden Flugblättern wurde versucht, jeweils eines der beiden Enden nicht nur als alleiniges Beobachtungsschema, sondern darüber hinaus als Maßstab für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Betriebs festzulegen. Und *drittens* lässt sich die Episode als ein Beispiel dafür analysieren, auf welche Weise die jüngste Kommunalreform in der dörflichen Kommunikation trotz oberflächlicher Kontinuitäten einen Wandel von Beobachtungsformen und Erwartungsstrukturen induziert und Klärungsansprüche hinsichtlich der Positionierung von Gemeindeverwaltung und ehemaligem Kolchos forciert.

11 Die Mitglieder des Komitees, das mit der Durchführung der Wahlen in der Gemeinde und mit der Stimmenauszählung befasst war, gaben eine Wahlbeteiligung von 60 Prozent an. Üblich sei eine Wahlbeteiligung von rund 30 Prozent.

»Ohne den Kolchos kommen wir nirgendwohin«

Fragt man in der Gemeinde nach den Leistungen und der Rolle des Kolchos, erhält man als Antwort meist einhellige Relevanzbekundungen. Der Betrieb wird als »dorfkonstituierend« (»seloobrazujuščij«) beschrieben und seine Leistungen gelten mit Blick auf die Reproduktionsfähigkeit des Dorfes als unverzichtbar. Zum Tragen kommt dies in drei Tätigkeitsbereichen: Erstens sei der ehemalige Kollektivbetrieb der zentrale Arbeitgeber im Dorf (im Jahr 2008 beschäftigte er 173 Dorfbewohner und damit gut 50 Prozent derjenigen, die sich in einem festen Arbeitsverhältnis innerhalb der Gemeinde befanden), zweitens unterstütze er die nach wie vor existierenden Hoflandwirtschaften der Haushalte und drittens erbringe er eine Reihe von Leistungen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur und kommunalen Dienstleistungen:

»[Privatbauer]: Der Kolchos ist als Unternehmen dorfkonstituierend. Ein großer Teil der Bevölkerung arbeitet beim Kolchos. Und im sozialen Bereich sowieso – wie ich schon gesagt habe – befindet sich die Wasserleitung auf seiner Bilanz, das heißt, er versorgt die Bevölkerung mit Wasser. Und auch die öffentlichen Institutionen: der Kindergarten, die Schule – deren Wasserversorgung liegt vollständig auf den Schultern des Kolchos. Jetzt im Winter räumt er die Wege, damit man sich einigermaßen normal bewegen kann. Die Privaten haben keine geeignete Technik dafür, um die Wege frei zu halten. Und auch was sonst die Dienstleistungen betrifft: wer eine Hoflandwirtschaft hat – wir sind ja nicht die einzigen, die Kühe halten –, für alle wird das Heu mit Kolchostraktoren gemäht. Von den Privaten hat nur einer eine Mähmaschine, soweit ich weiß. Einer oder zwei. Die Gemüsegärten gräbt der Kolchos um. So ist das.

[Privatbäuerin]: Ohne den Kolchos kommen wir nirgendwohin.

[Privatbauer]: Ja, ohne den Kolchos kommen wir nirgendwohin.

[Privatbäuerin]: Und dann noch die Arbeitsplätze.«

(privatbäuerliches Ehepaar, 21.2.2010)

Auch wenn sich das Engagement des Betriebs vor allem im Bereich der lokalen Infrastruktur zum Teil aus schwer benennbaren Einzelleistungen zusammensetzt, die sich erst in der Summe bemerkbar machen, so betonen zwei Mitglieder des Gemeinderats, käme die Gemeinde ohne den Betrieb kaum über die Runden:

»[Gemeinderat₁]: Er stellt Transportmöglichkeiten bereit, Rentnern liefert er Brennholz. [...] Und auch wenn eine Beerdigung ansteht, braucht man Transportmöglichkeiten. Und schon wieder ist dann der Kolchos zur Stelle.

[Gemeinderat₂]: Das sind alles Dienstleistungen. Irgendwie bemerkt man sie kaum, aber ohne sie wären wir aufgeschmissen.«

(Mitglieder des Gemeinderats, 13.8.2008)

Letztlich verbiete es die Macht der Gewohnheit, Alternativen zu den Kolchosleistungen – beispielsweise in Form privatbäuerlicher Betriebe, die aus technischer Sicht zu denselben Leistungen in der Lage wären – überhaupt in Betracht zu ziehen und die Abhängigkeiten vom Betrieb dadurch aufzubrechen:

»Alle haben einen Gemüsegarten, der mit dem Kolchostraktor bearbeitet wird. Die Preise dafür sind niedrig, für die Bevölkerung ist das vorteilhaft – umso mehr, wenn man einen Landanteil [beim Kolchos, E.M.] besitzt. Über den Boden sind wir alle abhängig [vom Kolchos, E.M.]. Wenn man etwas braucht, wenn jemand Probleme hat – als erstes gehen sie [zum Kolchosvorsitzenden]. [...] Wir sind aneinander gebunden. Das ist die Macht der Gewohnheit, dass man zu ihm geht.« (Bürgermeisterin, 11.8.2008)

Aus der Vielzahl von Leistungen, die in den Interviews angesprochen und dem ehemaligen Kollektivbetrieb zugeschrieben wurden, fanden zwei besonders häufig und nachdrücklich Erwähnung: Die Wasserleitungen und die Instandhaltung der Dorfwege.

Die dorfinternen *Wasserleitungen* stammen in Andreevka – wie in den meisten ländlichen Gemeinden Russlands – aus der Zeit des sowjetischen Regimes: Im Kontext der politisch vorangetriebenen Industrialisierung landwirtschaftlicher Produktion hatte der sowjetische Staat fast alle Gemeinden im ländlichen Raum an die Wasserversorgung angeschlossen (OECD 2011: 29ff). Für den Bau der Hauptleitungen innerhalb des Dorfes waren dabei in der Regel die landwirtschaftlichen Großbetriebe zuständig. Auf diese Weise wurden öffentliche Gebäude (wie Gemeindeverwaltung, Schule, Kindergarten, Kulturhaus) und ein mehr oder weniger großer Teil der Wohnhäuser (in Andreevka etwa 40 Prozent) mit eigenen Wasseranschlüssen versorgt, die bis heute genutzt werden. Die übrigen Haushalte – und das ist meist die Mehrheit – haben über öffentliche Hydranten, die über das Dorf verteilt sind, zwar Zugang zu fließendem Wasser, die Wohnhäuser selbst sind jedoch weder an die Wasserleitung noch an die Kanalisation angeschlossen, einige verfügen über einen eigenen Brunnen auf ihrem Grundstück. In Andreevka sind die Hauptleitungen bis heute Eigentum des ehemaligen Kollektivbetriebs und werden von ihm unterhalten.¹² Dies erfordert vor allem laufend anfallende Reparatur- und

12 Nach Aussage der Bürgermeisterin ist diese Lage kein Einzelfall, sondern verhält sich in zwei weiteren Gemeinden im Bezirk ebenso – und damit in allen Gemeinden, in denen der ehemalige Kolchos noch in »sowjetischer Form« existiert.

Instandhaltungsarbeiten an den mittlerweile maroden Leitungen, für die sowohl entsprechende Ausgaben in der betriebsinternen Finanzplanung berücksichtigt werden müssen als auch Fachpersonal bereitgestellt wird, das Teil der Kolchosbelegschaft ist:

»[Frage¹³]: Sie haben den sozial-kulturellen Bereich erwähnt. Unterstützen Sie die Gemeinde bis heute in diesem Bereich?

[Kolchosvorsitzender]: Natürlich helfe ich. Die Wasserleitung ist noch auf unserer Bilanz, wir unterhalten sie mehr schlecht als recht.

[Frage]: Und der Dienst, der die Wasserleitung repariert – gehört der zu Ihnen?

[Kolchosvorsitzender]: Ja, das ist unserer.«

(Kolchosvorsitzender, 11.8.2008)

»Im Bereich kommunaler Dienstleistungen, natürlich, da macht er [der ehemalige Kolchos, E.M.] einiges. Erstens läuft über ihn das Abpumpen der Kanalisation. Wir setzen uns mit den Brigadeleitern in Verbindung und sie schicken dafür einen Traktor. Die Wasserleitung versuchen wir zur Zeit zu erneuern. Der Plan ist, einen Teil der alten Wasserleitung gegen eine neue auszutauschen, damit sie nicht bricht.« (Kolchosangestellte, 22.2.2010)

Trotz der für viele Gemeindemitglieder unkomfortablen Zugangsbedingungen wird die Sicherung der Existenz und die prinzipielle Erreichbarkeit von Wasserleitungen und Kanalisation als wesentlicher Beitrag zur Lebensqualität im Dorf bewertet und dieses Verdienst dem ehemaligen Kolchos zugeschrieben:

»Sowieso scheint mir, dass der größte Teil der kommunalen Wirtschaft über den Kolchos läuft. Die Wasserleitung ist dabei essentiell für unser Leben [*lacht*]. [...] Wenn es sie nicht gäbe, hätten wir es sehr schwer.« (Kolchosangestellte, 22.2.2010)

Ein zweiter und – wie die Bürgermeisterin und verschiedene Gemeindemitglieder betonen – nicht weniger relevanter Bereich der Kooperation zwischen ehemaligem Kolchos und Gemeinde betrifft das *Instandhalten der Wege* im Dorf. Da die Gemeinde über keine eigenen technischen Gerätschaften verfügt, stellt der Betrieb regelmäßig einen Traktor nebst Fahrer bereit, der sich um die Säuberung und Reparaturen kümmert und während der Wintermonate den Schnee räumt:

13 An einigen Interviews waren außer mir selbst noch Maria Amelina (Weltbank), Peter Lindner (Institut für Humangeographie, Goethe-Universität Frankfurt) sowie Aleksandr Nikulin (Moscow School of Social and Economic Sciences) beteiligt, weshalb ich Äußerungen der Interviewerinnen und Interviewer aus Gründen der besseren Lesbarkeit nicht namentlich, sondern einheitlich als »Frage« kennzeichne.

»Für das Säubern der Wege haben wir eine Vereinbarung mit [dem Kolchosvorsitzenden]. Er stellt uns den Traktor zur Verfügung, wir zahlen den Lohn des Traktorfahrers und den Treibstoff, aber wir zahlen keine Miete für den Traktor. Für uns ist es existentiell, dass im Winter die Wege geräumt werden, und der Winter ist bei uns lang.« (Bürgermeisterin, 8.8.2008)

Was auf den ersten Blick wie ein altbekanntes Arrangement aussieht, vollzieht sich indes vor der Kulisse eines massiven Strukturwandels. Zwar deuten die beschriebenen Leistungen des Betriebs oberflächlich Kontinuität an, denn mit Blick auf die Praktiken des sowjetischen Dorfes scheint sich an den Tätigkeitsbereichen des Betriebs wenig geändert zu haben: Unverändert und unermüdlich übernimmt er Aufgaben, die abseits des Bereichs landwirtschaftlicher Produktion liegen und sich auf die Infrastruktur der Gemeinde richten. Die formalen Rahmenbedingungen, die die Rolle der landwirtschaftlichen Großbetriebe in den Dörfern und ihr Verhältnis zur Gemeindeverwaltung umgeben, haben sich im Zuge der Transformation jedoch gewandelt: Während die Privatisierungsmaßnahmen implizit die Landwirtschaftsbetriebe von bestimmten Aufgaben zu entbinden versuchen, weist die Kommunalreform ebenjene Aufgaben den Gemeinden zu. Angesichts der Tatsache, dass sich in Andrejevka wie in zahlreichen anderen ländlichen Gemeinden die tradierte Aufgabenteilung zwischen Gemeindeverwaltung und ehemaligem Kollektivbetrieb bis zum In-Kraft-Treten der jüngsten Kommunalreform erhalten hatte, ist diese Verschiebung der Normen durchaus mit Reibung verbunden – worauf auch der Kolchosvorsitzende verweist:

»Früher, ganz am Anfang meiner Tätigkeit entfielen alle Leistungen im sozial-kulturellen Bereich auf den Kolchos. Das war Anfang der 80er Jahre. 86 habe ich begonnen, als Direktor [des Kolchos, E.M.] zu arbeiten. Und ganz am Anfang gehörte das alles zu uns – auch die Schule war auf der Bilanz des Kolchos, auch der Klub. Später dann in den 90er Jahren kam es zu einer Teilung, die soziale Sphäre und die Produktion sollten getrennt sein. Aber trotzdem leben wir immer noch hier – und das Dorf ist so oder so unseres.« (Kolchosvorsitzender, 20.2.2010)

Im Hinblick auf die Frage nach der Neuausgestaltung des Verhältnisses von ehemaligem Kolchos und Gemeindeverwaltung, die das Justieren von Grenzen zwischen beiden Organisationen ebenso betrifft wie die Klärung von Anschlussmöglichkeiten und die Herausbildung neuer Kooperationsformen, treten zwei Bereiche der jüngsten Kommunalreform besonders hervor: Die kommunalen Finanzen und das Steuersystem, über das die Gemeindeverwaltung und der Betrieb finanziell miteinander verflochten sind, sowie die Regelungen zur kommunalen Infrastruktur, durch die den Gemeinden erstmals genau festgelegte Zuständigkeiten im Hinblick auf die Bereitstellung von kommunalen Dienstleistungen auf ihrem Territorium

übertragen werden. Zu diesem zweiten Bereich zählen auch die bereits skizzierten Leistungen: Die Instandhaltung der Wasserleitungen und der Dorfwege.

Wirtschaftliche Selbstinszenierungen

Der aus den Transformationsmaßnahmen erwachsende Anspruch einer wirtschaftlichen Primärorientierung der ehemaligen Kollektivbetriebe spiegelt sich überdeutlich in den Selbstbeschreibungen wider, die vor allem von Mitgliedern der Betriebsleitung vorgetragen werden. Um die Umorientierung seines Betriebs zum Ausdruck zu bringen und sich vom ›sowjetischen‹ Kolchos abzugrenzen, beschreibt der Vorsitzende sein Unternehmen als ›Business‹: Marktorientierung, Preise und Zahlungen sind dominierende Parameter der Selbstdarstellung und die eigene Leistung wird mit den Betriebsergebnissen anderer Landwirtschaftsbetriebe in der Region verglichen. Entsprechend verkündet der Kolchosvorsitzende gleich zu Beginn eines Interviews mit sichtlichem Stolz und fast euphorisch das Betriebsergebnis für das vergangene Jahr – ohne dass ich danach gefragt hätte:

»2009 war im Hinblick auf die Produktion für uns ein erfolgreiches Jahr, unsere Produktion ist um 22 Prozent gestiegen. Das ist sehr gut. Wir haben im Jahr 2009 60 Stück Vieh gekauft. Und Milch ist für uns gegenwärtig der profitabelste Produktionsbereich.« (Kolchosvorsitzender, 20.2.2010)

Aufgrund der guten Zahlen, so betont er, sei das Unternehmen in einem Ranking der Regionalverwaltung, das als Orientierung bei der Vergabe staatlich subventionierter Kredite dienen soll, der obersten von drei Gruppen zugeordnet worden – wenn auch verbunden mit einer Reihe von Auflagen und Verpflichtungen. Es gehöre damit der Gruppe derjenigen Unternehmen an, die nach Einschätzung der Politik »darauf ausgerichtet sind, Landwirtschaft als Business zu betreiben« (Kolchosvorsitzender, 20.2.2010) und als entsprechend förderungswürdig gelten. Der zweiten und dritten Gruppe dieser Klassifikation würden hingegen Betriebe zugeordnet, die lediglich zur Sicherung von Arbeitsplätzen aufrechterhalten werden sollen oder deren Zerfall und Überführung in Kleinbetriebe politisch forciert werden soll. Beinahe lehrbuchartig stellt der Kolchosvorsitzende vor diesem Hintergrund seine Maxime für eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit dar:

»Der erste Aspekt ist – das habe ich Ihnen ja schon gesagt – die Auswahl effizienter Bereiche, die sich am Markt orientieren. Der zweite Aspekt ist die Senkung der Produktionskosten. Das heißt, die eigene Produktion muss teuer verkauft werden, gleichzeitig muss man günstiger produzieren und dann wächst auch der Gewinn. Das ist der Weg, den wir verfolgen.« (Kolchosvorsitzender, 20.2.2010)

Auf der operativen Ebene schließen an diese Selbstdarstellung des Betriebs eine Reihe von Formalisierungsversuchen an, die (auch) auf seine ›sozialen‹ Leistungen im Dorf zielen. Die Kooperationen mit der Gemeindeverwaltung und den Hoflandwirtschaften, so die generelle Stoßrichtung, sollen in die wirtschaftliche Selbstbeobachtung integriert werden. *Organisationsintern* geschieht dies vor allem über die Berücksichtigung der entsprechenden Operationen in der Buchhaltung und Personalplanung, wodurch deren Beobachtbarkeit im Medium des Geldes sichergestellt und Auswirkungen auf die Zahlungsfähigkeit des Betriebs sichtbar gemacht werden sollen. Beispielsweise gehen die Kosten für Reparaturen an der Wasserleitung offiziell in die Unternehmensbuchhaltung ein und sind als eigener Geschäftsbereich des Betriebs Teil seiner Finanzplanung. Über jede erbrachte Leistung sowohl gegenüber der Kommune als auch gegenüber einzelnen Haushalten – so hebt die leitende Ökonomin des Betriebs hervor – wird offiziell Buch geführt und Arbeitskräfte werden entsprechend eingeteilt:

»[Ökonomin]: Das gehört alles uns [mit Blick auf die Wasserleitung, E.M.]. Dem Landwirtschaftsbetrieb. Wir übernehmen alle Überprüfungen und Reparaturen, sie ist vollständig unsere. [...] Das war schon immer so. Sie gehörte immer uns, wir – der Kolchos – haben sie gebaut. Der Kolchos hat sie selbst gebaut, wer die Projektdokumentation erstellt hat, weiß ich nicht. Vermutlich auch der Kolchos. So läuft das. [...] Das ist sehr kostspielig. Für die Bevölkerung wird das schwierig. Die Leistungen der Wasserversorgung, die Entsorgung – das ist sehr teuer.

[Frage]: Befassen Sie sich als Ökonomin auch mit diesen Ausgaben?

[Ökonomin]: Ja. Ich plane sie. Wir planen, so um die 200.000 für die Wasserleitung auszugeben. Für die Reparatur, Ersatzteile, Lohn, Steuern, Amortisation der Kosten.

[Frage]: Gibt es noch andere Leistungen, bei denen der Kolchos die Gemeindeverwaltung unterstützt?

[Ökonomin]: Nicht nur die Gemeindeverwaltung, sondern die ganze Bevölkerung. Für die Gemeindeverwaltung – Transportleistungen für die Instandhaltung der Wege. Für die Bevölkerung alle anderen Dienstleistungen – alle. Das Bearbeiten der Gemüsegärten, die Lieferung von Brennholz, die Futterherstellung, Heu für persönliche Hoflandwirtschaften. Wir haben eine Mahlmaschine, mit der wir das Getreide mahlen, um damit das Vieh zu füttern. Das ist auch eine Dienstleistung, die Lieferung von Futter. Alle diese Leistungen erbringt der Kolchos gegenüber der Bevölkerung gegen minimale Bezahlung.

[...]

[Frage]: Werden für diese Dienstleistungen auch Pläne erstellt?

[Ökonomin]: Unbedingt. Das hier ist unser Geschäftsplan. Hier werden zum Beispiel alle Ausgaben für 2010 berechnet. Die Kosten für Heu, Silage, die verschiedenen Futterarten. Getreide, Milch, Fleisch – wie viel das alles kosten soll. Wir planen das alles, planen unsere

Einkünfte, und dann am Ende des Jahres, im Januar 2011, schauen wir, was wir tatsächlich erhalten haben und inwiefern wir mit unseren Plänen recht behalten haben.«
(Kolchosökonomin, 19.2.2010)

Extern, also über die Außengrenzen der Organisation hinweg, lassen sich Formalisierungen sowohl gegenüber den privaten Haushalten (vgl. dazu ausführlich S. 290ff), als auch gegenüber der Gemeindeverwaltung beobachten. Die Zusammenarbeit mit Letzterer, darauf pochen der Kolchosvorsitzende ebenso wie Mitglieder der Kolchosverwaltung, basiert auf Verträgen. Der Betrieb nimmt konkrete und klar abgegrenzte Aufträge von der Gemeinde entgegen und wird dafür bezahlt:

»Zur Zeit helfen wir [der Kolchos, E.M.] mit verschiedenen Dienstleistungen – unser Traktor säubert die Wege, die Wasserleitung ist unsere. Viele wenden sich an uns, wir arbeiten miteinander zusammen – sei es mit der Schule, sei es mit dem Sel'sowet, sei es mit dem Klub. Wir schließen Verträge ab über gemeinschaftliche Dienstleistungen und auf Grundlage dieser Verträge arbeiten wir. Sie bezahlen uns für die Dienstleistungen. Wir nehmen ein bisschen was – und sie bezahlen.« (Kolchosvorsitzender, 20.2.2010)

»[Frage]: Und wissen Sie, wie das läuft, wenn der Kolchos diese Leistungen erbringt – ist das immer formal und auf vertraglicher Basis oder auch informal? Dass er einfach so hilft?

[Kolchosangestellte]: Sowohl mit Verträgen als auch einfach so, aber im Wesentlichen, so scheint mir, auf formaler Grundlage. Sie schließen Verträge ab und leisten Unterstützung, im Wesentlichen auf Grundlage von Verträgen, natürlich.«

(Kolchosangestellte, 22.2.2010)

Deutlich werden hier die Verschiebungen der Erwartungsstrukturen: Entsprach Informalität, also Kommunikation abseits vertraglicher Vereinbarungen und unter Umgehung der betrieblichen Buchhaltung, bei Unterstützungsleistungen gegenüber der Gemeindeverwaltung oder auch gegenüber einzelnen Haushalten im sowjetischen Regime durchaus den Normalitätserwartungen, vollzieht sich nun eine Umstellung. Im Betrieb werden die besagten Leistungen zunehmend primär als entgangene Zahlung und damit als Umsatzeinbuße beobachtet und unter Verweis auf wirtschaftliche Rationalitäten zu vermeiden versucht. Um zu verhindern, dass dem Betrieb auf informalem Wege Einnahmen entgehen, wurde ein spezielles Verrechnungssystem für erbrachte Dienstleistungen entwickelt, das sich eng an die tradierten (ebenfalls informalen) Praktiken anlehnt und so versucht, die Schwelle zur Formalisierung möglichst niedrig zu halten. Neben der Möglichkeit, bestimmte Leistungen über die Kolchosverwaltung zu bestellen, für die dann entsprechend Arbeitskräfte und Technik bereitgestellt werden, haben die Arbeiter (dies betrifft im

Wesentlichen die Traktoristen) die Möglichkeit, kleinere Dienstleistungen (wie beispielsweise das Umgraben eines Gemüsegartens) auch weiterhin spontan zu erbringen. Die Zahlungen der Dorfbewohnerinnen und -bewohner nehmen sie in diesem Fall direkt entgegen. Sie sind jedoch angehalten, die Art und den zeitlichen Umfang der erbrachten Leistung auf einer mitgeführten Liste zu vermerken, so dass die entsprechenden Zusatzeinnahmen mit ihrem Lohn verrechnet werden können:

»[Frage]: Und kommt es nicht vor, dass ein Traktorist einfach so bestimmte Arbeiten ausführt?

[Ökonomin]: Das kommt vor. Aber prinzipiell versuchen wir, die Dienstleistungen zu erfassen, denn für uns ist das echtes Geld. Wir haben zwei Brigaden. Wir haben zwei Mitarbeiter im Rechnungswesen und sie machen das mit ihren Traktoristen aus. Sie stellen einen Auftrag aus und tragen ein, wer welche Leistung bestellt hat und mit welchem Zeitumfang. Beim Bestellen eines Gemüsegartens werden die Hektar gezählt, anschließend in eine Liste eingetragen und die Buchhaltung rechnet das mit ihm [dem Traktoristen, E.M.] ab, zum Beispiel mit dem Lohn. Für den einzelnen Arbeiter ist das angenehm. Das wird mit dem Lohn verrechnet, das heißt, er muss das Geld nicht in Bar abgeben, es wird ihm vom Lohn abgezogen.«

(Kolchosökonomin, 19.2.2010)

Zentrale Parameter der vertraglichen Vereinbarungen sind Preise, an deren Zustandekommen – dies gilt zumindest für kommunale Dienstleistungen – der Betrieb und die Gemeindeverwaltung gleichberechtigt beteiligt sind. Über den Inhalt der entsprechenden Verhandlungen geben die Protokolle von zwei Gemeinderatssitzungen im Mai und Juni 2007 beispielhaft Aufschluss, auf denen Preiserhöhungen für die Wasserversorgung thematisiert wurden: Für die Bereitstellung und Instandhaltung der Wasserleitung erhebt der Kolchos über die Gemeinde unterschiedliche Tarife – ein höherer Tarif gilt für Organisationen (also Gemeindeverwaltung, Schule, Kindergarten und die drei Lebensmittelgeschäfte) und ein etwas geringerer für Privathaushalte. In seiner Sitzung vom 29. Mai 2007 thematisierte der Gemeinderat den Vorschlag des Betriebs, Ersteren um 28 Prozent zu anzuheben (von 10 auf 12,80 Rubel pro Kubikmeter). Um seine Forderung zu begründen, hatte der Betrieb dem Gemeinderat eine detaillierte Aufstellung über die erwarteten Reparaturkosten vorgelegt, die im laufenden Jahr anstehen würden (115.114 Rubel, etwa 3.200 Euro). Die Tarifierhöhung traf bei den Gemeinderatsmitgliedern durchweg auf Zustimmung und wurde entsprechend beschlossen. Unter stärkeren Vorbehalten diskutierte das Gremium rund einen Monat später, im Rahmen der Sitzung am 25. Juni 2007, einen weiteren Vorschlag des Betriebs, der vorsah, die Wassertarife für Privathaushalte in Zukunft über Pauschalbeträge pro Kopf und nicht mehr wie

bislang pro Haushalt zu berechnen.¹⁴ Als Berechnungsgrundlage sollte das »pochozjajstvennaja kniga«, das dörfliche Haushaltsregister,¹⁵ dienen, das für jeden Haushalt auch Angaben zur Anzahl der zugehörigen Personen enthält. Tatsächlich, so der Einwand, würden im Register jedoch oftmals Personen als Haushaltsmitglieder geführt, die die meiste Zeit gar nicht im Dorf lebten, so dass die auf diese Weise berechneten Zahlungen kaum die tatsächlichen Verhältnisse spiegelten. Nach kürzerer Diskussion, deren genauer Verlauf nicht aus dem Protokoll hervorgeht, wurde die Änderung allerdings trotz dieser Bedenken ebenfalls verabschiedet.

Welche Schlüsse lassen sich aus den skizzierten Formalisierungsbestrebungen mit Blick auf die Erwartungsstrukturen im Dorf und insbesondere auf die Beziehung zwischen ehemaligem Kollektivbetrieb und Gemeinde ziehen? Mit Luhmann lassen sich Verträge als ein Instrument verstehen, um Kommunikation zu binden und Kontingenz zu reduzieren, indem sich Selektionen durch den Vertrag »wechselseitig aufeinander einlassen, einander benutzen, einander aufbauen, Alternativen verwerfen« (Luhmann 1984: 176). Zwar entspringen Verträge der Interaktion, die durch sie festgelegte Beziehung löst und verselbständigt sich jedoch von der Interaktion: Die Identität der Beziehung wird durch den Vertrag unabhängig von der Anwesenheit der Beteiligten auf Dauer gestellt und ihr weiterer Verlauf wird nicht durch den Verlauf der Interaktion bestimmt, sondern durch Vertragsregelungen (Teubner 1992: 195f). Über den Vertrag legen Betrieb und Gemeindeverwaltung die Konditionen ihrer Zusammenarbeit bindend fest. Kontinuierliche Aushandlungen zwischen Betriebsleitung und Bürgermeisterin werden damit ebenso überflüssig wie mitlaufende Selbstvergewisserungen darüber, »woran man denn nun sei«.

Mit Blick auf das Fallbeispiel ist noch eine weitere, daran anschließende Überlegung relevant. Insofern Verträge wie im vorliegenden Fall zwischen Organisationen geschlossen werden, verweisen sie stets auch auf deren Grenzen, d.h. hier konkret auf den Prozess der organisationalen Entflechtung von Gemeindeverwaltung

14 Diese Art der pauschalen Tarifberechnung ist prinzipiell notwendig, weil es in den Gebäuden keine Wasserzähler gibt. Je nach Art des Zugangs zur Wasserleitung werden drei Gruppen unterschieden: In die unterste Preiskategorie fallen Haushalte, die nur über die öffentlichen Hydranten Zugang zu Wasser haben (6 Rubel pro Kopf), höhere Pauschalbeträge werden für Haushalte mit eigenem Wasseranschluss (15 Rubel) respektive mit Wasser- und Kanalisationsanschluss erhoben (23 Rubel). In die höchste Tarifgruppe fallen Haushalte, die zusätzlich zu Wasseranschluss und Kanalisation noch eine Badewanne besitzen (30 Rubel).

15 Das Haushaltsregister wurde bereits zu sowjetischer Zeit von den Gemeindeverwaltungen geführt und enthält neben Informationen über die zum Haushalt zugehörigen Personen auch Angaben über die Größe von Wohnhaus und Garten sowie über das Eigentum an Vieh, technischen Geräten und ähnlichem.

und ehemaligem Kollektivbetrieb. Verträge, die der ehemalige Kolchos mit der Gemeindeverwaltung oder mit anderen Einrichtungen und Haushalten im Dorf schließt, binden nicht allein die Kommunikation, sondern verkoppeln die beteiligten Sozialsysteme auf spezifische Weise, bei der stets der Verweis auf die jeweilige Umwelt mitschwingt: Die Vertragspartner sind füreinander gerade nicht Teil des eigenen Systems, sondern explizit voneinander distinkt. Teubner (1992: 195) bezieht sich in diesem Zusammenhang auf unterschiedliche Typen sozialer Beziehungen, die der Organisation und dem Vertrag zugrunde liegen: »Organisationen sind Formalisierung von sozialen Kooperationsbeziehungen – Verträge sind Formalisierung von sozialen Tauschbeziehungen«. Eine vermeintlich identische Leistung, etwa das Pflügen des Gemüsegartens, findet durch die vertragliche Rahmung in gänzlich anderen Kontexten statt: Im sowjetischen Dorf waren bestimmte Leistungen Teil des (durch die politische Führung bestimmten) Organisationszwecks der Kollektivbetriebe und unterlagen damit organisationsinternen Entscheidungen. Die Grenze zur Gemeindeverwaltung wurde jedoch nicht nur in der Sachdimension verwischt, sondern auch in der Sozialdimension, indem die Vorsitzenden der ländlichen Sowjets in die Kolchosleitung aufgenommen wurden und sich dort gegenüber dem Kolchosvorsitzenden in untergeordneter Position befanden. Der Kolchos war damit nicht nur im Hinblick auf seine Leistungen eine umfassende Organisation, sondern auch im Hinblick darauf, dass faktisch alles, was im Dorf entschieden wurde, Teil seiner Binnenkommunikation war. Diese Strukturen reproduzierten sich vielfach über den Regimewechsel hinaus. Die Umstellung auf Verträge verweist vor diesem Hintergrund auf einen strukturellen Wandel: Unabhängig davon, wie eng sich die Kooperation gestaltet oder ob Kolchos und Kommune von außen als Einheit wahrgenommen werden, lässt sich das Abschließen von Verträgen als ein Modus beobachten, in dem sich die Entflechtung von Gemeindeverwaltung und ehemaligem Kollektivbetrieb vollzieht. Damit einher geht das zumindest partielle Auflösen der »sowjetischen« Hierarchie: Die Kommunikation mit Blick auf die Kolchosleistungen ist nicht mehr hierarchisch strukturiert, kanalisiert sich folglich nicht mehr über die Kolchosleitung an der Hierarchiespitze, sondern findet dezentral in den vertraglich verkoppelten Organisationen Kolchos und Gemeindeverwaltung statt.

Das Dorf als renitente lokale Umwelt

Das soeben Beschriebene sagt viel über die Selbstdarstellung des ehemaligen Kolchos und über sein Bemühen aus, operative Strukturen an sein Selbstbild anzupassen. Die Umweltperspektive – insbesondere die Beobachtung durch die Gemeindeverwaltung – wurde bislang jedoch vernachlässigt, so dass das Bild unvollständig bleibt. Zwar werden Verträge geschlossen und nehmen ebenso wie die dargestellten organisationsinternen Formalisierungen einen hervorgehobenen Stellenwert in Be-

schreibungen der entsprechenden Arrangements ein. Die Umstellung der Kommunikation auf eine formale Grundlage vollzieht sich jedoch nur unvollständig. Auch stößt die angestrebte wirtschaftliche Primärorientierung des ehemaligen Kollektivbetriebs in seiner Umwelt auf Widerstände.

Ein erster Hinweis auf solche Widerstände findet sich in der Diskussion auf einem Treffen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der ländlichen Gemeinden des Bezirks, das in regelmäßigen Abständen in der Bezirksverwaltung stattfindet. Die Zusammenarbeit der Gemeinden mit den ehemaligen Kolchosen, so die dort herrschende einhellige Meinung, zeichne sich gerade durch ihren informalen Charakter aus. Darüber hinaus spiele die Wirtschaftlichkeit der Arrangements im Unterschied zu den ›Privaten‹ (also beispielsweise kleinbäuerlichen Betrieben oder dem lokalen Einzelhandel) für die ehemaligen Kollektivbetriebe meist eine nachrangige Rolle. Ungeachtet der praktischen Vorteile, die den Gemeinden nach eigenem Bekunden gerade aus der Kooperation mit Letzteren erwachsen, wird die Klarheit formaler Regelungen jedoch durchaus geschätzt:

»[Frage]: Aber das sind dann stärker formale Beziehungen [mit den Privatunternehmen, E.M.] als mit den ehemaligen Kollektivbetrieben?

[Bürgermeister₁]: Ich würde sagen, mit den Privaten sind das sogar die besseren Beziehungen. Denn der Leiter eines Privatunternehmens lässt nicht zu, dass ein Arrangement für ihn verlustbringend ist und führt sein Unternehmen auf eine gute Weise.

[Bürgermeister₂]: Mit denen haben wir ein vertraglich klar geregeltes Verhältnis. Was die Instandhaltung der Wege betrifft, zum Beispiel.

[Bürgermeister₁]: Mit den Privaten. [...] Über Verträge, das läuft alles über das Budget. Für diese Art von Tätigkeiten bezahlen wir sie, aber dass sie ihr eigenes Geld dafür hergeben – das würden sie nicht tun.«

(Bürgermeister auf einem Treffen in der Bezirksverwaltung, 11.8.2008)

Dass die Formalstrukturen unterlaufen werden, lässt sich auch in der Praxis beobachten (respektive entsprechenden Beschreibungen entnehmen). In diesem Sinne beschreibt beispielsweise die Leiterin der ambulanten Krankenstation in Andreevka zunächst mit großer Überzeugung, dass sämtliche Unterstützungsleistungen durch den ehemaligen Kolchos auf formaler Ebene und gegen Bezahlung abgewickelt und über die Buchhaltung verrechnet werden (wobei sie die Preise als durchaus hoch beobachtet). Auf mehrfaches Nachfragen hin räumt sie jedoch ein, dass daneben auch kostenlose Leistungen erbracht werden, für die entsprechende Vereinbarungen an der Betriebsleitung vorbei direkt mit den entsprechenden Arbeitseinheiten, den sogenannten Brigaden, getroffen werden:

»[Frage]: Erhalten Sie in irgendeiner Form Hilfe aus dem Dorf? Gibt es irgendeine Form der Zusammenarbeit?

[Krankenhausleiterin]: Nein. Wir haben zum Beispiel Bretter beim Kolchos bestellt, solche Leisten. Wissen Sie, wir haben sehr viel dafür bezahlt. Für zwei Kubikmeter haben wir ich weiß nicht wie viel Geld bezahlt, das lief alles über unsere Buchhaltung. Kostenlos gibt es absolut nichts mehr. Früher hat der Kolchos geholfen, als es bei ihm so einigermaßen lief. Als der Kolchos noch sicher auf den Beinen stand. [Der Kolchosvorsitzende] hat geholfen. Ekaterina Nikolaevna, so hat er gesagt, sag mir, wie ich dir helfen kann. Aber jetzt laufen die Geschäfte bei ihm selbst nicht mehr gut.

[Frage]: Aber trotzdem wenden Sie sich noch an ihn, wenn Sie etwas brauchen?

[Krankenhausleiterin]: Ja. Aber er sagt Nein und auch wenn er nicht Nein sagt, gibt es nichts kostenlos. Er kann sich das auch nicht leisten, er kann es sich nicht leisten.

[Frage]: Wann hat sich das geändert?

[Krankenhausleiterin]: So in den letzten drei bis vier Jahren, als es mit dem Kolchos immer schlechter und schlechter wurde. [...]

[Frage]: Mich interessiert trotzdem, wie die Situation mit dem Kolchos genau ist. Unterstützt er Sie gar nicht mehr oder gibt es doch Beispiele? Auch wenn es kleine Dinge sind?

[Krankenhausleiterin]: Er hat uns kostenlos eine Müllgrube ausgehoben. Das stimmt schon. Und auch beim Transport hilft er. Wenn wir den Traktor für irgendwas brauchen oder um den Müll wegzufahren. Aber dann vereinbare ich das nicht über [den Kolchosvorsitzenden], sondern direkt mit den Brigaden. Sie machen das dann, sie können das machen. Aber bei ihm [dem Kolchosvorsitzenden, E.M.] selbst, da hängt alles am Geld, das verstehen wir schon auch.«

(Leiterin der dörflichen Krankenstation, 14.8.2008)

Im Hinblick auf die angestrebte wirtschaftliche Primärorientierung des Betriebs erscheinen diese illegalen und informalen Erwartungsstrukturen als hochgradig widersprüchlich – fließen, wie die leitende Ökonomin beschrieben hat, dadurch doch finanzielle Mittel ab und beeinträchtigen die Zahlungsfähigkeit des Betriebs, ohne dass dies für die Organisation im Einzelnen zu beobachten und zu quantifizieren wäre. Zwei Gemeinderäte, die diese Lage registrieren und in besonders drastischen Worten beschreiben, sehen in der Fähigkeit, derartige Formen von Informalität zu unterdrücken oder zumindest in kontrollierbarem Rahmen zu halten, gar den wesentlichen Indikator für die Führungsstärke der Kolchosleitung und einen entscheidenden Faktor für die wirtschaftliche Reproduktionsfähigkeit eines Landwirtschaftsbetriebs:

[Gemeinderat]: Die [gemeint sind vor allem Kleinbauern, E.M.] bedienen sich doch alle beim Kolchos. Wenn nicht bei diesem Kolchos, dann bei einem anderen. [...] Er [ein Halter einer privaten Hoflandwirtschaft, E.M.] kauft etwas beim Kolchos und umgeht dabei die Kasse.

Und auf diese Weise hält er sich über Wasser. [...] Nennen Sie mir einen Kleinbauern, der ehrlich lebt und trotzdem Gewinn macht – es gibt keinen. Alle leben auf Kosten des Kolchos nebenan, alle diese Bauern, sie hängen wie Parasiten am Kolchos – nur dadurch überleben sie. Das Getreide muss eingefahren werden, es muss getrocknet werden, all das muss gemacht werden. Und sie gehen zum Kolchos und verhandeln still und heimlich und nur deshalb können sie überleben. Aber im Resultat – der arme Kolchos akzeptiert das alles, dass alle ihn heimlich hintergehen. Und auf seiner Bilanz taucht das alles am Ende nicht auf. Und wir warnen davor, dass der Kolchos zugrunde geht. Wofür braucht man den Kolchos heute – doch nur, um ihn zu bestehlen! Aber wenn all die Privaten sich ehrlich verhalten würden, dann würde es auch dem Kolchos besser gehen. Wenn alle, die sich Heu mähen lassen, an der Kolchoskasse bezahlen würden, und alle, die Brennholz gebracht kriegen, auch. Aber bei uns läuft das so: Der Traktorist liefert Brennholz und steckt das Geld in die eigene Tasche. Aber der Traktor gehört dem Kolchos. Wenn im Kolchos keine Ordnung herrscht, leidet der Kolchos – und die Privaten machen Gewinn.

[Frage]: Und der Kolchosvorsitzende erlaubt das?

[Gemeinderat]: Der Vorsitzende? Was heißt, er erlaubt das! Das heißt, dass er Mittel zur Kontrolle findet – das ist die Fähigkeit zu Wirtschaften, das macht einen wirtschaftlichen Menschen aus. Und wenn er nicht adäquat wirtschaftet, dann sickern die Einnahmen weg und er bleibt auf den Kosten sitzen.«

(Gemeinderat, 13.8.2008)

Lässt man hingegen den Organisationszweck außer Acht und rückt mit Blick auf den Betrieb stattdessen das System-Umwelt-Verhältnis in den Vordergrund, fällt das Urteil weniger eindeutig aus: Die zu beobachtende Kombination aus formalen, informalen und illegalen Erwartungsstrukturen kann nun gerade in ihrer Widersprüchlichkeit als eine mögliche Strategie der Umwelthanpassung bewertet werden. In diesem Sinne ist der Strategiemix trotz illegaler Elemente durchaus brauchbar und zum Teil sogar für die betriebliche Reproduktionsfähigkeit notwendig. Die Organisation reagiert auf diese Weise auf diverse und einander widersprechende Umwelterwartungen, die gegensätzlicher kaum sein könnten. Während sich in den Darstellungen der Kolchosleitung globale Erwartungen spiegeln, die aus dem Transformationskontext und den daran geknüpften Normen resultieren und sich über die Einbindung in Marktstrukturen verfestigen, weisen die Erwartungen aus der unmittelbaren dörflichen Umwelt des Betriebs (also ausgehend von der Gemeindeverwaltung, anderen öffentlichen Einrichtungen im Dorf und den Haushalten) in eine entgegengesetzte Richtung: Zwar werden die angestrebte wirtschaftliche Primärorientierung und die daran geknüpften Anforderungen bezüglich der (Wieder-)Herstellung der Zahlungsfähigkeit des Betriebs nicht vollständig ignoriert, sie gelten jedoch allenfalls als sekundär. Stattdessen tritt die sowjetische Prägung überdeutlich hervor: Der ehemalige Kolchos wird als Wohlfahrtsorganisation beschrie-

ben, die für das Dorf in umfassender Weise verantwortlich zeichnet. Beobachtet wird er dabei explizit im Horizont anderer, vermeintlich allein gewinnorientierter Unternehmen ohne ›soziales‹ Verantwortungsbewusstsein. Die wirtschaftlich prekäre Lage des Betriebs mit allen Konsequenzen (besonders deutlich zu spüren sind die stark verzögerten Lohnzahlungen) wird zwar registriert, vor dem Hintergrund seiner umfassenden Leistungen im Dorf jedoch billigend in Kauf genommen. So kontrastiert eine Kolchosangestellte, die mit ihrer Familie erst vor einigen Monaten in die Gemeinde gezogen ist, die Situation im Dorf (›hier‹) mit ihrem letzten Wohnort (›dort‹) mit den Worten:

»Dort existiert der Betrieb nur für sich selbst, hier versucht er, gleichzeitig für sich selbst und für die Menschen da zu sein. Diese Position hat [der Kolchosvorsitzende] – für sich selbst, aber auch für die Menschen. Dort ist der Betrieb nur für sich selbst da, nur für das Wachstum seines Kapitals. Ich weiß nicht, wie ich es sagen soll, dass es für uns hier natürlich auch schwierig ist, wenn die Löhne ein bisschen verzögert bezahlt werden. Natürlich bekommt man jeden Monat etwas, aber von Monat zu Monat gibt es immer einen Rückstand. Dort wurde der Lohn natürlich pünktlich gezahlt. Dort war der Lohn aber auch etwas niedriger als hier, vielleicht hat es der Betrieb hier deshalb schwerer. Er versucht, die Löhne steigen zu lassen, aber die Umsätze steigen nicht mit.« (Kolchosangestellte, 22.2.2010)

Vor allem die Gemeindeverwaltung weigert sich vehement, an die wirtschaftliche Selbstdarstellung des Betriebs und die daran geknüpften Rationalitäten anzuschließen – auch wenn die damit verbundenen Schwierigkeiten im selben Atemzug explizit zur Sprache gebracht werden und diesbezüglich sogar Verständnis geäußert wird. Der Wunsch des ehemaligen Kollektivbetriebs, die Wasserleitung aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus loszuwerden und an die Gemeinde zu übergeben, stößt auf diese Weise an den Umwelterwartungen an seine Grenzen – die Bürgermeisterin weigert sich schlicht, darauf einzugehen:

»[Bürgermeisterin]: Natürlich hat er [der Kolchosvorsitzende, E.M.] den großen Wunsch, die Wasserleitung an die Gemeinde zu übergeben. [...] Denn für ihn ist das ein Klotz am Bein.

[Frage]: Aber haben Sie auch den Wunsch, sie zu übernehmen? [*lacht*]

[Bürgermeisterin]: Diesen Wunsch hatte ich noch nie [*lacht*]. Er tut mir leid deswegen, weil er die Wasserleitung nicht abgeben kann, er tut mir einfach leid. [...] Im Prinzip liegt er mir damit jedes Jahr in den Ohren – wäre es nicht doch möglich, dass...? Und ich sage: Nein, das kommt nicht in Frage [*lacht*].

[Frage]: [*lacht*] Aber sind Sie als Gemeindeverwaltung nicht verpflichtet die Wasserleitung zu übernehmen?

[Bürgermeisterin]: Nein, so eine Verpflichtung besteht nicht. Nur wenn er offiziell den Unterhalt der Wasserleitung ablehnt, dann sind wir zur Übernahme verpflichtet.

[Frage]: Und das hat er offiziell noch nicht vor?

[Bürgermeisterin]: Wie will er sie mir übergeben, wenn ich sie nicht nehmen will? [*lacht*] Als Gentleman bringt er das nicht übers Herz.«

(Bürgermeisterin, 12.3.2010)

Zurückzuführen ist das Scheitern der Selbstbeschreibung des Betriebs in Form nicht realisierter Anschlusskommunikation unter anderem offensichtlich auf die fehlende Differenzierung von Rolle und Person, die in der zitierten Passage zum Ausdruck kommt (zur Differenzierung zwischen Rolle und Person vgl. Luhmann 1984: 429ff; zum Begriff der Person auch Luhmann 2008 [1991]): Die Imperative, die mit den jeweiligen professionellen Rollen von Bürgermeisterin und Kolchosvorsitzendem verbunden sind und aus den Transformationsskripten sowie den daran geknüpften *globalen* Erwartungen resultieren – für die Bürgermeisterin: die Übernahme kommunaler Aufgaben, für den Kolchosvorsitzenden: die effiziente Betriebsführung – scheitern an den *lokalen* Erwartungen, die jeweils an die beiden Personen gerichtet werden und von denen nicht abstrahiert wird. Die Bürgermeisterin und den Kolchosvorsitzenden verbindet nicht nur, dass sie in den frühen 1980er Jahren als ›Fremde‹ Stellen in Andreevka zugewiesen bekamen, sondern auch ihr durchweg enges Verhältnis auf professioneller und persönlicher Ebene. Seit dieser Zeit besetzten sie beide unterschiedliche Führungspositionen im Dorf – zunächst beide in der Kolchosleitung, bevor er Anfang der 1990er Jahre den Kolchosvorsitz übernahm und sie den Vorsitz der damaligen Gemeindeverwaltung –, arbeiteten durchweg entsprechend eng zusammen und sind zudem auch privat freundschaftlich verbunden. Dieses enge Verhältnis der beiden Personen zueinander schränkt das Verhaltensrepertoire in der skizzierten Situation offensichtlich dahingehend ein, dass für die Anschlusskommunikation die personenbezogenen Erwartungen ausschlaggebend sind. Dies führt nicht nur dazu, dass die Bürgermeisterin die Erwartungen der Gemeindeverwaltung mit besonderer Vehemenz an den Kolchosvorsitzenden herantragen kann, sondern auch, dass Letzterer und mit ihm die Kolchosleitung sich diesem Druck kaum entziehen und von den lokalen Erwartungen abstrahieren können. Zu unterstellen ist überdies, dass die formale Aufwertung der Rolle der Bürgermeisterin im Dorf und gegenüber dem Betrieb durch die Kommunalreform – im Gegensatz zur gängigen sowjetischen Praxis sind Gemeindeverwaltung und Kolchosleitung einander weder über- noch untergeordnet – ihre Verhandlungsposition zusätzlich untermauert. Rollenimperative, die sich im Kontext wirtschaftlicher Transformationsmaßnahmen an den Kolchosvorsitzenden richten und orthogonal zu den skizzierten personenbezogenen Erwartungen liegen, erscheinen hingegen im Dorf als nicht durchsetzbar, können gleichzeitig vom Unternehmen aber auch nicht verdrängt werden.

Latente Arrangements und alternative Stoppregeln

Mit den widersprüchlichen Umwelterwartungen geht der Betrieb auf zweifache Weise um: *Erstens* – dies klang in den oben stehenden Interviewpassagen bereits an – kommen informale Arrangements sowohl mit den Haushalten als auch mit der Gemeindeverwaltung und anderen öffentlichen Einrichtungen im Dorf operativ vor. Die Kommunikation umgeht dabei jedoch die Betriebsleitung und setzt stattdessen – wie die Leiterin der Krankenstation, aber auch die Gemeinderäte beschreiben – direkt an Stellen der unteren Hierarchieebenen an. Wie im sowjetischen Dorf kommen dabei Zugangsrechte anstelle von Eigentumsrechten zum Tragen, die an bestimmte Stellen in der Organisation geknüpft sind (der Traktorist sichert sich einen Nebenverdienst, indem er die Formalstrukturen umgeht und das Geld in die eigene Tasche steckt). Die Strukturen, die daraus für die Organisation resultieren, lassen sich mit Luhmann als »aufgedrängte Illegalität« beschreiben (Luhmann 1964: 306). Aufgedrängte Illegalität – als spezielle Form von »brauchbarer Illegalität« (Luhmann 1964: 304) – ergibt sich potenziell dann, wenn Umwelterwartungen den eigenen Normen der Organisation widersprechen oder durch Befolgen der eigenen Normen nicht zu erfüllen sind. Die Organisation muss stattdessen mit externen Erwartungen umgehen, die intern nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten legitimierbar sind. Für die Betriebsleitung, um wieder zum Kolchos zurückzukommen, bleiben die entsprechenden Vereinbarungen (bewusst oder unbewusst) latent,¹⁶ d.h. direktes Anschließen daran kann vermieden und ungeachtet dieser Widersprüche können in der Selbstdarstellung die Formalstrukturen in den Vordergrund geschoben werden.

Noch auf eine *zweite* Weise geht der Betrieb auf die Ansprüche aus seiner lokalen Umwelt ein: Zwar werden Dienstleistungen gegenüber der Gemeinde und den Haushalten insoweit in das wirtschaftliche Selbstbild integriert, dass sie als eigener Geschäftsbereich beobachtet und geführt werden. Dieser Bereich wird jedoch gleichzeitig von der Maxime der Gewinnerwartung entbunden und entlang abweichender Logiken ausgerichtet, die sich am Besten mit moralischer Bindung oder einer Gemeinwohlverpflichtung beschreiben lassen. Die »Stoppregel« wird für diesen Bereich in jedem Fall nicht aus der Wirtschaft (außerhalb des Dorfes), sondern aus der (unmittelbaren) dörflichen Umwelt bezogen. Zum Tragen kommt – um mit Bourdieu (2011 [1994]: 221) zu sprechen – eine Logik des »öffentlichen Feldes«, die sich am Gemeinwohl und dem Dienst an der (lokalen) Öffentlichkeit orientiert

16 Luhmann verweist in diesem Zusammenhang auf die Etablierung von latenten Rollen, »die nicht ins Bewußtsein gebracht oder doch taktvoll ignoriert werden« (Luhmann 1964: 306).

und explizit mit Marktlogiken kontrastiert und in Differenz dazu beobachtet wird¹⁷ (vgl. zum Beispiel öffentlicher Güter auch Schultheis 2012: 12ff). Diese Beobachtungsweise findet sich auch beim Kolchosvorsitzenden, obgleich dieser nicht müde wird, den temporären Charakter der entsprechenden Arrangements zu betonen und Änderung in Aussicht zu stellen, wobei er explizit auch auf die jüngste Kommunalreform verweist:

»[Diese Dienstleistungen, E.M.] tragen zu meinem Umsatz kaum etwas bei. Ich verwende keine große Mühe darauf, um mit diesen Dienstleistungen Geschäfte zu machen. Das läuft auf Grundlage der Selbstkosten dieser Dienstleistungen, plus drei bis fünf Prozent Gewinn. Ich verstehe, dass jetzt Gesetz 131 in Kraft ist, und vielleicht ist das auch richtig, dass sie den Gemeinden mehr Verantwortung übertragen haben, aber leider reicht das Geld nicht, um die Aufgaben, vor denen die Gemeinden jetzt stehen, auch in vollem Umfang zu bewältigen. Die Produktion muss also vorangetrieben werden, damit die Gemeinde von den Steuern dieser Produktion leben kann und die Bedürfnisse der Bevölkerung aus eigener Kraft befriedigen kann. Wenn das dann mal so ist, dann werden wir vermutlich auf einer konstruktiveren Ebene zusammenarbeiten, ich werde Gewinne erzielen und [die Bürgermeisterin] wird in der Lage sein, die Leistungen in vollem Umfang zu bezahlen, die ich erbringen werde. Im Moment reicht ihr das Geld nicht für alle diese Maßnahmen. Sie bezahlen zwar, aber das ist keine angemessene Form der Zusammenarbeit von Politik und Business. Ich mache mit diesen Dienstleistungen bis jetzt kein Geschäft. Aber der Idee nach sollte es so sein. Es sollte vertragliche Beziehungen zwischen der Politik und den Unternehmen geben. Es sollte einen Markt für diese Dienstleistungen geben.« (Kolchosvorsitzender, 20.2.2010)

In diesem Sinne betonen sowohl der Kolchosvorsitzende als auch die leitende Ökonomin mehrfach, dass der Inhalt der mit der Gemeindeverwaltung geschlossenen Verträge wirtschaftlicher Rationalität widerspreche. Zwar seien die vereinbarten Preise für die Gemeindeverwaltung und die Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner vorteilhaft. Mittelfristig schadeten sie jedoch der wirtschaftlichen Reproduktionsfähigkeit des Betriebs, da in Kenntnis der begrenzten Zahlungsfähigkeit der Kommune stets von vornherein nur ein Teil der tatsächlichen Kosten in Rechnung gestellt würde:

17 Bei Bourdieu heißt es dazu: »Und schließlich gibt es [...] die Analyse der Ökonomie der öffentlichen Güter und des bürokratischen Feldes, des Staates als eines Ortes, an dem die Ökonomie verneint wird. [...] Historisch entsteht die Ordnung des »öffentlichen Interesses«, der »öffentlichen Angelegenheiten«, durch die Bildung eines Feldes, in dem das Handeln im Interesse der Allgemeinheit, im Dienste der Öffentlichkeit, möglich sein und gefördert, erkannt, anerkannt und belohnt werden soll.« (Bourdieu 2011 [1994]: 221)

»[Frage]: Und was ist mit der Wasserleitung?

[Ökonomin]: Die Wasserleitung ist unsere. Darauf entfällt auch ein großer Teil unserer Ausgaben. Mittlerweile wurde ansonsten alles der Gemeinde übergeben, aber ich weiß nicht – der Direktor will nicht oder [die Bürgermeisterin] will nicht – irgendwer will sie nicht abgeben, irgendwer will sie nicht nehmen.

[Frage]: Aber es gibt Gespräche darüber [mit der Gemeinde, E.M.]?

[Ökonomin]: Das kann ich nicht genau sagen. Für die Leute wird das sehr nachteilig. Das wird sehr teuer. Wir halten die Preise niedrig, einen Teil der Ausgaben tragen wir selbst. Der Preis pro Kubikmeter Wasser deckt nicht all unsere Kosten. Das heißt, einen Teil übernehmen wir selbst. Für die Gemeinde wird das schwierig, sie wird diese Kosten nicht selbst tragen können und alles in den Tarif einschließen, der dann natürlich steigen wird. Deshalb ist das bis jetzt so.«

(Kolchosökonomin, 19.2.2010)

Eine ähnlich generöse Preispolitik betreibt der Kolchosvorsitzende mit Blick auf die Bereitstellung von technischem Gerät für die Instandhaltung der Wege im Dorf, im Zuge derer auf die Abrechnung von Abschreibungen, Reparaturen und ähnlichem verzichtet wird:

»Die Preise sind für sie [die Gemeindeverwaltung, E.M.] akzeptabel, nicht besonders hoch. Wenn unser Traktor für die Säuberung der Wege eingesetzt wird, bezahlt [die Bürgermeisterin] nur den Lohn und den Treibstoff. Darüber hinaus fallen Ausgaben für den Unterhalt des Traktors an, die übernehmen wir selber. Moderate Preise – so dass sich unsere Vereinbarungen für uns beide lohnen.« (Kolchosvorsitzender, 20.2.2010)

Die Verluste bei Aufgaben im Bereich öffentlicher Infrastruktur können auf diese Weise zwar nicht vermieden werden, lassen sich organisationsintern jedoch zumindest als klar eingegrenzter – und damit kontrollierbarer – Bereich beobachten, an den sich im Zweifelsfall wirtschaftlich anschließen lässt.

»Vom Kolchos sehen wir nicht eine Kopeke«

Noch in einem zweiten Bereich treten Kolchos und Kommune zueinander in Beziehung: Steuern und kommunale Finanzen. Die jüngste Reform kommunaler Selbstverwaltung und die zeitgleich stattfindende Reform der russischen Haushaltsordnung legen für diesen Bereich fest, dass dem Budget ländlicher Gemeinden die Grund- und Vermögenssteuer in vollem Umfang sowie die (föderale) Steuer auf Agrarunternehmen anteilig zu 30 Prozent zufließen (vgl. Tabelle 5). Zum ebenfalls durch die Reform eingeführten erweiterten Verantwortungsbereich der Gemeinden verhalten sich die Budgetregelungen in zweifacher Weise komplementär: *Erstens*

zielen sie darauf, Zahlungen in Richtung der Gemeindeverwaltungen zu initiieren und somit die von der Gemeinde geforderten öffentlichen Dienstleistungen durch eigene Einnahmen finanziell zu untermauern und Entscheidungsspielräume zu schaffen. *Zweitens* geht es erneut implizit um die Entflechtung von Gemeindeverwaltung und ehemaligem Kolchos: Zwar sind die Großbetriebe gerade in ländlichen Gemeinden die wichtigsten Steuerzahler im Dorf und als solche zweifellos unverzichtbar, die Kommunikation zwischen Kommune und Kolchos soll nun jedoch von informellen Arrangements, netzwerkartigen Verflechtungen und reziproken Leistungserwartungen auf Zahlungen umgestellt werden.

Wie bei sämtlichen Steuern, die dem Budget ländlicher Gemeinden ganz oder anteilig zufließen, gehört das Eintreiben der Steuern jedoch nicht zum Aufgabenbereich der Gemeindeverwaltung, sondern obliegt den Organen der (föderalen) Steuerbehörde, die auf übergeordneten administrativen Ebenen angesiedelt sind. In der Praxis führt diese Vorgehensweise dazu, dass der gesamte Prozess aus Sicht der Gemeindeverwaltung hochgradig intransparent ist und Durchgriffsmöglichkeiten ebenso wenig gegeben sind wie Ansatzpunkte für bloße Einblicke. Das Zustandekommen der eigenen Einnahmen beobachtet die Bürgermeisterin entsprechend als Blackbox:

»Was die finanziellen Mittel betrifft, tappen wir im Dunklen. Wir wissen nicht, wie viele Einnahmen wir bekommen. Wir wissen im Moment überhaupt nicht, wie viel wir bekommen – nicht auf Eigentum, nicht auf Land. Wir leben im Moment vom Geld der Region, das dem Bezirk zugeteilt wurde. Das geben wir vollständig aus und was wir auch wollen – wir können es uns nicht leisten. Wir wissen, dass es am Ende des Jahres für die Gehälter nicht mehr reicht – nicht für die Kultur [Mitarbeiterinnen des Kulturhauses, E.M.], nicht für uns [Mitarbeiterinnen der Gemeindeverwaltung, E.M.]. [...] Unverständlich, wie die Grundsteuer berechnet wurde. Wir haben mehr erwartet und schließlich überhaupt nichts erhalten. Wie das mit der Vermögenssteuer läuft, wissen wir auch nicht. Und die Zusammenarbeit mit der Steuerinspektion ist sehr schwierig. Sie sagen uns nicht ›Wanja hat bezahlt, Manja nicht‹. Sie sagen uns nur die Gesamtsumme, wie viel auf unserem Territorium bezahlt wurde – und das war's. [...] Und unter diesen hochgradig unsicheren Bedingungen müssen wir unser Budget verabschieden.« (Bürgermeisterin, 8.8.2008)

Als Konsequenz dessen, so beschreibt die Bürgermeisterin, steigt die Unsicherheit im Hinblick auf die eigene Budgetplanung. Die Autonomie, die durch die kommunalen Einnahmen geschaffen werden sollte, wird dadurch unterlaufen, dass die Gemeindeverwaltung sich selbst als in hohem Maße abhängig von übergeordneten Ebenen beobachtet, von deren Einfluss gerade nicht zu abstrahieren ist. Der eigene Handlungs- und Entscheidungsspielraum – zunächst unabhängig von der tatsächlichen Höhe der letztlich zugewiesenen Zahlungen – stellt sich als eng begrenzt dar:

»Das heißt das Hauptproblem, das ist die Unbestimmtheit der Zahlen, die von oben kontrolliert werden und von denen wir abhängen und auf die wir keinen Einfluss nehmen können.« (Bürgermeisterin, 8.8.2008)

Die Gemeinde Andreevka scheint diesbezüglich kein Sonderfall zu sein: Mit Blick auf die Steuerproblematik, so die einhellige Meinung, die auch von anderen Bürgermeisterinnen und Bürgermeisterin im Bezirk vorgebracht wird, wäre es gerade für kleine ländliche Gemeinden erheblich einfacher und würde die Planungssicherheit erhöhen, wenn sie die ihnen zustehenden Steuern selbst berechnen und eintreiben dürften und sich nicht auf externe Institutionen verlassen müssten:

»Das Budget – für die großen Gemeinden läuft das sowieso. Was uns kleine Gemeinden betrifft, bin ich überzeugt, dass es einfacher wäre, wenn wir diese Steuern selber berechnen und eintreiben würden. Wir würden diese Steuern zu 100 Prozent eintreiben. Jetzt geht das über die Steuerbehörde und alle möglichen Registrierungskammern. Selbst [der Bezirksgouverneur] hat darauf keinen Einfluss – das sind föderale Strukturen.« (Bürgermeister, 11.8.2008)

Gewissheit besteht in der Gemeinde Andreevka hingegen darüber, dass der Kolchos keine Steuern zahlt – darüber sind sich die Mitglieder der Gemeindeverwaltung einig:

»Auf [den Kolchosvorsitzenden] waren im vergangenen Jahr fünf Unternehmen registriert,¹⁸ alle auf dem Territorium von Andreevka – und wir haben von ihm nicht eine Kopeke gesehen. Und sie [die Steuerbehörde, E.M.] haben uns die Löhne gezeigt, die Einnahmen vorgezeichnet – alles theoretisch. Sie haben mir erklärt, dass nur die Daten der Steuerinspektion Aussagekraft darüber haben, welche Einnahmen wir faktisch erzielen. Aber für uns bleibt das Theorie – wie viel wir bekommen sollten. Aber tatsächlich bekommen haben wir nichts.« (Bürgermeisterin, 8.8.2008)

Und auch seitens des Betriebs werden die unterlassenen Steuerzahlungen offen eingeräumt:

»Unser Unternehmen ist ausreichend groß und die Steuern sind entsprechend hoch. Man kann schon sagen, dass wir eigentlich verpflichtet sind, Steuern zu zahlen, aber das gelingt nicht immer. Denn das Geld bewegt sich rasch [...], das ist ein ständiger Umlauf. Hier muss noch etwas gekauft werden – und dafür reicht es nicht.« (Kolchosökonomin, 19.2.2010)

18 Viele der landwirtschaftlichen Großbetriebe ändern häufig ihre Rechtsform, für die interne Struktur und die operative Geschäftstätigkeit bleibt dies jedoch meist folgenlos.

Auf welche Weise schlagen sich diese augenscheinlich ausbleibenden Zahlungen im Verhältnis von Großbetrieb und Gemeinde nieder? Auf der semantischen Ebene tauchen die fehlenden Steuerzahlungen als Teil eines Tauscharrangements auf, bei dem Leistung und Gegenleistung aneinander gekoppelt werden: Die Gemeindeverwaltung gesteht dem Kolchos die ausbleibenden Zahlungen zu und der dadurch entstehende Verbindlichkeitsüberschuss wird durch die oben beschriebenen Kolchosleistungen gefüllt. Dieses Arrangement erwähnt die Bürgermeisterin offen und explizit bereits bei unserem ersten Treffen (7.8.2008): Der Kolchos, so äußert sie sich, zahle keine Steuern, »weil er nicht will«, leiste dafür jedoch praktische Unterstützung gegenüber der Gemeindeverwaltung. In ähnlicher Weise differenzieren auch zwei Gemeinderäte zwischen Steuern in monetärer Form und anderen Leistungen des Betriebs, die sich – so die implizite Aussage – miteinander verrechnen ließen:

»[Der Kolchos] könnte in monetärer Form Steuern zahlen, er könnte Zahlungen leisten. Er stellt Transportmittel zur Verfügung, Rentnern liefert er Brennholz. [...] Wenn jemand beerdigt werden muss, braucht man Transportmöglichkeiten. Und schon wieder ist dann der Kolchos zur Stelle.« (Gemeinderat, 13.8.2008)

Jedoch: Solche Beschreibungen verstellen den Blick darauf, dass damit nicht notwendigerweise ein Tausch auf der operativen Ebene einhergehen muss. Um diese Überlegung zu präzisieren, ist zunächst zu klären, was Tauschkommunikation operativ auszeichnet. Naheliegend sind drei Merkmale: *Erstens* werden reziproke Leistungserwartungen kommuniziert, eine Leistung ist also kommunikativ an eine in sachlicher, zeitlicher und sozialer Hinsicht klar definierte Gegenleistung gekoppelt.¹⁹ *Zweitens* treffen die beteiligten Systeme im Vorfeld des Tauschs individuelle Entscheidungen, die sich auf den Gegenstand – Leistung und Gegenleistung – richten, sich in den daran gekoppelten Erwartungen verschränken und damit wechselseitig aufeinander verweisen. Entscheidungen betreffen die Auswahl unter verschiedenen Möglichkeiten und setzen damit – unabhängig von sachlichen Kriterien ›richtiger‹ oder ›rationaler‹ Entscheidungen – voraus, dass überhaupt verschiedene Möglichkeiten als umsetzbar beobachtet werden. Mit Blick auf die Entscheidung divergieren Vergangenheit und Zukunft, und die Zukunft wird dabei als offen (und nicht vergangenheitsdeterminiert) beobachtet. Ist dies nicht der Fall, entfällt der

19 Die Bestimmtheit in allen drei Sinndimensionen unterscheidet die Kommunikation reziproker Leistungserwartungen im Rahmen eines Tauschs von einem Netzwerk. Folgt man dem Netzwerkverständnis von Bommers und Tacke (2006: 47f; auch Tacke 2009, 2011) reproduziert sich zwar auch das Netzwerk über die Kommunikation reziproker Leistungserwartungen, diese bleiben jedoch in allen drei Dimensionen bewusst unbestimmt, d.h. sie werden »in der Schwebe gehalten«.

Entscheidungsspielraum und damit die Entscheidung an sich (Luhmann 2000b: 145). In der Folge variieren die Möglichkeiten, wie an die Entscheidung angeschlossen werden kann und welche Erwartungen daran geknüpft sind:

»Mit Hilfe der Orientierung an Erwartungen, die strukturell gesichert, also relativ beständig sind, überbrückt die Entscheidung ihre eigene Vorher/Nachher-Differenz. Die Entscheidung ist, wenn man das so formulieren darf, vor der Entscheidung eine andere als nach der Entscheidung.« (Luhmann 1984: 402)

Mit dem Vollzug (und Abschluss) der Tauschkommunikation heben sich *drittens* Erwartung und Gegenerwartung wechselseitig auf und erlöschen. Ein Verbindlichkeitsüberschuss in Form einer wie auch immer gearteten »übrig bleibende[n] Verpflichtung« (Luhmann 1997: 653) tritt nicht auf.²⁰ Der Tausch ist in diesem Sinne ein Ereignis, das im Moment seines Vollzugs zerfällt. Zwar kann Tauschkommunikation wiederholt werden, sie reproduziert sich jedoch nicht aus sich heraus und weist somit für sich genommen keine Systemeigenschaften auf.

Was passiert diesbezüglich im vorliegenden Fall? Vordergründig scheinen mit Blick auf Gemeindeverwaltung und Kolchos alle Merkmale einer Tauschkommunikation erfüllt zu sein: Der ehemalige Kollektivbetrieb erbringt im Dorf bestimmte Leistungen und als Gegenleistung akzeptiert die Gemeindeverwaltung das Ausbleiben der Steuerzahlungen – oder vice versa. Wären Leistung und Gegenleistung dabei aber operativ (und nicht nur in der Darstellung) gekoppelt, würde dies implizieren, dass die Zahlungsverpflichtung mit dem Vollzug der Kommunikation auch tatsächlich erlischt. Genau dies geschieht jedoch nicht und die Bruchstelle sind dabei die (formalen) Entscheidungskompetenzen der Gemeindeverwaltung: Sie – und konkret die Bürgermeisterin – kann zwar darüber entscheiden, in welcher Form sie mit Blick auf die Steuerzahlungen an den Betrieb appelliert (oder auch nicht), bezüglich der zugrundeliegenden Zahlungsverpflichtung als Tauschobjekt ergibt sich aus dieser Entscheidung jedoch kein Unterscheid zwischen vorher und nachher. Unabhängig von den Erwartungen der Gemeinde an den Kolchos besteht für den Betrieb Steuerpflicht und beiden Beteiligten ist dies selbstverständlich auch bewusst.

Dass die kommunalen Entscheidungskompetenzen in ihrer Darstellung augenscheinlich wider besseres Wissen erheblich verzerrt werden, bedeutet jedoch nicht, dass keine Anschlussfähigkeit generiert würde – und an diesem Punkt wird die Funktion des Arrangements im Dorf deutlich: Für das Verhältnis von Gemeinde und Großbetrieb wird eine stabile Grundlage geschaffen, wobei die Gemeinde die

20 Beispielhaft ist dafür die ökonomische Transaktion: Gut gegen Geld. Tauschkommunikation ist jedoch nicht auf wirtschaftliche Kontexte beschränkt.

erwünschten und benötigten Leistungen erhält und dabei die Steuerschulden des Betriebs ausgeklammert werden können. Die Steuerbehörde, die im Hinblick auf die Zahlungsverpflichtungen des Betriebs die eigentlich entscheidende Instanz ist, wird als Umwelt und ihre Handlungen werden als Gefahr beobachtet, die – im Gegensatz zum Risiko – unabhängig von den eigenen Entscheidungen ist.²¹ Durch sie ausgelöste potenzielle Nachteile – konkret: Steuerinspektion und Sanktionen – müssen damit ebenfalls nicht den eigenen Entscheidungen zugerechnet werden. Maßgeblich für die Selektion von Anschlusskommunikation, so wird deutlich, ist unter diesen Umständen allein der unmittelbare lokale Kontext:

»Unsere Steuergrundlage, das sind die Privatunternehmen und der Kolchos. Und was den Zahlungseingang betrifft, so sollte der Löwenanteil vom Kolchos kommen. Das Jahr ist bald zu Ende, aber Eingänge haben wir von ihm nicht, aus unterschiedlichen Gründen. Er hat seine Schulden gegenüber dem Staat und so weiter, für uns heißt das, dass wir auf unsere Steuergrundlage nicht zugreifen können. Die Summe liegt so um 200.000, sogar weniger. [...] Er existiert hier bei uns. Wir versuchen ihn zu ermahnen und so weiter. Keine Möglichkeit. Also zumindest haben wir keine Möglichkeiten, aber es gibt ja noch die Steuerinspektion. Aber die kommt aus irgendwelchen Gründen nicht zu ihm, zu ihm gehen sie nicht. Vorgesehen sind eigentlich drei Kontrollen pro Jahr [...]. Das wäre wünschenswert, aber es passiert nicht.« (Gemeinderat, 13.8.2008)

Gleichzeitig sorgt die operative Trennung von Leistung und Gegenleistung für ein hohes Maß an Robustheit gegen Irritationen von außen: Von allen unerwartet wird Anfang des Jahres 2010 die Steuerbehörde doch auf den Betrieb aufmerksam und führt eine Überprüfung durch. Der ehemalige Kolchos, der über mehrere Jahre keine Steuern entrichtet hatte, wird zu umfangreichen Nachzahlungen und Strafen verpflichtet, so dass dem kommunalen Budget unerwartet 420.000 Rubel (etwa 12.000 Euro) und damit etwa ein Fünftel der ursprünglich geplanten Summe zusätzlich zufließen.²² Die Bürgermeisterin verkündet dies auf einer Gemeinderatssitzung:

21 »Als Gefahr kann man jede nicht allzu unwahrscheinliche negative Einwirkung auf den eigenen Lebenskreis bezeichnen, etwa die Gefahr, dass ein Blitz einschlägt und das Haus abbrennt. Von Risiko sollten man dagegen nur sprechen, wenn die Nachteile einer eigenen Entscheidung zugerechnet werden müssen.« (Luhmann 2008: 362).

22 Laut Angaben der Gemeindeverwaltung belief sich das Budget der Gemeinde Andreevka im Jahr 2008 auf knapp 2,3 Millionen Rubel und bewegte sich auch in den folgenden Jahren in diesem Rahmen (vgl. auch Tabelle 6 und Center for Fiscal Policy 2008: 40).

»Wir haben eine Änderung im Budget. Auf dem Territorium der ländlichen Gemeinde Andreevka hat sich für uns alle eine angenehme Situation ergeben. Für [den Kolchosvorsitzenden] ist sie wahrscheinlich nicht so angenehm. Sie sind ja alle darüber informiert: Bei ihm hat es eine Kontensperrung gegeben. Es gab eine Kontrolle durch die Steuerinspektion, er ist gezwungen, Verzugszinsen, Strafen und die Steuern selbst nachzuzahlen und ein Teil dieser Steuern ist uns zugeflossen. Das hat niemand erwartet, deshalb haben wir diese Summe aus der Einkommenssteuer auch nicht eingeplant. [...] *[überraschte Nachfragen der Gemeinderäte zu den eingegangenen Zahlungen]* Und dann ist da noch die Landwirtschaftssteuer. Die haben wir auch nicht eingeplant, haben sie aber erhalten. 139.000 sind allein aus der Landwirtschaftssteuer eingegangen – wir haben das überhaupt nicht vorgesehen.« (Bürgermeisterin auf einer Gemeinderatssitzung, 11.3.2010)

Diese Irritation aus der Umwelt des Dorfes, die sich auf eine Seite des Arrangements – die Steuerzahlungen des Betriebs an die Gemeinde – richtet, führt jedoch weder dazu, dass das Verhältnis zwischen Kolchos und Gemeindeverwaltung nachhaltig gestört wird – die Bürgermeisterin spricht lediglich von einer »Änderung im Budget« und erwähnt, dass der Kolchosvorsitzende nun möglicherweise »schlechte Laune« habe –, noch bewirkt sie, dass der Kolchos von seiner Leistungsbereitschaft absieht oder die Gemeinde diesbezüglich von ihrer Anspruchshaltung abweicht.

Horizontverschiebungen

Dem Verhältnis von Gemeindeverwaltung und ehemaligem Kollektivbetrieb habe ich mich in dieser ersten empirischen Episode über das Beispiel kommunaler Dienstleistungen und Steuern angenähert und damit zwei Bereiche in den Blick genommen, die Teil der jüngsten Kommunalreform sind. Deutlich wurde, dass der ehemalige Kolchos im Dorf in sowjetischer Tradition als relevante Instanz beobachtet wird und in enger Kooperation mit der Gemeindeverwaltung eine Reihe von Leistungen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur erbringt. Der Stoßrichtung der Transformationsmaßnahmen – sowohl im Bereich der Privatisierung als auch komplementär dazu in Form der Kommunalreform – scheint dies auf den ersten Blick zu widersprechen. Auf den zweiten Blick ist hingegen zu erkennen, dass diese Maßnahmen keineswegs folgenlos bleiben, sondern die dörflichen Strukturen zumindest nachhaltig irritieren und indirekt auf eine Entflechtung von Gemeindeverwaltung und Landwirtschaftsbetrieb und die Positionierung von Letzterem als Wirtschaftsorganisation hinwirken.

Insbesondere die an die Privatisierung geknüpften globalen Erwartungen werden überdeutlich in der Selbstbeschreibung des Betriebs aufgegriffen und auch operativ umzusetzen versucht. In der lokalen dörflichen Umwelt erweisen sie sich allerdings nur als begrenzt anschlussfähig. Zwar stellt sich die Kommunikation zwi-

schen Gemeindeverwaltung und ehemaligem Kolchos zunehmend auf Verträge um, in denen der Auflösungsprozess der tradierten Hierarchie beispielhaft zum Ausdruck kommt. Kolchosinterne wie -externe Formalisierungsversuche mit Blick auf die sogenannten Kolchosleistungen in der Gemeinde laufen jedoch immer wieder ins Leere oder bleiben unvollständig. Dies geschieht nicht zuletzt aufgrund der fehlenden Differenzierung von Rolle und Person im Verhältnis von Bürgermeisterin und Kolchosvorsitzendem, in der sich die Kollision von globalen und lokalen Erwartungsstrukturen widerspiegelt: Wechselseitige Ansprüche werden stets im Horizont der persönlichen Beziehungen zwischen beiden formuliert und unterlaufen auf diese Weise die Umsetzbarkeit der (Transformations-)Imperative, die an die jeweiligen Rollen geknüpft sind. Verwiesen wird auf den Kolchos als »umfassende Wohlfahrtsorganisation«, dem gerade keine Gewinnorientierung als primäre Handlungsmaxime zugeschrieben wird. Als vermeintliche Gegenleistung zu den Sachleistungen des Betriebs unterbleiben Steuerzahlungen, die dem Gemeindebudget zufließen würden. Der Tausch zwischen Gemeindeverwaltung und Betrieb hat dabei zwar auf der Darstellungsebene Bestand und generiert Anschlussfähigkeit, findet sich jedoch nicht auf der operativen Ebene wieder.

Die übergreifende Frage nach Kontinuität oder Wandel der dörflichen Strukturen lässt sich angesichts der Vielzahl und Heterogenität der Arrangements und Kommunikationsformen zwischen ehemaligem Kolchos und Gemeindeverwaltung, die allein im sachlichen Bereich der jüngsten Kommunalreform zu beobachten sind, mit Blick auf diese erste Episode nicht eindeutig beantworten: Mal schwingt das Pendel stärker in Richtung des Wandels – wie beispielsweise angesichts der Verträge oder der Selbstdarstellung des Betriebs als Wirtschaftsorganisation – und mal in Richtung Kontinuität – so beispielsweise angesichts der zahlreichen informalen Kommunikationsstrukturen, die die Formalstrukturen teils ergänzen, teils unterlaufen. Eine spezifische Entwicklung tritt ungeachtet dieses ambivalenten Befunds dennoch als Gemeinsamkeit und generelle Stoßrichtung hervor: So kommt in den Äußerungen der Beteiligten regelhaft zum Ausdruck, dass die gegenwärtigen Arrangements nicht mehr als alternativlos, sondern explizit im Horizont der entsprechenden Transformationsmaßnahmen beobachtet werden. Entsprechend hält der Kolchosvorsitzende die Leistungen, die er im Dorf erbringt und die in der Vergangenheit stets unhinterfragt blieben, nur noch für die zweitbeste Variante, die er im Horizont einer durch die Kommunalreform geschärften Vorstellung darüber beobachtet, wie die Verhältnisse im Dorf »eigentlich« sein sollten:

»Nehmen wir zum Beispiel die Wasserleitung. Um ehrlich zu sein bereitet sie mir Kopfschmerzen. Sie ist alt und ich überlege mir, wie es eigentlich sein müsste. Ich mache mir so meine Gedanken. Ich würde die Wasserleitung gerne abgeben, auf die Bilanz der Gemeindeverwaltung. Ich könnte bei der Reparatur helfen und die Gemeinde könnte die Wasserleitung

dann an jemanden verpachten – entweder an uns oder noch lieber an einen anderen Privatunternehmer. [...] Dann würde sich ausgebildetes Personal um die Wasserleitung kümmern. Das Unternehmen würde dafür bezahlt werden, es würde Gewinn machen und könnte seine Mitarbeiter bezahlen. Im Moment kümmert sich eine meiner Brigaden um die Wasserleitung, die noch viele andere Dinge machen muss und die Effektivität dieser Arbeiten [an der Wasserleitung, E.M.] – sie ist gering.« (Kolchosvorsitzender, 20.2.2010)

Ganz ähnlich und komplementär dazu beobachtet auch die Bürgermeisterin die ausbleibenden Steuerzahlungen explizit im Horizont der neuen gesetzlichen Regelungen:

»Uns [der Gemeindeverwaltung, E.M.] geht es schlecht – wir erhalten keine Einnahmen. [Der Kolchosvorsitzende] zahlt uns keine Steuern, die uns eigentlich als Einnahmen zustehen. Wir kriegen nicht die Einnahmen, wie sie uns zustehen würden – im Grunde haben wir gar keine Einnahmen.« (Bürgermeisterin, 8.8.2008)

Obwohl die Umsetzung der angesprochenen gesetzlichen Regelungen allgemein als wünschenswert beurteilt wird, weichen die tatsächlichen Erwartungsstrukturen im Dorf von diesem Möglichkeitshorizont signifikant ab und zurren sich mit jeder Aktualisierung in dieser Distanz fest. Jede Abweichung eines der beteiligten Systeme, Gemeindeverwaltung und Kolchos, lässt sich dabei mit Verweis auf die Abweichung des jeweils anderen rechtfertigen. Der aufgespannte Horizont bleibt auf diese Weise buchstäblich Horizont, der sich mit jedem Annäherungsversuch weiter von den aktuellen Strukturen entfernt.

Anzumerken ist dabei, dass der vor allem von der Kolchosleitung als Gegenstruktur konstruierte Markt für kommunale Dienstleistungen nicht nur eine fixe Idee ist, sondern in der Umwelt des Dorfes tatsächlich existiert. So schreibt beispielsweise die Kommunalverwaltung im Bezirkszentrum anstehende Projekte wie die Renovierung des Kulturhauses oder den Ausbau des Wasserleitungsnetzes öffentlich aus und private Unternehmen – sowohl aus dem Bezirk selbst als auch überregional – bewerben sich um die Aufträge. Beobachtet werden damit nicht nur Preise, sondern auch die Konkurrenz. In Andrejevka werden diese Marktstrukturen zwar registriert und im Dorf evolvieren mit Preisen und formalen Verträgen auch potenzielle Marktrequisiten, doch etwaige Anschlusskommunikation bricht sich bislang an den Dorfgrenzen und kommt als Option (vorerst) augenscheinlich nicht in Frage. Im Hinblick auf Letzteres betont der Leiter eines Privatunternehmens für kommunale Dienstleistungen aus dem Bezirkszentrum seine grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den ländlichen Gemeinden. Nach eigenem Bekunden sendet er auch entsprechende Signale in Richtung der Gemeindeverwaltungen aus, die jedoch bislang ins Leere laufen:

»Mit den ländlichen Gemeinden arbeiten wir prinzipiell auch auf vertraglicher Basis, aber bis jetzt erbringen wir dort noch keine Leistungen. Zwar haben zwei ländliche Gemeinden angekündigt, dass sie auf uns zukommen wollen, [...], aber bis jetzt herrscht diesbezüglich Stille.« (Privatunternehmer, 9.3.2010)

Jedoch: Haben sich die genannten Marktrequisiten einmal etabliert, erfordert die Begrenzung ihrer Anschlussfähigkeit auch außerhalb des Dorfes zunehmend Mühe: Sobald Zahlungen fließen, lässt sich Geld immer auch anders verwenden, sobald Verträge geschlossen werden, können sie gekündigt und die Vertragspartner gewechselt werden. Die potenzielle Durchlässigkeit der Dorfgrenzen, so ist zu vermuten, zeichnet sich im Versuch ihrer Schließung bereits ab, auch wenn entsprechende Anschlusskommunikation (noch) ausgebremst wird. Auf welche Weise sich Öffnungen und eine sukzessive Umstellung der Kommunikation auf weltgesellschaftliche Strukturen in Folge konkreter Kommunikationsangebote aus der Umwelt ergeben, soll eine zweite Episode verdeutlichen: Der Anschluss der Gemeinden an das Gasnetz.

DER ANSCHLUSS AN DAS GASNETZ – ODER: DIE »GASIFIZIERUNG DES GANZEN LANDES« ALS EINFALLSTOR DER WELTGESELLSCHAFT

Was bei meinem ersten Feldaufenthalt noch als vages Gerücht kursierte, war in den Folgejahren aus den dörflichen Diskussionen kaum mehr wegzudenken: der Anschluss des Bezirkes und damit auch »meiner« Gemeinden an das Gasnetz oder – um den russischen Begriff zu verwenden – die sogenannte Gasifizierung (»gazifikacija«). Nachdem das Bezirkszentrum und eine daran unmittelbar angrenzende Gemeinde bereits Mitte der 1980er Jahre an das Gasnetz angeschlossen worden waren, stimmte im Herbst 2008 die Regionalverwaltung in Perm dem Bau von zwei weiteren Hauptleitungen im Bezirk zu, die drei weitere ländliche Gemeinden – Andreevka, Beljaevka und Dubrovo – an das Gasnetz anschließen sollten (vgl. »Ochanskaja Storona« vom 14.11.2008: 1).

Wurden mit Blick auf die Energieversorgung im Dorf vor allem während der Wintermonate bislang die stetig steigenden Preise von Brennholz diskutiert, die Zuverlässigkeit des neuen (privaten) Sägewerks mit der des kolcheseigenen Sägewerks verglichen oder die Frage geklärt, wer wem beim Holzhacken hilft, zog mit der anstehenden Gasifizierung ein neuer Aspekt der Energieversorgung in die dörflichen Debatten ein. Wie im gesamten ländlichen Raum Russlands galt Gas fortan nicht mehr nur als Garant nationalen Wirtschaftswachstums und damit als Symbol russischer Stärke, sondern auch und vor allem als Fortschrittsmetapher und Moder-

nisierungsfaktor mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Lebensstandard in den Dörfern. So pries die Lokalzeitung die Vorteile der Gasifizierung bereits im Vorfeld mit Überschriften wie »Die Hausgeister müssen umlernen: Mit der günstigen und ›sauberen‹ Art zu heizen erreicht die Lebensqualität ein neues Niveau – das Gas verdrängt Brennholz und Kohle« (»Ochanskaja Storona« vom 28.7.2006: 6) und beschrieb den technischen Akt des Anschlusses des eigenen Hauses an das Gasnetz in blumigen Worten als einschneidendes Ereignis für jedes einzelne Gemeindemitglied, das es nicht zu verpassen gilt.²³ Im Zusammenhang mit einem Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme am Gasifizierungsprojekt zitierte dieselbe Zeitung einen Bürgermeister mit der Äußerung: »Die Dorfbewohner verstehen, dass es vorteilhafter und ökonomischer ist, sein Haus mit Erdgas zu heizen als mit Kohle oder Holz« (»Ochanskaja Storona« vom 25.7.2008: 6). Im Entwurf des »Programms für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde Andreevka in den Jahren 2007 bis 2010«, das vom Gemeinderat verabschiedet wurde und der Verwaltung als Orientierung und Entscheidungsgrundlage dienen soll, findet sich zur Gasifizierung die vielversprechende Passage:

»Der Bau des Gasleitungsnetzes im Hinblick auf das Ziel der Gasifizierung des Gemeindeterritoriums beeinflusst maßgeblich die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Dorfes, den Lebensstandard der Bevölkerung und die wirtschaftliche Lage. Sie ist einer der bedeutendsten Faktoren für die Erhöhung der Energieversorgungseffektivität.«

Die Erwünschtheit der Gasifizierung stand damit offiziell nicht mehr zur Diskussion und Politikerinnen und Politiker aller Ebenen waren sichtlich bemüht, aus dem Projekt Kapital zu schlagen und sich die ausschlaggebende Entscheidung möglichst in vollem Umfang selbst zuzuschreiben: So versah der Bezirksgouverneur unmittelbar nach der Zustimmung der Regionalverwaltung das Projekt ostentativ mit einem Namen und einem Zeitplan (»Ochanskaja Storona« vom 14.11.2008: 1) und bemühte sich, das Thema im Wahlkampf als wesentliche politische Errungenschaft in den Vordergrund zu rücken, so beispielsweise bei seinem Auftritt auf einer Gemeindeversammlung in Andreevka:

»Es war sehr schwierig, im Gasifizierungsprojekt zu bleiben. Zunächst waren zwölf Bezirke der Region Perm Teil des Projekts, heute sind davon noch vier Bezirke übrig geblieben.«²⁴ Die

23 In diese Kerbe schlug beispielsweise ein ganzseitiger Beitrag unter dem Titel »Ein Strauß Schneeglöckchen. Viktor Ivanovich war nicht in der Stadt, als sein Haus an das Gasnetz angeschlossen wurde, er lag im regionalen Krankenhaus« (»Ochanskaja Storona« vom 10.6.2005: 4).

24 Insgesamt umfasst die Region Perm 42 Bezirke.

anderen Bezirke haben die Teilnahme nicht geschafft. Vier Bezirke und darunter unserer blieben im Projekt! [...] Wir leiten heute das Gas bis zu jedem Haus – das ist teuer für das Budget, aber wir setzen das um, um Ihnen das Leben zu erleichtern« (Bezirksgouverneur auf einer Gemeindeversammlung, 18.2.2010)

Ob im Einzelfall tatsächlich allein politischer Einfluss ausschlaggebend war oder ob, wie in den Gemeindeverwaltungen teils unter der Hand ebenfalls vermutet wird, nicht vielmehr die Zahlungsfähigkeit eines privaten Investors und seine Netzwerke auf regionaler Ebene ausschlaggebend waren (vgl. dazu die dritte Episode), kann an dieser Stelle nicht abschließend geklärt werden.

In jedem Fall aber schwappt mit der Gasifizierung ein Thema in die Dorfkommunikation, das auf der nationalen Ebene bereits seit mehreren Jahren für Diskussionsstoff sorgt. Dass Russland über enorme Ressourcen an Erdöl und -gas verfügt und sich außenpolitisch gern als Energiegroßmacht inszeniert, ist keine überraschende Beobachtung (für eine Analyse der russischen Energiepolitik gegenüber dem In- und Ausland vgl. z.B. Götz 2006a, 2006b, 2007; Grätz 2009; Milov 2008). Die westlichen Nachbarstaaten reagieren darauf teils mit offener Skepsis, teils mit reflexhafter Nervosität, teils explizit um Rationalität bemüht (für die Beziehungen zwischen Russland und der EU vgl. z.B. Finon/Locatelli 2008; Geden 2008; Noël 2008). Von der russischen Bevölkerung (auch) im ländlichen Raum werden derartige Versuche, gegenüber dem Ausland nationale Stärke zu demonstrieren, durchaus registriert und mal wohlwollend, mal skeptisch beäugt. Von den Ressourcen profitieren konnte insbesondere die Bevölkerung des ländlichen Raums bislang jedoch nur sehr begrenzt, da lange Zeit fast ausschließlich der Export politische Priorität genoss: »The gigantic gas pipeline network that delivers the ›blue flame‹ to German, French, and Italian cities [...] leaves the Russian countryside, and even most of Russia's cityscapes, untouched« (Dienes 2002: 447). Dieses Ungleichgewicht blieb auch der Bevölkerung in den ländlichen Gemeinden nicht verborgen, wie eine Rentnerin kritisch bemerkt:

»Natürlich ist das teuer und wir wissen nicht, wie wir das alles bezahlen sollen [gemeint ist die anstehende Gasifizierung, E.M.]. Aber wir haben lange gewartet. Unser Land ist reich und vor unserer Haustür laufen die Gasleitungen vorbei, nur wir haben von alldem nichts.« (Rentnerin, 19.8.2008)

Zwar war bereits im Jahr 1970 mit der Gasifizierung der sowjetischen Städte und Dörfer begonnen worden – ein Schritt, der damals sowohl sozial- als auch umweltpolitisch begründet wurde (Dudek/Golub/Strukova 2006: 1664f). Doch Anfang der 1990er Jahre, also zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs des sowjetischen Regimes, waren lediglich rund 40 Prozent der Gemeinden des Landes an das Gasnetz ange-

schlossen (RIA Novosti 2008). Nach dem Regimewechsel wurde das Gasifizierungsprojekt im Jahr 1995 erneut in Angriff genommen, zeitigte jedoch nur sehr zögerliche Erfolge (Dienes 2002: 446). Eine wesentliche Änderung ergab sich erst nach der Jahrtausendwende unter der Regierung Putin. Während Lenin (1970 [1920]: 513) seinerzeit verkündet hatte »Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes«, schrieb sich Präsident Putin (ob in intendierter Analogie oder nicht, sei dahingestellt) nun die Gasifizierung des ganzen Landes als großes innenpolitisches Ziel auf die Fahnen. Entsprechende Maßnahmen zum umfassenden Anschluss der russischen Regionen an das Gasnetz wurden 2006 zum nationalen Projekt ausgerufen, von Dmitrij Medvedev, dem damaligen Vize-Premierminister und späteren Präsidenten (2008 bis 2012) zur Chefsache erklärt und mit demonstrativer Entschiedenheit in Angriff genommen. Regionalen Gouverneuren, die den vom Zentralstaat auferlegten Verpflichtungen nicht nachkamen, wurde mit »administrativen und organisatorischen« Strafen gedroht (RIA Novosti 2008). Der Auftrag für den Gasleitungsbau zwischen den Gemeinden ging an das Unternehmen Gazprom,²⁵ dessen Aufsichtsrat Medvedev zur selben Zeit ebenfalls vorsah (Ballin 2006).

Seit dem Beginn dieses Ausbauprogramms hat sich der Anteil der Gemeinden mit Zugang zum Gasnetz deutlich erhöht: Im Jahr 2011 war er auf 63 Prozent im nationalen Durchschnitt angestiegen, wobei die Städte mit knapp 70 Prozent über diesem Durchschnittswert lagen, die ländlichen Regionen mit 47 Prozent hingegen deutlich darunter (Gazprom 2011: 2). In der Region Perm sind die Werte geringer, das Stadt-Land-Gefälle ist größer und vor allem der ländliche Raum hinkt dem nationalen Durchschnitt deutlich hinterher: Hier waren im Jahr 2010 durchschnittlich 60 Prozent aller Gemeinden an das Gasnetz angeschlossen, wobei die Städte wiederum mit 75 Prozent über und die ländlichen Regionen mit nur knapp 18 Prozent signifikant unter dem regionalen Durchschnitt lagen.²⁶ Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wurde die Euphorie über das russische Wirtschaftswachstum nach der Jahrtausendwende (vgl. für viele Ahrend 2004; Beck/Kamps/Mileva 2007; Nestmann 2007) vor allem aus geographischer Perspektive gern mit dem Verweis auf räumliche Diskrepanzen innerhalb des Landes gebremst: Mit Blick auf seine wirtschaftliche Entwicklung gleiche Russland einem Archipel aus einigen wirtschaftlich stark integrierten Städten und städtischen Regionen, die von »dead

25 <http://www.gazprom.com/press/news/2012/january/article128588/> (zuletzt eingesehen am 17.4.2015).

26 <http://ankarlov.wordpress.com/2011/03/04/hello-world/> (zuletzt eingesehen am 17.4.2015), vergleichbare Daten finden sich auch in Pressemitteilungen zum Kooperationsabkommen, das Gazprom mit der Verwaltung der Region Perm im März 2010 geschlossen hat.

space« umgeben seien (Dienes 2002; für ähnliche Befunde vgl. Bradshaw/Vartapetov 2003; Buccellato/Mickiewicz 2009; Golubchikov 2007).

Bei der Umsetzung des Projekts sind die Aufgaben und Verantwortlichkeiten in räumlich-funktionaler Hinsicht auf verschiedenen Schultern verteilt: Um die Gasleitungen *zwischen den Dörfern* kümmert sich der Bezirk und faktisch das Unternehmen Gazprom.²⁷ Die Leitungen *in den Dörfern* fallen in den Verantwortungsbe- reich der Gemeindeverwaltungen. Um die Anschlüsse der Häuser, d.h. die Leitungen *auf den Privatgrundstücken* und die technische Ausstattung der Gebäude, ha- ben sich die Gemeindemitglieder selbst zu kümmern. Während der erste Gasifizie- rungsschritt somit außerhalb der Gemeinden stattfindet und sie – abgesehen von der grundsätzlichen Zustimmung zum Anschluss an das Gasnetz – faktisch kaum tangiert, sorgt die dorfinterne Umsetzung, an der die Haushalte und die Gemeinde- verwaltung beteiligt sind und um die es im Folgenden gehen soll, in den Dörfern für erhebliche Aufregung. Aus soziologischer Perspektive und mit Blick auf die hier problematisierten Transformationen sind die damit verbundenen Prozesse in mehrfacher Hinsicht instruktiv: Der Anschluss an das Gasnetz bietet *erstens* ein weiteres Beispiel dafür, wie Politik in den Gemeinden funktioniert, auf welche Weise insbesondere die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Macht ausüben und an welchen Punkten Einflussgrenzen sichtbar werden. Darüber hinaus lässt sich *zweitens* am Beispiel der Gasifizierung beobachten, an welchen Stellen die tradier- ten Strukturen des Dorfes, die stark von den ehemaligen Kollektivbetrieben domi- niert waren, zu weltgesellschaftlichen Strukturen in Widerspruch geraten, auf wel- che Weise speziell funktionale Differenzierung – hier vor allem in Form wirt- schaftlicher Kommunikation – ins Dorf geleitet wird und welche Konsequenzen für die Anschlussfähigkeit der lokalen Strukturen – insbesondere der Modi der Inklus- ion – damit verbunden sind. Nicht zuletzt wird dabei sichtbar, auf welche Weise sich alte und neue Strukturen miteinander verzahnen und aufeinander einstellen.

Die Gasifizierung als lokalpolitisches Steuerungsproblem

Anders als die skizzierten lokalpolitischen Äußerungen möglicherweise suggerie- ren, bedeutet das Gasifizierungsprojekt für die Gemeindeverwaltungen bei Weitem nicht nur die Aussicht auf politisches Prestige. Vielmehr gilt es eine Reihe von Aufgaben zu bewältigen, die mit erheblichem politischem Druck verbunden sind, der aus der Position der Gemeindeverwaltung im administrativen Institutionenge- füge resultiert. So verfügt die Verwaltung einer ländlichen Gemeinde in der Gasifi- zierungsfrage selbst über keine grundsätzliche Entscheidungskompetenz: Ob ein

27 <http://www.gazprom.com/about/production/gasification/> (zuletzt eingesehen am 17.4.2015).

Dorf an das Gasnetz angeschlossen wird oder nicht, wird auf den Ebenen des Bezirks und der Region entschieden. Auf der Gemeindeversammlung wird lediglich noch die Zustimmung der Bevölkerung eingeholt²⁸ (für Andreevka vgl. »Ochanska-ja Storona« vom 25.7.2008: 2). Im Anschluss an diese Entscheidungen haben die Gemeinden dafür zu sorgen, dass die Umsetzung in den Dörfern gelingt – eine Aufgabe, die auch in den Regelungen von Gesetz Nr. 131 enthalten ist (vgl. Tabelle 4).

Konkret steht die Gemeindeverwaltung damit in erster Linie vor bürokratisch-administrativen Aufgaben: Eine geeignete Karte des Dorfes muss erstellt werden, die häufig eine von wenigen professionellen Kartierungen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion darstellt. So beklagt die Sachbearbeiterin für Landnutzung und Eigentumsfragen der Gemeindeverwaltung in Andreevka, dass sie zuvor lediglich über ein einziges abgegriffenes Exemplar einer Karte des Gemeindeterritoriums verfügte, die im Rahmen der Kolchosprivatisierung Anfang der 1990er erstellt wurde und auf der die Landanteile eingetragen wurden. Die neu erstellte Karte dient als Entscheidungsgrundlage, entlang welcher Straßen die dorfinernen Hauptleitungen verlegt werden, wobei der Spielraum in dieser Frage faktisch ohnedies begrenzt ist: Zwar sorgen Verteilungsfragen im Zusammenhang mit der Gasifizierung durchaus für Diskussionen auf den Gemeindeversammlungen, in den meisten Dörfern ist die Anzahl an verfügbaren Kilometern jedoch bereits durch die Höhe der bewilligten Subventionen vorgegeben und beschränkt sich in der Regel auf den Kernbereich des Dorfes. Die Bewohnerinnen und Bewohner abseits gelegener Siedlungen werden auf spätere Runden des Projekts vertröstet.

Schließlich obliegt es der Gemeindeverwaltung, geeignete Bau- und Montageunternehmen auszuwählen und mit dem Verlegen der Hauptleitungen entlang der Straßen zu beauftragen, den zeitlichen Ablauf der Arbeiten zu koordinieren und dabei allen Beteiligten als Ansprechpartnerin zur Verfügung zu stehen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund der in der ersten Episode beschriebenen Formen der Zusammenarbeit zwischen Gemeindeverwaltung und ehemaligem Kolchos, dass die Gasifizierung im Bezirk zumindest in Ansätzen die Herausbildung eines Marktes für entsprechende Dienstleistungen bewirkt hat, an dem auch die ländlichen Gemeinden partizipieren. Die Lokalzeitung berichtet nicht nur mit großem Optimismus von der Gründung eines neuen Unternehmens in

28 Trotz Nachfragen blieb mir der Stellenwert dieser Zustimmung im Entscheidungsprozess unklar, denn ungeachtet dessen wurde im Dorf im Zusammenhang mit der Gasifizierung stets auf »Druck von oben« und daraus resultierende Sachzwänge verwiesen. Dies könnte auf mangelnde Informationen und/oder unpräzise Erinnerungen der Befragten ebenso zurückzuführen sein wie darauf, dass es sich bei diesem Schritt um fassadenhafte Partizipation ohne faktische Mitsprache- und vor allem Einflussmöglichkeiten – kurz: um folgenloses Rauschen im System – handelte.

diesem Bereich, dem sie ein umfangreiches Portrait widmet (»Gas in jedes Haus – schnell und in guter Qualität«, »Ochanskaja Storona« vom 3.9.2004: 3). Sie versucht darüber hinaus, die Existenz von zwei konkurrierenden Unternehmen in diesem Marktsegment durch ihre Berichterstattung ins Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu rücken (vgl. beispielsweise »Ochanskaja Storona« vom 22.7.2005: 2 und vom 9.2.2007: 7). Zudem ist in Andreevka und Beljaevka geplant, dass die Gasleitungen unmittelbar nach ihrer Fertigstellung und Inbetriebnahme von Privatunternehmen übernommen werden, die zukünftig für Wartungs- und Reparaturarbeiten verantwortlich zeichnen. Neben Infrastrukturbereiche wie beispielsweise die Wasserleitungen, die entgegen der Reformintention weiterhin vom ehemaligen Kolchos getragen werden respektive deren Eigentumsverhältnisse in der Schwebe sind, tritt mit den Gasleitungen ein Bereich, in dem mit solchen Pfadabhängigkeiten gebrochen wird und der sich allem Anschein nach anschickt, ganz im Sinne der jüngsten Kommunalreform zu »funktionieren«. In diesem Sinne sieht auch der Leiter eines Privatunternehmens für kommunale Dienstleistungen in der Gasifizierung eine entscheidende Zukunftsperspektive für seinen Geschäftsbereich:

»Was haben wir für Perspektiven? Ich denke, dass die Gasifizierung die wichtigste Perspektive dafür ist, dass das private Business endlich dazu kommt, etwas zu bauen. Gasleitungen, Wasserleitungen, Energieversorgung – und fertig. Das wäre die Grundlage.« (Privatunternehmer, 9.3.2010)

Ich möchte mit Blick auf die Umsetzung der Gasifizierung in den Dörfern jedoch noch einen weiteren Aspekt hervorheben, bei dem die Gemeindeverwaltung indirekt, aber kaum weniger exponiert in der Verantwortung steht: Ihr obliegt die Koordination der Haushalte, denn die Aufnahme einer Gemeinde in das Gasifizierungsprogramm setzt die Zusage voraus, dass eine Mindestanzahl an Haushalten zur Teilnahme bereit ist. Diese Anforderung im Blick zogen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Mitglieder der Gemeindeverwaltungen im Vorfeld der Entscheidung von Haus zu Haus, informierten die Gemeindemitglieder über das Projekt und sammelten Unterschriften von Interessierten, die anschließend der Bezirksverwaltung vorgelegt wurden. Nicht wenige Haushalte zogen jedoch nach einer ersten Euphorie ihre Zusage wieder zurück. Was aus rechtlicher Sicht möglich ist – die Unterschriften stellen lediglich Interessensbekundungen ohne weitere rechtliche Verbindlichkeiten dar –, bedroht aus Gemeindesicht das gesamte Projekt:

»Um in das Programm aufgenommen zu werden, haben [der Bezirksgouverneur] und ich versprochen, dass in Dubrovo 320 Häuser angeschlossen werden. [...] Wenn wir am Anfang nur 100 Häuser angegeben hätten, würde das Gas mit Sicherheit nicht hierher kommen, man hätte uns gar nicht erst ins Programm aufgenommen. Das ist das ganze Schlamassel. Wir haben

320 verkündet, also 80 Prozent der Häuser in Dubrovo. Das ist der Plan: 80 Prozent der Haushalte. Von diesem Ziel weichen wir nicht ab. Wenn das Gas erstmal hier in Dubrovo wäre, wenn die Fackel erstmal brennen würde, dann wär's das. Die Bevölkerung würde begreifen und die Sache wäre schnell erledigt.« (Bürgermeister auf einer Gemeindeversammlung, 26.3.2009)

»Als auch wir unter das Gesetz fielen, das vorgibt, wie viele bei uns [in der Gemeinde, E.M.] bei der Gasifizierung mitmachen müssen, damals sind wir, nicht ich allein, alle Sachbearbeiter [Mitarbeiterinnen der Gemeindeverwaltung, E.M.] von Haus zu Haus und von Straße zu Straße gegangen: Wer sagt zu, dass er an der Gasifizierung teilnimmt? Sie [die Gemeindeglieder, E.M.] haben sich direkt auf Listen eingetragen, dass sie mit der Gasifizierung einverstanden sind, dass sie ihr Haus an das Gasnetz anschließen wollen. Aber jetzt, wie sich die Dinge entwickeln, haben viele von denen, die damals unterschrieben haben, schon wieder abgesagt.« (Sachbearbeiterin der Gemeindeverwaltung, 12.3.2009)

Was passiert, wenn das deklarierte Ziel verfehlt wird, konnte ich während meiner Feldaufenthalte nicht herausfinden und auch die Befürchtungen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister blieben diesbezüglich im Vagen. Daran, dass die Umsetzung der Gasifizierung von ihnen als politisch alternativlos beobachtet wurde, sobald eine Gemeinde einmal in das Programm aufgenommen worden war, ließ ihr Verhalten jedoch keinen Zweifel. Alles andere als die erfolgreiche Umsetzung des Projekts würde vor diesem Hintergrund als politisches Scheitern beobachtbar und als Widerstand der Kommune gegen Modernisierung und Fortschritt ausgelegt, was es um jeden Preis zu verhindern gilt. Erfolg oder Misserfolg werden letztlich in vollem Umfang der Gemeindeverwaltung – respektive den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern – zugerechnet.

»[Vorsitzende des Veteranenrats]: Das [der Verlauf der Vorbereitungsarbeiten, E.M.] hängt nicht nur von uns ab. Sie arbeiten nicht besonders schnell, die Gasarbeiter.

[Bürgermeister]: Sie haben viel zu tun, das muss man auch verstehen.

[Vorsitzende des Veteranenrats]: Aber dann schieben Sie es nicht auf uns, dann behaupten Sie nicht, dass wir schuld sind!

[Bürgermeister]: Verstehen Sie – in jedem Fall bin ich der Schuldige.

[Vorsitzende des Veteranenrats]: Warum?

[Bürgermeister]: Weil Sie niemandem etwas versprochen haben.

[Vorsitzende des Veteranenrats]: Aber was hätte ich denn versprechen sollen?

[Bürgermeister]: Nichts. Aber ich musste, damit das Gas überhaupt nach Dubrovo kommt, gegenüber der Regionalverwaltung versprechen, dass ich 186 Häuser anschließe. Wenn ich das nicht versprochen hätte, würde jetzt überhaupt nichts passieren. Das ist wie im Sport: Wenn die Mannschaft gewinnt, sind die Sportler verantwortlich, wenn die Mannschaft ver-

liert, ist der Trainer schuld. So ist es auch jetzt. Wenn alles gut läuft, bekommen Sie Ehre und Lob. Wenn es schlecht läuft, heißt es, dass ich schuld bin. Ich habe keine Wahl. Das Gasifizierungsprojekt jetzt noch abzusagen ist sinnlos.«

(Bürgermeister und Vorsitzende des Veteranenrats, 27.8.2008)

Der Faktor, von dem die erfolgreiche Umsetzung der Gasifizierung letztlich abhängt, sind vor diesem Hintergrund die individuellen Entscheidungen der Haushalte als eigentliche Adressaten des Programms, die rekursiv auf die Entscheidungen der Gemeindeverwaltung verweisen und mit deren politischer Handlungsfähigkeit verschnitten sind. Gleichzeitig stellen die Haushaltsentscheidungen für die Gemeindeverwaltung jedoch Umweltereignisse dar, auf die sie nicht direkt zuzugreifen vermag und die entsprechend als Risiko beobachtet werden, das es möglichst durch gezielte Einflussnahme einzuhegen gilt. Um dieses Steuerungsproblem zu lösen, greifen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf die Gemeindeversammlungen zurück – und kehren die mit diesem Forum verbundene Intention dabei gleichsam um.

Die Gemeindeversammlung als Instrument der Einflussnahme

Gesetz Nr. 131 richtet die Gemeindeversammlungen als eine zentrale Schnittstelle zwischen der kommunalen Politik und ihrem Publikum ein. Mit ihnen soll ein Forum etabliert werden, um das Publikum in den politischen Entscheidungsprozess zu inkludieren und auf diese Weise *Möglichkeiten der direkten Einflussnahme* zu etablieren. Daneben werden die Versammlungen auch zur *Vermittlung von Sachinformationen*, hier etwa über den geplanten Ablauf der Gasifizierung und die technischen und rechtlich-bürokratischen Voraussetzungen, genutzt. Durch ihre Teilnahme an der Versammlung erhalten die Gemeindemitglieder Informationen, die andernfalls für sie kaum zugänglich wären. Dass das Projekt im Dorf als bedeutsam bewertet wird, illustriert die Anzahl der Teilnehmenden: Schwanken die Teilnehmerzahlen bei ›gewöhnlichen‹ Gemeindeversammlungen, auf denen beispielsweise das Budget diskutiert wird oder die Gemeindeverwaltung Rechenschaft ablegt, meist zwischen 30 und 40 Personen (darunter überwiegend Rentnerinnen und Rentner), zogen die Versammlungen zur Gasifizierung, so die einhellige Beobachtung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, durchweg erheblich mehr Gemeindemitglieder an (100 bis 150 Personen).

Mit Blick auf das Gasifizierungsprojekt wird auch deutlich, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die Versammlungen zu einem dritten Zweck nutzen, der auf ihre Aufgabe der Haushaltskoordination verweist: Sie bemühten sich, auf den Veranstaltungen *politischen Druck* aufzubauen und die Gemeindemitglieder zur ›Kooperation‹, also zur Entscheidung für den Anschluss an das Gasnetz, zu

bewegen. Wie dies geschah, lässt sich anhand der folgenden Szene verdeutlichen, die sich auf einer Gemeindeversammlung in Dubrovo abspielte. Das Gasifizierungsprojekt befand sich in dieser Gemeinde zum Zeitpunkt der Versammlung in einem fortgeschrittenen Stadium, es hatten bereits mehrere Versammlungen zum Thema stattgefunden und ein Teil der Haushalte im Dorf erfüllte mittlerweile die technischen Voraussetzungen für den Anschluss an das Gasnetz. Die erforderliche Mindestanzahl war allerdings noch nicht erreicht:

»[Bürgermeister]: Ich begrüße Sie, liebe Mitbürger, lassen Sie uns unsere Gemeindeversammlung beginnen. Ich arbeite nun seit einem Jahr [an der Gasifizierung, E.M.] und auf die Gemeindeversammlung kommen immer nur diejenigen, die zuhause schon alles für die Gasifizierung vorbereitet haben – und die sind auch heute wieder da. Das Ziel der heutigen Versammlung besteht darin, die Bewohner von Dubrovo noch mal mit Blick auf die Gasifizierung anzutreiben. *[Es folgen Ausführungen dazu, wie viele Haushalte ihre Verpflichtungen bereits erfüllt haben und wie viele noch ausstehen.]* Dieses Resultat erfreut mich in vollem Maße. Ich sage, es erfreut mich, weil bedacht werden muss, dass es zwar um uns alle geht, aber ich Sie alle im Bezirk und in der Region repräsentiere. Wir alle haben Verpflichtungen gegenüber Gazprom und gegenüber Moskau. [...] Ich denke, dass alle, die hier sind, ihre Verpflichtungen erfüllt haben. Das heißt, mit den Leuten hier müsste ich eigentlich gar nicht über das alles sprechen. [...] Ich denke, dass das Gas zu allen kommen wird [...], auch zu denen, die es ablehnen. Warum? Weil es schon jetzt einige Präzedenzfälle gibt, bei denen die Leute eine schriftliche Erklärung abgegeben haben, abgesagt haben, geschrieben haben, dass sie kein Gas brauchen. Und als die Leitung dann in der Straße verlegt war, kamen sie zu mir – »Ich habe noch einmal darüber nachgedacht, ich brauche doch Gas«.

[Äußerung aus dem Publikum]: Müssen wir auf diese Leute jetzt etwa warten?

[Bürgermeister]: Das Gas wird angeschlossen werden, bei Ihnen wird das Gas angeschlossen werden. Das Ziel unserer Versammlung ist, die Leute anzutreiben, die noch nicht alles dafür erledigt haben. Wir versuchen jetzt alles, was in unserer Macht steht, um die Leute dazu zu bringen, ihre Häuser für den Gasanschluss vorzubereiten.

[...]

[Leiter der Bezirksplanungsamtes]: Ich weiß nicht, vielleicht lohnt es sich, mit den Nachbarn zu sprechen. [Der Bürgermeister] geht von Tür zu Tür, redet auf die Leute ein, dass wir das [das Gas, E.M.] alle brauchen. Wenn wir die Auflagen des Programms nicht erfüllen, wird [der Bezirksgouverneur] es sehr schwer haben. In erster Linie er, weil der Gouverneur [der Region Perm, E.M.] sich stark auf ihn verlässt. [...] Am Ende heißt es dann im Fernsehen: »Es tut uns leid, aber der Bezirk [...] ist nicht bereit für die Gasifizierung, weil nicht genug Haushalte mitmachen«.

[...]

[Bürgermeister]: Gazprom hat seine Verpflichtungen, nämlich die Leitung Ostrožka-Dubrovo-Ponomary [die Hauptleitung zwischen den Gemeinden, E.M.] zu bauen. UralGaz-

Service [ein regionales Gasunternehmen, E.M.] hat seine Verpflichtungen, nämlich das Leitungsnetz innerhalb des Dorfes Dubrovo zu verlegen. Jeder von uns hat seine Verpflichtungen – wir müssen unsere Häuser vorbereiten, damit sie an das Gasnetz angeschlossen werden können. Im Moment erfüllt Gazprom seine Verpflichtungen, UralGazService erfüllt seine Verpflichtungen. Wir erfüllen unsere Verpflichtungen noch nicht. Das ist die Situation. Ich denke, dass das alle verstehen.

[...]

[Äußerung aus dem Publikum]: Sie haben am Anfang über die Gasifizierung gesprochen und da haben sie gesagt, dass wir, solange das letzte Haus in Osinovka [ein Ortsteil der Gemeinde, E.M.] nicht fertig ist, dass wir solange auch kein Gas kriegen. So verstehe ich das. Das heißt also, dass die, die hier sitzen, gar nicht hier sitzen müssten – stimmen Sie mir zu?

[Bürgermeister]: Darüber habe ich gesprochen.

[Äußerung aus dem Publikum]: Diese Leute müssen eigentlich gar nicht hier sein, sondern die, die ihre Häuser noch nicht vorbereitet haben.

[Bürgermeister]: Da stimme ich ihnen zu.

[...]

[Äußerung aus dem Publikum]: Holen Sie die her, die nicht fertig geworden sind.

[Bürgermeister]: Wie? Geben Sie mir einen Rat. Ich bin zwar der Bürgermeister, aber ohne die Unterstützung der Bevölkerung kann ich nichts machen. Wir haben alle ein gemeinsames Ziel, Sie genauso wie ich. Allein kann ich nichts ausrichten. Wenn nicht alle Dorfbewohner wollen, kann ich nichts machen. Es geht nur mit Ihrer Hilfe. Oder habe ich nicht Recht? Keine Macht kann ohne das Volk etwas ausrichten.«

(Gemeindeversammlung, 26.3.2009)

In Ermangelung von (formalen) Sanktionsmöglichkeiten als lokalpolitische Machtgrundlage – niemand kann zur Teilnahme gezwungen werden, wie der Bürgermeister am Ende der Passage treffend einräumt –, zielt die Kommunikation darauf, die Haushalte möglichst wirkungsvoll zu beeinflussen, also die aus Sicht des Bürgermeisters erwünschten Selektionen herbeizuführen (vgl. zum Begriff des Einflusses Luhmann 2012: 52). Im Wesentlichen kommen dabei drei Strategien zum Einsatz: *Moralkommunikation*, *Verbindlichkeitskommunikation* und der *Verweis auf die Einbindung in gemeindeübergreifende Hierarchien*.

Erstens und wiederkehrend wird moralisch an das Publikum appelliert: »Eine Kommunikation tritt als moralisch auf, wenn sie suggeriert oder explizit macht, dass Selbstachtung und Achtung anderer von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängen« (Luhmann 2008: 368f). In diesem Sinne versucht der Bürgermeister, zumindest auf der Darstellungsebene die Achtung der einzelnen Gemeindemitglieder innerhalb des Dorfes an die Teilnahme am Gasifizierungsprojekt zu koppeln. Die Gasifizierung wird als gemeinschaftliches Projekt dargestellt, das im Interesse aller ist – auch und besonders derjenigen, die die Teilnahme bislang verwei-

gern – und dessen Gelingen durch die ›Abweichler‹ im Dorf in Gefahr gebracht wird. Ohnedies wird die Ablehnung der Gasifizierung als irrationale Strategie dargestellt, die kaum durchzuhalten ist. Wiederholt wird das Dorf mittels entsprechender Semantiken in diejenigen, die mitmachen, und diejenigen, die sich verweigern, unterteilt (Letztere im vermeintlichen Irrglauben, sie könnten auf den Anschluss an das Gasnetz verzichten). Die Grenze läuft dabei – darauf komme ich auch im folgenden Abschnitt noch einmal zurück – entlang der Interaktion: Während sich die auf der Versammlung Anwesenden auf der kooperativen ›richtigen‹ Seite befinden, sind die Abwesenden auf der widerständigen ›falschen‹ Seite – und damit für die Kommunikation faktisch gar nicht erreichbar, die, so formuliert der Bürgermeister zumindest das Ziel der Veranstaltung, eigentlich an sie gerichtet werden müsste.

Zweitens werden Verbindlichkeiten respektive eine Bringschuld der Gemeindeglieder – und dabei schließt sich der Bürgermeister selbst mit ein – konstruiert, die daraus resultieren, dass die ›anderen‹ ihre Verpflichtungen bereits erfüllt haben. Während die moralischen Appelle eine Grenze innerhalb des Dorfes ziehen, wird nun auf die Unterscheidung zwischen dem Dorf und seiner Umwelt hin beobachtet: Die ›anderen‹ respektive die Parteien, denen gegenüber Verpflichtungen bestehen, befinden sich jenseits der Außengrenzen des Dorfes. Zudem werden sie möglichst hochrangig verortet – Verpflichtungen bestehen gegenüber Gazprom, dem Bezirks- und dem Regionalgouverneur und sogar gegenüber »Moskau« – und damit eine Hierarchie konstruiert, an deren unterem Ende sich das Dorf befindet.

Schließlich wird dieser zweite Aspekt verstärkt, indem *drittens* explizit auf die übergeordnete Verwaltungsebene und konkret auf den Bezirksgouverneur, der allen im Dorf bekannt sein dürfte, verwiesen wird. Über die Anwesenheit eines Vertreters der Bezirksverwaltung auf der Versammlung wird zum einen politischer Druck weitergegeben. Zum anderen wird auf diese Weise die Begrenztheit des Handlungs- und Entscheidungsspielraums der Gemeindeverwaltung gegenüber diesen übergeordneten Ebenen demonstriert und versucht, den Eindruck der Alternativlosigkeit an die Anwesenden weiterzugeben.

Operiert und Einfluss auszuüben versucht wird somit anhand von drei Unterscheidungen: Kooperation|Widerstand als moralische Unterscheidung und Grenze innerhalb des Dorfes, Dorf|Umwelt im Rahmen der Konstruktion von Verbindlichkeiten der gesamten Dorfgemeinschaft sowie oben|unten als Ausdruck hierarchischer Strukturen, in die die Gemeinde eingebunden ist.

Grenzen lokaler Machtkommunikation

Wie weit reichen diese Versuche der Einflussnahme? Zwei Grenzen lassen sich beobachten: Die erste resultiert aus den Eigenschaften von Interaktion als Systemtyp,

die zweite verweist auf funktionale Differenzierung und die operative Geschlossenheit gesellschaftlicher Funktionssysteme.

In der beschriebenen Kommunikation auf der Gemeindeversammlung spiegeln sich die wesentlichen Merkmale von Interaktionssystemen wider – Inklusion und Grenzziehung gegenüber der Umwelt über Anwesenheit, die Nicht-Negierbarkeit der Kommunikation im Rahmen von Interaktion sowie die fehlenden Durchgriffsmöglichkeiten von Interaktionssystemen über die eigenen Grenzen hinaus – und markieren eine Grenze lokalpolitischer Einflussnahme: Vor dem Hintergrund des speziellen Typenprogramms der Versammlung kommt dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin eine hervorgehobene Stellung bei der Themensetzung zu, die durch die Anwesenden auch nicht in Frage gestellt wird (zu Typenprogrammen von Interaktion vgl. Kieserling 1999: 18). In der Konsequenz kann niemand der Anwesenden mit Blick auf die Gasifizierung und die mit einer Teilnahme verbundenen Anforderungen an die Haushalte auf Unwissenheit verweisen und sich auf diese Weise aus der Affäre ziehen. Gleichzeitig bleiben die Abwesenden unadressierbar, weil die Gemeindeversammlung allein die Anwesenden inkludiert und integriert, keinesfalls aber die Gemeinde und ihre Mitglieder insgesamt. Eine Differenz übrigens, die in den Interaktionen der Gemeindeversammlung bereits selbst in paradoxer Form reflektiert wird: Man versichert sich immer wieder, dass der Inhalt der Kommunikation nicht für die Anwesenden, sondern für die im Moment unerreichbaren Abwesenden bestimmt ist, zieht daraus aber nicht die Konsequenz, die Interaktion zu beenden. Dass diese Problematik der Nicht-Adressierbarkeit durch Abwesenheit zwar mit Blick auf die Gasifizierung in besonderer Weise virulent wird, jedoch den Gemeindeversammlungen im Allgemeinen anhängt, wird auf einem Treffen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister reflektiert:

»Wir legen gegenüber der Bevölkerung Rechenschaft ab. Wir versammeln sie im Kulturhaus – wir treiben sie zusammen, wäre die richtige Bezeichnung. Wir treiben so um die 15 Leute zusammen, wenn es 40 sind, ist das schon großes Glück. Sie kommen nicht, sie nehmen nicht teil. Aber außerhalb [der Versammlung, E.M.], wenn du als Bürgermeister nicht dabei bist, dann gibt es Diskussionen. Wenn sie wenigstens bei den öffentlichen Anhörungen auftauchen und dort mit ihren Fragen kommen würden – ja, dann könnten wir darüber reden. Aber das, was sie reden, so hinter dem Rücken – das wissen wir nicht einmal.« (Bürgermeister, 11.8.2008)

Deutlich wird: Die Kommunikation beabsichtigt zwar eine Wirkung über die Versammlung – die Interaktion – hinaus, kann diese Bindungskraft jedoch aus sich heraus nicht entfalten (solange ihr nicht vom politischen System die Kompetenz zugewiesen wird, diesbezüglich kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen, die auch für die Abwesenden Gültigkeit haben – aber das ist dann erstens nicht mehr Sache

der Interaktion und liegt zweitens im Fall der Gasifizierung ohnedies nicht vor). Diese Beschränkung besteht unabhängig davon, ob und in welcher Form in der Interaktion selbst Anschlussfähigkeit erzeugt wird. In der oben zitierten Passage wird an die vom Bürgermeister heraufbeschworene Teilung des Dorfes zwar im Versammlungskontext durchaus angeschlossen – man fragt nach, stimmt zu, zeigt sich empört –, die operative Durchschlagskraft dieser Semantiken nach dem Ende und außerhalb der Versammlung erwies sich jedoch als gering. Weder die Bildung von zwei ›Lagern‹ noch Überzeugungsversuche der Dorfbewohner untereinander ließen sich beobachten, auch wenn das Thema auch abseits der Versammlung diskutiert wurde. Für die sogenannten ›Abweichler‹, also Gemeindemitglieder, die eine Teilnahme am Projekt (vorerst) ablehnten, wurde dabei unter Verweis auf finanzielle Argumente in der Regel sogar Verständnis geäußert – was auf eine zweite Grenze verweist, an die die kommunalpolitischen Einflussversuche stoßen: die spezifischen Operationsweisen der Funktionssysteme und deren Geschlossenheit.

Während die Gasifizierung für die Gemeindeverwaltung ein politisches Projekt ist und entsprechend im Horizont politischer Anschlusskommunikation beobachtet wird – in erster Linie das Durchsetzen von Entscheidungen, aber auch die Anhäufung von politischem Kapital in Form von Prestigegewinn, Erfolg bei den nächsten Wahlen und ähnlichem –, liegt den Beobachtungen durch die Gemeindemitglieder eine andere Unterscheidung zugrunde. Einen ersten Eindruck der daraus resultierenden Diskrepanzen vermittelt erneut ein Auszug aus einer Gemeindeversammlung zur Gasifizierung, die im März 2009 in Beljaevka stattfand. Im Unterschied zur oben erwähnten Versammlung in Dubrovo stand das Gasifizierungsprojekt dort zum Zeitpunkt der Versammlung noch am Anfang und die Veranstaltung sollte dazu dienen, erste Informationen darüber zu vermitteln. Die Bürgermeisterin eröffnete die Versammlung, führte kurz in das Thema ein und hob die Bedeutung sowohl des Gasifizierungsprojekts an sich als auch der finanziellen Unterstützung durch den landwirtschaftlichen Großbetrieb hervor. Nach wenigen Minuten übergab sie das Wort an die Vertreter von zwei Montageunternehmen, die den Rest der gut einstündigen Veranstaltung bestritten. Beide erläuterten detailliert die technischen Voraussetzungen für den Anschluss privater Wohnhäuser an das Gasnetz und gingen dabei in aller Ausführlichkeit auf die Vor- und Nachteile verschiedener Modelle von Boilern, Gasherden, Heizungssystemen und sonstigen Bestandteilen der technischen Infrastruktur ein. Ihre Ausführungen wurden schließlich von einer Frage aus dem Publikum, das bis zu diesem Zeitpunkt mehrheitlich geschwiegen hatte, nach den zu erwartenden Kosten unterbrochen:

»[Äußerung aus dem Publikum]: Wie hoch ist die Gesamtsumme? Mit der Ausstattung und allem drum und dran?

[Unternehmensvertreter₁]: Lassen Sie uns gemeinsam rechnen. Sie fragen jetzt nach der Montage?

[Äußerung aus dem Publikum]: Ja, nach der Montage und den technischen Voraussetzungen und den Arbeitskosten.

[Unternehmensvertreter₁]: Ich habe Ihnen gesagt, die technischen Voraussetzungen [gemeint sind die Gasleitungen auf dem Grundstück, E.M.] kosten 1.280. Die Sache ist die, dass es Montageunternehmen gibt, die für den laufenden Meter 3.000 nehmen und abmessen.

[Äußerung aus dem Publikum]: Aber Sie wissen das doch.

[Unternehmensvertreter₁]: UralGazService montiert für 18 bis 20 [Tausend, E.M.], andere Unternehmen für 30.000. Aber die Ausstattung ist da nicht eingeschlossen [...]. Verstehen Sie mich nicht falsch, aber ich kenne den Grundriss Ihres Hauses nicht.

[Äußerung aus dem Publikum]: So ungefähr?

[Unternehmensvertreter₂]: Dazu gibt es keine Zahlen.

[Stimmengewirr]

[Äußerung aus dem Publikum]: So ungefähr das Minimum?

[Unternehmensvertreter₂]: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

[Äußerung aus dem Publikum]: Die Frage ist doch die – die technische Ausstattung für das Gas, welcher Herd, welcher Kessel, welche Heizkörper, welche Rohre – das hängt alles vom individuellen Auftraggeber ab, von demjenigen, der im Haus wohnt.

[Unternehmensvertreter₁]: Völlig richtig.

[Äußerung aus dem Publikum]: Aber was kostet der Anschluss insgesamt? Wie machen die das – sie verlegen die Leitungen ins Haus, da gibt es ein Ventil und einen Zähler am Kessel oder, wenn es nur ein einzelner Wassererhitzer ist, direkt am Erhitzer. Das ist also das System von der Straße bis ins Haus – was kostet das, nur zur Orientierung?

[Unternehmensvertreter₁]: Sie haben ganz richtig gesagt, dass das vom Haus abhängt. Lassen Sie mich die Situation erklären: Nehmen wir mal an, das ist Ihr Haus, der Ausgang ist hier.

[...] [Erläuterung verschiedener technischer Varianten] Deshalb kann ich Ihnen das [den Preis, E.M.] nicht sagen.

[Stimmengewirr]

[Unternehmensvertreter₁]: Deshalb bin ich zu Ihnen gekommen. Wenn ich Sie frage, wohin wollen Sie den Herd? Dann sagen Sie: »Hier an der Stelle ist bei mir schon alles voll, der Herd kommt hierhin. Wohin der Kessel kommt, weiß ich noch nicht, entweder hier gleich daneben, oder dorthin, wenn ich den Ofen abbaue.«

[Äußerung aus dem Publikum]: Das ist alles verständlich. Aber dann sagen Sie doch wenigstens, wie das in Andreevka [der Nachbargemeinde, E.M.] ist, nach Ihrer Erfahrung – wie viel kostet dort die Montage eines laufenden Meters?

[Unternehmensvertreter₁]: Entschuldigen Sie, ich weiß es nicht.

[Unternehmensvertreter₂]: Wir stehen hier jetzt nicht vor Ihnen als Verkäufer, wir kennen diesen Markt nicht. Wir sind hergekommen, weil wir Ihnen helfen wollen.

[*Themenwechsel, die Stimmung im Saal beruhigt sich langsam*]

(Gemeindeversammlung, 25.3.2009)

Was ist passiert? Zunächst ist festzuhalten, dass sich mit der Frage nach dem Preis der Gasifizierung hörbar Aufregung im Saal verbreitet, die gesamte Sequenz ist untermalt von Stimmengewirr und Zwischenrufen, so dass die einzelnen Äußerungen teilweise nur schwer zu verstehen sind. Ganz offensichtlich wird mit dieser Frage ein Thema angesprochen, dass im Verlauf der Versammlung bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht erwähnt wurde, dem Publikum aber unter den Nägeln brennt. Die Beobachtung der Gasifizierung durch die anwesenden Gemeindemitglieder läuft auf die Frage nach den zu erwartenden Kosten – und damit nach dem Preis – hinaus, ohne deren Kenntnis alle anderen Informationen nicht eingeordnet werden können. Ebendiese Information wird nun jedoch auch auf wiederholtes Drängen und Nachfragen nicht preisgegeben – sei es, weil die beiden Ansprechpartner tatsächlich nicht über das entsprechende Wissen verfügen (wie sie behaupten), sei es, weil sie diese Information den Anwesenden aus anderen Gründen bewusst vorenthalten. Beide beginnen zu laviere, weichen auf Nebenaspekte aus, konkretisieren mehrfach bereits bekannte Äußerungen. Im Effekt bleibt der Preis, auf den das Publikum hinaus will, jedoch unbeobachtbar, was die Situation eher verschärft als zu entspannen vermag. Der Wortwechsel kulminiert schließlich in einer Bemerkung, die augenscheinlich darauf zielt, die Situation durch die Klärung von Rollen und Zuständigkeiten zu lösen: »Wir stehen hier jetzt nicht vor Ihnen als Verkäufer« und stattdessen: »Wir sind hergekommen, weil wir Ihnen helfen wollen«. Diese Abschlussbemerkung reflektiert in aller Deutlichkeit die Diskrepanz zwischen der Beobachterposition der Gemeindeverwaltung auf der einen Seite (zu der die beiden Unternehmensvertreter in diesem Kontext hinzuzählen sind), für die die Um- und Durchsetzung des Gasifizierungsprojekts im Vordergrund steht, und den Gemeindemitgliedern auf der anderen Seite, für die die Entscheidung über die Teilnahme in erster Linie eine Zahlungsentscheidung ist: Es geht um potenzielle Zahlungen und damit den Preis, der auf beiden Seiten der Knappheitscodierung »nicht nur die Zahlungen, die erfolgen, sondern auch die Zahlungen, die nicht erfolgen«, reguliert (Luhmann 1988: 19). Zwar versucht die Gemeindeverwaltung durchaus, dem wirtschaftlichen Aspekt der Gasifizierungsentscheidung Rechnung zu tragen, gerade auch indem Unternehmensvertreter auf die Gemeindeversammlung eingeladen werden. Ohne Preisinformation bleibt der Markt für seine potenziellen Teilnehmerinnen und Teilnehmer jedoch unbeobachtbar und die intendierte »Hilfe« durch die anwesenden Unternehmensvertreter läuft an ihren Adressaten vorbei ins Leere.

Die skizzierte Szene auf der Gemeindeversammlung, so lässt sich an dieser Stelle schlussfolgern, verweist auf wirtschaftliche Operationslogiken, die über die Gasifizierung in das Dorf hineinwirken. Wie sich dieses Hineinwirken im Einzelnen vollzieht, an welchen Stellen Anschlussmöglichkeiten generiert werden, wo Reibung mit tradierten dörflichen Erwartungsstrukturen entsteht und auf welche Weise sich die lokalpolitische Machtkommunikation in diesem Kontext bricht, wird deutlich, wenn man berücksichtigt, wie sich die angesprochene (Zahlungs-)Entscheidung für die Haushalte entfaltet.

Eigentum, Zahlungen und Kredite als unwiderstehliche Kommunikationsangebote

Für die Haushalte ist der Anschluss des eigenen Hauses an das Gasnetz mit einer Reihe von Voraussetzungen verbunden. Einige dieser Voraussetzungen mögen aus der Außensicht banal erscheinen, doch sie tangieren zentrale Strukturen der Dörfer und sind damit über den konkreten Anlass der Gasifizierung hinaus bedeutungsvoll. Die Grundvoraussetzung für die Installation der technischen Infrastruktur auf einem Grundstück und in den Gebäuden ist eine technische Dokumentation – der sogenannte technische Pass (»techničeskij pasport«) – von Haus und Grundstück. Dieses Dokument wird von einer Bezirksbehörde erstellt, jedoch nur unter der Bedingung, dass die Eigentumsverhältnisse mittels eines entsprechenden Nachweises eindeutig zu klären sind.

»Und das [die Möglichkeit der Gasifizierung, E.M.] ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern es gibt noch weitere Hindernisse. Die ergeben sich dann, wenn das Haus, in dem Sie leben, nicht Ihres ist, also nicht bei der Registrierungskammer registriert ist. Das muss nun dringend erledigt werden.« (Bürgermeisterin auf einer Gemeindeversammlung, 25.3.2009)

Die Tragweite dieser Forderung wird vor dem Hintergrund der sowjetischen und frühen postsowjetischen Vergangenheit der Gemeinden deutlich: Die Tatsache, dass die Kollektivbetriebe im sowjetischen Regime als umfassende Organisationen im Dorf fungierten und in sozialer wie in räumlicher Hinsicht kongruent mit den jeweiligen Gemeinden waren, impliziert auch, dass die Betriebe neben öffentlichen Gebäuden vielfach Wohnhäuser für ihre Mitglieder errichteten (dazu ausführlich S. 72ff). Während im Zuge der Privatisierung des Landwirtschaftsbetriebs in Andreevka in den frühen 1990er Jahren Anteilsscheine auf Agrarland und das betriebliche Sachvermögen ausgegeben wurden, geschah dies im Falle der Wohnhäuser nicht, obgleich auch sie formal zum Kollektiveigentum zählten. Stattdessen hatten die Bewohnerinnen und Bewohner die Möglichkeit, die Häuser, die sie bewohnten, zu kaufen – was in vielen, jedoch nicht in allen Fällen geschah.

Für einen kleinen Anteil der Häuser hatte die Betriebsleitung den Verkauf abgelehnt, so dass im Sommer 2008 nach wie vor 38 Haushalte und damit etwa 10 Prozent der Gemeindehaushalte in Kolchoshäusern wohnten.

Der anstehende Anschluss an das Gasnetz induzierte nun eine zweite Privatisierungswelle: Da der Betrieb sich nicht in der Lage sah, die für den Anschluss notwendige technische Ausstattung der betriebseigenen Wohnhäuser zu finanzieren, hatte der Kolchosvorsitzende, wie die Bürgermeisterin beschreibt, mit Blick auf die Gasifizierung und auf das Betreiben der Gemeindeverwaltung hin seinen Widerstand gegen eine weitergehende Privatisierung aufgegeben und sich entschlossen, auch die bislang in seinem Eigentum verbliebenen Wohnhäuser den Bewohnern zum Kauf anzubieten:

»Den Bürgern, die in Kolchoswohnungen wohnen, hat [der Kolchosvorsitzende] bereits eindeutig signalisiert, dass er nichts unternehmen wird. Das heißt, sie müssen sich um die Vermessung durch das BTI²⁹ selbstständig kümmern, so wie sie auch den Rest selbstständig machen müssen. Das einzige, wovon wir ihn überzeugen konnten – Sie wissen, dass er ein ausgesprochener Gegner des Verkaufs der Kolchoswohnungen war – wir haben ihn also davon überzeugt, dass es jetzt unvermeidlich ist, den Leuten die Möglichkeit zum Kauf zu geben. Ihnen stehen jetzt kolossale Ausgaben für die Gasifizierung bevor. [...] Wir haben in partnerschaftlicher Weise mit ihm verhandelt – er gibt den Leuten das Recht, die Häuser zu kaufen, so wie wir sie [zu Beginn der 1990er, E.M.] gekauft haben. Wir haben auch mit Landanteilen bezahlt, uns hat niemand etwas ›für einen Apfel und ein Ei‹ gegeben. Das heißt, er akzeptiert auch jetzt die Bezahlung mit Landanteilen und, bei wem das nicht ausreicht, mit Geld, auch auf Raten – aber er akzeptiert es, damit die Bewohner an der Gasifizierung teilnehmen können.« (Bürgermeisterin auf einer Versammlung des Veteranenrats, 13.8.2008)

Wie bereits im Zuge der ersten Privatisierungswelle in den frühen 1990er Jahren vollzog sich der Verkauf nicht über den Markt, sondern war mit einer Reihe von Einschränkungen versehen: Zum Kauf berechtigt waren ausschließlich die gegenwärtigen Bewohnerinnen und Bewohner und der Verkauf an Dritte war ausgeschlossen; die Preise wurden auf Vorschlag der Kolchosleitung festgelegt und richteten sich nach Parametern wie Alter, Zustand und Lage der Gebäude. Ebenfalls analog zur ersten Privatisierungswelle bot der Betrieb den Käuferinnen und Käufern erneut drei Finanzierungsvarianten an: Möglich waren erstens die Bezahlung auf Raten (»na rassročku«) über maximal ein Jahr, zweitens die Gewährung eines

29 BTI ist die Abkürzung für »bjuro techniĉeskoj inventarizacii«, wörtl.: »Büro für technische Inventarisierung«. Hinter dieser Bezeichnung steht eine staatliche Institution, die sich um die Erfassung des technischen Inventars sämtlicher Immobilien in Russland kümmert.

ermäßigten Preises im Tausch gegen Landanteile und drittens die (Teil-)Finanzierung über Gehaltsabschläge.

Damit die Wohnhäuser, die auf diese Weise de facto in Privateigentum übergingen, auch de jure als solches galten, war die Transaktion mit dem ehemaligen Kollektivbetrieb jedoch nicht hinreichend. Notwendig war der Eintrag bei der Registrierungskammer des Justizministeriums, einer föderalen Institution, die Zweigstellen in den Regionen und Bezirken unterhält. In Andreevka war dieser Schritt jedoch bereits im Zuge der ersten Privatisierungswelle in den meisten Fällen unterblieben. Auf die Frage nach den individuellen Motiven für diese Praxis wurde mir regelmäßig ein ganzes Spektrum an Gründen präsentiert: die Nachlässigkeit der Eigentümer, mangelnde Informationen, bürokratischer Aufwand und damit verbundene Kosten, die Ablehnung von Privateigentum oder schlicht fehlendes Interesse. Darüber, ob es sich bei dieser Aufzählung um tatsächliche Beweggründe der einzelnen Haushalte oder um externe Zuschreibungen handelt, möchte ich an dieser Stelle nicht urteilen. Unabhängig von den individuellen Motiven bewirkte jedoch der Verzicht auf die rechtliche Formalisierung der Transaktion, dass die Grenze zwischen Eigentum und Nicht-Eigentum stets zu einem gewissen Grad latent gehalten werden konnte, sie bestand faktisch als Vereinbarung zwischen Kolchos und Haushalt ohne die Beteiligung eines Dritten. Die Funktion eines solchen Latenthaltens wird mit Blick auf die Bedeutung des Kollektivbetriebs im Dorf deutlich: Ungeachtet aller Privatisierungsversuche und ihrer neuen und oftmals häufig wechselnden Rechtsform hatten die Kollektivbetriebe über den Zusammenbruch des sowjetischen Regimes hinaus faktisch ihren Status als umfassende Organisationen in den Gemeinden behalten: Sie stellten Arbeitsplätze bereit, trugen große Teile der sozialen und technischen Infrastruktur, erbrachten öffentliche Dienstleistungen und sie unterstützten die Hoflandwirtschaften der Privathaushalte mit Inputfaktoren. Damit einher gingen nicht nur verschiedene Facetten der Kolchosmitgliedschaft – als Arbeitnehmer, als Miteigentümer im Kolchoskollektiv und als Leistungsempfänger. Die Bindung an den Kolchos, die auch im Verzicht auf die Abgrenzung über (Privat-)Eigentum zum Ausdruck kam, war vor allem während der 1990er Jahre für die meisten Bewohnerinnen und Bewohner ländlicher Gemeinden gleichbedeutend mit materieller Versorgung, sozialer Sicherheit und einer funktionierenden lokalen Infrastruktur (Lindner/Moser 2009a: 13; auch z.B. Amelina 2000). Zwar dürfte sich die Versorgungssituation in vielen Gemeinden nach den turbulenten Anfangsjahren der Transformation entspannt haben, eine formale Klärung der Eigentumsverhältnisse hat in diesem Bereich jedoch nicht stattgefunden.

Die Beobachtung, dass den »Zettelchen« (»bumažki«) – so die umgangssprachliche und leicht abfällige Bezeichnung für Eigentumszertifikate – im Dorfkontext augenscheinlich wenig Bedeutung beigemessen wurde, bedeutet wohlgerne nicht, dass die Unterscheidung von Eigentum und Nicht-Eigentum abseits rechtlicher

Kategorien keine Anschlussfähigkeit generiert hätte.³⁰ Das Exklusionsmoment, das dem Eigentumscode immanent ist – alle Nicht-Eigentümer sind vom Zugriff auf ein Gut ausgeschlossen (und durch die Akzeptanz dieser Exklusion und die Möglichkeit des Kreuzens der Unterscheidung potenziell wiederum ins Wirtschaftssystem inkludiert) (Luhmann 1988: 189; auch Baecker 2006: 52f; Bohn 2009: 245) – entfaltete im Dorf durchaus operative Wirkung. Mit Blick auf die Häuser der Dorfbewohner war unumstritten, wem was gehört, welche Verantwortlichkeiten mit dem eigenen Eigentum verbunden sind und wer vom Zugriff (respektive der Nutzung) ausgeschlossen ist. Man verkaufte Gemüse aus dem Gemüsegarten und alljährlich wurden Auszeichnungen für die Gestaltung von Haus und Garten verliehen. Durch den Verzicht auf die rechtliche Formalisierung konnte der Eigentumscode im Dorf reibungslos seine Wirkung entfalten, ohne dass die Eigentümer ihren Ausschluss aus dem dörflichen, kolchos-dominierten Kommunikationszusammenhang formal vollziehen mussten – man behielt buchstäblich stets einen Fuß in der Tür des Kolchos.

Der Dorfkontext determiniert dabei jedoch auch die Grenzen der Anschlussfähigkeit: Zwar sind unter diesen Bedingungen Knappheitszugriffe möglich, Knappheitsübertragungen jedoch nicht. Der Verkauf der Häuser an Dritte steht den Eigentümern ohne Registrierung ebenso wenig zur Wahl wie beispielsweise die Belastung durch Hypotheken oder ähnliches (vgl. dazu auch Baecker 2006: 53). Aus Gemeindesicht rückt mit der jüngsten Kommunalreform noch eine weitere, ebenfalls blockierte Anschlussmöglichkeit in den Vordergrund: die Besteuerung. Die Gemeinden verfügen nun erstmals über ein eigenes Budget und eigene Einnahmen und damit über die Perspektive auf einen erweiterten Handlungs- und Entscheidungsspielraum – in diesem Sinne fasst der Bürgermeister von Dubrovo den aus seiner Sicht zentralen Effekt der Reform mit den Worten zusammen: »Der wesentliche Unterschied liegt darin: Es gab kein Budget. Und mit Blick auf das Budget gibt es eine gewisse Freiheit« (12.8.2008). Die Steuer auf privates Vermögen als eine von zwei vollumfänglich lokalen Steuern (vgl. Tabelle 5) kann jedoch nur erhoben werden, wenn das private Eigentum – und dies betrifft hier im Wesentlichen die Wohnhäuser – als solches registriert ist. Andernfalls bleibt den Gemeindeverwaltungen der Zugriff auf Einnahmen, die ihnen nicht nur zustehen, sondern auch buchstäblich vor ihrer Haustür liegen, verwehrt. Und ähnlich wie gegenüber dem Landwirtschaftsbetrieb als Steuerzahler sind die Durchgriffsmöglichkeiten beschränkt. Sowohl gegenüber der Steuerbehörde als föderaler Institution als auch gegenüber den Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohnern kann die Gemeinde appel-

30 In ähnlicher Weise wie für die Wohnhäuser gilt dies auch für die Eigentumszertifikate auf Agrarland, das die Kolchosmitglieder ebenfalls im Zuge der Privatisierung in den frühen 1990er Jahren erhalten hatten (vgl. dazu ausführlich die dritte und vierte Episode).

lieren und auf ihre Lage aufmerksam machen, die Registrierung erzwingen kann sie aus eigener Kraft nicht:

»Sie [die Gemeindemitglieder, E.M.] bezahlen weder für das Haus noch für das Grundstück. Sie leben hier, machen von allem Gebrauch – aber um keinen Preis sind sie bereit zu zahlen. Theoretisch müsste die Steuerinspektion die Sache nach drei Jahren vors Gericht bringen. Sie machen das nicht. Wir haben ihnen schon Listen zukommen lassen. Laut Gesetz sind sie dazu verpflichtet, aber sie haben das nicht nötig, denn diese Summen im Vergleich mit denen in den Städten – das ist nichts.« (Bürgermeisterin, 8.8.2008)

Mit der Gasifizierung als Kommunikationsangebot ergibt sich nun von unerwarteter Seite Änderungsdruck: Wer teilnehmen will, ist gezwungen, auch die Eigentumsfrage zu klären und rechtlich zu formalisieren, und muss sich fortan entsprechend besteuern lassen. Neben dem erfolgreichen Abschluss des Gasifizierungsprojekts, das es voranzutreiben gilt, beobachtet die Gemeinde den Prozess zunehmend auf Budgeteffekte hin – und damit auf Anschlussmöglichkeiten für Steuerzahlungen, die bislang nicht existierten und sich durch die Eigentumsregistrierung eröffnen. Die Steuerbasis erweitert sich als Begleiterscheinung der Gasifizierung und mit den kommunalen Einnahmen steigt auch die (Aussicht auf) finanzielle Autonomie der Kommunen:

»Die Arbeit an der Eigentumsregistrierung läuft kontinuierlich. Bei uns steht in diesem Jahr die Gasifizierung an. Die Leute sind auf Probleme gestoßen. Sie wohnen schon seit Jahren in den Häusern – seit den 60ern, 70ern – und zahlen keine Steuern. Wozu registrieren, wenn man dann Steuern zahlen muss? Jetzt ist aber das Problem: Ohne den »technischen Pass«, ohne die Registrierung können die Voraussetzungen für den Anschluss an das Gasnetz nicht erfüllt werden. Einige drängen wir, andere kommen von selbst. Dennoch geht es jetzt voran.« (Bürgermeister, 11.8.2008)

Dass vielen Gemeindemitgliedern der Registrierungsprozess angesichts einer undurchschaubaren Bürokratie als unüberwindliches Hindernis erscheint, bleibt aus Gemeindesicht weitgehend unbeobachtet und wird, ebenso wie Finanzierungsschwierigkeiten, mit Unwillen oder gar Widerstand der Dorfbewohner gegen das Gasifizierungsprojekt an sich gleichgesetzt. So wischt der Bürgermeister von Dubrovo die Klagen einer Rentnerin über den unerwartet langwierigen Registrierungsprozess schlicht vom Tisch. Der Verweis auf »externe« bürokratische Unwägbarkeiten, den die Gemeindeverwaltung gerade mit Blick auf die Steuern für sich selbst exzessiv in Anspruch nimmt, wird für die Haushalte betont nicht gelten gelassen:

»[Bürgermeister]: Wenn wir bis November 186 Häuser schaffen, dann kommt das Gas noch in diesem Jahr.

[Vorsitzende des Veteranenrats]: Aber das hängt nicht nur von uns ab. Nehmen Sie zum Beispiel mich. Ich hatte keine Dokumente für das Haus. Dann sind vom Notar Dokumente aufgetaucht. Dann hatte ich einen Termin bei Valentina Viktorovna [in der Registrierungskammer, E.M.]. Ich habe alles eingereicht. Das hat dann ungefähr drei Wochen gedauert, einen Monat fast. Jetzt muss ich zum zweiten Mal Dokumente einreichen, das geht aber erst im Oktober. Die [in der Behörde, E.M.] ziehen das da auch in die Länge wie Gummi, das hängt nicht nur von uns ab.

[Bürgermeister]: Maria Sergeevna, wenn Sie denken, dass die Registrierung Ihres Hauses nicht von Ihnen abhängt...

[Vorsitzende des Veteranenrats]: Ja!

[Bürgermeister]: Dann irren Sie sich.«

(Bürgermeister und Vorsitzende des Veteranenrats, 27.8.2008)

Ist mit der Eigentumsregistrierung die formale und rechtliche Voraussetzung für die Teilnahme an der Gasifizierung geschaffen, gilt es für die Haushalte, eine Reihe von technischen Bedingungen für den Anschluss an das Gasnetz zu erfüllen: Leitungen müssen auf dem Grundstück verlegt werden, ein Gaskessel ist zu montieren und je nach geplante Umfang sind gegebenenfalls ein neuer Herd, der den veränderten Sicherheitsvorgaben entspricht, oder der Einbau von Heizkörpern erforderlich. Die Kosten, so die Schätzung eines Bürgermeisters, belaufen sich pro Haushalt auf mindestens 25.000 Rubel (700 Euro), liegen in der Regel jedoch um 70.000 Rubel (2.000 Euro). Angesichts von Gehaltszahlungen, die im Dorf mehrheitlich zwischen 5.000 und 6.000 Rubel monatlich liegen (zwischen 140 und 170 Euro), ist diese Summe beachtlich und übersteigt deutlich die Dimension von Ausgaben, mit denen im Alltag kalkuliert wird.

Ermöglicht werden soll die Gasifizierung vor diesem Hintergrund durch ein spezielles Kreditprogramm (respektive die Erweiterung eines bereits bestehenden Programms): Bereits einige Jahre vor Beginn des Gasifizierungsprojekts wurde im ländlichen Raum ein Kredit angeboten, der im Kontext der Privatisierung und politisch angestrebten Umstrukturierung der Landwirtschaft ursprünglich ausschließlich auf die Förderung privater Hoflandwirtschaften zielte. Er konnte für den Kauf von Maschinen oder Vieh oder für Umbau- und Renovierungsmaßnahmen eingesetzt werden und sollte auf diese Weise die Entwicklung kleinbäuerlicher Produktionsformen fördern. Der Kredit ist in hohem Maße durch das Landwirtschaftsministerium subventioniert, so dass sich der Schuldner von den rund 15 Prozent Zinsen, die auf die Kreditsumme zu zahlen sind, 12 Prozent über das Landwirtschaftsministerium zurückerstatten lassen kann – also nur die verbleibenden 3 Prozent selber tragen muss. Mit dem Aufkommen der Gasifizierung wurde der Verwendungs-

zweck ausgeweitet, sodass der Kredit nun auch zur Finanzierung der Gas-Infrastruktur in den Haushalten verwendet werden darf.

Mit dem Kredit wird ein Kommunikationsangebot geschaffen, das in den Dörfern buchstäblich auch als solches in Erscheinung tritt: Die Lokalzeitung schließt Information über Kredite in regelmäßigen Abständen und an prominenter Stelle in ihre Berichterstattung ein. So werden beispielsweise unter der Überschrift »Ein Kredit ist eine vorteilhafte Sache« (»Ochanskaja Storona« vom 25.4.2008: 4) die Konditionen der Kreditvergabe in aller Ausführlichkeit erläutert und wenige Monate später kann berichtet werden, dass »drei weitere Personen im vergangenen Monat einen Kredit für die Entwicklung ihrer privaten Hoflandwirtschaft erhalten haben« (»Ochanskaja Storona« vom 25.7.2008: 5). Daneben treten Repräsentantinnen und Repräsentanten der örtlichen Bankfiliale auf den Gemeindeversammlungen auf, um unter explizitem Verweis auf die Gasifizierung für den Kredit zu werben und seine Erreichbarkeit, d.h. die potenzielle Adressierbarkeit jedes Gemeindemitglieds als Kreditnehmer, zu betonen:

»Das ist eine völlig reale Möglichkeit, wenn man bereit ist [über seine finanziellen Verhältnisse, E.M.] Rechenschaft abzulegen. Das heißt, das ist ein erreichbarer, machbarer Kredit. Zu uns sind sie sogar in der Stadt in Massen gekommen – »Wir wollen diesen Kredit«. Nicht alle haben ihn bekommen. Was die Dorfbevölkerung betrifft, sofern Finanzierungsbedarf besteht – wir laden Sie alle dazu ein.« (Bankangestellte auf einer Gemeindeversammlung, 26.3.2009)

Die gesellschaftliche Bedeutung des Kredits erschließt sich mit Bohn (2009) über die Beobachtung multipler Inklusion in die Wirtschaft und ihre Subsysteme. Davon ausgehend, dass sich die Inklusion in das Wirtschaftssystem generell über den Gebrauch des Mediums Geld und der dadurch ermöglichten Adressierbarkeit im Rahmen wirtschaftlicher Kommunikation vollzieht, unterscheidet Bohn zwischen wirtschaftlicher *Peripherie*, *Semiperipherie* und *Zentrum*. Mit Blick auf diese drei Bereiche lässt sich eine graduierbare Inklusion (respektive Exklusion) beobachten: Alle drei rekurren zwar auf das Geldmedium und die Herstellung von Zahlungsfähigkeit, variieren jedoch hinsichtlich der darauf bezogenen Operationen und Praktiken (Bohn 2009: 247ff). Die Inklusion in die Peripherie (oder die Sphäre des Konsums) vollzieht sich über die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und deren Bezahlung mit Geld, das dabei auf systemexterne Zwecke verweist. Die Inklusion in die Semiperipherie (oder die Sphäre von Produktion und Handel) erfolgt, wenn Zahlungsfähigkeit über Einkommen und Besitz hergestellt wird. Das Kriterium für die Inklusion ins Zentrum ist schließlich die Beteiligung am Prozess der Geldschöpfung, also die Möglichkeit, aus Zahlungsunfähigkeit Zahlungsfähigkeit zu generieren – in Form von Krediten (Bohn 2009: 249ff).

Auf welche Weise wird im Dorf an den Kredit als Kommunikations- und Inklusionsangebot angeschlossen? Verlässliche Daten zur Kreditnachfrage sind schwer zu ermitteln, da es keine – zumindest keine mir zugänglich gemachten – Statistiken über die entsprechenden Entwicklungen in der jüngeren Vergangenheit gibt. Einige Anhaltspunkte bieten jedoch verschiedene Einzelaussagen aus meinen Interviews: Einer Mitarbeiterin in der Kreditabteilung der zuständigen Bankfiliale im Bezirkszentrum zufolge existiert das vergünstigte Kreditangebot seit den späten 1990er Jahren. Während sich das Interesse anfangs nur zögerlich entwickelte und lediglich einige größere Hoflandwirtschaften Kredite aufnahmen, sei die Nachfrage in den Dörfern, in denen der Anschluss an das Gasnetz anstehe, deutlich angestiegen. Konkrete Zahlen nennt sie jedoch nicht. Eine Bürgermeisterin meint zu wissen, dass im gesamten Bezirk, der rund 17.000 Einwohner umfasst, insgesamt etwa 120 Personen den vergünstigten Kredit in Anspruch genommen haben. Bei dieser Zahl ist allerdings unklar, inwiefern die Kreditaufnahme zum Zweck der Gasifizierung erfolgte. In Andreevka wurden der Bürgermeisterin zufolge insgesamt vier dieser Kredite in Anspruch genommen, davon zwei für Investitionen in private Hoflandwirtschaften und zwei explizit mit Blick auf die Gasifizierung. Zu berücksichtigen ist dabei, dass das Gasifizierungsprojekt in Andreevka zum Zeitpunkt dieser Angabe gerade erst begonnen hatte. In der Gemeinde Dubrovo, in der das Projekt während meiner Forschungsaufenthalte kurz vor dem Abschluss stand, nahmen nach Auskunft des Bürgermeisters zwischen zehn und fünfzehn Personen einen Kredit zur Finanzierung der technischen Infrastruktur auf. Vor dem Hintergrund, dass zuvor zwölf Personen den Kredit für landwirtschaftliche Zwecke in Anspruch genommen hatten, lässt sich in Zusammenhang mit der Gasifizierung eine Verdoppelung der Kreditnehmer im Dorf beobachten – was der Bürgermeister als aktive Nachfrage bewertet: »Sobald man den Kredit für das Gas verwenden konnte, kamen die Leute und zahlten« (12.8.2008). Auch wenn die absoluten Zahlen gering erscheinen, scheint angesichts dieser Äußerungen nicht in Frage zu stehen, dass der Anschluss an das Gasnetz und die damit verbundenen Kosten eine nach lokalen Maßstäben signifikante Steigerung der Kreditnachfrage bewirkt haben.

Deutlich gewandelt hat sich darüber hinaus auch die Art und Weise, wie die Kreditnachfrage der Gemeindemitglieder durch die Gemeindeverwaltung beobachtet wird. Zum einen werden die Kredite nach dem Beginn des Gasifizierungsprojekts nicht mehr vornehmlich als wirtschaftliches Phänomen beobachtet, sondern rücken sukzessive in den Horizont der Politik und ihrer Steuerungsansprüche. Damit einher geht zum anderen ein Wechsel des Zuschreibungsmodus von Erleben auf Handeln, die Sinnselektion wird also nicht mehr der Umwelt, sondern den beobachteten Systemen selbst – den Gemeindemitgliedern respektive den Haushalten – zugerechnet (für eine empirische Anwendung dieser Unterscheidung vgl. auch Goeke 2007):

»Wird die Sinnselektion der Umwelt zugerechnet, gilt die Charakterisierung Erleben, und die Anknüpfung für weitere Maßnahmen wird in der Umwelt des Systems gesucht (obwohl das System als erlebend beteiligt war!). Wird dagegen die Sinnselektion dem System selbst zugerechnet, dann gilt die Charakterisierung Handeln (obwohl solches Handeln ohne Bezug auf die Umwelt gar nicht möglich ist).« (Luhmann 1984: 124)

Auf welche Weise kommen diese Verschiebungen zum Ausdruck? Mit Blick auf die Kreditnachfrage im Dorf zeigte sich die Bürgermeisterin von Andreevka kurz vor *Beginn des Gasifizierungsprojekts* ausgesprochen optimistisch und in Erwartung einer deutlichen Nachfragesteigerung: »Der Kredit wird [in Zusammenhang mit der Gasifizierung, E.M.] massenweise nachgefragt werden« (10.8.2008). Die Tatsache, dass bislang drei Kredite an Gemeindemitglieder für landwirtschaftliche Zwecke vergeben wurden, erachtete sie dabei angesichts der strikten Vergabebedingungen der Bank als durchaus beachtlich:

»[Frage]: Haben viele hier im Dorf einen Kredit für ihre Hoflandwirtschaft bekommen?

[Bürgermeisterin]: Drei Personen.

[Frage]: Drei – das ist wenig.

[Bürgermeisterin]: Warum soll das wenig sein? Man muss schließlich in der Lage sein, alles rechtzeitig zurückzuzahlen. Man muss sehr sorgfältig und verantwortungsvoll wirtschaften.« (Bürgermeisterin, 10.8.2008)

Die Kreditaufnahme ist aus Sicht der Bürgermeisterin positiv konnotiert und wird als erwünscht beobachtet. Mit Blick auf den Prozess der Kreditvergabe wird die Sinnselektion der (wirtschaftlichen) Umwelt zugerechnet: Es ist die Bank, die nach eigenen Kriterien über die Bewilligung entscheidet, während die einzelnen Gemeindemitglieder selbst an dieser Entscheidung lediglich erlebend beteiligt sind und die Konsequenzen zu tragen haben. Wird der Kredit verweigert, werden gute Gründe im Wirtschaftssystem unterstellt und die Schuld nicht den Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohnern zugeschrieben.

Mit dem *Beginn des Gasifizierungsprojekts* wandelt sich diese Einschätzung in zweifacher Weise: In dem Maße, wie zahlreiche Haushalte im Dorf de facto auf Kredite (oder andere Finanzierungsmöglichkeiten) angewiesen sind, um an der Gasifizierung teilnehmen zu können, wird die Kreditnachfrage und -vergabe zum Bestandteil eines politischen Projekts, auf dessen Umsetzung die Bürgermeisterin mit allen Mitteln hinwirkt. Beobachtet wird nun im Horizont der Politik und die zögerliche Kreditnachfrage durch die Gemeindemitglieder wird für die Bürgermeisterin in erster Linie zum Hindernis bei der Umsetzung ihrer Pläne. Die Ursache sucht sie nun nicht mehr in den Entscheidungen der Bank, sondern in einer generellen »moralischen Haltung«, die in der Gemeinde verbreitet sei: »Es gilt als schlecht,

wenn du einen Kredit aufnimmst« (5.3.2010). Die Bürgermeisterin verhehlt dabei nicht, dass sie selbst sich von dieser Haltung distanziert und sie als hochgradig irrational bewertet. Wird ein Kredit nicht bewilligt oder gar nicht erst beantragt, beobachtet sie dies nicht im Horizont wirtschaftlicher Anschlussfähigkeit, sondern unterstellt Trägheit oder gar den Widerstand der Bevölkerung gegen das Gasifizierungsprojekt an sich. Den Gemeindemitgliedern schreibt sie die entsprechende Sinnselektion – in Form einer Entscheidung gegen den Kredit und damit gegen die Gasifizierung – selbst zu: Sie erleben nicht, sondern handeln:

»Sie hören sich das auf der Versammlung an. Anschließend kommen sie zu mir und sagen: ›Wenn Geld da ist, werden wir das [die Gasifizierung, E.M.] machen, aber wenn nicht – weshalb sollen wir uns dann Gedanken machen?‹ Das ist eine Besonderheit von Andreevka.« (Bürgermeisterin, 5.3.2010)

Mit der Verschiebung von Wirtschaft auf Politik und von Erleben auf Handeln legt sich die Bürgermeisterin (respektive die Gemeindeverwaltung) auf bestimmte Formen des Anschließens fest und schließt andere aus: Könnte sie zunächst den operativen Vollzug wirtschaftlicher Logiken ebenfalls erleben, sieht sie sich angesichts der vermeintlichen Widerständigkeit der Gemeindemitglieder, die in der Ablehnung der Kreditaufnahme zum Ausdruck kommt, zum eigenen Handeln motiviert. Den vermeintlichen Widerstand gilt es zu kontrollieren, wobei Kontrolle meint, »dass man einen Sachverhalt in seiner Eigenständigkeit akzeptiert, aber Operationen anschließt, die den Sachverhalt den Imperativen eines anderen Systems zu unterwerfen versuchen« (Stichweh 2003: 95). Akzeptiert werden in diesem Sinne zwar die Finanzierungsschwierigkeiten der Gemeindemitglieder im Kontext der Gasifizierung als wirtschaftliches Problem. Daran angeschlossen wird jedoch – wohl auch mangels Alternativen – mit politischer Überzeugungsarbeit. Dies kommt in den ›Beschwörungsformeln‹, die im Kontext der Gemeindeversammlungen geäußert werden, ebenso zum Ausdruck wie in der Weigerung der Bürgermeisterin, individuelle Finanzierungsschwierigkeiten als Argument gegen die Teilnahme an der Gasifizierung gelten zu lassen:

»[Bürgermeisterin]: Heute waren zum Beispiel Vertreter von UralGazService³¹ bei mir. Sie haben darüber gesprochen, dass sie im ersten Schritt die Straßen ›Centralnaja‹ [Zentralstraße], ›Školnaja‹ [Schulstraße] und ›Pobeda‹ [Straße des Sieges] anschließen wollen. In der ›Ulica Centralnaja‹ mag das mit Blick auf die Vorbereitungen durch die Bewohner noch realistisch sein, aber in der ›Ulica Pobeda‹ wohnen praktisch nur Kolchosarbeiter, für die die ganze Gasifizierung sowieso sehr schwierig ist. Sie ist dort zwar technisch möglich und ei-

31 Das Unternehmen verlegt die Hauptleitungen im Dorf.

nige haben mit ihren Projekten auch begonnen, aber es gibt keinen einzigen Anschluss, das heißt, es ist unmöglich, sie an die Hauptleitung anzuschließen.

[Frage]: Warum ist das unmöglich?

[Bürgermeisterin]: Weil es keine Anschlussmöglichkeit gibt, sie haben das noch nicht erledigt. Wir werden die Bewohner deshalb noch mal zusammenrufen und mit ihnen reden.

[Frage]: Das heißt, sie haben es nicht rechtzeitig geschafft?

[Bürgermeisterin]: Sie können es sich nicht leisten.«

(Bürgermeisterin, 5.3.2010)

Jedoch: Dieser Beobachtungsmodus reibt sich an der Beobachtung durch die Gemeindemitglieder – also der (potenziellen) Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer – selbst, und dies sowohl mit Blick auf den Horizont als auch auf die Zuschreibung von Sinnselektion. Was aus der Politik heraus als Widerstand beobachtet wird, ist die Logik wirtschaftlicher Inklusion, an der die Gemeindemitglieder erlebend beteiligt sind und an der der Einfluss der Politik an seine Grenzen stößt. Der Grund des vermeintlichen Konflikts zwischen Bürgermeisterin und Gemeindemitgliedern, der unter anderem auf den Gemeindeversammlungen zum Ausdruck kommt, sind divergierende Attributionsmodi. Zwar wirkt die Gasifizierung für viele Haushalte durchaus als ein Impuls dahingehend, dass Kredite als Option verstärkt in den Fokus der Wahrnehmung rücken, bleibt dabei jedoch ebenso wie andere Finanzierungsobjekte Fremdreferenz – und nicht Fluchtpunkt – der Kommunikation. Interessanterweise findet diese Wahrnehmungsverschiebung auch dann statt, wenn aktuell kein Kredit aufgenommen wird, sondern andere Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden (der Zugriff auf Ersparnisse, die Unterstützung durch Verwandte, der Verkauf von Vieh oder ähnliches). Man beobachtet sich selbst und andere auf »Kreditwürdigkeit als unterstellte Zahlungsfähigkeit« hin (Bohn 2009: 247), versucht also die eigenen Möglichkeiten auszuloten, aus Zahlungsunfähigkeit Zahlungsfähigkeit zu erzeugen (Bohn 2009: 253) – und dies im positiven wie im negativen Fall. So berichtet Sergej, der als Dorfpolizist arbeitet und nebenbei eine verhältnismäßig große Hoflandwirtschaft führt, nicht ohne Stolz, dass ihm ein Kredit über 300.000 Rubel (rund 8.500 Euro) zur Finanzierung eines Traktors bewilligt wurde. Den Grund für die Bewilligung sieht er dabei in seiner Fähigkeit, seine eigene Zahlungsfähigkeit glaubhaft darzustellen, was, wie er einräumt, durchaus nicht allen gelinge:

»[Frage]: Aber die Bewilligung des Kredits hängt doch trotzdem davon ab, wo man arbeitet? Das ist ja eine solide Organisation, bei der Sie arbeiten.

[Sergej]: Einverstanden.

[Frage]: Und wie machen das die Leute, die nur eine Hoflandwirtschaft und keine feste Stelle haben?

[Sergej]: Das beantworte ich Ihnen folgendermaßen. Da kommt ein Bankinspektor und schaut sich das an. Nehmen wir an, ich möchte 300.000 aufnehmen. Was hast du als Sicherheit zu bieten? Ich habe fünf Kühe, zehn Schweine. Falls, nehmen wir an, bei mir irgendetwas schiefgeht, schlachte ich sie und überlasse sie der Bank. Er schaut genau hin, ich gefalle ihm, mein Haus gefällt ihm, meine Schweine gefallen ihm und er fährt wieder weg. Und er sagt Ja. Ich weiß, dass es bei anderen auch andere Fälle gab. Ihnen [der Bank, E.M.] hat die Hoflandwirtschaft nicht gefallen, sie haben gesehen, dass es dort keine Sicherheiten gibt, sie haben den Kredit nicht bewilligt. [...] Man muss den Bankinspektor von seiner Zahlungsfähigkeit überzeugen. Ich hatte eine Bescheinigung von meinem Arbeitgeber, dass ich zahlen kann. Und das war's, ohne Probleme.«
(Dorfpolizist, 10.8.2008)

Weniger optimistisch, jedoch im Kern aus einer identischen Perspektive beurteilen Aleksej und Svetlana die Lage. Die beiden unterhalten ebenfalls eine große Hoflandwirtschaft, die unter anderem zehn Kühe und 23 Hektar Agrarland umfasst und von der sie – dies ist im Dorf eine große Ausnahme – ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Svetlana war bis zum Jahr 2008 zusätzlich beim ehemaligen Kolchos beschäftigt. Ein Kredit wurde ihnen zu dieser Zeit trotz umfangreicher Bemühungen dennoch nicht bewilligt. Zum einen weigerte sich die Bank aufgrund der rückständigen Lohnzahlungen und der insgesamt als instabil beobachteten Lage des Betriebs, Svetlanas Anstellung als Sicherheit zu akzeptieren:

»Wir wollten einen vergünstigten Kredit aufnehmen, für 14 Prozent. Und das lief dann so ab: Das erste Mal kamen wir zur Bank um uns beraten zu lassen. Wir kamen rein – ›wo arbeiten Sie?‹ – ›[beim Kolchos]‹. Sie haben sofort abgewinkt: ›Der Betrieb ist nicht stabil, mit Ihnen kommen wir nicht ins Geschäft.« (Privatbauer, 10.8.2008)

Zum anderen stand der Kreditaufnahme die Forderung der Bank nach zwei Bürgen im Wege – das Resultat beschreibt Aleksej als ›verschlossenen Kreis‹ ohne Zutrittsmöglichkeit für ihn:

»Außerdem haben sie uns noch gesagt, dass wir zwei Bürgen brauchen. Die Kreditsumme war natürlich beachtlich, ungefähr 300.000. Ich habe dann mit einem anderen Unternehmer gesprochen und der sagte: ›Im Prinzip wäre ich bereit, aber so eine Summe kann nicht jeder aufbringen‹. Das ist ein verschlossener Kreis. Hier in Andreevka kenne ich eine Person, er wollte für uns bürgen. Aber er ist schon 80 Jahre alt. Ich habe ihn als Bürgen mit [zur Bank, E.M.] genommen – und sie haben zu ihm gesagt: ›Großväterchen, was willst du? Verschwinde‹. Dann hat sich noch jemand Jüngerer bereit erklärt für uns zu bürgen. Sie haben sich seine Dokumente angeschaut und gesagt: ›Mein Lieber, Ihr Gehalt erlaubt das nicht‹.

Und das war's, wieder ein verschlossener Kreis. [...] Jetzt müssen wir wohl mit unseren eigenen Mitteln auskommen.« (Privatbauer, 22.3.2009)

In diesen Erzählungen spiegeln sich die Versuche der Bank, Kreditrisiken unter den speziellen Bedingungen des ländlichen Raums handhabbar zu machen. Aufgrund der geringen Preise und oft ungeklärten Eigentumsverhältnisse akzeptiert die Bank nach eigenem Bekunden in der Regel weder Agrarland noch Immobilien als Sicherheit. Auch ein regelmäßiges Einkommen gilt, wie das Beispiel von Svetlana und Aleksej zeigt, oftmals nicht als ausreichender Nachweis zukünftiger Zahlungsfähigkeit. Stattdessen verlässt sich die Bank nach Auskunft einer Mitarbeiterin der Kreditabteilung neben dem persönlichen Eindruck des potenziellen Kreditnehmers und seiner Hoflandwirtschaft im Wesentlichen auf die Zusammenarbeit mit den Gemeindeverwaltungen: Verlangt wird ein Auszug aus dem Haushaltsregister, das von der Gemeindeverwaltung geführt wird und in dem für jeden Haushalt die Anzahl der zugehörigen Personen, die Größe von Wohnhaus und Garten sowie das Eigentum an Vieh, technischen Geräten und ähnlichem vermerkt sind. Zudem stellen die Gemeinden auf Verlangen der Bank zur Risikoeinschätzung eine offizielle Bestätigung über die Kreditwürdigkeit einer Person aus (*»chodatajstvo«*), agieren also als eine Art dörfliche Ratingagentur. Umgekehrt führt für die Gemeindemitglieder der Weg zum Kredit zwingend über die Gemeindeverwaltung, was – wie eine Bürgermeisterin selbst einräumt – für viele ein Hindernis darstellt: »Man muss hierher zu uns kommen und um Erlaubnis fragen – das ist auch nicht so angenehm« (5.3.2010).

Die Tatsache, dass die Gemeindeverwaltung mit Blick auf Kredite an dieser Stelle erneut ins Spiel kommt, mag zunächst verwundern, bestärkt jedoch bei genauerem Hinsehen das hier vorgebrachte Argument zur Reichweite lokalpolitischer Machtkommunikation: Zwar ist die Gemeinde als Institution augenscheinlich involviert in die Entscheidung, wem »Selektionskompetenz, Verantwortlichkeit und Schuldfähigkeit« zugeschrieben werden (Bohn 2009: 256) – und wem nicht. Sie hat sich dabei jedoch wirtschaftlichen Logiken zu unterwerfen und für Machtkommunikation bleibt kein Platz. Was sie tun kann, ist, die Kreditwürdigkeit eines Gemeindemitglieds in möglichst gutem Licht darzustellen. Die Entscheidung, ob und wie an die von ihr bereitgestellten Informationen angeschlossen wird, richtet sich jedoch letztlich nach den Kriterien der Bank zur Beurteilung von Kreditwürdigkeit und liegt damit jenseits ihrer Durchgriffsmöglichkeiten.

»Und das alles nur, weil die Finanzkrise nun auch bei uns angekommen ist«

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den beschriebenen Ereignissen im Kontext der Gasifizierung mit Blick auf die Eigenarten der dörflichen Transformationsgesellschaft ziehen? Zunächst ist festzuhalten, dass die hier dargestellten Prozesse auf die Verschneidung von Technosphäre und Soziosphäre verweisen (vgl. zu dieser Unterscheidung Milsum 1968): Deutlich wird, dass die Technosphäre zwar untrennbar an Semantiken und Programme der Soziosphäre und damit an gesellschaftliche Evolution gekoppelt ist und nicht unabhängig von ihr evoluiert kann, sie aber dennoch in der Lage ist, Anpassungsdruck auf die und in der Soziosphäre zu erzeugen. Der Anschluss an das Gasnetz ist vor diesem Hintergrund in erster Linie ein technischer Akt, der in den Dörfern für Irritationen sorgt und strukturelle Veränderungen in der Soziosphäre anstößt. Als konkretes und von außen an das Dorf herangetragen Kommunikationsangebot lässt die Gasifizierung die latent angelegten Reibungspunkte zwischen tradierten Dorfstrukturen einerseits und funktionaler Differenzierung als Eigenstruktur der Weltgesellschaft andererseits deutlich hervortreten. Insbesondere diejenigen Strukturen, deren Aufrechterhalten verhindert, dass an dieses Kommunikationsangebot angeschlossen wird, werden aufgebrochen oder zumindest in Frage gestellt. Es entsteht eine Art Transmissionsriemen – in diesem Fall für wirtschaftliche Kommunikation – und Anpassungsbedarf wird freigelegt, mit dem man im Dorf irgendwie umgehen muss.

Dies betrifft die Gemeindemitglieder, für die der technische Anschluss an das Gasnetz mit einer Reihe von gesellschaftlichen Anschlussmöglichkeiten respektive »Und-so-weiter«-Angeboten begleitet wird: die Klärung von Eigentumsverhältnissen, anstehende Zahlungen und die Option der Kreditaufnahme. Diese Angebote werden nun zumindest insoweit unhintergebar, als dass die Auseinandersetzung damit unumgänglich wird – eine Entscheidung ist auch dann gefragt (und macht einen Unterschied), wenn man die Teilnahme an der Gasifizierung am Ende ablehnt. Fluchtpunkt der Entscheidung sind letztlich die zu erwartenden Kosten, so dass die Weltwirtschaft über die entsprechenden Preise buchstäblich in die dörfliche Kommunikation hineinwirkt.

Für die Gemeindeverwaltung, der sich das Gasifizierungsprojekt in erster Linie als Steuerungsproblem darstellt, kristallisiert sich mit diesem Hineinwirken eine funktionale Grenze heraus, an der sich ihre Einflussmöglichkeiten brechen. Unabhängig von den Versuchen der Gemeindeverwaltung, politischen Einfluss im Dorf geltend zu machen, wird diese Grenze im Verwaltungssystem durchaus registriert und reflektiert und die Erwartungen werden angepasst:

»Unsere Arbeit verzögert sich nun wegen dieser Finanzkrise. Vorher, vor Neujahr, als die Gemeindeversammlung stattgefunden hat und als wir das erste Mal über die Gasifizierung geredet haben, da wurden den Leuten völlig andere Preise genannt. Uns [der Gemeindeverwaltung, E.M.] wurde das gesagt und wir haben das den Leuten erklärt, so und so, [...] dass der Preis für die Gasifizierung so um die 25.000 bis 30.000 [Rubel, E.M.] liegen wird. Und vor diesem Hintergrund kamen die Leute an, 25 bis 30 kriegen wir irgendwie zusammen, wenn das in dem Rahmen bleibt. Und jetzt sagen sie wieder ab, je länger das geht – mit 30 kommt man jetzt schon nicht mehr weit, mindestens 50 wird es jetzt auf jeden Fall kosten [...]. Und deshalb fangen die Leute jetzt an, die Gasifizierung abzulehnen. Das ist natürlich sehr schlecht, weil wir laut Gesetz – in der Region Perm gibt es ein Gesetz zur Gasifizierung unseres Territoriums –, in dem Gesetz steht geschrieben, dass wir, sagen wir, 240 Haushalte zusammenkriegen müssen. Und jetzt die Leute – die Preise steigen, aber was sie zum Leben brauchen wird nicht weniger. Und das alles nur, weil die Finanzkrise nun auch bei uns angekommen ist. [...] Wenn ein [Bezeichnung eines Gaskesseltyps, E.M.] vor Neujahr 25.000 gekostet hat, kostet er jetzt 31.000. Wenn man uns gesagt hat, dass die Arbeiten im Haus, die Montage innen, 7.000 bis 8.000 gekostet hat, reden sie jetzt schon von 17.000 bis 18.000. Und die Leute schreckt das ab, sie fürchten sich den Antrag zu schreiben, dass sie an der Gasifizierung teilnehmen.« (Sachbearbeiterin der Gemeindeverwaltung, 12.3.2009)

Lässt sich das in der ersten Episode beschriebene Verhältnis von Gemeindeverwaltung und ehemaligem Kolchos dahingehend interpretieren, dass sich weltgesellschaftliche Strukturen an den Grenzen des Dorfes brechen, innerhalb derer eigene »Spielregeln« Anschlussfähigkeit generieren und zu dorfexternen Strukturen in Kontrast gesetzt werden, so verdeutlicht das Beispiel der Gasifizierung, auf welche Weise sich Durchlässigkeiten ergeben – ohne dass diese Bruchstellen explizit intendiert waren. Die Preise, die als zentraler Parameter der Gasifizierung im Dorf wirksam werden, bilden sich außerhalb des Dorfes und entziehen sich dem Einfluss der Gemeindeverwaltung. Als externe Zwänge, denen auch die Gemeindeverwaltung selbst unterworfen ist, lassen sie sich argumentativ ins Feld führen, um auf dieser Grundlage die eigene Machtlosigkeit mit Blick auf die eigenen Interessen einzusetzen. In diesem Sinne verweist beispielsweise ein Bürgermeister gegenüber der Vorsitzenden des Veteranenrats auf die kontinuierlich steigende Inflation, um die Gemeindemitglieder von der Dringlichkeit der anstehenden Entscheidungen und der Vorteilhaftigkeit möglichst zeitnaher Zahlungen zu überzeugen:

»[Bürgermeister]: Ich rede mit den Leuten und Sie müssen auch mit den Leuten reden. Warum? Weil, erstens, selbst wenn wir im nächsten Jahr Gas haben werden, dann werden die Preise im nächsten Jahr völlig andere sein als heute, das verspreche ich Ihnen. Denn die Inflation in Russland, denke ich, wird so um die 20 Prozent liegen. 15 Prozent mindestens. [...]

[Vorsitzende des Veteranenrats]: Wie soll ich das den Leuten sagen? Eine solche Inflation innerhalb von drei Wochen?

[Bürgermeister]: In den ersten sechs Monaten dieses Jahres – 9,6 Prozent in Russland.

[Vorsitzende Veteranenrat]: Auf unsere Kosten verdienen sie Geld...

[Bürgermeister]: Mir tut es leid für die Leute, die schon jetzt die Montage erledigt haben.

[Vorsitzende des Veteranenrats]: Warum?

[Bürgermeister]: Sie leiden darunter, wenn das Gas in diesem Jahr nicht mehr kommt. Schuld bin dann ich und sind die Leute, die in diesem Jahr nicht bei der Gasifizierung mitgemacht haben. Aber gleichzeitig gewinnen sie auch, weil sie alle Arbeiten zu den heutigen Preisen abgeschlossen haben. Und im nächsten Jahr kommt das Gas auf jeden Fall, es kommt garantiert.

[Vorsitzende des Veteranenrats]: Sicher?

[Bürgermeister]: Wenn nicht, dann trete ich zurück.

[Vorsitzende des Veteranenrats]: Damit wäre auch keinem geholfen.«

(Bürgermeister und Vorsitzende des Veteranenrats, 27.8.2008)

Neben dieser und ähnlichen Überzeugungsstrategien basiert die faktische Gestaltungsmacht der lokalen Politik im Kontext des Gasifizierungsprojekts jedoch in erster Linie auf der Koordination der Kommunikation. Vor allem die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden zu kaum umgehbaren Fixpunkten, an denen sich eine Engführung oder Bündelung der dörflichen Kommunikation beobachten lässt. Dies gilt ungeachtet ihrer begrenzten Durchgriffsmöglichkeiten. Dabei ist die Gasifizierung ein – und möglicherweise seit Beginn des Regimewechsels das erste – Großereignis im Dorf, an dem der ehemalige Kolchos respektive der Kolchosvorsitzende nicht unmittelbar beteiligt ist und das alleine dadurch die Verschiebung der dörflichen Hierarchien unterstreicht. Nicht nur das Verhältnis zwischen Gemeindeverwaltung und Kolchosleitung tritt mit Blick auf dieses Ereignis in den Hintergrund. Auch für die Handlungsmöglichkeiten der Gemeindemitglieder ist nun nicht mehr die Mitgliedschaft im ehemaligen Kollektivbetrieb ausschlaggebend, sondern letztlich die eigene Zahlungsfähigkeit respektive Kreditwürdigkeit, deren Einschätzung Dritten unterliegt und auf die sich die Bindung an den Betrieb sogar tendenziell negativ auswirkt. Das Anschließen an die durch die Gasifizierung induzierten Kommunikationsangebote bewirkt die Öffnung des dörflichen Kommunikationszusammenhangs nach außen und die sukzessive Überlagerung der Sozial- durch die Sachdimension.

Ironischerweise – und so lässt sich der Bogen zum Beginn dieser Episode schlagen – lassen sich ganz ähnliche Effekte, wie Lenin sie sich von der »Elektrifizierung des ganzen Landes« für die kommunistische Aufklärung der Bauernschaft erhoffte, nun am Beispiel der Gasifizierung beobachten – nur dass sich »Aufklärung«, Wissen und Anschlussfähigkeiten, die im Dorf potenziell generiert werden,

nicht auf den kommunistischen Wirtschaftsaufbau richten, sondern auf globale Marktstrukturen und die Wirtschaft als weltgesellschaftliches Funktionssystem:

»Wir müssen es dahin bringen, dass jede Fabrik, jedes Kraftwerk zu einer Stätte der Aufklärung wird, und wenn Russland sich mit einem dichten Netz von elektrischen Kraftwerken und mächtigen technischen Anlagen bedeckt haben wird, dann wird unser kommunistischer Wirtschaftsaufbau zum Vorbild für das kommende sozialistische Europa und Asien werden. (Stürmischer, nicht enden wollender Beifall.)« (Lenin 1970 [1920]: 515)

DAS AUFTAUCHEN DER AGROHOLDING – ODER: NEUE SELBSTVERSTÄNDNISSE UND FORTGEFÜHRTE STRUKTUREN

»Wir haben Glück gehabt – vielleicht etwas mehr als die anderen. Mir scheint, dass Beljaevka [...] wieder jung ist. Mir scheint, dass in der Biographie unseres Dorfes eine neue Seite aufgeschlagen wurde.«³² Mit diesen Worten begrüßte im Sommer 2008 die Bürgermeisterin Gemeindemitglieder und Gäste zu den Feierlichkeiten anlässlich des 385jährigen Dorfjubiläums. Selbst wenn man von der üblichen Pathosgeladenheit derartiger Veranstaltungen abstrahiert, überrascht der Optimismus angesichts der sonst üblichen Klagen über Unterfinanzierung, Überalterung und den generellen Niedergang der ländlichen Gemeinden. Um die Gründe dieses Optimismus zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf die wechselvolle jüngere Vergangenheit der Gemeinde.

Um das Jahr 2005 – und damit etwa zeitgleich mit dem Amtsantritt ebenjener Bürgermeisterin – tauchte ein bis dahin unbekannter »dačnik«³³ im Dorf auf, der die Sommerwochenenden mit Fischen und Jagen in Beljaevka verbrachte. Einen Gefährten für seine Freizeitaktivitäten fand er bald in der Person des ehemaligen Bürgermeisters, der ihm von den wirtschaftlichen Problemen des Dorfes berichtete: Der ehemalige Kolchos in Beljaevka, der ebenso wie der landwirtschaftliche Großbetrieb im benachbarten Andreevka über den Regimewechsel hinaus Bestand gehabt hatte, stand seit längerem kurz vor der Zahlungsunfähigkeit und musste seine Geschäfte im Jahr 2005 schließlich ganz einstellen. Nach einiger Überzeugungsarbeit seines Jagdgefährten begann sich der Wochenendgast für den zerfallenden Betrieb zu interessieren:

32 Aus dem Bericht des lokalen Fernsehsenders zum Dorfjubiläum der Gemeinde Beljaevka im August 2008.

33 Wörtlich: Wochenendgast, Sommerfrischler; abgeleitet vom russischen Wort »dača«, das ein kleines Wochenendhaus (eine Datscha) auf dem Land bezeichnet.

»Ich kann mich nicht genau erinnern, in welchem Jahr er hier auftauchte. Vermutlich 2006. [...] Er kam zuerst nur für die Jagd hierher. Und dann begann er sich zu interessieren. Mein Mann war mit ihm unterwegs, mein Mann ist auch Jäger, und er hat sich mit ihm unterhalten während der Jagd. Auf diese Weise werden die wichtigsten Entscheidungen getroffen – ist das nicht so?« (ehemalige Gemeinderätin, 24.3.2009)

Schon nach kurzer Zeit verbreiteten sich Spekulationen im Dorf. Nicht allein die Freizeitaktivitäten zogen den Wochenendgast nach Beljaevka, vielmehr verberge sich eine zahlungskräftige Investorengruppe hinter dem Mann. Etwa ein Jahr nach seinem Erscheinen setzt er den Gerüchten um seine Person ein Ende, indem er offiziell als Geschäftsmann auf einer Gemeindeversammlung auftrat und von seinen Plänen für das Dorf berichtete. Er beabsichtige, so erläuterte er den anwesenden Gemeindemitgliedern, den insolventen Betrieb zu übernehmen und an seine Stelle ein Unternehmen zu setzen, das sich auf Kartoffelanbau spezialisieren würde. Dazu wolle er die Insolvenzmasse des Betriebs ersteigern und das Agrarland erwerben, das formal den Anteilseignerinnen und Anteilseignern des zerfallenen Kolchos gehörte. Die anwesenden Gemeindemitglieder und auch die Bürgermeisterin begegneten ihm und seinem Vorhaben zunächst mit Misstrauen, das sich, wie die Bürgermeisterin rückblickend beschreibt, erst nach den ersten sichtbaren Erfolgen seines Vorhabens langsam legte:

»Dass er dieses Unternehmen aufbauen will, kam überhaupt sehr plötzlich – das ist jetzt zwei Jahre her. Im Herbst sind es zwei Jahre – wie schnell sind sie verfliegen. Im Herbst fand eine Gemeindeversammlung statt und dabei haben wir ihn auch zum ersten Mal gesehen. Er ist dann schon ganz offiziell auf der Versammlung aufgetreten, hat von seinen Plänen erzählt, darüber, was hier alles sein wird. Natürlich gab es viele Zweifel. Man hat ihm nicht geglaubt. [...] Dann ist ein Jahr vergangen. Ein Jahr lang haben sie nur gearbeitet. Und dann, als die Landwirtschaftssaison vorbei war, im Oktober, und sie die ersten Ergebnisse präsentiert haben, da kam auf einmal irgendwie Hoffnung auf, dass dieser Mensch tatsächlich mit ernsthaften Absichten gekommen ist und langfristig bleibt und nicht gleich wieder verschwindet, wenn etwas nicht klappt.« (Bürgermeisterin, 25.8.2008)

Weder das Auftauchen eines privaten Investors in Beljaevka noch seine Pläne für den insolventen Kolchos sind im ländlichen Russland ein Sonderphänomen. Vielmehr stehen die Ereignisse im Dorf für eine Entwicklung, die in der russischen Landwirtschaft um die Jahrtausendwende einsetzte und seither zunehmend an Fahrt gewann.

Die »neue Gigantomanie« im russischen Dorf

Betrachtet man die Entwicklung der russischen Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit, treten vom Zusammenbruch des sowjetischen Regimes bis in die späten 1990er Jahre zwei Merkmale besonders hervor: Zum einen brach die Agrarproduktion im Nachgang des Zerfalls des sowjetischen Regimes in den 1990er Jahren signifikant ein, so dass landwirtschaftliche Produkte zunehmend importiert werden mussten, um den inländischen Bedarf zu decken (Wegren 2009a, 2011; vgl. auch die Daten in Rozelle/Swinnen 2004). Zum anderen richteten sich die politischen Transformationsmaßnahmen zunächst ausschließlich auf zwei Typen von Agrarunternehmen: Sie zielten einerseits auf die Überführung der ehemaligen Staats- und Kollektivbetriebe in private Unternehmensformen (vor allem in Genossenschaften) und andererseits auf die Förderung kleiner privatbäuerlicher Unternehmen, die sich aus den Hoflandwirtschaften der ländlichen Haushalte entwickeln sollten (Ryl'ko 2002: 72; Wegren 1998: 36ff). Die Prioritäten der Transformationsstrategen lagen dabei meist auf den »Großen« und nur vereinzelt auf den »Kleinen« (dazu kritisch z.B. Rylko/Jolly 2005: 125; Uzun 2005: 99), die politische Beobachtung blieb jedoch stets auf diese beiden Akteurstypen – ehemalige Staats- und Kollektivbetriebe einerseits und kleinbäuerliche Betriebe andererseits – beschränkt (vgl. z.B. Wegren 1998).

Mit der Jahrtausendwende nahm nicht nur die russische Agrarproduktion Fahrt auf, was sich an der steigenden Produktion ebenso ablesen lässt wie am zunehmenden Rückgang unprofitabler Landwirtschaftsbetriebe³⁴ (vgl. die statistischen Daten der »Russlandanalysen« zu Lindner/Vorbrugg 2011; Wegren 2009a). Es trat auch ein neuer Unternehmenstyp auf den Plan, der sich zuvor dem Blick der Transformationspolitik entzogen hatte (Rylko/Jolly 2005: 116; Wandel 2011: 424ff): Um das Jahr 2000 herum begannen sich russische Öl- und Gasunternehmen als erste (landwirtschafts-)externe Investoren unter anderem zu Zwecken der Spekulation und Risikodiversifikation für den Agrarsektor zu interessieren (Visser/Spoor 2011: 301). Ausgehend von dieser Initialzündung ließ sich ein deutliches Wachstum der Direktinvestitionen in die russische Landwirtschaft beobachten, das nur durch die globale Finanzkrise leicht gedämpft wurde: Waren im Jahr 2003 lediglich rund 90 sogenannte Agrohholdings unter Beteiligung inländischer und/oder ausländischer Investoren in der russischen Landwirtschaft registriert, waren es nur drei Jahre später bereits 319 (Visser/Spoor 2011: 310). Inländische Direktinvestitionen stiegen von 12 Billionen Russische Rubel im Jahr 1998 auf 183 Billionen in 2010 (wobei

34 Galten nach offiziellen Statistiken im Jahr 1998 noch rund 90 Prozent aller landwirtschaftlichen Großunternehmen als unprofitabel, war dieser Anteil im Jahr 2000 auf die Hälfte und im Jahr 2010 auf ein Viertel gesunken (Wegren 2011: 9f).

sie kurz vor Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 einen Zwischenhöchstwert von 235 Billionen erreichten). Ausländische Direktinvestitionen wuchsen von 12 Millionen US-Dollar im Jahr 1998 auf 446 Millionen US-Dollar in 2010, wobei die stärksten Wachstumsraten seit dem Jahr 2005 zu beobachten waren (Wegren 2011: 10f; auch Ustinova 2010). Vor allem das Wachstum der ausländischen Investitionen erstaunt angesichts der Tatsache, dass das »Bodengesetz der Russischen Föderation« (Föderales Gesetz Nr. 136 vom 25. Oktober 2001) den Besitz von Agrarland durch ausländische Unternehmen oder Staatsangehörige ebenso wie durch russische Firmen, die zu mehr als 50 Prozent unter ausländischer Beteiligung stehen, verbietet. Um dieses Gesetz zu umgehen, wickeln ausländische Investoren seither den Landerwerb über sogenannte Stellvertreterfirmen ab, die formal als russische Unternehmen registriert sind. Ein Vorgehen, das, so lässt sich zumindest vermuten, die russische Regierung in der Praxis nicht nur toleriert, sondern hinterücks aktiv fördert (Visser/Mamonova/Spoor 2012: 907).

Die Holdinggesellschaften, die sich im Zuge dieser Entwicklung in der russischen Landwirtschaft etablieren, sind für die Dörfer zweifach neu: Neu ist zum einen die *Trennung zwischen Eigentum und Management*, durch die sich die Organisationsstruktur von Holdinggesellschaften auszeichnet. Eine solche Trennung kam weder bei den überwiegend in Genossenschaften überführten ehemaligen Kollektivbetrieben noch bei kleinen privatbäuerlichen Betrieben vor. Jetzt aber sind die Eigentümer eines Betriebs, also beispielsweise Banken, Unternehmen, staatliche Institutionen, Kommunen oder andere,³⁵ von der Geschäftsführung, die im Dorf mit den Betriebsabläufen und der landwirtschaftlichen Produktion befasst ist, räumlich getrennt und in der Sozialdimension distinkt (vgl. dazu Ryl'ko 2002: 74). Neuartig sind die Agrohholdings zum anderen mit Blick auf die *räumliche Ausdehnung* der von ihnen bearbeiteten Flächen. Da dieser Unternehmenstyp nicht als eigene Kategorie in staatlichen Statistiken zur russischen Landwirtschaft auftaucht, sind offizielle Durchschnittswerte über Betriebsgrößen, Produktionsmengen oder das bearbeitete Agrarland zwar nicht verfügbar, doch die Werte, die sich aus verschiedenen Einzelstudien zusammentragen lassen, vermitteln einen Eindruck der Größendimensionen: Die 100 privaten russischen Agrohholdings aus einer Studie von Uzun (2009b: 146ff) kontrollieren durchschnittlich jeweils knapp 33.000 Hektar Land. Visser, Mamonova und Spoor (2012: 906) verweisen auf Statistiken, denen zufolge 196 von den im Jahr 2008 in der russischen Landwirtschaft registrierten Agrohholdings zusammen 11,5 Millionen Hektar Land besaßen (also im Durchschnitt knapp 60.000 Hektar pro Unternehmen), wobei auf die 32 größten jeweils mehr als

35 Je nach Art des Eigentümers – private oder staatliche, inländische oder ausländische Akteure, juristische oder natürliche Personen – lassen sich verschiedene Typen von Holdinggesellschaften klassifizieren (vgl. z.B. Ryl'ko 2002: 74; Uzun 2009: 132ff).

100.000 Hektar entfielen. Die zwölf Agroholdings, die Wandel (2011: 430) analysiert, bearbeiten zwischen 15.000 und 400.000 Hektar Land (vergleichbare Angaben finden sich in Rylko/Jolly 2005: 119f; Uzun 2009a: 26ff). Zum Vergleich: Die durchschnittliche Größe der sowjetischen Kollektivbetriebe belief sich im Jahr 1983 auf 6.500 Hektar, die der wesentlich größeren Staatsbetriebe auf 16.300 Hektar (Schinke/Wädekin 1985: 36), die meist genossenschaftlich verfassten Nachfolgeunternehmen beider bearbeiten gegenwärtig durchschnittlich 5.000 Hektar Land (Belaya/Hanf 2010: 58). Nikulin (2005) spricht angesichts dieser Entwicklung von einer »neuen Gigantomanie« im ländlichen Russland und Uzun (2009a: 24) stellt fest: »Feudal lords and noble landowners could not even dream of holdings as immense as those that owners of present-day agricultural holding companies have taken possession«.³⁶

Die steigende Nachfrage nach russischem Agrarland sowohl durch nationale als auch durch ausländische und oftmals global agierende Investoren lässt sich in einen weltweiten Trend einordnen. Richtete sich die Landnachfrage zunächst primär auf die afrikanischen Staaten, nahm sie – unter anderem getrieben durch rasant steigende Preise für Agrarprodukte um das Jahr 2007 – in der jüngeren Vergangenheit vermehrt globale Ausmaße an und begann im Zuge dessen auch in den postsowjetischen Raum hineinzuwirken (vgl. z.B. Deininger/Byerlee 2011; Deininger 2011; Kugelman/Levenstein 2009). Beobachtet wird diese Entwicklung generell und zunehmend auch mit Blick auf Russland ausgesprochen kontrovers: Was aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht als Katalysator für technische Weiterentwicklung, den Transfer westlicher Managementstrukturen, Produktivitätszuwächse und generell als überfälliger Modernisierungsschub für die russische Landwirtschaft gelobt wird (vgl. beispielsweise Belaya/Hanf 2010; Ustinova 2010), stößt vor allem in den (kritischen) Sozialwissenschaften auf Skepsis und Kritik. Politische Brisanz erhält

36 Die russische Regierung reagierte auf den Aufschwung der nationalen Landwirtschaft auf ihre Weise: Im Januar 2010 erließ der damalige Präsident Medvedev per Dekret eine »Doktrin zur Ernährungssicherheit der Russischen Föderation«, die Maßnahmen und Ziele festlegte, um die Lebensmittelversorgung der russischen Bevölkerung langfristig zu gewährleisten (Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation Nr. 120 vom 30. Januar 2010 »Über die Bestätigung der Doktrin zur Ernährungssicherheit der Russischen Föderation«). Unter anderem versucht die Doktrin über Vorgaben darüber, welche Anteile des inländischen Bedarfs an bestimmten Agrarprodukten durch die russische Produktion zu decken sind, die Importabhängigkeit des Landes zu mindern (z.B. 95 Prozent an Getreide und Kartoffeln, 90 Prozent an Milchprodukten, 85 Prozent an Fleisch und 80 Prozent an Zucker, pflanzlichen Ölen und Fisch). Aus dem Ausland werden diese Regelungen primär als protektionistische Maßnahmen und Exportbeschränkungen beobachtet.

die Debatte vor allem dadurch, dass die jüngsten Entwicklungen in der russischen Landwirtschaft zunehmend als Landraub (»land grabbing«)³⁷ etikettiert werden. Die Kritik an den »Großen« – den Investorengruppen und Holdinggesellschaften – und die Besorgnis um die Interessen der »Kleinen« – der lokalen Bevölkerung –, so fällt auf, wird dabei oftmals fast reflexhaft hervorgerufen³⁸ (allgemein z.B. De Schutter 2011; für Russland Lindner/Vorbrugg 2011, 2012; Visser/Spoor 2011; Visser/Mamonova/Spoor 2012).

Ich möchte die inhaltliche Substanz dieser divergierenden Perspektiven auf das Phänomen der zunehmenden Nachfrage nach Agrarland und des Auftauchens neuartiger Unternehmensformen im russischen Dorf im Folgenden weder in Frage stellen noch mich von vornherein auf die Seite eines der aufgezeigten Lager der Debatte schlagen. Dass das Auftauchen der Agrohholding im Dorf Strukturänderungen (auch) im Hinblick auf die lokale Selbstverwaltung nach sich zieht, ist aber unabhängig von solchen politisch und/oder disziplinar motivierten Blickwinkeln nicht zuletzt auch mit Blick auf die fortdauernde Bedeutung der ehemaligen Kollektivbetriebe anzunehmen. Welche dies im Einzelnen sind, zeigt sich am Beispiel der Gemeinde Beljaevka.

»Ja, das war erschreckend – bei uns kaufen sie Land!«

Das Unternehmen, dessen Gründung und Niederlassen in der Gemeinde Beljaevka sich im Jahr 2006 abzeichnete, bewegte sich in seinen Anfangsjahren und bis zu meinem letzten Feldaufenthalt 2010 zwar noch nicht in oben beschriebenen Größendimensionen, ist jedoch strukturell dem für die russische Landwirtschaft neuartigen Typus der Agrohholding zuzuordnen. Nach Angaben der Betriebsleitung befanden sich im Jahr 2008 rund 4.000 Hektar Land im Eigentum des Unternehmens, wovon im Jahr 2010 auf rund 2.000 Hektar Kartoffeln angebaut wurden, während die übrige Fläche zum Teil von Wald überwuchert war und erst noch landwirt-

37 Was sich genau hinter dieser Bezeichnung verbirgt, bleibt häufig unscharf. So räumen Borrás et al. (2012: 210) ein: »The phrase »global land grab« has become a catch-all to describe and analyze the current explosion of large scale (trans)national commercial land transactions«. Wenn von »land grabbing« die Rede ist, sind damit meist implizit Prozesse des Erwerbs oder der anderweitigen Aneignung von Agrarland vornehmlich in sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern durch (meist multinationale) Großunternehmen gemeint, die auf Spekulations- und/oder Investitionsgewinne zielen (vgl. z.B. Visser/Mamonova/Spoor 2012: 900f).

38 Eine wissenssoziologische Analyse dieses und verwandter Argumentationsschemata am Beispiel der kritischen Geographie findet sich in Goeke (2013).

schaftlich nutzbar gemacht werden musste. Zwar betonten sowohl der Investor³⁹ selbst als auch die Betriebsleitung im Dorf regelmäßig die Expansionspläne der Agroholding, einer zügigen Realisierung stand jedoch nicht zuletzt der Prozess des Erwerbs von Agrarland im Wege, der sich für den Betrieb als zäh und umständlich erwies.

Wie die meisten sowjetischen Kollektivbetriebe war auch der Kolchos in Beljaevka im Zuge der Privatisierung in den frühen 1990er Jahren formal in einen genossenschaftlichen Betrieb umgewandelt worden. Dies geschah unter anderem, indem Anteilsscheine (»paj«) sowohl auf das Betriebsvermögen als auch auf das Agrarland an die damaligen Kolchosmitglieder (und faktisch die überwiegende Mehrheit der Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner) ausgegeben wurden, die so zu Anteilseignerinnen und Anteilseignern des Betriebs wurden (zur Gutscheinprivatisierung in Russland vgl. z.B. Appel 1997; Boycko/Shleifer/Vishny 1993; zur Privatisierung der russischen Landwirtschaft vgl. z.B. Barnes 1998; Wegren 2009b: 51ff). Seitens der russischen Regierung war diese Privatisierungsform mit der Erwartung verbunden, dass die Anteilseignerinnen und Anteilseigner sich ihr Stück Land als Grundlage für eigene privatbäuerliche Betriebe in Natur ausweisen⁴⁰ und als Privateigentum registrieren lassen würden und sich die sowjetische Landwirtschaft damit »von unten« und ohne weiteres regulatives Eingreifen transformieren würde (zu diesen politischen Intentionen vgl. Appel 1997: 1434). In den meisten Fällen unterblieb dieser Schritt jedoch (Prosterman/Mitchell/Bradley 1997: 1384ff) und auch in Beljaevka hatten nur wenige Anteilseigner von dieser Möglichkeit der Landprivatisierung Gebrauch gemacht. Die Mehrheit hatte ihren Landanteil offiziell an den Kolchos verpachtet, was in der Praxis bedeutete, dass dem Betrieb das Land anfangs gegen eine geringe und aufgrund der zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten des Unternehmens in späteren Jahren gegen gar keine Bezahlung

39 Wenn hier und im Folgenden von der Person des »Investors« die Rede ist, verwende ich diese Bezeichnung – ebenso wie zuvor die Bezeichnung »Kolchos« für den Landwirtschaftsbetrieb im Nachbardorf – aus Gründen der sprachlichen Einfachheit und in Anpassung an den lokalen Sprachgebrauch. Formal handelt es sich bei dieser Person um den Vorstandsvorsitzenden der Agroholding, der im Dorf jedoch stets als »unser Investor« und vereinzelt auch als »unser Oligarch« bezeichnet wurde.

40 In den Eigentumszertifikaten, die im Rahmen des Privatisierungsprozesses ausgegeben worden waren, war zwar die Größe der Parzelle festgelegt, auf die ein Eigentumsanspruch bestand (in den hier analysierten Fällen zwischen sieben und acht Hektar), die Lage und die materiellen Grenzen des Landanteils waren jedoch unbestimmt. Wollte ein Anteilseigner seine Parzelle als Privateigentum registrieren, mussten die Grenzen des Landstücks zunächst »in Natur« ausgewiesen werden (»vydelit' v nature«), um es sodann rechtlich und physisch aus dem Kolchos herauslösen zu können.

zur Bewirtschaftung überlassen wurde. Das Eigentum bestand in diesem Fall nicht im Nutzungsrecht an einem konkreten Stück Land, sondern lediglich im ›virtuellen‹ Anrecht darauf, sich eine Parzelle von sieben bis acht Hektar in Natur ausweisen zu lassen und aus dem Kolchos herauszulösen, deren Grenzen erst im Zuge dieses Prozesses auch räumlich-materiell bestimmt werden.

Eine Weiterführung der Pachtverhältnisse in der Tradition des Kolchos hatte der neue Investor unter Verweis auf die damit verbundenen Unsicherheiten von vornherein abgelehnt:

»Laut dem Gesetz über die Bearbeitung von Agrarland können die Anteilseigner, die die Landanteile besitzen, dem Landwirtschaftsunternehmen diese Anteile verpachten – so, wie sie es auch schon beim Kolchos gemacht hatten. Aber pachten wollte er nicht. ›Wozu soll ich pachten?‹ sagte er. ›Heute gehe ich in Produktion – und morgen überlegen sie [die Anteilseigner, E.M.] es sich anders mit der Pacht. Und ich sitze dann da ohne Land. Ich werde das Land kaufen.« (Sachbearbeiter der Gemeindeverwaltung, 24.3.2009)

Der Erwerb des Kolchoslandes war für den Investor indes nur möglich, indem den Eigentümerinnen und Eigentümern der insgesamt 651 Landanteile ihre Eigentumszertifikate abgekauft wurden und er das Land anschließend in Natur ausweisen und registrieren ließ – ein Schritt, der aufgrund des hohen bürokratischen Aufwands allgemein als eine wesentliche Zutrittsbarriere für externe Investoren in der russischen Landwirtschaft beobachtet wird (Atkin 2009: 112; Rylko/Jolly 2005: 118; Visser/Spoor 2011: 316).

Hinzu kam in Beljaevka eine zweite Schwierigkeit: Da innerhalb der Gruppe der Anteilseignerinnen und Anteilseigner des Betriebs ein Vorkaufsrecht auf die Eigentumszertifikate bestand, war der Erwerb der Landanteile durch Außenstehende – und damit auch den Investor – rechtlich nicht möglich. Erst wenn eine Parzelle in Natur ausgewiesen und registriert ist, kann das Land frei verkauft werden. Um diese Restriktion zu umgehen, wurden die Transaktionen über einen Anteilseigner abgewickelt, den der Investor für seine Pläne gewinnen konnte – ebenjenen Jagdgefährten und ehemaligen Bürgermeister der Gemeinde, der kurze Zeit später als Geschäftsführer des Betriebs eingestellt wurde:

»Er hat 350 Landanteile gekauft, [der Investor]. Er selber hatte eigentlich gar nicht das Recht, sie zu kaufen, deshalb war [der ehemalige Bürgermeister] der Käufer, der ist selbst Anteilseigner. Laut Gesetz verfügen die anderen Anteilseigner über ein Vorkaufsrecht. Nur wenn alle Anteilseigner den Kauf ablehnen, darf anderweitig verkauft werden. Aber wie soll man die Ablehnung von allen bescheinigen? 650 Anteilseigner und von jedem eine schriftliche Ablehnung? Die Hälfte davon ist bereits verstorben.« (Sachbearbeiter der Gemeindeverwaltung, 24.3.2009)

Das Kaufangebot, das den Anteilseignern schließlich im Rahmen einer Gemeindeversammlung unterbreitet wurde, sah einen Preis von 1.000 Rubel (rund 30 Euro) pro Hektar Land vor, also zwischen 7.000 und 8.000 Rubel pro Landanteil. Um auf die Kaufentscheidung hinzuwirken, bot der Investor den Anteilseignern seine Unterstützung bei der im Verkaufsprozess anfallenden Bürokratie an, die nach Aussage vieler Gemeindemitglieder besonders im Fall von geerbten Landanteilen beträchtlich ist, übernahm die mit dem bürokratischen Aufwand verbundenen Gebühren, stellte Transportmöglichkeiten zu den entsprechenden Ämtern bereit und ähnliches.

Der Preis von 1.000 Rubel pro Hektar sei zwar durchaus niedrig, so räumte ein Sachbearbeiter der Gemeindeverwaltung ein. Aufgrund dessen, dass sich dieser Betrag nicht auf bereits registrierte Landanteile beziehe, sondern es lediglich um den Erwerb von Anteilsscheinen ohne konkreten materiellen Bezug ginge, sei das Preisangebot aber gerechtfertigt und entspreche zudem dem amtlichen Katasterpreis. Andere im Dorf teilten diese Ansicht nicht, sprachen schlicht von »Betrug« oder angesichts des gebotenen Preises abfällig von »Kopeken«. Ganz unabhängig von der Höhe des Preises, so wird einstimmig berichtet, habe jedoch allein der Gedanke daran, das Kolchosland zu verkaufen, viele erschreckt:

»Es wurden Gemeindeversammlungen abgehalten, als sich das Unternehmen [Name des Unternehmens] gegründet hat, als sie hierher gekommen sind. Es gab viele Gegner. Einige waren für den Verkauf. Sehr viele hingen an ihrem Land. Sie interessierten sich dafür, was er machen wird.« (Direktor des Kulturhauses, 27.2.2010)

Zum Zeitpunkt des Auftauchens des Investors schien im Dorf Konsens darüber zu bestehen, dass die Landanteile aus der Knappheitskommunikation herauszunehmen waren.⁴¹ Man hatte sie in der Vergangenheit dem Kolchos zur (wirtschaftlichen) Verwendung zur Verfügung gestellt, bestand jedoch nicht auf Pachtzahlungen, die faktisch seit Jahren ausgeblieben waren. Ein Verkauf war darüber hinaus auch mangels Nachfrage nicht in Betracht gekommen und allein die Beobachtung der Eigentumszertifikate auf Zahlungsmöglichkeiten hin galt als impliziter Verstoß gegen die dörfliche Moral.⁴² Diese Grenze von Knappheitskommunikation wurde durch das Kaufangebot des Investors herausgefordert und verschob sich sodann

41 Vgl. dazu Baecker (2008: 114): »Gesellschaften lassen sich darin unterscheiden, was sie für knapp halten und was nicht.«

42 Die einzige alternative Verwendungsmöglichkeit, die nach anfänglicher Skepsis im Dorf akzeptiert und respektiert wurde, war das Registrieren des eigenen Landanteils für private kleinbäuerliche Nutzung, von der allerdings nur eine verschwindend geringe Minderheit der Anteilseignerinnen und Anteilseigner Gebrauch machte.

sukzessive: Nachdem sich die erste Aufregung gelegt hatte, schlug die Stimmung langsam um und die Mehrheit entschloss sich zum Verkauf, so dass der Investor schlussendlich 350 der 651 Landanteile erwerben konnte. So eindeutig dieses Resultat beschrieben werden kann, so ambivalent oder gar gegensätzlich sind die rückblickenden Darstellungen der Verkaufsgründe und der mit der Entscheidung verbundenen Freiheitsgrade. Zwei Argumentationsstränge treten hervor: Ein Argumentationsstrang stellt die Verkaufsentscheidung als einen ökonomischen Läuterungsprozess dar, im Zuge dessen die anfängliche Skepsis wich und die Freiheitsgrade durch das Kaufangebot schlussendlich stiegen; der andere stellt auf den faktischen Zwang und die Beschränkung von Freiheitsgraden im Vorfeld sowie durch die Verkaufsentscheidung selbst ab.

Während im Kontext des *ersten Argumentationsstrangs* fast ein wenig verschämt eingeräumt wird, dass man die moralischen Bedenken und die allgemeine Skepsis zunächst geteilt habe, wird der Entscheidungsfindungsprozess im Nachhinein als eine Art »ökonomische Läuterung« beschrieben, wobei im Wesentlichen zwei Argumente zum Tragen kommen: Zum einen das Fehlen alternativer Verwendungsmöglichkeiten für die Landanteile (sofern man sich nicht im Stande sah, das Land selbst zu bearbeiten) und daran anschließend die Beobachtung der faktischen Nutzlosigkeit der Anteilsscheine nach der Kolchosinsolvenz; zum anderen die Tatsache, dass die Eigentumszertifikate durch das Angebot des Investors zum ersten Mal als transformierbar beobachtet wurden, wobei vor allem konkrete, meist langlebige Konsumgüter als Vergleichshorizont fungierten:

»Als der Investor hier auftauchte und das Land zusammengekauft hat, um es zu bewirtschaften, hat sich die Mehrheit entschlossen zu verkaufen. Das Geld wurde damals dringend gebraucht und der Preis war beachtlich. Für seinen Landanteil konnte man auf einmal eine moderne Waschmaschine kaufen. Sowas besaßen die Leute nicht, die Zeiten waren »geldlos«, der Kolchos ist zerfallen und wohin soll ich mit meinen acht Hektar Land? Was nützen sie mir, was soll ich damit machen? Ich habe einen Gemüsegarten und mehr kann ich nicht bearbeiten, mir fehlen die technischen Möglichkeiten. Die Leute haben entschieden – darüber, was realistisch ist [...]. Sie haben begriffen, welchen Nutzen sie von diesen acht Hektar haben, die da irgendwo hinter dem Wald liegen. Man muss sie irgendwie bearbeiten und selbst wenn ich am Ende Heu mähen kann, was mache ich dann mit dem Heu? Selber essen werde ich es nicht und meinem Kalb reicht die Mahd von einem Hektar. [...] Ja, das war erschreckend – bei uns kaufen sie Land. Aber wenn du anfängst, darüber nachzudenken, was dir dieses Land nützt – wozu brauchst du das Land? [...] Was kannst du damit anfangen?« (Gemeinderätin/Leiterin der Krankenstation, 25.2.2010)

Verwiesen wurde im Kontext dieses ersten Argumentationsstrangs jedoch nicht nur auf die unmittelbar gestiegenen Freiheitsgrade durch die Zahlung des Kaufpreises,

sondern auch auf indirekte Freiheitsgewinne in Folge des wirtschaftlichen Erfolgs des Unternehmens, den man durch die eigene Verkaufsentscheidung (mit-)ermöglicht hatte und der als Ex-post-Bestätigung für die Richtigkeit dieser Entscheidung gewertet wurde. Der ehemalige Kolchos habe bereits mehrere Jahre vor seiner Insolvenz keine Geldzahlungen mehr an seine Belegschaft geleistet und seine Angestellten stattdessen ausschließlich in Naturalien entlohnt – in diesem Sinne ist die Aussage der Gemeinderätin »wir waren geldlos« durchaus wörtlich zu nehmen. Der neue Betrieb habe somit nicht nur wirtschaftliche Stabilität ins Dorf gebracht, sondern einen regelrechten Monetarisierungsschub bewirkt. Letzterer, um mit Simmel (1989 [1900]: Kap. 4) zu sprechen, kam gerade in der Dualität von Freiheit und sozialer Entfremdung – in Form einer zunehmenden Distanz vom Kolchos und seinen Entscheidungen (beispielsweise über die Art der Naturalzahlungen) – zum Ausdruck, was beides gleichermaßen goutiert wurde:

»Die Leute haben keinen Lohn bekommen, und wenn doch, dann nur in Naturalien: Getreide, irgendwelche Dienstleistungen. Das heißt, das waren richtig schlechte Zeiten, das war nichts, kann man sagen. Jetzt hat das Unternehmen angefangen zu arbeiten, es gibt Geld, die Leute bekommen Geld. Und das ist das aller-aller-allergrößte Plus, dass die Leute jetzt ein Einkommen haben, ihre Familie ernähren können, und nicht abwandern, nicht mehr trinken müssen. Verstehen Sie, das ist die wesentliche Frage, die für das Dorf entschieden wurde: Den Leuten wurde Geld gegeben für ihre Mühen, für ihre Arbeit. Und nicht Getreide, Einstreu, Vieh, sondern richtiges Geld, das man im Geschäft für das eintauschen kann, was man will – und nicht für das, was dir der Kolchos anstelle von Geld vorschlägt. Das ist ein riesiges Plus.« (Angestellter der Agroholding, 7.3.2010)

Auch wenn die Bedeutung des Betriebs für das Dorf kaum in Frage gestellt wird, findet sich mit Blick auf die Verkaufsentscheidung noch ein gegensätzliches *zweites Argumentationsmuster*: Während das Verpachten an den Kolchos oftmals weniger Resultat einer Entscheidung als vielmehr die schlichte Fortführung des Gewohnten war, stellte das Kaufangebot in Kombination mit der Insolvenz des Betriebs für viele Anteilseignerinnen und Anteilseigner einen Anlass dar, sich erstmals bewusst mit der Verwendung der Eigentumszertifikate auseinanderzusetzen. Tatsächlich eröffnete sich mit dem Kaufangebot eine Handlungsoption, die zuvor zwar rechtlich, aufgrund mangelnder Nachfrage jedoch nicht faktisch bestanden hatte. Auch die Möglichkeit, sich seine Parzelle als Privateigentum registrieren zu lassen, um sie selbst zu bearbeiten oder anderweitig zu verkaufen, so beschreibt beispielsweise der Direktor des Kulturhauses, hätten während der Umbruchphase, als der Investor im Dorf auftauchte, durchaus einige Gemeindemitglieder ernsthaft zu erwägen begonnen. Die Hoffnungen richteten sich in diesem Zusammenhang auf

günstige Zugangsmöglichkeiten zum Sachvermögen des insolventen Kolchos, das als Grundstock für einen eigenen privatbäuerlichen Betrieb hätte dienen können:

»Einige sahen sich schon als Konkurrenten [des Investors, E.M.]. Einige dachten, dass ihnen der Staat entgegen kommt, dass ihnen die Technik [des insolventen Kolchos, E.M.] günstiger verkauft wird. Einige wollten das Land selber bearbeiten. Aber das kam nicht zustande und die Leute waren schließlich gezwungen zu verkaufen. Wenn jemand am Ende nicht verkauft hat, dann nimmt [der Investor] sich sowieso das Land, das am günstigsten gelegen ist. Und wenn eine Parzelle noch nicht registriert war, haben sie [die Agroholding, E.M.] die trotzdem belegt. Sie sind zu den entsprechenden Behörden gefahren, haben sich das alles schützen lassen und im Ergebnis haben sie alles abgegriffen.« (Direktor des Kulturhauses, 27.2.2010)

Wie in dieser Darstellung bereits anklingt, haben sich die Möglichkeiten der Registrierung der Landanteile mit dem Auftauchen des Investors im Dorf entscheidend geändert. Eine wesentliche Ursache dafür liegt im offiziellen dreistufigen Ablauf der Eigentumsregistrierung, die der Investor mit Blick auf seine Ziele wirkungsvoll durchkreuzte: Im *ersten* Schritt wird beim sogenannten Landkomitee (»zemelnyj komitet«), einer Behörde im Bezirkszentrum, ein Gesuch für die Eigentumsregistrierung eingereicht und gemeinsam mit dem zuständigen Sachbearbeiter der Gemeindeverwaltung die genaue Lage der gewünschten Parzelle bestimmt. Im *zweiten* Schritt wird das Vorhaben in der Lokalzeitung angezeigt. Für die übrigen Anteilseigner besteht dann eine 30tägige Einspruchsfrist. Erfolgt kein Einspruch, wird das Gesuch bestätigt. Im *dritten* Schritt wird die Registrierung – die eigentliche Privatisierung – durch die Registrierungskammer vollzogen und der Gesuchsteller offiziell als Eigentümer der Parzelle vermerkt. In den wenigen Fällen, in denen vor dem Auftauchen des Investors Landanteile auf diesem Weg registriert wurden, so betont ein Sachbearbeiter der Gemeindeverwaltung, sei dieser Prozess stets reibungslos und zügig verlaufen. Erst als die Registrierung der Landanteile für den Verkauf an den Investor begann, habe sich dies geändert: Über den Stellvertreter, der offiziell als Käufer der Eigentumszertifikate auftrat, habe das Unternehmen fortan gegen jeden weiteren Registrierungsversuch Einspruch erhoben. In diesem Fall muss die Registrierungskammer den Registrierungsprozess solange unterbrechen, bis die Beteiligten sich einigen und der Einspruch offiziell geklärt ist. Für Anteilseigner und Anteilseignerinnen, die fest mit einer Registrierung rechneten und bereits die anfallenden Gebühren bezahlt hatten, ist dies mit finanziellen Verlusten verbunden:

»Er [der Stellvertreter des Investors, E.M.] ist Anteilseigner, er hat das Recht dazu. Und dann stoppt alles. Viele haben bereits Geld hingelegt, für die Vermessungsarbeiten, um die Parzelle zu registrieren, um die 15.000 haben sie hingelegt – aber die Registrierungskammer hat die Registrierung verweigert.« (Sachbearbeiter der Gemeindeverwaltung, 24.3.2009)

Ein Anteilseigner versuchte daraufhin, gegen die Entscheidung der Registrierungskammer zu klagen, bekam jedoch kein Recht. Die Behörde habe entsprechend der geltenden Gesetze gehandelt, so das Gerichtsurteil, geklagt werden müsse gegen denjenigen, der den Einspruch erhoben habe – falls man sich nicht anderweitig einigen könne:

»Einer von denen, die nicht registrieren konnten, ist gegen die Registrierungskammer vor Gericht gezogen, aber das Gericht hat ihm nicht Recht gegeben. »Wenden Sie sich an den, der den Einspruch [gegen die Registrierung, E.M.] erhoben hat«, so hieß es im Gerichtsurteil. »Klagen Sie gegen ihn, aber nicht gegen die Registrierungskammer – sie hat im Einklang mit dem Gesetz gehandelt.« (Sachbearbeiter der Gemeindeverwaltung, 24.3.2009)

In dem Moment, in dem sich die Beobachtung der eigenen Handlungsmöglichkeiten durch die Anteilseignerinnen und Anteilseigner geändert hatte, so lässt sich zusammenfassen, schlug das Zeitfenster für deren Umsetzung augenscheinlich bereits wieder zu und verengte sich auf die Beobachtung einer einzigen verbleibenden Option: den Verkauf an die Agroholding. Im Unterschied zu der Befürchtung, dass Anteilseignerinnen und Anteilseigner in Unkenntnis ihrer Rechte und/oder aufgrund fehlender Formalisierungen um ihre Eigentumszertifikate gebracht werden (Feifer 2003; Visser/Spoor 2011: 317), deuten die Rückblicke der Beteiligten in diesem Fall darauf hin, dass bekannte Rechte vor dem Hintergrund konfligierender Interessen an den Rändern einer dominanten Organisation nicht mehr durchsetzbar waren.

Der Kauf von Eigentumszertifikaten durch den Investor verweist auf einen Bereich der Transformationsforschung, der im Zusammenhang mit den Privatisierungsmaßnahmen zwar bereits anklang, bislang aber nicht explizit zur Sprache kam: Beobachtet – und aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive zum Teil deutlich kritisiert – wird das Fehlen eines Marktes für Agrarland in Russland, auf dessen Herausbildung die Kolchosprivatisierung in Form der Ausgabe von Eigentumszertifikaten als politische Maßnahme ursprünglich zielte (Wegren 2008: 124; auch Lerman 2001; Lerman/Shagaida 2007: 14). Die Forderung nach Markt und die daran anschließende Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen wird dabei vorwiegend mit neoklassischen Argumenten begründet: Da letztlich nur ein marktförmiger Distributionsmechanismus sicherstellen könne, dass die Agrarflächen ihrer produktivsten Verwendung zugeführt werden, sei ein funktionierender Markt die Voraussetzung für landwirtschaftliche Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen (vgl. für viele Deininger/Binswanger 1999: 252; Lerman/Shagaida 2007: 14). Die zögerliche oder ausbleibende Entwicklung eines Marktes wird dann meist auf unklare Eigentumsverhältnisse, fehlende Rechtssicherheit, persistente Abhängigkeitsbeziehungen und generell mangelhafte politische Rahmenbedingungen zurückgeführt

(vgl. dazu empirisch mit leicht variierenden Foki und Fragestellungen Deininger/Binswanger 1999; Lerman 2001; Lerman/Shagaida 2007; Shagaida 2005; Wegren 2008, 2009b: Kap. 3 und 4). Vor allem aus ethnologischer Sicht werden dieser Sichtweise alternative Begründungen entgegengesetzt: Herausgestellt werden hier die soziale Einbettung und »fuzziness« von Eigentum, die »moral economy« des Dorfes, traditionale Strukturen und die inadäquate Unterscheidung zwischen privaten und kollektiven Eigentumsformen (vgl. z.B. Hann 1998, 2003; Verdery 1999). Entsprechend divergieren auch die Eigenschaften, die den Akteuren – den individuellen Anteilseignerinnen und Anteilseigner – aus den Perspektiven der unterschiedlichen Disziplinen unterstellt werden: Während die (neoklassische) Ökonomie Rationalität und das Streben nach Nutzenmaximierung betont, die sich unter den gegebenen Umständen schlicht nicht entfalten können, tendieren die Ethnologie und verwandte Disziplinen oftmals zur Zuschreibung von Motiven wie der Ablehnung von Eigentum, die aus einem generellen Widerstand gegen »westliche« Institutionen rührt.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich im Hinblick auf die Herausbildung eines Marktes für Agrarland vor diesem Hintergrund aus dem Kaufangebot des Investors und den Reaktionen darauf im Dorf ziehen? Ohne die Berechtigung der skizzierten Erklärungsversuche generell leugnen zu wollen, legt das Fallbeispiel – wenngleich ein Einzelfall – eine alternative Erklärung nahe, die auf die Beobachtungsmodi der beteiligten Systeme sowie auf die Möglichkeiten für Anschlusskommunikation abstellt und damit ohne die Zuschreibung konkreter Motive und Akteursmerkmale auskommt. Ausgangspunkt ist dabei ein Verständnis von Markt als spezifische Beobachtungsstruktur: Käufer und Verkäufer beobachten primär die eigene Marktseite im Modus der Konkurrenz auf Preise und (erwartete) Zahlungen hin (vgl. dazu Goeke/Moser 2011). Die Beschreibungen der Anteilseignerinnen und Anteilseigner im Dorf deuten darauf hin, dass das Kaufangebot des Investors entsprechende marktförmige Beobachtungsformen ausgelöst hat. Das bis dahin (wirtschaftlich) »nutzlose« Eigentumszertifikat, dessen Wert einzig in der Bindung an die Dorfgemeinschaft bestand, erhielt erstmals einen Preis und wurde in andere Güter transformierbar. Daran anschließend wurde auch über alternative Verwendung- und Verkaufsmöglichkeiten, einschließlich der Spekulation auf steigende Preise, nachgedacht. Jedoch: Was sich für den Investor zur Konkurrenz hätte entwickeln können – das Auftauchen von anderen Käufern und Verkaufsmöglichkeiten im Beobachtungshorizont der Anteilseigner – wurde vom Unternehmen (und flankiert durch die Bürgermeisterin, die nach anfänglicher Skepsis Interesse daran entwickelte, dass sich der Betrieb im Dorf etablierte) buchstäblich im Moment ihres Erscheinens wieder unterdrückt. Versuche, an die neuen Beobachtungsformen anzuschließen und die Landparzellen beispielsweise mit Blick auf erwartete Zahlungen zur eigenen Bearbeitung oder zu Spekulationszwecken zu registrieren, waren be-

reits kurze Zeit nach dem Auftauchen des Investors faktisch nicht mehr möglich. Der Investor generierte sich letztlich erfolgreich als einziger potenzieller Käufer, der selbst von denjenigen, die einem Verkauf zunächst ablehnend gegenüberstanden, als alternativlos beobachtet wurde. Der Preis spiegelte dabei jedoch weder Erwartungserwartungen noch die Beobachtung von Knappheitskommunikation wider. Verwiesen wurde stattdessen primär auf die dominante Verhandlungsmacht des Investors gegenüber den Gemeindemitgliedern:

»Wie der Preis bestimmt wurde? Er [der Investor, E.M.] hat einen Preis genannt – und das war’s. Er hat das selbst so gesehen – ein Hektar für Tausend –, dass das natürlich ein rein symbolischer Preis ist. Wir haben das sehr wohl verstanden.« (Bürgermeisterin, 25.8.2008)

Zwar fanden schlussendlich Transaktionen statt und die Eigentumszertifikate wurden in diesem Sinne zu Gütern, bewerten lässt sich dies jedoch bestenfalls als ein kurzes Aufflackern von Markt und kaum als nachhaltiges Etablieren marktförmiger Beobachtungsstrukturen mit Bezug auf die Landanteile.

»In der Stadt kann ich von den sozialen Strukturen abstrahieren«

Wie beobachtet der neue landwirtschaftliche Großbetrieb selbst seine Position im Dorf? Auf dem bereits erwähnten Dorfjubiläum trat nicht nur die Bürgermeisterin der Gemeinde auf, auch der Investor selbst sprach zu den Anwesenden:

»Von unserer Seite tun wir alles, dass dieses Dorf lebt, dass es eine Zukunft hat. Als ich hierher kam, vor zwei oder drei Jahren – genau erinnere ich mich nicht mehr –, als ›dačnik‹, zur Erholung, habe ich einen Kolchos gesehen, der faktisch zerfallen war. Das war ein schmerzlicher Eindruck. Ich fing an darüber nachzudenken, was ich tun kann. Ich habe eine gewisse Erfahrung darin, Unternehmen aufzubauen – warum sollte ich es nicht versuchen? Ob es mir gelungen ist, müssen Sie selbst beurteilen.«⁴³

Seine Rede und die Auszeichnungen, die er im Anschluss daran an verdiente Betriebsangehörige und Gemeindemitglieder verlieh, waren nicht seine einzigen Festbeiträge: Für die Kinder stand eine Hüpfburg bereit, auf einem Segelboot konnten Runden auf dem nahegelegenen Fluss gedreht werden und einen besonders nachhaltigen Eindruck hinterließ ein Flugzeug, das über dem Dorf kreiste und Flugblätter mit Jubiläumsglückwünschen abwarf. Beobachtet man diese Aktivitäten im Horizont der ersten Äußerungen des Investors aus dem Jahr 2006, könnte der Kontrast

43 Aus der Aufzeichnung der Rede durch einen lokalen Fernsehsender, der im August 2008 einen Bericht zum Dorfjubiläum ausstrahlte.

kaum größer sein. So erinnern sich die Bürgermeisterin ebenso wie ein Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung:

»Das gegenseitige Verständnis hat sich erst schrittweise entwickelt. Am Anfang konnte davon keine Rede sein. Und er [der Investor, E.M.] sagte: ›Ich habe nicht vor, solche Belastungen auf mich zu nehmen, Einbußen für Sie in Kauf zu nehmen‹. Mittlerweile hat sich das gebessert.« (Bürgermeisterin, 25.8.2008)

»Er ist ein Unternehmer, er ist zweimal hergekommen, ist auf der Gemeindeversammlung aufgetreten, hat alles ehrlich erzählt. Sogar kritische Fragen hat er beantwortet. Er wurde zum Beispiel gefragt: ›Wir als Gemeindeverwaltung – auf welche Weise werden Sie als Nicht-Wohlfahrtsorganisation uns unterstützen?‹ ›Unterstützung werde ich keine leisten – meine Unterstützung besteht darin, dass es hier bei Ihnen ein Unternehmen geben wird, dass Sie Steuerzahlungen erhalten werden, Abgaben, dass Geld in Ihr Budget fließt. Das ist meine Unterstützung.« (Sachbearbeiter der Gemeindeverwaltung, 24.3.2009)

Seine Unterstützung für das Dorf sah der Investor, wie er selbst einräumt, ursprünglich ausschließlich in den Begleitaspekten seiner Geschäftstätigkeit – der Schaffung von Arbeitsplätzen und Steuerzahlungen – und zog sich auf diese Weise allein auf den Standpunkt einer Wirtschaftsorganisation zurück: »Man könnte etwas vereinfacht formulieren: Wirtschaftsorganisationen sind Organisationen zur Zahlung von Steuern, Gewinnen und Löhnen« (Luhmann 2009: 466f).

Diese »Trias der Abführungen«, so stellt Luhmann (2009: 467) weiter fest, gilt in der modernen Gesellschaft als Standarderwartung an Wirtschaftsorganisationen. Sie löst die »moralische Maxime« stratifizierter Gesellschaften ab, »daß Reichtum zu angemessenem Gebrauch verpflichtet« und sich allein daraus die gesellschaftliche Existenzberechtigung eines Unternehmens speist. Im Profit des modernen Unternehmens vollzieht sich die Selbstreferenz der Wirtschaft – nur über Profit ist Kapitalbildung möglich. In Löhnen und Steuern schwingt hingegen einerseits die Fremdreferenz auf andere Funktionssysteme respektive die Umwelt der Wirtschaft mit: »Die Leistungen an den Staat und an die Arbeiter überführen das Wirtschaftsmedium Geld in nichtwirtschaftende Teilsysteme innerhalb der Gesellschaft bzw. an Personen als Umwelt des Gesellschaftssystems« (Luhmann 2009: 468). Da es sich bei beiden um Zahlungen handelt, verweisen sie aber andererseits auch indirekt wieder auf die Wirtschaft zurück. Die Tauschbeziehungen, die das Unternehmen auf diese Weise mit seiner Umwelt unterhält, erfolgen dabei jedoch keineswegs freiwillig, sondern auf Druck aus dieser Umwelt heraus:

»Es bedarf, soweit man bisher sieht, *externer* Pressionen, um zu verhindern, daß die Organisationssysteme sich bei aller tauschmäßigen Verknüpfung mit ihrer Umwelt gleichwohl zielmäßig auf sich selbst beschränken und nur ›für sich‹ existieren.« (Luhmann 2009: 468)

Allen drei Bereichen der Ressourcenabführung, so Luhmann, muss das Unternehmen im Sinne des Erhalts seiner Reproduktionsfähigkeit innerhalb der Gesellschaft stets gleichzeitig Rechnung tragen, ihre relative Bedeutung zueinander kann im Einzelfall jedoch variieren – was auch am Beispiel der Agroholding deutlich wird. So wird das Unternehmen zwar aus dem Dorf heraus in erster Linie als Arbeitgeber beobachtet:

»Das Verhältnis [zum Investor, E.M.] – das sind Arbeitsplätze.« (Bürgermeisterin, 25.8.2008)

»Die Leute haben gemerkt, dass man auch anders leben kann. Dass man nicht trinken muss, sondern Arbeit hat, noch dazu mit einem vernünftigen Lohn. Und dann gibt es noch Geschenke. In diesem Jahr wurden Prämien bezahlt. Der größte Teil der Bevölkerung steht ihm [dem Investor, E.M.] jetzt positiv gegenüber.« (Gemeinderätin, 24.3.2009)

Im Unterschied zum Fokus der Fremdbeobachtungen deutet die Selbstbeschreibung des Investors jedoch darauf hin, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen samt Lohnzahlungen in der »Trias der Abführungen« gerade jener Bereich ist, dem nachrangige Bedeutung eingeräumt wird. Zwar erkennt der Betrieb seine Relevanz als Arbeitgeber, sieht sich im Unterschied zum Kolchos jedoch in der Sozialdimension keinesfalls als Organisation, die die Gemeindemitglieder umfassend integriert. Der neue Investor kündigt sogar Personalkürzungen an, die für ihn gleichermaßen Maßstab seines unternehmerischen Erfolgs und Abgrenzungskriterium gegenüber seinem Vorgänger, dem ehemaligen Kolchos, sind. Die (sowjetische) Kongruenz von Dorfgemeinschaft und Arbeitskollektiv schwindet auf diese Weise zunehmend:

»In Beljaevka arbeiten in unserem Unternehmen 80 Personen, aber wir haben die Fläche an Land, die wir bearbeiten, in diesem Jahr gesteigert. Wir sind jetzt fast bei der Hälfte der Fläche des Sovchos [eigentlich Kolchos, E.M.] ›Traktor‹. Der Sovchos ›Traktor‹ hat 9.000 Hektar Land bearbeitet und wir sind in diesem Jahr bei 4.000. Bei uns arbeiten 80 Personen, dort haben damals 660 gearbeitet. [...] Ich behaupte sogar, dass bei uns im Moment vergleichsweise viele Leute arbeiten, das heißt, ich setze eigentlich auf ein Geschäftsmodell, das mit 40 Leuten für die ganzen 9.000 Hektar auskommt. Wenn wir also dieses Jahr erfolgreich beenden, wenn alles gut läuft, werden bei mir nur noch 40 Personen arbeiten. Ich wähle die aus, die ich brauche und die vernünftig arbeiten, und ich biete diesen Leuten entsprechende Arbeitsbedingungen.« (Investor, 13.8.2008)

Darüber hinaus führt der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften im Dorf dazu, dass vor allem Führungskräfte extern rekrutiert werden. Auch dadurch werden die Belegschaft des Unternehmens und die (alteingesessene) Dorfbevölkerung zunehmend inkongruent:

»[Frage]: Sie haben gesagt, dass Sie in Beljaevka keine Arbeitskräfte finden. Hier wohnen doch ausreichend viele Leute. Warum? Weil sie trinken oder nicht arbeiten wollen? Warum können die Männer aus dem Dorf bei Ihnen nicht als Traktoristen arbeiten?

[Investor]: Nun, schauen Sie – 900 Personen sind hier ungefähr gemeldet, real leben hier 600.⁴⁴ [...] Von diesen 600 sind 279 Pensionäre. Bleiben 300, davon sind vielleicht 100 Kinder. Bleiben 200. Jetzt schauen wir die Struktur der Bevölkerung an. Ungefähr die Hälfte davon sind deklassierte Elemente. Bleiben 100. Von 900 Leuten im Dorf sind also 100 arbeitsfähig, mehr nicht. Dann gibt es die Schule, wo einige arbeiten. [...] Es gibt Lebensmittelgeschäfte, in denen einige arbeiten. In der Krankenstation arbeiten auch nicht wenige. Krankenstation, Bankfiliale, Gemeindeverwaltung, Apotheke. Das gibt es hier alles. Und da sitzen die Leute, da arbeiten sie. Von den 100 Leuten arbeiten dort ungefähr 40. Bleiben für uns 60. Bei uns arbeiten ungefähr 30 Personen vernünftig und 30 so lala – unter dem Regime des Alkoholismus.

[Frage]: Werden Sie für diese Personen Verwendung haben oder Personal aus anderen Orten einstellen?

[Investor]: Was soll ich mit denen machen? Soll ich mich mit denen streiten? Mit denen zu streiten ist sowieso schwierig.«

(Investor, 13.8.2008)

Nicht nur im Hinblick auf die Einbindung der Gemeindemitglieder zeigt sich im Selbstverständnis der Agroholding ein Bruch mit der sowjetischen Funktion der landwirtschaftlichen Großbetriebe. Auch Sondererwartungen aus seiner neuen unmittelbaren dörflichen Umwelt, die über die Zahlung von Gewinnen, Steuern und Löhnen hinausgehen, hatte der Investor nicht nur nicht einkalkuliert, er distanzierte sich sogar zunächst explizit davon. Augenscheinlich war diese Haltung jedoch nicht durchzuhalten: Bereits kurze Zeit nach seinen ersten Auftritten im Dorf lässt sich im Hinblick auf ›nicht-wirtschaftliche‹ Umwelterwartungen ein Anpassungsprozess beobachten, der in den Leistungen des Betriebs für das Dorf sichtbar wird und den der Investor selbst detailliert reflektiert. Dreh- und Angelpunkt seiner Überlegun-

44 Die Differenz zwischen der Anzahl der offiziell gemeldeten Gemeindemitglieder und der tatsächlich im Dorf lebenden Personen ergibt sich daraus, dass in vielen Familien Großeltern und Enkel im Dorf leben, während die mittlere (erwerbstätige) Generation mindestens die Arbeitswoche außerhalb des Dorfes – meist in der Regionshauptstadt Perm – verbringt und nur am Wochenende oder seltener tatsächlich in der Gemeinde wohnt.

gen ist dabei der Kontrast zwischen städtischen und dörflichen Strukturen. Könnte man in der Stadt als Unternehmen von den gegebenen sozialen Strukturen abstrahieren und sich – durch den Verweis auf Steuern – auf eine rein wirtschaftliche Position zurückziehen, sei dies im Dorf offenkundig nicht möglich:

»So versuchen wir also eine Beziehung zum Dorf zu unterhalten, eine partnerschaftliche Beziehung aufzubauen. Ich bin davon überzeugt, dass ich in der Stadt – ich habe noch ein großes Unternehmen in der Stadt – vollständig von den sozialen Strukturen in der Stadt abstrahieren kann und dort eine vollkommen andere Position einnehme. [...] In der Stadt gibt es Steuern und die Möglichkeit, Leute aus irgendwelchen anderen Orten einzustellen – aber hier im Dorf ist die Situation eine andere.« (Investor, 13.8.2008)

Mittlerweile, so die Konsequenz, beschränkt sich das soziale Engagement des Betriebs nicht mehr auf einmalige Ereignisse wie das Dorfjubiläum, sondern umfasst kontinuierliche Sonderleistungen, die sich zudem beständig ausweiten. Neben gängigen Tätigkeiten wie der Bereitstellung von technischem Gerät für die Instandhaltung der Dorfwege oder für Reparaturen der öffentlichen Infrastruktur wurden am Schulgebäude umfangreiche Renovierungsarbeiten vorgenommen, wurde die zur Ruine zerfallene Dorfkirche wieder aufgebaut, die Stelle eines Geistlichen eingerichtet, das Kulturhaus mit neuen Kostümen und Requisiten ausgestattet, der Dorfpolizist finanziert und Schulkinder und Pensionäre werden an Feiertagen mit Geschenken bedacht:

»So kommt es, bitte schön, dass diese sozialen Funktionen immer weiter zunehmen. Jetzt heißt es, dass wir einen Polizisten hier im Dorf brauchen. Was meinen Sie, was mir die Bürgermeisterin sagt? Kommen Sie, lassen Sie uns das gemeinsam machen, dass wir einen Polizisten im Dorf haben. Warum ist das überhaupt meine Angelegenheit? Und jetzt brauche ich auf einmal einen Polizisten. Im Moment restaurieren wir die Kirche, wir haben viel Geld für die Kirche ausgegeben. Sehr aktiv haben wir nach einem Geistlichen gesucht, jetzt kommt einer. Sollen sie ihren Pfarrer haben. Ein ganzes Jahr hat das gedauert.« (Investor, 13.8.2008)

Wie begründet der Investor ein derartig breites Leistungsspektrum, gegen das er sich anfangs vehement gestemmt hatte? Einerseits, und darin stimmt seine Argumentation mit derjenigen des Kolchosvorsitzenden im Nachbardorf überein, erkennt er nolens volens die Alternativlosigkeit der von ihm letztlich erbrachten Leistungen im Hinblick auf eine funktionierende dörfliche Infrastruktur:

»[Investor]: Hier hat es sich so ergeben, dass die soziale Infrastruktur so oder so vom Unternehmen getragen wird. Andere Varianten gibt es nicht.

[Frage]: Und was heißt das für Sie?

[Investor]: Für uns ist das schlecht.«
(Investor, 13.8.2008)

Andererseits tritt im weiteren Verlauf der Argumentation ein bedeutender Unterschied zwischen Investor und Kolchosvorsitzendem hervor. Während der Kolchosvorsitzende in seiner Selbstbeschreibung die Gemeinwohlorientierung seiner Person wie auch seines Unternehmens in den Vordergrund stellt und sich selbst ungeachtet potenzieller Widersprüche mit den eigentlichen Unternehmenszielen – der Profitgenerierung – eine Reihe von Verantwortlichkeiten zuschreibt, beobachtet der Investor die von ihm erbrachten Leistungen explizit im Horizont einer Zweck-Mittel-Beziehung und als Teil seiner Unternehmensstrategie: Wenn er sich in seiner lokalen Umwelt dauerhaft Legitimität für seine Geschäfte verschaffen möchte, so sein Argument, habe er bestimmte Erwartungen zu erfüllen, ganz gleich wie unsinnig oder überflüssig sie in seinen Augen auch sein mögen und wie wenig er von seiner diesbezüglichen Verantwortung überzeugt ist. Im Kontrast zum Kolchos werden die Leistungen für die Gemeinde also nicht als Dienst am Gemeinwohl und losgelöst von wirtschaftlichen Logiken und Gewinnorientierung beobachtet, sondern es geht letztlich um die Legitimität des Unternehmens in seiner Umwelt im Hinblick auf den Zugang zu (externen) Ressourcen – mit Pfeffer und Salancik (2003 [1978]: 32ff) also um die Effektivität der Organisation. Effektivität bezeichnet bei Pfeffer und Salancik als externes und damit beobachterabhängiges Maß »den Grad, in dem die Organisation den Erwartungen anderer Organisationen oder externer Anspruchsgruppen entspricht« (Bonazzi 2008: 327) und dies im Hinblick auf die Minimierung der Risiken, die mit der Ressourcenmobilisierung verbunden sind. Als Gegenbegriff zu Effektivität wird die Effizienz als internes und objektiv bestimmbares Leistungsmaß einer Organisation gesetzt, die sich in Einklang mit dem gängigen Verständnis auf Input-Output-Relationen bezieht. Die Reaktion des Investors und seiner Agroholding auf die Erwartungen und Ansprüche aus der lokalen dörflichen Umwelt erfolgt in diesem Sinne im Horizont konkreter eigener (Wirtschafts-)Interessen.

Dass diese Haltung ungeachtet aller Ansprüche und Erwartungen auch in der dörflichen Umwelt reflektiert wird, kommt in Fremdbeschreibungen des Betriebs zum Ausdruck: Mit Blick auf die Leistungen für die Gemeinde wird die Agroholding durchgängig als »Sponsor« bezeichnet. Es hält damit ein Begriff Einzug in den dörflichen Sprachgebrauch, mit dem auch der Investor selbst seine Unterstützungsleistungen beschreibt. Auch wenn die Verwendung in der dörflichen Kommunikation vermutlich kaum in einem explizit betriebswirtschaftlichen Horizont stattfindet

det,⁴⁵ verweist die zugrundeliegende Intuition dennoch auf die Zuschreibung von Eigeninteresse und spezifischen Kommunikationsabsichten des Unternehmens als stets mitschwingende Motive. Die Agroholding wird damit kontrastiert mit der (unterstellten) Gemeinwohlorientierung des ehemaligen Kolchos, für den eine solche Bezeichnung nicht zur Anwendung kommt.

Um welche Art von Umweltressourcen geht es dem Unternehmen? Während dies mit Blick auf die Leistungen für die Gemeindeverwaltung verhältnismäßig diffus bleibt und in den Begründungen tendenziell allgemeine Mythen gesellschaftlicher Verantwortung zum Tragen kommen (vgl. dazu und unter Verweis auf »Corporate Social Responsibility« Bluhm 2008: 156), schärft sich das Bild, wenn man die Leistungen für die Hoflandwirtschaften der Gemeindemitglieder – ebenfalls eine übliche Kolchosaufgabe – berücksichtigt: Daraus, dass er die privaten Hoflandwirtschaften nicht nur für ökonomisch überflüssig hält, sondern auch einen unmittelbaren Interessenskonflikt mit seinem eigenen Unternehmen sieht, macht der Investor keinen Hehl. Insbesondere während der arbeitsintensiven Erntezeit stehe seinen Mitarbeitern die Zeit, die sie für die eigene Hoflandwirtschaft aufwenden, nicht für ihre Tätigkeit in seinem Unternehmen zur Verfügung:

»Meine Haltung dazu ist die folgende: Je weniger Hoflandwirtschaften es in diesem Dorf gibt, desto besser. Je mehr Leute in der betrieblichen Produktion arbeiten, desto interessanter ist das für mich. [...] Während der Erntezeit fahre ich sie für einen zwölfstündigen Arbeitstag raus und wenn sie nachhause kommen, müssen sie nur noch schlafen und kommen dann wieder zur Arbeit, schlafen und wieder zur Arbeit. Der Zyklus der maximalen Arbeitsbelastung ist dabei identisch: Ich brauche sie im August-September, wenn sie auch in ihren Hoflandwirtschaften gebraucht werden.« (Investor, 13.8.2008)

Allem Missfallen zum Trotz beobachtet er die Hoflandwirtschaften jedoch als eigenständigen Sachverhalt, der sich seinem Einfluss entzieht. Ein Verbot ist nicht möglich und Streit darüber hält er für sinnlos. Um dennoch Kontrolle ausüben und den Widerspruch zu seinen eigenen Zielen minimieren zu können, greift er auf eigene Mittel zurück:

45 Das Gabler Kompakt-Lexikon Wirtschaft definiert Sponsoring als Teil der Kommunikationspolitik eines Unternehmens, das Aktivitäten umfasst, »durch die Personen und Organisationen in den Bereichen Sport, Kultur, Soziales, Umwelt oder Medien gefördert werden. Durch S. soll v.a. der Bekanntheitsgrad eines Unternehmens gesteigert und sein Image verbessert werden« (Gabler Verlag 2010: 409).

»[Investor]: Im vergangenen Jahr habe ich ihnen Kartoffeln gegeben. Sie sollen so viele Kartoffeln nehmen, wie sie wollen, damit sie in ihrem Gemüsegarten keine Kartoffeln setzen und dann mit dem Spaten ausgraben.

[Frage]: Und das hat funktioniert?

[Investor]: Im Prinzip – die Leute haben gearbeitet und Kartoffeln gab es sowieso so viele, dass wir nicht wussten, wohin damit. Das heißt, ich versuche, die Leute von ihrer Hoflandwirtschaft zu lösen, damit sie anfangen, in meinem Unternehmen zu arbeiten. Für mich ist das profitabel. Aber auf der anderen Seite – wenn die Leute eine Kuh halten, kann ich nicht hingehen und ihnen sagen, ihr müsst die Kuh schlachten, andernfalls kriegt ihr von mir keine Arbeit. Die Leute halten Kühe, das ist die Situation. Für mich gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder streite ich mich mit ihnen wegen der Kuh oder ich Sorge dafür, dass die Kuh so wenig Zeit wie möglich in Anspruch nimmt.«

(Investor, 13.8.2008)

Agiert der Vorsitzende des ehemaligen Kolchos in derselben Situation in der Überzeugung von der Wichtigkeit der Hoflandwirtschaften als dörfliche Institution, wird deren Bedeutung aus Sicht der Agroholding betont heruntergespielt und als verschwindendes und mittlerweile überwundenes Vergangenheitsphänomen dargestellt:

»[Agronom₁]: Man kann sagen, dass das [die Hoflandwirtschaften, E.M.] kein dominierender Faktor im Leben der Leute mehr ist, das ist keine wesentliche Einkommensquelle.

[Agronom₂]: Das ist mehr aus Gewohnheit.

[Agronom₁]: Das ist so was wie ein Hobby. Man zieht sich ein paar Pflanzen auf seinem Grundstück.«

(Angestellte der Agroholding, 7.3.2010)

Dass für die Hoflandwirtschaften letztlich identische Unterstützungsleistungen wie zuvor durch den Kolchos erbracht werden – die Bereitstellung von technischem Gerät, die vergünstigte oder kostenlose Abgabe von Futter, Heu und ähnlichem –, beobachtet der Investor als Notwendigkeit für die Schaffung, Sicherung und Erweiterung eigener Handlungsspielräume in Form von Arbeitskraft. Die für das sowjetische Dorf einst charakteristische Symbiose zwischen landwirtschaftlichen Großbetrieben und Hoflandwirtschaften, die in den Semantiken des Kolchosvorsitzenden noch leise anklingt (auch wenn auch hier längst kein operativer Austausch wie zu sowjetischer Zeit mehr stattfindet), wird aufgebrochen. Die Grenzen werden scharf und das Verhältnis auf Distanz gestellt.

Darüber hinausgehende Beziehungen zwischen dem Großbetrieb und den Hoflandwirtschaften finden sich zwar vereinzelt auch in Beljaevka, nehmen aber eine im Vergleich mit den (post)sowjetischen Strukturen kategorial andere Form an.

Beispielsweise erwähnt der Investor ein vertragliches Arrangement mit privaten Bienenzüchtern, deren Honig er aufkauft, kommodifiziert – also Qualitätskontrollen durchführt, mit Zertifikaten versieht, industriell abfüllt – und über Supermärkte vertreibt. Anstoß für die Zusammenarbeit war seine Beobachtung, dass Honig zwar ein profitabler Produktionszweig für das Unternehmen sein könnte, die Massenproduktion aufgrund der speziellen Eigenschaften dieses Produkts jedoch mit einer Reihe von (Kontroll-)Problemen verbunden ist. Diese sollen umgangen werden, indem die zahlreichen privaten Bienenzüchter im Dorf, die aus eigener Kraft nur über sehr begrenzte Verkaufsmöglichkeiten verfügen, als Zulieferer in die Produktion integriert werden. Die Symbiose wird durch eine Wertschöpfungsbeziehung ersetzt:

»Wir kaufen jetzt eine Abfüllanlage, um diesen Honig abzufüllen, Zertifikate auf die Verpackung zu kleben, einen Strichcode, damit man ihn in normalen Geschäften verkaufen kann, damit er eine Ware wird. Denn der Honig, so wie er aus dem Bienenstock kommt, ist natürlich sehr lecker, aber er ist keine Ware, man kann ihn nicht verkaufen, außer vielleicht auf dem Wochenmarkt oder von Nachbar zu Nachbar. Und wir versuchen jetzt, Kooperationen aufzubauen. Allerdings ist Honig eine sehr eigenwillige Ware. [...] Es ist praktisch unmöglich, ein effektives Kontrollsystem aufzubauen. Wie lange habe ich gegessen und überlegt, wie kann man ein Kontrollsystem aufbauen, wie erfasst man ihn im Rechnungswesen, wie managt man diese Sache – und ich habe keine Lösung gefunden. Mal fliegen diese Bienen, mal fliegen sie nicht, zählen kannst du sie sowieso nicht. Und dann haben wir es auf andere Weise versucht: Private Bienenzüchter gibt es hier viele. Wir sagen: Verkauft uns den Honig, wir überprüfen seine Qualität, füllen ihn ab und verkaufen ihn weiter. Interessant ist für sie schon ein Preis von 120 bis 130 Rubel, dann lohnt es sich für sie schon, die Produktion komplett zu verkaufen. Denn sie können ihn für 150 bis 160 verkaufen, aber dann müssen sie ihn einzeln in Gläsern verkaufen. Und so verkaufen sie ihn für 120 oder 130 komplett und kriegen das Geld sofort und das war's. Und wir erzielen heute im Bezirk einen Preis von 220 Rubel. Sie wissen ja selbst – hübsche Etiketten sind der halbe Preis des Produkts.« (Investor, 13.8.2008)

Professionalisierung, Formalisierung und Entflechtung zwischen Agrohholding und Gemeinde

Die Agrohholding, so lässt sich die bisherige Argumentation zusammenfassen, erbringt für die Gemeindeverwaltung und die Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner eine Reihe von Leistungen, die inhaltlich den Kolchosleistungen gleichen. Im Unterschied zum ehemaligen Kolchos werden diese Leistungen jedoch von der Leitung der Agrohholding nicht als altruistische Pflicht betrachtet, die vom eigentlichen Organisationszweck – dem Profit – ablenken. Vielmehr ist zu erkennen, dass die vielfältigen Leistungen als ein Mittel zur Herstellung von Legitimität in der lo-

kalen Umwelt beobachtet und explizit in den Horizont der eigenen Geschäftstätigkeit gerückt werden. Vorbehalte aus dieser unmittelbaren Umwelt, dem Dorf, gegen die Agroholding beziehen sich weniger auf die Art der Produktion – gegen den Kartoffelanbau hat niemand etwas einzuwenden. Die Quelle (potenzieller) Illegimität ist vielmehr die schiere Existenz des Unternehmens als formal-strukturell und personell distinkter Nachfolgebetrieb des Kolchos sowie die Tatsache, dass Kolchosland gekauft wurde. Auf diese Vorbehalte reagiert die Agroholding durch Imitation der Kolchosleistungen bei geänderten Bewertungsmaßstäben. An diesen Befund schließt sich nun die Frage an, auf welche Weise diese Leistungen erbracht werden und welche Kommunikationsformen und Kooperationsstrukturen sich vor allem im Verhältnis zur Gemeindeverwaltung herausbilden.

Vergleicht man die Arrangements zwischen Betrieb und Gemeindeverwaltung mit den Vereinbarungen des ehemaligen Kolchos im Nachbardorf und der dortigen Gemeindeverwaltung, scheinen mit Blick auf den Formalisierungsgrad und die Preisbildung zunächst die Gemeinsamkeiten zu überwiegen. Wie im Fall des ehemaligen Kolchos bewegen sich die Vereinbarungen in einer Zone zwischen Formalität und Informalität. Laut den Beteiligten – Mitgliedern der Gemeindeverwaltung und Betriebsangehörigen – werden zumindest die regelmäßig vom Unternehmen erbrachten Leistungen schriftlich fixiert:

»[Frage]: Leistet das Landwirtschaftsunternehmen Unterstützung im Bereich kommunaler Dienstleistungen?

[Sachbearbeiterin]: Soweit ich weiß, sponsern sie Unterhaltungsveranstaltungen. Wir haben dafür praktisch kein Geld. Dabei helfen sie uns. Und für den Winter haben wir einen Vertrag über das Schneeräumen auf den Dorfwegen abgeschlossen. Wir selbst haben keinen Traktor. Wenn Not am Mann ist, wenden wir uns an sie und sie haben noch nie abgelehnt.

[Frage]: Verträge bedeutet, dass sie Zahlungen leisten?

[Sachbearbeiterin]: Über die Säuberung der Wege? [...] Darüber gibt es einen Vertrag und wir bezahlen für diese Leistungen.«

(Sachbearbeiterin der Gemeindeverwaltung, 3.3.2010)

Gleichzeitig schwingt in den Arrangements jedoch stets ein Moment der Gemeinwohlorientierung und Gemeinschaftlichkeit mit, das den vertraglichen Rahmen übersteigt. So hebt eine Gemeinderätin, die gleichzeitig die dörfliche Krankenstation leitet, hervor, dass sie die Unterstützung der Agroholding in fast allen Bereichen der kommunalen Infrastruktur gerade aufgrund ihres informalen Charakters (respektive ihrer unvollständigen Formalisierung) schätze. Auf diese Weise, so ihre Sichtweise, könne man sich stets auf die Solidargemeinschaft des Dorfes berufen, innerhalb derer eine Bitte kaum ausgeschlagen werden könne. Sobald vollständig formalisierte Verträge existierten und Zahlungen formal eingefordert würden, so

ihre Befürchtung, werde sich diese Form der Gemeinschaftlichkeit auflösen und die Ablehnungswahrscheinlichkeit seitens des Betriebs zunehmen. Befürchtet wird, um die folgende Interviewpassage mit Blick auf Weber (1964: 29f) zu paraphrasieren, ein Übergang von Gemeinschaft als affektueller oder traditionaler Zusammengehörigkeit zu Gesellschaft als zweckrationaler Zusammengehörigkeit – der jedoch, folgt man den oben dargestellten Ausführungen des Investors, tatsächlich längst eingesetzt hat:

»[Frage]: Kommt es vor, dass das Landwirtschaftsunternehmen im Bereich kommunaler Dienstleistungen hilft?

[Gemeinderätin]: Ja ja, das ist unentbehrlich. Was sollten wir ohne unser Unternehmen machen? Im Winter den Schnee räumen – an wen wenden wir uns? Dorthin wenden wir uns und bitten um Hilfe. Jetzt kommt der Frühling, es wird »subbotniki« [freiwillige Arbeitseinsätze in der Gemeinde, E.M.] geben, wir werden das Gelände vom Unrat befreien, der sich im Herbst und Winter angesammelt hat. Wen bitten wir dafür um eine Karre? Wir werden sie [das Unternehmen, E.M.] anrufen: »Seien Sie so gut, stellen Sie uns eine zur Verfügung«. Bis jetzt machen sie das noch auf freiwilliger Basis. Aber im Prinzip könnten sie für jede dieser Leistungen Geld verlangen. Aber es heißt, dass wir hier im Dorf zusammen leben, jeder kennt jeden...

[Frage]: Das heißt, die Hilfe wird auf informaler Ebene erbracht?

[Gemeinderätin]: Auf informaler Ebene.

[Frage]: Und kommt es vor, dass Verträge geschlossen werden?

[Gemeinderätin]: Bis jetzt läuft alles auf informaler Ebene. Aber sie haben uns schon darauf hingewiesen, dass das alles eigentlich offiziell sein sollte. Ehrlich gesagt, macht mir dieses Offizielle Angst.

[Frage]: Warum?

[Gemeinderätin]: Wir können nicht plötzlich bezahlen. Wenn jemand freiwillig hilft: »Vielen Dank, kommen Sie gern wieder, ich werde Ihnen zuhören, ich messe Ihnen den Blutdruck, ich helfe Ihnen«. Wie du mir, so ich dir. Wir sind Nachbarn. Aber wenn ein Vertrag geschlossen wird: »Aha, du schuldest mir noch eine Kopeke, so und so viel hast du noch nicht bezahlt«. Die Beziehungen werden sich vollständig verändern.«

(Gemeinderätin/Leiterin der Krankenstation, 25.2.2010)

Zum Ausdruck kommt der Aspekt der Gemeinschaftlichkeit insbesondere in den vereinbarten Preisen: Ebenso wie der ehemalige Kolchos betonten auch Vertreter der Agrohholding, dass sich die Preise für die einzelnen Leistungen allein auf die anfallenden Selbstkosten beziehen (also im Wesentlichen Treibstoff und Arbeitskosten). Die Preisbildung wird explizit aus der Marktlogik herausgenommen und in Distanz dazu beobachtet – und dies gilt für Leistungen an Betriebsangehörige ebenso wie an »Externe«, darunter auch die Gemeindeverwaltung:

»[Agronom₁]: Das ist sozusagen rein symbolisch – für unsere Leute. Auch wenn es vielleicht Einbußen für den Betrieb bedeutet, aber wenn es für die eigenen Leute ist, dann ist das nicht der Rede wert, dass es ein Verlust ist. Das sind unsere Leute, die sich für uns abrackern, die ihre Seele in ihre Arbeit legen. Deshalb, so scheint es mir, ist das nur ein symbolischer Preis.

[Frage]: Und die übrigen Dorfbewohner, die nicht hier arbeiten, wenden sich auch an Sie und bitten um Unterstützung – oder kommt das nicht vor?

[Agronom₂]: Ja, das kommt vor, sie kommen auch. Ihnen helfen wir auch.

[Frage]: Sind die Preise für sie dann höher?

[Agronom₂]: Ja ja, die sind etwas höher, aber immer noch niedriger als auf dem Markt. Denn wir wohnen hier alle nebeneinander, man muss den Leuten helfen.«

(Angestellte der Agroholding, 7.3.2010)

Leistungen, die darüber hinaus in Einzelfällen und Notsituationen anfallen, werden ohnedies ganz ohne quasi-vertragliche Rahmung, jedoch auch gegen (symbolische) Bezahlung erbracht. Als während eines meiner Feldaufenthalte im Winter ein Schaden an der Wasserleitung für chaotische Verhältnisse im Dorf sorgte, beteiligte sich der Betrieb aktiv an den Reparaturarbeiten:

»[Frage]: Gibt es Formen der Zusammenarbeit zwischen ihrem Unternehmen und der Gemeindeverwaltung?

[Agronom]: Natürlich gibt es die. Gerade haben wir zum Beispiel den Traktor für die Reparatur der Wasserleitung zur Verfügung gestellt. [*lacht*] Und wir helfen mit Brennholz. Was noch? Unterhaltungsveranstaltungen führen wir durch, an Feiertagen. Das machen wir alles zusammen, wir arbeiten zusammen, soweit wir können.

[Frage]: Ist diese Zusammenarbeit mehr oder weniger informal oder schließen sie Verträge darüber ab?

[Agronom]: Verträge im strengen Sinne gibt es nicht, das ist alles von Fall zu Fall.

[Frage]: Einfach nur so?

[Agronom]: Natürlich, Papierkram gibt es auch, wenn Dienstleistungen bestellt werden. Aber zum großen Teil auch nur so.«

(Angestellter der Agroholding, 7.3.2010)

Die Reparatur der defekten Wasserleitung hat allerdings eine Vorgeschichte: Beim Gespräch mit dem Leiter eines privaten Unternehmens für kommunale Dienstleistungen (9.3.2010) erfuhr ich zufällig, dass ebenjener Privatunternehmer der Bürgermeisterin angeboten hatte, sich um die Reparatur der Wasserleitung zu kümmern. Voraussetzung dafür sei für ihn jedoch eine offizielle Auftragsvergabe sowie der Abschluss eines Vertrags, in dem die zu leistenden Zahlungen festgehalten werden sollen. In Sorge um die Tragfähigkeit des kommunalen Budgets und mit

Blick auf die Unverhandelbarkeit der vertraglichen Vereinbarungen lehnte die Bürgermeisterin dies jedoch ab und bat stattdessen die Agroholding um Hilfe.

Immer wieder deuten die Äußerungen von Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohnern, Mitgliedern der Gemeindeverwaltung oder Betriebsangehörigen vordergründig auf Gemeinsamkeiten zwischen den *Leistungen* des ehemaligen Kolchos und der Agroholding in *Form und Inhalt* hin. Bedeutende Unterschiede kommen bestenfalls in Randbemerkungen zum Vorschein: Die *Kooperationsstrukturen* zwischen Gemeindeverwaltung und landwirtschaftlichem Großbetrieb, über die die Leistungsarrangements ausgehandelt werden, werden im Fall der Agroholding *formalisiert und professionalisiert* – und dies in zweifacher Hinsicht. *Erstens* werden innerhalb des Unternehmens sowohl eigens Stellen für die Zusammenarbeit mit der Gemeinde geschaffen als auch Aufgaben, die im Zusammenhang mit dörflichen Leistungen anfallen, formal – d.h. ausgehend von der Unternehmensführung – delegiert und damit in die bestehende Organisations- oder genauer Stellenstruktur integriert. Entsprechend beschreibt die Bürgermeisterin rückblickend, dass sich das anfänglich schwierige Verhältnis zum Investor sukzessive verbessert und das Unternehmen sich der Dorfgemeinschaft »zugewendet« habe. Zwar sei der Investor selbst nur selten im Dorf und auch darüber hinaus kaum persönlich zu erreichen, doch angesichts seiner Rolle als »Geschäftsmann« wird dafür durchaus Verständnis geäußert. Überdies könne sie sich mit ihren Anliegen an eine eigens dafür vorgesehene Mitarbeiterin des Unternehmens wenden, zu der sie mittlerweile in regelmäßigem Kontakt stehe:

»Sie [das Unternehmen, E.M.] haben sich uns, den Leuten, zugewendet – so kann man das beschreiben. Sie helfen. Es gibt in seiner Belegschaft sogar eine Person, die für Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist – also für die Zusammenarbeit mit uns. Wir arbeiten mittlerweile sehr eng mit dieser jungen Dame zusammen. Sie ist häufig hier bei uns. Er [der Investor, E.M.] ist weit weg, er ist ein vielbeschäftigter Mensch, nicht erreichbar. Zu ihm dringst du mit deinen Fragen, mit deinen Problemen nicht so leicht durch. Das läuft alles über sie. Auf diese Weise hilft er uns.« (Bürgermeisterin, 25.8.2008)

Zwar klingt in der Äußerung der Bürgermeisterin die Normalitätserwartung an, dass die Zusammenarbeit mit einem Betrieb üblicherweise über dessen Spitze laufen und sich durch einen engen Verhältnis zwischen Gemeindeverwaltung und Betriebsleitung auszeichnen solle. Doch durch die Abwesenheit und Nicht-Erreichbarkeit des Investors wurde diese Erwartung durchbrochen und augenscheinlich hat sich die Bürgermeisterin mit den neuen Verhältnissen arrangiert.

Ein weiteres Beispiel für die zunehmende Professionalisierung sind die bereits erwähnten Feierlichkeiten zum Dorfjubiläum. Hier beschreibt der Investor selbst nicht nur sein (finanzielles) Engagement als unumgänglich, sondern hebt auch die

Delegation der entsprechenden Aufgaben an seine Markenmanager hervor, die auf derartige Tätigkeiten spezialisiert seien:

»Das Dorfjubiläum in Beljaevka musste ausgerichtet werden, für Unterhaltung musste gesorgt werden. Wir haben das mit fast 150.000 Rubel gesponsert, haben das Fest ausgerichtet. Das heißt nicht nur Geld, auch meine Markenmanager aus der Geschäftsstelle in Perm sind hierher gekommen, haben die Feierlichkeiten organisiert, den Ablauf und alles. Sie sind dazu in der Lage, das ist ihr Spezialgebiet.« (Investor, 13.8.2008)

Während, wie in der ersten Episode deutlich wurde, in den Äußerungen des Kolchosvorsitzenden stets er selbst Dreh- und Angelpunkt der Kooperation mit der Gemeinde ist, die Leistungserbringung tatsächlich aber oftmals scheinbar unkontrolliert über untere Hierarchieebenen und ohne das Wissen der Betriebsleitung abgewickelt wird, verweist der Investor – ohne dabei Zweifel an seiner eigenen Führungsposition aufkommen zu lassen – explizit auf entsprechende Formalstrukturen im Unternehmen und auf Stellen, an die Aufgaben delegiert werden. Für das Unternehmen sind die Leistungen gegenüber der Gemeinde ein klar definierter und abgrenzbarer Tätigkeitsbereich und die dabei anfallenden Entscheidungen einzelnen Stellen eindeutig zuzuordnen. Für die Gemeindeverwaltungen ergibt sich daraus eine personelle und räumliche Differenzierung der Ansprechpersonen. Dies ist relevant, da sämtliche Leistungen der Agroholding im Dorf mangels sowjetischer Kontinuitäten tatsächlich neu initiiert (d.h. angefragt und begründet) werden müssen: Wenn es um Leistungen des Großbetriebs geht, werden nunmehr Rollen – und nicht Personen – adressiert. Eine Verquickung von Rolle und Person, wie sie für das Verhältnis von Bürgermeisterin und Kolchosvorsitzendem charakteristisch und für die Rolle des ehemaligen Kolchos im Dorf maßgeblich ist, wird in der Beziehung von Bürgermeisterin und Investor von vornherein unterbunden.

Verstärkt werden diese Effekte, indem sich die Formalisierungen und Professionalisierungen nicht nur unternehmensintern zeigen, sondern noch in einem *zweiten* Bereich stattfinden: Bei den Gemeinderatswahlen im Herbst 2008 – rund zwei Jahre nach dem ersten Auftreten des Investors im Dorf – traten von den insgesamt 15 Kandidaten fünf explizit als Gruppe und im Namen der Agroholding an. Neben dem Investor selbst kandidierten der Geschäftsführer, der leitende Agronom und die Lagermeisterin des Unternehmens; kurzerhand assoziiert wurde die Ehefrau des Geschäftsführers, die als Lehrerin an der Dorfschule arbeitet. Der Wahlspruch dieses Kollektivs – »Gemeinsam verbessern wir das Leben im Dorf« – tauchte unter anderem in großformatigen Anzeigen in der Lokalzeitung auf (vgl. »Ochanskaja Storona« vom 9.10.2008: 5). Illustriert waren die Anzeigen mit einem Bild der Dorfkirche, die zu dieser Zeit gerade vom Betrieb restauriert wurde. Konkret verwiesen wurde darüber hinaus auf Bereiche wie die Straßenbeleuchtung, die Gasifi-

zierung, den Bau von Straßen und Wohnungen sowie die Unterstützung von Schule und Kindergarten – allesamt Themen, die im Dorf als relevant und deren Bearbeitung vor allem aus finanziellen Gründen als problematisch beobachtet werden. Kurz vor den Wahlen wurde die Wahlanzeige zusätzlich buchstäblich gerahmt von einem ganzseitigem Bericht über die Agrohholding, der unter der Überschrift »Die Probleme des Dorfes sind unsere Probleme« den Betrieb als »Retter« der Gemeinde inszenierte, sein soziales Engagement hervorhob – wovon sich der Investor selbst nur wenige Wochen zuvor im Interview distanziert hatte – und die begeisterten Reaktionen der Dorfbevölkerung darlegte. Verfasst wurde der Bericht von der Presseabteilung des Unternehmens (»Ochanskaja Storona« vom 9.10.2008: 5).

Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen spiegelt einen Effekt dieser und ähnlicher Maßnahmen partiell wider: Von den fünf Kandidaten der Agrohholding zogen drei in den siebenköpfigen Gemeinderat ein, so dass der Betrieb dort zwar über keine absolute Mehrheit, aber doch eine hinreichend starke Fraktion verfügte. Die Ehefrau des Geschäftsführers (55 Prozent) konnte dabei ebenso wie der Investor selbst (53 Prozent) hohe Stimmenanteile von über 50 Prozent auf sich verbuchen, die nur vom Resultat der Bürgermeisterin überstiegen wurden (60 Prozent). In das Gremium gewählt wurden auch der leitende Agronom des Betriebs sowie die Schuldirektorin, eine Mitarbeiterin des Lebensmittelgeschäfts und die Leiterin der Krankenstation (alle mit Stimmenanteilen um 40 Prozent)⁴⁶ (vgl. »Ochanskaja Storona« vom 5.9.2008: 7 und vom 17.10.2008: 6). Im Nachhinein durchaus skeptisch beobachtet wurde, dass der Investor selbst aufgrund seiner unregelmäßigen Anwesenheit im Dorf sein Amt auf »nichtständiger« Basis wahrnahm und sich bei den Sitzungen meist von seinem Geschäftsführer vertreten ließ.

Das politische Engagement des Investors und seiner Mannschaft zeitigte zwei Effekte: Zum einen wird durch das explizite Auftreten im Kollektiv nicht nur die Person des Investors, sondern das Unternehmen als Ganzes mit politischer Bedeutung und Macht versehen. Die Art und Weise, wie dies geschieht, unterstreicht gleichzeitig die distinkte Logik des politischen Systems: Einfluss auf politische Entscheidungen wird nicht etwa durch eine personenbezogene Beziehung zur Bürgermeisterin gesucht, sondern durch die Übernahme eines Amtes – also einer politischen Rolle. Zum anderen werden die Unterstützungsleistungen durch die Agrohholding nun explizit als politisches Thema inszeniert und in den Bereich des Gemeinderats als kommunales und für die Öffentlichkeit beobachtbares Forum verlegt: Die Protokolle zu den Sitzungen sind öffentlich einsehbar und der Gemeinderat hat über seine Entscheidungen gegenüber den Gemeindemitgliedern Rechenschaft abzule-

46 Die Ergebnisse dieser und anderer kommunaler und regionaler Wahlen und Referenden in der Region Perm sind auf der Website der regionalen Wahlkommission online verfügbar: <http://permkrai.izbirkom.ru/way/951908.html> (zuletzt eingesehen am 22.4.2015).

gen. Auch wenn dies von keinem der Beteiligten explizit im Rahmen dieser Unterscheidung beobachtet wurde, kontrastiert diese Form der Kommunikation mit der informalen und von außen weitgehend intransparenten Grauzone, die durch die Verbindung zwischen Bürgermeisterin und Kolchosvorsitzendem im Nachbardorf konstituiert wird.

Mit Blick auf die Bedeutung des Gemeinderats als Organ kommunaler Selbstverwaltung dürften die Folgen ambivalent sein: Einerseits wird er als lokalpolitische Institution aufgewertet, indem er – auch hier liegt ein Kontrast zum kolchosdominierten Nachbardorf vor – tatsächlich zum Ort relevanter Entscheidungen wird, andererseits steht er durch seine neue personelle Zusammensetzung stark unter dem Einfluss der Agroholding.

Brüchige Kontinuitäten

Wie lassen sich die Anpassungs- und Strukturänderungsprozesse zusammenfassen, die im Zusammenhang mit dem Auftauchen einer Agroholding als neuartigem und vom ehemaligen Kolchos distinkten Betriebstyp im Dorf zu beobachten sind? Betrachtet und bewertet man die Etablierung des Unternehmens im Dorf im Horizont der Herausbildung eines Marktes für Agrarland – und damit zugleich im Horizont eines der klassischen Themen der postsowjetischen Transformationsforschung –, sind die Effekte ambivalent: Durch den Verkauf der Landanteile hat zwar die reine Anzahl an Transaktionen ebenso wie der Anteil der registrierten (und somit vollständig privatisierten) Landparzellen zugenommen, was gemeinhin als Erfolg mit Blick auf die Marktentwicklung gewertet wird (eine solche Perspektive vertreten z.B. Lerman 2001; Lerman/Shagaida 2007; Shagaida 2005; Wegren 2008). Ein marktförmiger Beobachtungsmodus, also Konkurrenzbeobachtung auf Preise und Zahlungsmöglichkeiten hin, flackerte für die Anteilseignerinnen und Anteilseigner jedoch nur für einen kurzen Moment auf. Potenzielle Anschlussmöglichkeiten wurden durch das Verhalten der Agroholding unmittelbar wieder unterdrückt.

Ähnlich ambivalent ist auch die Änderung von Erwartungs- und Kommunikationsstrukturen mit Blick auf die Operationsweise kommunaler Selbstverwaltung im Dorf. Analog zur Situation in Andreevka stehen dabei die wechselseitigen Beobachtungen, Zuschreibungen und Formen der Kommunikation zwischen dem landwirtschaftlichem Großbetrieb auf der einen und Gemeindeverwaltung und Dorfgemeinschaft auf der anderen Seite im Fokus. Mit Blick auf die postsowjetische Vergangenheit der Gemeinde und auf die Imperative der jüngsten Kommunalreform lassen sich die Persistenz tradiertter und die Umstellung auf neue Strukturen gleichermaßen beobachten.

Brüche mit tradierten Strukturen werden in der Art und Weise deutlich, wie der Landwirtschaftsbetrieb mit den Ansprüchen und Erwartungen umgeht, die aus der

lokalen dörflichen Umwelt an ihn herangetragen werden. *Erstens* lässt sich mit Blick auf die Leistungen des Betriebs eine Tendenz zu Formalisierung und Monetarisierung beobachten, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass gegenüber dem Unternehmen in keinerlei Hinsicht an tradierte Verantwortlichkeiten angeknüpft werden kann, sondern jede einzelne Leistungserwartung formuliert und begründet werden muss. *Zweitens* erbringt der Landwirtschaftsbetrieb zwar trotz anfänglich anderweitiger Pläne letztlich inhaltlich identische Leistungen wie der ehemalige Kolchos. Beobachtet werden diese jedoch nicht als selbstverständlicher und unhinterfragter Beitrag des Unternehmens zum dörflichen Gemeinwohl, sondern als unverzichtbarer Schritt zur Herstellung von Umweltlegitimität und damit im Horizont der Gewinnorientierung. Die Rede vom Sponsoring spiegelt dies sowohl in der Selbst- wie auch in der Fremdbeschreibung des Betriebs wider. Und *drittens* vollzieht sich die Professionalisierung der Leistungserbringung durch den Betrieb in Form der Schaffung von Stellen, in deren Folge sich die Differenzierung von Rollen und Personen beobachten lässt. Zwar gilt auf der Seite der Gemeindeverwaltung nach wie vor die Bürgermeisterin als zentrale Person und Ansprechpartnerin für Probleme jeglicher Art, ihr fehlt jedoch ein analoger Gegenpart auf der Seite des Betriebs: Der Investor selbst steht an der Spitze des Betriebs und tritt im Dorf entsprechend in Erscheinung, ist jedoch persönlich kaum erreichbar; zur Ansprechpartnerin aus der Abteilung für Öffentlichkeit pflegt die Bürgermeisterin zwar nach eigenem Bekunden ein gutes Verhältnis, diese befindet sich jedoch ebenfalls außerhalb des Dorfes; die Mitglieder der Betriebsleitung, die ebenfalls als wichtige Ansprechpersonen für Unternehmensdienstleistungen fungieren, leben und arbeiten zwar im Dorf, wurden jedoch in der Regel extern rekrutiert und fluktuieren (zumindest im Vergleich mit der hohen, meist seit sowjetischer Zeit bestehenden personellen Konstanz der ehemaligen Kolchase) häufig.⁴⁷ Eine dörfliche Elite aus Bürgermeisterin und Betriebsleiter, die beide umfassend im Dorf verankert sind, bricht mit dem Auftauchen der Agroholding nachhaltig auf.

Kontinuität mit Blick auf die postsowjetische Vergangenheit lässt sich ungeachtet dieser Änderungen vor allem mit Blick auf dorfinterne Abhängigkeiten und die Schließung des Dorfes als Kommunikationszusammenhang beobachten: Unabhängig davon, ob die aus Gemeindesicht unverzichtbaren Dienstleistungen vom ehemaligen Kolchos auf tendenziell informaler oder von der Agroholding auf stärker formalisierter und professionalisierter Basis erbracht werden, reproduziert sich durch die Inanspruchnahme dieser Leistungen die Abhängigkeit des Dorfes von einer dominanten Organisation. Potenziell aufzubrechen wären diese Abhängigkeits-

47 Beispielsweise wechselte der Geschäftsführer ein erstes Mal bereits während meiner Forschungsaufenthalte und im Juli 2012 porträtierte die Lokalzeitung erneut einen neuen Stelleninhaber (»Ochanskaja Storona« vom 16.7.2012).

strukturen von zwei Seiten: Entweder innerhalb des Dorfes durch die Herausbildung neuer Betriebe an den Grenzen der Agrohholding, die in der Lage sind vergleichbare Leistungen zu erbringen, oder durch die Teilnahme der Gemeinde am Markt für kommunale Dienstleistungen außerhalb des Dorfes, indem Geschäftsbeziehungen mit entsprechenden Spezialunternehmen eingegangen werden. Beide Optionen scheinen zwar am Horizont auf, verschwimmen jedoch zunehmend, je nachhaltiger sich die Agrohholding im Dorf etabliert. Letztere, so formuliert Nikulin (2010) treffend, generiert sich in der Nachfolge des ehemaligen Kollektivbetriebs als »Oligarchos«,⁴⁸ um den herum sich die dörfliche Kommunikation bündelt. Die Dorföffentlichkeit gewinnt dabei zwar scheinbar an Einfluss, indem die Entscheidungen über die Unternehmensleistungen (zumindest teilweise) durch die Wahl von Unternehmensvertretern in entsprechende politische Ämter in den Gemeinderat als öffentliches und gegenüber den Gemeindemitgliedern rechenschaftspflichtiges Gremium verlegt werden und damit nicht mehr allein Gegenstand privater Aushandlungsprozesse zwischen Bürgermeisterin und Kolchosvorsitzendem sind. An der faktischen Dominanz des Unternehmens und seiner Entscheidungen im Dorf dürfte dieser Szenenwechsel indes wenig ändern.

DIE VERTEIDIGUNG DES DORFES – ODER: WIE VERÄNDERUNGSSORGEN INDIVIDUALISIERUNG UND FUNKTIONALE DIFFERENZIERUNG BEFÖRDERN

Derselbe Investor, der im Jahr 2006 in Beljaevka die Dorföffentlichkeit über seine Geschäftspläne informiert und in der Folge begonnen hatte, den Anteilseignerinnen und Anteilseignern des dortigen insolventen Kolchos ihre Landanteile abzukaufen, streckte auch andernorts seine Fühler nach Agrarland aus und forderte so auch jenseits der Dorfgrenzen Beljaevkas, im benachbarten Andreevka, die tradierte räumliche Kongruenz von Kolchos und Gemeinde heraus. Nicht nur die Ausgangssituation, sondern auch die Vorgehensweise der Agrohholding und die Reaktionen darauf unterschieden sich in Andreevka jedoch signifikant von den Strukturen und Ereignissen in Beljaevka: Auch in Andreevka war der ehemalige Kollektivbetrieb formal, aber nicht faktisch privatisiert. Die Anteilseignerinnen und Anteilseigner überließen ihre virtuellen Landparzellen dem Betrieb zur Pacht und verrechneten – in Abwesenheit von Pachtzahlungen – die umfangreichen Leistungen des Betriebs für die Hoflandwirtschaften und die Gemeindeverwaltung als eine Art kollektive

48 Eine Wortschöpfung, die sich aus »Oligarch«, unter Anspielung auf die in Russland aus der Phase der Perestroika und der frühen postsowjetischen Zeit hervorgegangenen Wirtschaftsoligarchen, und »Kolchos« zusammensetzt.

Gegenleistung. Anders als in Beljaevka existierte der ehemalige Kollektivbetrieb, obwohl auch er mit wirtschaftlichen Problemen kämpfte und staatliche Subventionen beanspruchte, aber als zahlungsfähiges und stabiles Unternehmen, dessen Leitung zudem mit der Gemeindeverwaltung allgemein und der Bürgermeisterin im Speziellen ein enges Verhältnis pflegte.

Der Kauf der Eigentumszertifikate von den Anteilseignern durch den Investor stellte sich für den ehemaligen Kolchos in Andreevka einerseits als konkrete und unmittelbare, andererseits jedoch als kaum detailliert beobachtbare und diffuse Bedrohung der eigenen Existenz dar: Unmittelbar, weil die Verfügungsrechte an Agrarland als zentralem Produktionsfaktor des Unternehmens auf dem Spiel stehen; diffus, weil mit den Eigentumszertifikaten keine konkreten, räumlich definierten Landanteile, sondern nur die Rechte auf die Herauslösung von Parzellen einer bestimmten Größe erworben werden. Die Gefahr, dass diese Rechte geltend gemacht werden und dem ehemaligen Kolchos das entsprechende Agrarland entzogen wird, beginnt mit dem Abschluss der Transaktion zwischen den Anteilseignern und Anteilseignerinnen und dem Investor über dem Kolchos zu schweben – wohlgermerkt ohne dass er notwendigerweise Kenntnis von Vollzug und Umfang der dezentral abgewickelten Transaktionen hat oder in den Verlauf der Ereignisse eingreifen könnte. Wer sein Eigentumszertifikat veräußert, bleibt für den ehemaligen Kolchos ebenso wie für die Gemeindeverwaltung bis zum Moment der Registrierung der entsprechenden Parzelle offiziell unbeobachtbar und somit auch nicht quantifizierbar. Letzteres – die Quantifizierung der Landanteile, die sich in den Händen des Investors befinden – ist aus Kolchossicht vor allem im Hinblick auf die Mehrheitsverhältnisse unter den Anteilseignerinnen und Anteilseignern relevant: Verfügt der Investor über mehr als 50 Prozent der Eigentumszertifikate, ist er rechtlich nicht nur in der Lage, eigenständig eine Anteilseignerversammlung einzuberufen, sondern kann beispielsweise auch Entscheidungen über die Registrierung der Parzellen treffen und umsetzen, ohne dass der Kolchosvorsitzende oder die (Minderheit der) verbleibenden Anteilseignerinnen und Anteilseignern dagegen Widerspruch einlegen könnten. Die einzige direkte Möglichkeit der Einflussnahme bestände darin, dass der Kolchosvorsitzende ebenfalls mit dem Erwerb von Eigentumszertifikaten beginnt. Doch dazu ist er finanziell nicht in der Lage.

Verstärkt wurde die Unbeobachtbarkeit des Verkaufsprozesses für den ehemaligen Kolchos und für die Gemeindeverwaltung durch die Vorgehensweise des Investors in Andreevka: Anders als im benachbarten Beljaevka wählte er in Andreevka nicht die Dorfföfentlichkeit um seine Geschäftsidee zu präsentieren, etwa mittels eines Auftritts auf einer Gemeindeversammlung oder vor dem Gemeinderat. Stattdessen gingen Unternehmensvertreter im Dorf von Tür zu Tür und unterbreiteten den Anteilseignerinnen und Anteilseignern ihr Kaufangebot im persönlichen Gespräch. Auch die Kaufverträge wurden – sofern sie zustande kamen – räumlich au-

ßerhalb von Andreevka abgeschlossen, ohne dass dafür sachlich zwingende Gründe vorlagen: Käufer⁴⁹ und Verkäufer trafen sich im Beisein eines Juristen in einer Nachbargemeinde und wickelten dort die erforderlichen Formalitäten ab. Dass mit diesem Vorgehen die Hoffnung des Investors verknüpft war, in Antizipation von Widerständen gegen sein Vorhaben die Einwilligung zum Verkauf möglichst reibungslos einzuholen, ohne dass dieser Akt für die Gemeindeverwaltung beobachtbar geworden wäre und eine öffentliche Thematisierung hätte einsetzen können, liegt nahe. Zumindest die Bürgermeisterin ließ keinen Zweifel daran, dass sie die Ereignisse nicht zuletzt aufgrund der unterstellten Heimlichtuerei als hinterhältigen Angriff auf das Dorf bewertet:

»Ich habe nicht verstanden, wieso sie sich verstecken und sich weigerten, hier aufzutauchen. Du hast die Entscheidung getroffen [die Landanteile zu kaufen, E.M.], dann komm auch und sag, was du vorhast! Warum machst du das? Aber von denen kam nichts [...]. Aber wir unterhalten uns doch mit denen aus Beljaevka. Und [der Kolchosvorsitzende] hat es [dem Investor] sehr übel genommen, dass er das alles still und heimlich gemacht hat. Erst in diesem Jahr [knapp drei Jahre nach den Landverkäufen, E.M.] haben sie sich getroffen, da haben sie sich überhaupt zum ersten Mal gesehen.« (Bürgermeisterin, 12.3.2010)

Von den Verkäufen der Eigentumszertifikate durch Anteilseigner und Anteilseignerrinnen des Kolchos erfuhren der Kolchosvorsitzende und die Bürgermeisterin zunächst nur gerüchteweise – und reagierten nach eigenem Bekunden mit Unglauben: Allein die Möglichkeit des Verkaufs der Landanteile an Außenstehende, so räumt die Bürgermeisterin rückblickend ein, überstieg damals den Horizont dessen, was sie als möglich beobachtete. Sie selbst habe ebenso wie der Kolchosvorsitzende zunächst den Kopf in den Sand gesteckt und den Verkauf nicht wahrhaben wollen. Als sie ihren Beobachtungshorizont schließlich doch an die Ereignisse, die sich im Dorf bereits vollzogen und nicht mehr ignoriert werden konnten, anpasste, beschreibt sie diese Erkenntnis als einen Schock – aufgrund der Gefahr, die dem Kolchos durch die Landverkäufe drohte und die ihr schlagartig bewusst wurde, und aufgrund der moralischen Implikationen des Verkaufs, die für sie zutage traten:

49 Ebenso wie in Beljaevka gilt auch in Andreevka die Regelung, dass Anteilseignerrinnen und Anteilseigner des Betriebs über ein Vorkaufsrecht auf die Eigentumszertifikate verfügen und der Verkauf an Außenstehende nicht ohne weiteres möglich ist. Wie in Beljaevka wurden die Transaktionen deshalb formal über einen ›Strohmann‹, d.h. einen Anteilseigner, den der Investor gegen Bezahlung für seine Pläne gewinnen konnte, abgewickelt. Wer diese Person war, blieb im Dorf lange unbekannt. Wenn die Rede vom Käufer der Landanteile war, fiel stets der Name des Investors.

»Und [der Kolchosvorsitzende] hat das sowieso lange nicht geglaubt, dass bei uns Land verkauft wird. Ich habe ihm gesagt, was hier bei uns passiert, aber er hat gesagt: Nein. Aber das ist wirklich bei uns geschehen. [...] Damals war das schon allen klar, dass das kein Scherz war, was da läuft. In diesem Moment habe ich so eine Angst erlitten, dass ich praktisch gelähmt war – der Schreck ist mir wie ein Schmerz bis in die Beine gefahren. Für mich war das überhaupt ein Schock, dass die Leute bei uns so etwas machen. Dass man Land verkauft, das brachliegt, wenn der Kolchos schon nicht mehr existiert, das habe ich verstanden – aber von einem existierenden Betrieb? Das ist mir zum ersten Mal begegnet, dass das Land von einem existierenden Betrieb verkauft wird. Und ich habe sehr gelitten.« (Bürgermeisterin, 12.3.2010)

Nachdem der Schreck überwunden war, erlangte das Ziel, den ehemaligen Kolchos vor dem »Angriff« zu bewahren und in möglichst unveränderter Form zu erhalten, für Bürgermeisterin und Kolchosvorsitzenden höchste Priorität. Um in den Verlauf der Ereignisse eingreifen zu können, galt es jedoch zunächst, sie beobachtbar (und greifbar) zu machen. Da weder der Kolchosleitung noch der Gemeindeverwaltung Informationen darüber zugänglich waren, wer sein Eigentumszertifikat bereits verkauft hatte, wählten sie komplementär dazu die Pachtverhältnisse als Ansatzpunkt der »Ermittlungen«:

»Diese Information haben wir nicht, wie viele Landanteile die Bevölkerung bei uns schon verkauft hat. Wir haben nur die Informationen von der Versammlung, wir wissen, wer dort seine Landanteile dem Kolchos zur Pacht überlassen hat. Wir wissen, wie viele Landanteile und entsprechend wie viele Hektar dem Landwirtschaftsbetrieb verpachtet werden. Aber von denen, die ihr Landanteil nicht dem Kolchos überlassen haben, wie viele davon verkauft haben oder einfach gar nichts damit machen – diese Information haben wir nicht.« (Sachbearbeiterin der Gemeindeverwaltung, 12.3.2009)

Als Forum, um die Dorfföfentlichkeit zu mobilisieren und die Anteilseignerinnen und Anteilseigner im Hinblick auf diese Frage direkt anzusprechen, wählte man eine Anteilseignerversammlung, an der mit 241 Personen ein im Vergleich mit normalen Versammlungen geradezu überwältigend hoher Anteil der Gemeindemitglieder teilnahm.⁵⁰ Diese Versammlung fand im August 2007 statt und wird nicht nur von der Bürgermeisterin rückblickend in dramatischen Worten beschrieben. Auch die Äußerungen der Gemeindemitglieder verdeutlichen, dass sie als ein-

50 Was formal als Anteilseignerversammlung stattfand (»Общее собрание участников долевой собственности на земельные участки«), wird von den Beteiligten rückblickend meist als Gemeindeversammlung (kurz: »schod«) beschrieben, worin wiederum die beobachtete Kongruenz von Gemeinde und Kolchos zum Ausdruck kommt.

schneidendes Ereignis zu einem wesentlichen Bestandteil der kollektiven Erinnerung wurde, das in den meisten Gesprächen in der einen oder anderen Form Erwähnung fand:

»Es war für mich sehr schwer, [dem Kolchosvorsitzenden] zu erklären, dass sich dieser Prozess bei uns vollzog und dass er sich sehr aktiv vollzog. Schließlich hat er endlich verstanden, dass das wirklich geschieht. Dann haben wir sofort mit allen rechtlichen Mitteln, die uns zur Verfügung standen, die Versammlung der Anteilseigner einberufen. Wir haben die Versammlung durchgeführt, auf der wir den Leuten erklärt haben, dass es jetzt unterschiedliche Preise gibt für das Umgraben der Gemüsegärten – wenn man einen Landanteil hat oder wenn man keinen hat. Dass [der Kolchosvorsitzende] für die Pacht zahlen wird, wenn auch keine großen Summen. Dass sich alle Preise danach unterscheiden werden, ob man seinen Landanteil [dem Kolchosvorsitzenden] überlässt oder ob man keinen Landanteil besitzt. Und dass die Preise sich sehr stark unterscheiden werden.« (Bürgermeisterin, 12.3.2010)

Die Beschreibung der Bürgermeisterin verweist bereits auf eine Reihe von (Abwehr-)Maßnahmen gegen den Investor, die auf und im Zusammenhang mit der Versammlung beschlossen wurden (vgl. dazu auch Moser/Lindner 2011): *Erstens* sollten diejenigen Landparzellen, die dem ehemaligen Kolchos weiterhin zur Pacht überlassen werden, mit Blick auf ihre räumliche Lage und ihre Grenzen bestimmt werden. *Zweitens* sollten die Pachtverträge auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt werden. *Drittens* wurde als Äquivalent zu den seit Jahren ausbleibenden Pachtzahlungen durch den ehemaligen Kolchos ein monetärer Rahmen für Leistungsansprüche gegenüber dem Betrieb festgelegt: Wer dem Betrieb sein Land zur Bearbeitung überließ, erhielt fortan den Anspruch auf Leistungen und Vergünstigungen im Wert von 500 Rubel (knapp 15 Euro) jährlich. *Viertens* führte man für die Leistungen des Kolchos gegenüber den Haushalten im Dorf unterschiedliche Preise für Anteilseigner und Nicht-Anteilseigner ein. Diejenigen, die kein Landanteil besaßen oder ihr Eigentumszertifikat verkauft hatten, verloren zwar nicht vollständig den Zugang zu solchen Dienstleistungen, mussten aber fortan höhere Preise zahlen.

Im Hinblick auf das Thema und die Problemstellung meiner Arbeit werfen die Ereignisse, die in der Anteilseignerversammlung und den dort beschlossenen Maßnahmen vorläufig kulminieren, eine Reihe von Fragen auf: Wie werden die Ereignisse im Dorf beobachtet und welche Implikationen ergeben sich für die Gemeindeverwaltung und die Position des ehemaligen Kolchos in der Gemeinde? Welche Bedeutung entfalten die beschlossenen Maßnahmen im Dorfkontext und wie wird daran angeschlossen? Oder polemisch gewendet: Bleibt die kämpferische Abwehrretorik von Bürgermeisterin und Kolchosvorsitzendem im Kontext des Kaufangebots und der Versammlung folgenlos oder setzt sie Impulse für die Änderungen von

Erwartungsstrukturen – und wenn ja: welche? Im Hinblick auf diese Fragen sollen die skizzierten Ereignisse in den folgenden Abschnitten noch einmal reflektiert werden.

Lokalpolitische Kontrollverluste

Zwar vollzog sich der Verkauf der ersten Landanteile über die individuellen Entscheidungen der einzelnen Haushalte, denen Vertreterinnen und Vertreter der Agroholding ihr Kaufangebot individuell unterbreiteten, die dorfföffentliche Deutungs- hoheit über den Prozess übernahmen jedoch schon bald die Bürgermeisterin und der Kolchosvorsitzende. Bemerkenswert ist, dass der Kolchosvorsitzende, dessen Unternehmen von den Verkäufen in ungleich direkterer Form betroffen war als die Gemeindeverwaltung, dabei deutlich zurückhaltender reagierte als die Bürgermeisterin. Nach Aussage der Bürgermeisterin war er nur mit großem Überzeugungs- aufwand dazu zu bewegen, sich auf ›Gegenmaßnahmen‹ einzulassen. In den Inter- views äußerte er sich zu den Landverkäufen nur zögerlich und nebulös, wohingegen die Bürgermeisterin die Ereignisse in unseren Gesprächen wiederholt und ausführ- lich beschrieb. In der Gemeindeöffentlichkeit schien sie die dominante Sprecher- rolle übernommen zu haben.⁵¹ Auch die besagte Versammlung wurde von der Bür- germeisterin einberufen und geleitet, obgleich es sich formal nicht um eine Ge- meindeversammlung, sondern um eine Versammlung der Anteilseigner des ehema- ligen Kolchos handelte, die Zuständigkeit also formal bei der Betriebsleitung ge- legen hätte.

Das Kaufangebot des Investors, so wird aus den Beschreibungen der Bürger- meisterin deutlich, beobachtete sie als Angriff auf das Dorf aus dem Hinterhalt, der die Existenz von Kolchos und Gemeinde gleichermaßen in Frage stellte. Was als Bedrohung wahrgenommen wurde, lässt sich systemtheoretisch als ein Absinken der Wahrscheinlichkeit bestimmter gegebener dorfinterner Strukturen beschreiben, das durch ein Kommunikationsangebot aus der Umwelt des Dorfes bewirkt wird. Es hat zur Folge, dass ebenjene Strukturen abgelehnt werden und von tradierten Handlungsmustern abgewichen wird:

»Je unwahrscheinlicher die Struktur, um so eindeutiger läßt sich das, was sie ausschließt, in- nerhalb des Systems selbst artikulieren und um so wahrscheinlicher ist es, daß dann auch

51 Die Ereignisse im Zusammenhang mit den Landverkäufen spielten sich überwiegend in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 ab. Mein erster Forschungsaufenthalt fand rund ein Jahr später im August 2008 statt. Meine Analyse stützt sich deshalb auf rückblickende Beschreibungen der Beteiligten, auf Protokolle und auf Zeitungsberichte, jedoch nicht auf eigene Beobachtungen der Ereignisse selbst.

strukturwidriges und dadurch irritierendes Kommunizieren versucht wird und vorkommt.« (Kieserling 1999: 272)

In diesem Sinne wurde das selbstverständliche Verpachten der Landanteile an den ehemaligen Kolchos als Struktureigenschaft des Dorfes und Voraussetzung dafür, dass der Betrieb faktisch in sowjetischer Form fortbestand, durch das Kaufangebot des Investors herausgefordert: Die Tatsache, dass man sein Land ohne unmittelbare Gegenleistung dem Kolchos überlässt, war teils auf sowjetisch geprägte Gewohnheiten, teils schlicht auf das Fehlen alternativer Verwendungsmöglichkeiten zurückzuführen und nicht zwingend mit einer Entscheidung der Anteilseignerinnen und Anteilseigner ›für‹ den Betrieb verknüpft. Durch das Kaufangebot des Investors erweiterte sich das Möglichkeitsspektrum für die Verwendung der Eigentumszertifikate. Aus der Sicht der meisten Anteilseignerinnen und Anteilseigner entstand nun erstmals Entscheidungsbedarf über die Verwendung des Eigentumszertifikats und die Wahrscheinlichkeit, dass die Wahl auf die Fortführung des Pachtverhältnisses fiel, sank angesichts der neuen Alternative.

Für die Bürgermeisterin kam der Verkauf der Eigentumszertifikate einem Kontrollverlust in mehrfacher Hinsicht gleich, wie sich aus dem Kontrollbegriff ableiten lässt, den Baecker (2012) unter Verweis auf Ashby und Luhmann formuliert:

»Kontrolle« heißt jetzt, dass der Beobachter seine Interaktion mit dem Gegenstand auf die Bestätigung und Enttäuschung von Erwartungen hin beobachtet, diese Bestätigung und Enttäuschung implizit oder explizit protokolliert und seine Interaktionsangebote derart variiert, dass neue wiederum protokollierbare Erfahrungen gemacht werden können. Der Begriff der ›Kontrolle‹ beschreibt die Arbeit am Gedächtnis der Interaktion.« (Baecker 2012: 160)

An dieses Verständnis anschließend bedeutet Kontrollverlust, dass Ereignisse nicht nur von den Erwartungsstrukturen eines Beobachters abweichen, sondern auch das Ausmaß dieser Abweichung für ihn unbeobachtbar ist. In diesem Sinne realisierte die Bürgermeisterin, dass sich in ›ihrem‹ Dorf mit den ersten Landverkäufen Ereignisse vollzogen, über die sie nicht nur in Unkenntnis war, sondern die sie schlicht für unmöglich gehalten hatte. Dies gilt wohlgernekt unabhängig davon, dass der Zertifikatsverkauf seit der formalen Kolchosprivatisierung in den frühen 1990er Jahren nicht nur rechtlich vorgesehen, sondern transformationsstrategisch mit Blick auf die Bildung von Marktstrukturen in der russischen Landwirtschaft sogar explizit erwünscht war. Zudem war der Verkauf der Landanteile – ob von ihr bemerkt oder unbemerkt – für sie ein Indikator dafür, dass ihre moralischen Standards darüber, was im Dorf möglich ist und was nicht – »das Land eines aktiven Unternehmens verkauft man nicht« –, plötzlich sichtbar in Widerspruch zur dörflichen Kommunikation traten. Den Moment, in dem sie aufgrund ihres Wissens um die Landver-

käufe (wenn auch noch nicht um deren genaues Ausmaß) nicht mehr umhin konnte, diese Abweichung zu registrieren, beschreibt die Bürgermeisterin als einen Schock.

In der Folge galt es für sie zunächst, die Kontrolle wiederzuerlangen, indem sie die Abweichung von Tatsächlichem und Erwartetem – also die Differenz von Soll- und Ist-Wert – beobachtbar machte, um anschließend steuernd in den Prozess einzugreifen und die Differenz zwischen den beiden Seiten der Unterscheidung tatsächlich|erwartet zu verringern. Denn mit Luhmann ist Steuerung nicht nur Beobachtung als Bezeichnung im Rahmen einer Unterscheidung, sondern »vielmehr eine ganz spezifische Verwendung von Unterscheidungen, nämlich das Bemühen um eine Verringerung der Differenz« (Luhmann 1988: 328). Angesichts der Abhängigkeit der Gemeindeverwaltung vom Kolchos – in den Worten der Bürgermeisterin: »Für mich ist das eine Katastrophe, wenn der Kolchos zerstört wird« (8.8.2008) – kam für sie als Ansatzpunkt zur Verringerung dieser Differenz nur das Faktische in Frage und nicht etwa die Anpassung der eigenen (normativen) Erwartungen.⁵² Es galt, die Landverkäufe zu unterbinden, um den Betrieb in seiner sowjetischen Form und die daran anschließenden Strukturen möglichst unverändert zu erhalten.

Schwelende Ablehnung und internalisierte Gegnerschaft

Hinsichtlich der Verwendung der Eigentumszertifikate durch die Anteilseignerinnen und Anteilseigner lagen die divergierenden Interessen der Beteiligten auf der Hand: Auf der einen Seite standen die Bürgermeisterin und der Kolchosvorsitzende, auf der anderen Seite der Investor. Die Bürgermeisterin verhehlt nicht, dass sie Letzterem ihre Ablehnung des Kaufangebots gerne persönlich und möglichst in der Dorfföfentlichkeit kundgetan hätte. Sowohl die Ablehnung als auch daran anschließend der Aufbau eines Konfliktsystems scheiterten jedoch daran, dass der Investor aufgrund seiner Abwesenheit im Dorf für diese Art der Kommunikation unadressierbar war – was die Bürgermeisterin ihm auch explizit vorwirft. Zu beobachten war die Figur des Investors aus der Dorfperspektive lediglich schemenhaft. Das Nein der Bürgermeisterin zum Kaufangebot schwelte, fand jedoch keinen Anhaltspunkt um sich zu entzünden und kommunikativ sichtbar oder gar zum Thema weiterer Kommunikation werden zu können. Letzteres aber wäre die Voraussetzung für einen Konflikt oder gar ein Konfliktsystem (vgl. auch Luhmann 2003 [1975]: 5; Schneider 1994: 202f): »Um einen Konflikt handelt es sich nur

52 Die fehlende Anpassung an das Faktische ist für Luhmann (1997: 638) wesentliches Merkmal normativer Erwartungen: »Normative Erwartungen sind ja kontrafaktische Erwartungen, sind Erwartungen, die etwaigen Enttäuschungen nicht angepaßt, sondern aufrecht erhalten werden.«

dann, wenn die eine Kommunikation der anderen widerspricht und diesen Widerspruch in ihrer Selbstsinnggebung reflektiert. Konflikte sind negierte Kommunikation, die als solche zum Thema weiterer Kommunikation werden« (Kieserling 1999: 266f). Divergierende Interessen allein reichen dagegen aus systemtheoretischer Perspektive nicht für die Konstitution eines Konflikts hin: »Man mag anderer Meinung sein, ein Angebot für unannehmbar halten, Interessenlagen können unvereinbar sein – solange daraus kein ›Nein‹ in der Kommunikation entsteht, besteht *sozial* kein Konflikt« (Schneider 1994: 201). Zumindest in der von der Bürgermeisterin erwünschten Form kam genau dies also nicht zustande und ihre Ablehnung lief an dieser Stelle ins Leere.

Ein adressierbares Nein tauchte im Zusammenhang mit dem Kaufangebot des Investors jedoch noch an anderer Stelle auf, gleichwohl es auch hier nicht zum Konflikt kam: Mit Blick auf die eigentliche Verkaufsentscheidung war die Haltung von Bürgermeisterin und Kolchosvorsitzendem rechtlich ohnedies nicht unmittelbar relevant. Über das Zustandekommen der Transaktion entschieden dezentral die einzelnen Anteilseignerinnen und Anteilseigner und im Hinblick auf das aggregierte Resultat dieser Einzelentscheidungen wird deutlich, dass das Kaufangebot weit häufiger abgelehnt als angenommen wurde. Während die Vertreterinnen und Vertreter der Agroholding der überwiegenden Mehrheit der Anteilseignerinnen und Anteilseigner ihr Kaufangebot unterbreitet hatten, wechselten letztlich nur 15 Prozent der Eigentumszertifikate tatsächlich ihren Besitzer. Das Nein der Anteilseigner, das in diesen Fällen direkt in der Interaktion mit den Vertretern der Agroholding ausgesprochen wurde und somit im Unterschied zur Ablehnung durch die Bürgermeisterin adressierbar war, wurde jedoch ohne Umschweife akzeptiert und nicht weiter auf den Verkauf insistiert:

»[Frage]: Haben Sie jemals darüber nachgedacht, Ihr Eigentumszertifikat zu verkaufen?

[Rentnerin]: [...] Nein, ich habe nicht daran gedacht zu verkaufen. Bei uns haben viele verkauft, aber ich nicht. Sie sind auch zu mir gekommen und haben gefragt: ›Wozu brauchst du den Landanteil?‹. Und ich habe gesagt: ›Der soll ruhig beim Kolchos bleiben‹.

[Frage]: Wer hat das gefragt?

[Rentnerin]: Leute sind gekommen, irgendjemand von den Buchhaltern [des Investors]. Was hast du mit dem Landanteil vor – willst du es verkaufen oder willst du, dass es beim Kolchos bleibt? Nun, und ich habe gesagt: ›Es soll ruhig beim Kolchos bleiben, ich werde nicht verkaufen‹. So kann ich hingehen [zum Kolchos, E.M.], bitte um etwas und er [der Kolchosvorsitzende, E.M.] gibt seine Zustimmung.«

(Rentnerin, 22.2.2010)

Die Aufregung, die sich im Dorf an das Bekanntwerden des Kaufangebots und der Landverkäufe anschloss, lässt sich also weder als Konflikt zwischen Bürgermeiste-

rin und Investor verstehen noch zwischen Anteilseignern und Investor. Im ersten Fall lagen lediglich divergierende Interessen beider Parteien vor, im zweiten Fall fand zwar eine direkte Ablehnung von Kommunikation statt, aber diese wurde nicht weiter thematisiert. In den Ereignissen, die sich in der Folge im Dorf vollzogen, spiegelt sich jedoch die Kombination dieser beiden möglichen, aber nicht realisierten Konflikte wider: Zwar kam der ›Angriff‹ auf das Dorf in Form des Kaufangebots zunächst von außen. Die konfliktkonstituierende Gegnerschaft wurde in der Folge jedoch in das Dorf hineinverlagert, indem die individuellen Entscheidungen für den Verkauf des Eigentumszertifikats den Anteilseignerinnen und Anteilseignern als Ablehnung der dörflichen Strukturen zugerechnet und diese Ablehnung thematisiert wurde. Der Investor blieb auf diese Weise der Auslöser der Ereignisse, dem man zu schaden und dessen Interessen man zu durchkreuzen versuchte. Der Gegner des Dorfes, an dem man sich abarbeiteten konnte, wurde durch diese Verschiebung ins Dorf hineingeholt: Das Nein zum Verkaufsangebot wurde als ein Ja zur Gemeinde gewertet und vice versa – und beides wurde ausführlich thematisiert. Die daran anknüpfende Gegnerschaft zwischen Anteilseignern und Nicht-Mehr-Anteilseignern, die durch das Betreiben von Bürgermeisterin und Kolchosvorsitzendem angestoßen wurde, fand unmittelbar Anschluss unter den Dorfbewohnern und Dorfbewohnerinnen selbst. So beobachtete die Bürgermeisterin, dass sich das Dorf beinahe schlagartig in »Rote« und »Weiße« geteilt habe (12.3.2010) und spielt mit dieser Formulierung auf die (bolschewistische) Rote und die (konservative) Weiße Armee an, die sich im russischen Bürgerkrieg im Anschluss an die Oktoberrevolution von 1917 bis 1920 gegenüberstanden. Der genaue ›Frontverlauf‹ zwischen beiden Seiten blieb im Dorf zunächst jedoch diffus: Zwar wusste man, dass sich diverse Landverkäufe und damit die vermeintliche Ablehnung der tradierten dörflichen Strukturen vollzogen hatten und weiterhin vollzogen, wer sein Eigentumszertifikat verkauft und sich damit auf die ›gegnerische‹ Seite des Investors gestellt hatte, bleibt jedoch lange Zeit unklar.⁵³

53 Als ironischer Nachtrag zu den Ereignissen lässt sich an dieser Stelle ergänzen, dass im Jahr 2010, also rund drei Jahre später, der Zufall der Gemeindeverwaltung eine Liste des Bezirkskatasteramts in die Hände spielte, auf der sämtliche Verkäufe der Eigentumszertifikate vermerkt waren und die somit ebenjene Informationen enthielt, die die Gemeindeverwaltung zuvor mühsam zusammenzutragen versucht hatte. Deren Inhalt wurde von der Bürgermeisterin zwar immer noch mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, die allgemeine Aufregung hatte sich zu diesem Zeitpunkt jedoch längst gelegt.

Lokalpolitische Steuerungskonstruktionen

Das Mittel der Wahl, zu dem die Bürgermeisterin in dieser Situation griff, waren zunächst moralische Appelle, mit denen die ›Verbündeten‹ in ihrer Entscheidung bestärkt und potenzielle ›Gegner‹ rechtzeitig, also vor einer Verkaufsentscheidung, auf den ›richtigen‹ Weg zurückverwiesen werden sollen. Dass sowohl die Bürgermeisterin als auch der Kolchosvorsitzende diese Appelle als ›Aufklärungsarbeit‹ bezeichneten, verweist auf ihre Form der Beobachtung der eigenen Position im Dorf. Im Begriff der Aufklärung schwingt *erstens* der Anspruch auf exklusive Gültigkeit der eigenen moralischen Standards mit (»Kolchosland verkauft man nicht«) und daran anschließend auch auf die uneingeschränkte Deutungshoheit über die Verkaufsmotive: Die Verkaufsentscheidungen wurden einzig auf die Unterscheidung vernünftig/unvernünftig bezogen, hinter der sich das vermeintliche dörfliche Gemeinwohl verbirgt. Davon abweichende Motive, also beispielsweise wirtschaftliche Argumente und der Verweis auf finanzielle Probleme, wurden hingegen auf Kurzsichtigkeit und Unwissenheit über die ›wahre‹ Bedeutung des eigenen Handelns zurückgeführt und somit auf die Seite der Unvernunft platziert:

»Wenn die Summe für einen Landanteil in irgendeiner Form solide gewesen wäre, dann hätte man unsere Bürger ja verstehen können. Aber sie haben 8.000 [Rubel, E.M.] bekommen und ich habe sie gefragt: ›Was wollt ihr mit den 8.000 anfangen? Vor zwei Jahren habe ich für 8.000 noch nicht mal einen Mantel gekriegt. Wieso habt ihr euch entschieden, für 8.000 zu verkaufen? Wofür – für eine Antenne?«⁵⁴ Das ist alles, was man damit machen kann.« Eine Antenne, aber kein Landanteil mehr. Was war euer Problem? [...] Ihr musstet dafür nicht mal Steuern zahlen.« (Bürgermeisterin, 12.3.2010)

Etwaige Reue als Indikator für die erfolgreiche Aufklärung der Gemeindemitglieder rechneten Bürgermeisterin und Kolchosvorsitzender unumwunden ihren eigenen Einflussversuchen zu. Die Entscheidung gegen den Verkauf wurde nicht als Resultat einer wirtschaftlichen Entscheidung beobachtet, sondern als gestiegenes Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit den Landanteilen – also als Vernunft im Sinne des dörflichen Gemeinwohls. Dies geht aus den Beschreibungen der Bürgermeisterin hervor:

»Eine Babuschka kommt und sagt: ›Verstehst du, ich habe das Geld in dem Moment für dieses und jenes gebraucht.« Ich verstehe das natürlich nicht. Da kam zum Beispiel Tamara Ivanovna. Sie hat ihr ganzes Leben beim Kolchos gearbeitet, so eine ruhige, ausgeglichene Frau.

54 Zu dieser Zeit hatten sich einige Haushalte Antennen für besseren Fernsehempfang gekauft.

Sie hat keine Kinder und niemanden. Sie hat so darüber geweint, dass sie ihren Landanteil verkauft hat – »Verzeihen Sie mir, dass ich das getan habe«. Sie hat mir erklärt, wozu sie das Geld in dem Moment gebraucht hat, was sie in dem Moment machen musste. Wenn das nicht so gewesen wäre, hat sie gesagt, dann hätte ich niemals verkauft.« (Bürgermeisterin, 12.3.2010)

Und eine vergleichbare Sichtweise kommt auch in der Darstellung durch den Kolchosvorsitzenden zum Ausdruck:

»Die Leute verhalten sich jetzt viel verantwortungsvoller bei dieser Frage [der Landverkaufs, E.M.]. [...] Wenn du heute verkaufst, dann kann es sein, dass es den Betrieb morgen nicht mehr gibt. Das ganze Dorf nimmt doch Kolchosdienstleistungen in Anspruch. Wahrscheinlich haben sie das aus patriotischer Überzeugung gemacht – wir brauchen den Betrieb, er braucht uns – und deshalb haben die Verkäufe aufgehört.« (Kolchosvorsitzender, 20.2.2010)

Unabhängig von konkreten Inhalten klingt *zweitens* in den Äußerungen die Überzeugung von der dorfweiten Geltung und Durchschlagskraft des eigenen Handelns und von einer Art »Monopol« auf Sinnselektion an (Sinnselektionen der Umwelt – der Gemeindemitglieder selbst – werden im Umkehrschluss nicht zugelassen). Dass überhaupt Verkäufe stattgefunden hätten, sei letztlich allein darauf zurückzuführen, dass sowohl die Bürgermeisterin als auch der Kolchosvorsitzende es versäumt hätten, in ausreichendem Maße Aufklärungsarbeit zu leisten. Dies sei jedoch nachgeholt worden und die Landverkäufe hätten daraufhin geendet.

»[Frage]: Wie viel Land wurde von den Leuten ungefähr verkauft?

[Kolchosvorsitzender]: Keine große Fläche. So ungefähr ein Fünftel, ein Viertel. Aber jetzt hat das sowieso aufgehört.

[Frage]: Und wieso haben sich die Leute entschieden, ihren Landanteil zu verkaufen?

[Kolchosvorsitzender]: Das ist in erster Linie meine Schuld. Ich habe nicht rechtzeitig Aufklärungsarbeit geleistet. Nachdem wir die Versammlung dann durchgeführt haben, habe ich Aufklärungsarbeit geleistet und die Verkäufe der Landanteile haben praktisch aufgehört.« (Kolchosvorsitzender, 20.2.2010)

Und erneut schlägt die Bürgermeisterin mit ihrer Beschreibung in eine ähnliche Kerbe:

»Was nützt dir das? Ich denke, dass die Leute das in der Mehrheit der Fälle unbewusst gemacht haben oder es gab irgendeine materielle Notwendigkeit, irgendeine Ausgaben, die zu decken waren. [...] Wenn du anfängst, mit ihnen zu sprechen, dann wird ihnen das in dem Moment klar und sie erröten – warum haben wir das gemacht? Aber in dem Moment haben

sie es schon getan. Deshalb haben wir den Leuten auf der Versammlung erklärt, wohin das alles führen kann, das kann zum Verschwinden der Arbeitsplätze ihrer eigenen Kinder führen, ihrer Verwandten, ihrer Bekannten. Und wohin wendet ihr euch? Wer wird euch euren Gemüsegarten umgraben? Macht das [der Investor]? Nein, der kommt nicht. Ihr geht [zum Kolchosvorsitzenden]? Er wird sich weigern. Ihr habt den Landanteil verkauft, ihr habt ihn ihm weggenommen und verkauft. Und dann wurde den Leuten das bewusst.« (Bürgermeisterin, 12.3.2010)

Das Bemühen darum, die Ereignisse in der Gemeinde den eigenen Handlungen und Entscheidungen zuzurechnen, lässt sich mit Luhmann als Versuch beobachten, die Gefahr der Landverkäufe in ein Risiko zu transformieren (Luhmann 2008: 362ff). Wenn dies gelingt und entsprechende Kausalitäten zwischen dem eigenen politischen Handeln – der Aufklärungsarbeit – und den Ereignissen im Dorf – den Verkäufen – hergestellt werden, stützt dies die Konstruktion der eigenen politischen Handlungsfähigkeit (zu Kausalschemata in der Politik vgl. auch Kusche 2008: insb. 95ff). Gelingt dies nicht, bleibt der Bürgermeisterin und dem Kolchosvorsitzendem nur, die Ereignisse im Dorf und die Entscheidungen der Anteilseigner zu erleben.

Ob diese Form der Selbstbeobachtung als zentrale, mit Deutungshoheit ausgestattete Instanz im Dorf zutreffend ist und die Appelle über die semantische Ebene hinaus Wirkung entfalten, gerät mit Blick auf die Äußerungen der Gemeindemitglieder selbst in Frage. Deren Beschreibungen ihrer Motive für oder gegen einen Verkauf schließen nicht reibungslos an die Appelle an, stattdessen treten drei Begründungszusammenhänge gleichermaßen hervor, die nicht nur auf den Kolchos, sondern gerade auch auf wirtschaftliche Rationalitäten verweisen: Zentral ist *erstens* eine *instrumentelle Argumentation* mit Blick auf die praktischen Leistungen des ehemaligen Kolchos für die öffentliche Infrastruktur und gegenüber den Hoflandwirtschaften der Gemeindemitglieder. Würde der Kolchos verschwinden, so die Überlegung, entstünde eine Lücke, die aufgrund der chronischen Unterfinanzierung der Gemeindeverwaltung nicht geschlossen werden könnte. Weiter geht ein *zweiter* Argumentationsstrang, der darüber hinaus die *kollektive Bedeutung* des Betriebs in den Vordergrund rückt. Der Kolchos gilt als Indikator und Garant für die Existenz und (Über-)Lebensfähigkeit von Dorf und Dorfgemeinschaft nicht nur in rein instrumenteller, sondern auch in ideeller Hinsicht: Der Betrieb stellt Arbeitsplätze bereit, verleiht dem dörflichen Leben dadurch ›Sinn‹ und generiert Solidarität und Zusammenhalt innerhalb der Gemeinde. In diesen Strang fügen sich Äußerungen wie »Der Kolchos ist dorfkstituierend« (Privatbauer, 21.2.2010), »Wir sind aneinander gebunden« (Bürgermeisterin, 11.8.2008) oder auch:

»Ohne den Kolchos gäbe es kein Dorf. Das Dorf würde zugrunde gehen, man könnte hier nirgends arbeiten, nichts, womit man sich beschäftigen könnte – die Leute würden förmlich davonlaufen.« (Kolchosangestellte, 19.2.2010)

Drittens spielen *ökonomische Überlegungen* nicht nur bei der Entscheidung *für*, sondern auch *gegen* den Verkauf eine Rolle: Nicht das Kaufangebot als solches, sondern die Höhe des Kaufpreises und Spekulationen auf Preissteigerungen haben zur Ablehnung des Kaufangebots geführt. Hintergrund der Spekulationen sind Pläne für den Bau einer Brücke über den nahegelegenen Fluss, der die Transportmöglichkeiten in die Regionshauptstadt Perm deutlich verbessern und die Attraktivität der Gemeinde als Standort für Wochenendhäuser wohlhabender Städter erhöhen könnte:

»Mein Mann hat mich überzeugt, dass es sich nicht lohnt, jetzt zu verkaufen, dass das Land später teurer sein wird.« (Kolchosangestellte, 22.2.2010)

Ohne die Bedeutung dieser Argumente im Einzelnen gegeneinander aufrechnen zu wollen (und zu können), wird deutlich, dass die ›Aufklärungsarbeit‹ von Bürgermeisterin und Kolchosvorsitzendem zumindest nicht vollumfänglich verfiel. Stattdessen wurde die Verkaufsentscheidung von den Anteilseignern und Anteilseignern auch auf ›unerwünschte‹ wirtschaftliche Aspekte hin beobachtet und die Landanteile wurden somit sukzessive in den Gegenstandsbereich von Knappheitskommunikation hineingezogen. Dass moralpolitische Appelle allein nicht ausreichten, um in den Verkaufsprozess steuernd einzugreifen und die Ereignisse in die gewünschten Bahnen zu lenken, wurde von Bürgermeisterin und Kolchosvorsitzendem zwar nicht direkt eingeräumt. Diese Erkenntnis kommt jedoch implizit in einer Parallelstrategie zum Ausdruck, die eben jenem Sachverhalt Rechnung trägt und die Verkaufsentscheidung in ihrer (wirtschaftlichen) Eigenständigkeit akzeptiert, ohne auf das Moment der Einflussnahme zu verzichten. Sichtbar wird diese Strategie in Form jener Maßnahmen, die auf und im Kontext der eingangs bereits erwähnten Anteilseignerversammlung beschlossen wurden und den lokalen Kommunikationszusammenhang maßgeblich irritierten.

Formalisierung und Monetarisierung der Pachtverhältnisse

Die *erste* Maßnahme, die auf der Anteilseignerversammlung festgelegt wurde, knüpfte unmittelbar und in materieller Form an das Sichtbarkeits- und Beobachtbarkeitsproblem der Landverkäufe an und bestand in der *räumlichen Spezifikation der gepachteten Landanteile*. Wenn nicht eindeutig zu klären war, wer sein Eigentumszertifikat bereits verkauft hatte, galt es zumindest die Eigentumsverhältnisse des

ehemaligen Kolchos zu visibilisieren und abzusichern. Nach Auskunft einer Sachbearbeiterin der Gemeindeverwaltung verfügte der ehemalige Kolchos zum Zeitpunkt des Kaufangebots des Investors über 283 Landanteile von je 7,5 Hektar, bearbeitete also eine Fläche von rund 2.100 Hektar Agrarland. Um zu verhindern, dass der Investor die von ihm erworbenen Eigentumszertifikate für Teile dieser Fläche geltend machte und sich entsprechend Parzellen herauslösen und als Eigentum registrieren ließ, initiierte der Kolchosvorsitzende – mit Zustimmung der Anteilseignerinnen und Anteilseigner – seinerseits einen Registrierungsschritt: Die Lage und Grenzen der bislang unspezifizierten Landanteile, die dem Betrieb überlassen wurden, sollten nun erstmals bestimmt und amtlich registriert werden. Dafür kamen juristische Instrumente zum Einsatz, die in den dörflichen Eigentumspraktiken bislang keine Rolle gespielt hatten. Der Registrierungsprozess spielte sich weitgehend außerhalb des Dorfes ab, war für die Beteiligten aus dem Dorf nur schwer einzusehen und mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden. Die Dokumentation im Dorf übernahm eine Sachbearbeiterin der Gemeindeverwaltung, die auf einer Karte des Gemeindeterritoriums die entsprechenden Flächen einzeichnete und markierte:

»Bei uns – das Protokoll habe ich Ihnen ja schon gegeben – bei uns gab es im Jahr 2007 eine allgemeine Anteilseignerversammlung, auf der wir festgelegt haben, welche Felder der Kolchos pachtet. Und welche Felder in erster Linie für die Herauslösung der Landanteile vorgesehen sind. Das heißt, wenn jetzt jemand seinen Landanteil herauslösen will, dann steht das Feld dafür schon fest. [...] Bei uns möchte [der Kolchosvorsitzende] das Herauslösen dieser Landanteile nun juristisch bestätigen lassen, dass läuft alles über die Registrierungskammer. Im Moment verfügt der Kolchos über 283 Landanteile. Wenn wir 283 Landanteile mit 7,5 Hektar multiplizieren, dann ist das eine ganz schöne Masse. Die möchte er jetzt herauslösen, vermessen und abgrenzen, sich in Natur ausweisen lassen und die Pacht dieser Landanteile vertraglich regeln. Bis jetzt ist die Sache offensichtlich noch nicht so weit gediehen, ihm fehlen die Fachkräfte und er hat in seinem Unternehmen niemanden, der sich damit beschäftigt. Er hat keinen Agronom, niemanden, er muss überall selbst hinlaufen und hat eigentlich keine Zeit, sich damit zu beschäftigen.« (Sachbearbeiterin der Gemeindeverwaltung, 12.3.2009)

Wie hier bereits anklingt wurde im Zuge dieses Prozesses nicht nur das Kolchosland spezifiziert, sondern komplementär dazu auch diejenigen Flächen, auf die der Betrieb keinen Anspruch erhob und innerhalb derer das Herauslösen und Registrieren von Landparzellen – durch den Investor ebenso wie durch andere Anteilseignerinnen und Anteilseigner – fortan möglich war. Auf diese Weise wurde die Grenze von Eigentum|Nichteigentum (im Sinne von Nutzungsrechten des Betriebs) räumlich-materiell beobachtbar und Unsicherheit reduziert, indem die Selektionsmög-

lichkeiten für künftige Registrierungen eingeschränkt wurden. Rechtlich möglich war dieser Schritt, da der Kolchosvorsitzende und seine ›Anhänger‹ (noch) über mehr als die Hälfte der Landanteile und damit die erforderlichen Entscheidungskompetenzen verfügten – Mehrheitsverhältnisse, die durch die Kaufaktivitäten des Investors allerdings leicht hätten kippen können:

»Bei uns ist es im Moment so, dass der Landwirtschaftsbetrieb über mehr als 50 Prozent der Landanteile verfügt und deshalb haben wir auf der Versammlung entschieden, welche das sind. Und natürlich hat er die am günstigsten gelegenen Felder genommen. Wenn sich jetzt jemand seinen Landanteil herauslösen will, dann kommen dafür nur noch die weit entfernten Felder in Frage. [...] Das ist schon eine Einschränkung, aber, noch einmal, der Hauptanteil der Parzellen wurde dem Kolchos überlassen, und auf dieser Grundlage wurde auf der Versammlung entschieden, dass die Felder dem Kolchos gehören, die ihm auch früher schon gehört haben – und die übrigen sind freigegeben zur Registrierung. Ich denke, dass es jetzt schon höchste Zeit ist, dass es dringend nötig ist, die Landanteile jetzt zu registrieren, offiziell zu beurkunden, was ihm gehört.« (Sachbearbeiterin der Gemeindeverwaltung, 12.3.2009)

Mit Blick auf den Investor, so zeigte sich die Sachbearbeiterin überzeugt, sei diese Strategie letztlich aufgegangen. Im Wissen um die Abwehrstrategien von Kolchos und Anteilseignern habe er bislang davon abgesehen, seine Eigentumsansprüche in Andreevka geltend zu machen, das Land zu bewirtschaften und somit dem Kolchos zu entziehen:

»Er beansprucht das Land im Moment noch nicht, weil er weiß, dass gemäß der Entscheidung der Anteilseignerversammlung alle nahegelegenen Felder dem Kolchos gehören. Und wenn er jetzt auf seine Anteile Anspruch erhebt, dann wird er nur die weit entfernten Felder kriegen.« (Sachbearbeiterin der Gemeindeverwaltung, 12.3.2009)

In der Darstellung der Agrohholding selbst findet sich zum vorläufigen Verzicht auf die besagten Landanteile in Andreevka freilich eine andere Lesart: Im Vordergrund stand nicht das Erleben der Abwehrstrategie des Nachbardorfes, vor der man kapituliert, sondern das eigene Handeln im Horizont wirtschaftlich rationaler Entscheidungen. Für die Bearbeitung der Landanteile in Andreevka, so bemerkte der leitende Agronom der Agrohholding, fehle es gegenwärtig schlicht an personellen und technischen Kapazitäten:

»[Frage]: Kaufen Sie im Moment noch zusätzlich Landanteile oder ist das beendet?

[Agronom]: Nein, das gesamte Territorium, das erworben werden konnte, haben wir gekauft. Davon ist allerdings die Hälfte mit Wald überwuchert. Wir sind im Moment dabei, die Felder zu säubern und die Anbaufläche zu vergrößern.

[Frage]: Und das Land, das Sie beispielsweise nebenan in Andreevka gekauft haben, das bearbeiten Sie bis jetzt noch nicht?

[Agronom]: Lassen Sie mich das so sagen: Nach Andreevka zieht es uns bis jetzt noch nicht.

[lacht] Im Moment sind wir mit dem Land hier ringsum beschäftigt.«

(leitender Agronom der Agroholding, 7.3.2010)

Für die (vermeintliche) Kontrolle von Landregistrierungen, die trotz dieser Maßnahmen potenziell stattfinden könnten, sollte außerdem die Wahl einer kommunalen Sachbearbeiterin zur Sprecherin der Anteilseigner sorgen, die auf diese Weise an die Schnittstelle zwischen Kommune und Kolchos rückt. Durch ihre Hände lief fortan jeder Registrierungsprozess, der damit für alle Beteiligten beobachtbar wurde – ohne dass sie selbst allerdings dabei über nennenswerte Entscheidungskompetenzen oder Eingriffsmöglichkeiten verfügen würde.

Im Zusammenhang mit der räumlichen Spezifikation der Landanteile stand auch eine *zweite* Maßnahme, die im Rahmen der Gemeindeversammlung beschlossen wurde: die *Neuregistrierung der Pachtverträge*. Diesbezüglich ist anzumerken, dass die Rede von der Registrierung oder gar Neuregistrierung den tatsächlichen Formalisierungsgrad der Pachtverträge vor der Anteilseignerversammlung erkennt. In vielen und vermutlich den meisten Fällen beruhte das Pachtverhältnis auf einer Absprache zwischen Anteilseignern und Kolchosvorsitzendem, die nicht schriftlich fixiert worden war. Im Zuge der Anteilseignerversammlung wurden diese Pachtverhältnisse folglich nicht erneut registriert, sondern überwiegend überhaupt erstmals vertraglich geregelt:

»[Anteilseigner]: Gleich nach der Gemeindeversammlung und noch vor der Anteilseignerversammlung⁵⁵ sind die Leute [der Kolchosleitung, E.M.] gekommen und haben einen Vertrag mit uns geschlossen, das heißt schon auf diese Weise wurde ausgefiltert, wer sein Land verkauft hatte und wer nicht. Das heißt, zu uns ist jemand gekommen, hat erklärt, weshalb er da ist und wie und was. ›Haben Sie Ihr Land nicht verkauft?‹ ›Nein, haben wir nicht.‹ ›Zeigen Sie das Eigentumszertifikat.‹ Wir haben das Zertifikat gezeigt und dann gab es sofort fertige Vertragsformulare und das war's. Und im Vertrag war festgehalten, zu welchen Bedingungen wir dem Kolchos unser Land überlassen. Wir haben diese Verträge unterschrieben. Und als dann die Anteilseignerversammlung stattfand, hat der Kolchos diese Verträge an sich genommen.

[...]

[Frage]: Gab es solche Verträge über das Pachtverhältnis auch vor der Versammlung schon?

55 Unmittelbar vor der besagten Anteilseignerversammlung fand eine Gemeindeversammlung statt.

[Anteilseigner]: Nun, in manchen Fällen wahrscheinlich schon, als diese ganze Aufteilung [im Rahmen der Kolchosprivatisierung, E.M.] war, als diese ganzen Papiere verteilt wurden. Aber meistens gab es wohl keine Verträge, sondern nur die Entscheidung der Anteilseignerversammlung über bestimmte Kolchosleistungen. Aber inwiefern diese Entscheidung umgesetzt und erfüllt wurde, das kann ich schlicht und einfach nicht sagen.«

(Anteilseigner, 21.2.2010)

In den Fällen, in denen auch vor besagter Anteilseignerversammlung Verträge mit der Kolchosleitung existierten, war deren rechtliche Gültigkeit ohnedies in der Regel auf den Dorfkontext begrenzt und hatte keine Bindungskraft darüber hinaus:

»[Der Kolchosvorsitzende] muss jetzt einen Vertrag abschließen, einen Einheitsvertrag – wie ist noch mal die Bezeichnung? Jetzt sage ich es Ihnen richtig: ›Vertrag über die Pacht von Landanteilen gegenüber einer Vielzahl an Personen auf Seite der Verpächter‹.⁵⁶ Und das heißt: Jeder Eigentümer eines Landanteils überlässt [dem Kolchosvorsitzenden] seinen Anteil. Sie haben unter sich schon vorher Verträge geschlossen, aber die wurden juristisch nirgends dokumentiert. Sie haben das nur unter sich ausgemacht. Zwischen dem Generaldirektor und, sagen wir, einem Anteilseigner, dass er seinen Landanteil dem Kolchos überlässt.« (Sachbearbeiterin der Gemeindeverwaltung, 12.3.2009)

Darauf, dass die fehlende Formalisierung der Pachtverhältnisse in Andreevka kein Sonderfall ist, verweist auch der Kommentar des Bürgermeisters einer Nachbargemeinde zur zaghaften Institutionalisierung von Pachtverträgen im dortigen Kontext:

»Jetzt wurde ein Vertrag geschlossen. Das ist eine Neuheit – mit Blick auf die Eigentumsverhältnisse an Land haben wir keine juristischen Praktiken, keine gerichtlichen Praktiken.« (Bürgermeister, 12.8.2008)

Als grundsätzlich zu behebendes Desiderat wurde die nicht vorhandene Formalisierung jedoch erst beobachtet, als der Investor sich mit seinem Kaufangebot an die Anteilseignerrinnen und Anteilseigner wandte. Die informalen oder semiformalen Vereinbarungen, an denen sich die lokalen Normalitätserwartungen bislang ausgerichtet hatten und die die dörfliche Kommunikation in ausreichendem Maße struk-

56 Die offizielle Bezeichnung des Vertragswerks auf Russisch lautet: »Dogovor arendy zemel'noj doli (pri množestve lic na storone arendodatelej)«. Verbindliche Bestandteile des Einheitsvertrags sind unter anderem die Festlegung von Pachtzahlungen sowie der räumlichen Grenzen der Landanteile. Eine Vertragsvorlage findet sich online beispielsweise unter <http://docstandard.com/obrazcy/tomlu/obrazec-n1m90y.htm> (zuletzt eingesehen am 22.4.2015).

turierten, gerieten durch dieses Angebot unter unmittelbaren Druck. Um die Kontinuität der dörflichen Strukturen – also eine Fortführung des Verhältnisses zwischen Kolchos und Anteilseignern in der gewohnten Form – zu sichern, ist nun Anpassung erforderlich: Die Formalisierungslücke ist zu schließen und die Grundlagen der Pachtverhältnisse sind an Regeln und Logiken anzupassen, die zwar bereits in der Umwelt des Dorfes Gültigkeit hatten, an die innerhalb der Dorfgrenzen jedoch bislang nicht angeschlossen wurde. Dieser Anpassungsprozess, über den die Dorfgemeinschaft – Gemeindeverwaltung, Kolchos und Gemeindemitglieder – mit Blick auf die Wahrung der tradierten dörflichen Strukturen entschied, schlug seinerseits auf die lokalen Strukturen zurück und setzte innerhalb der Gemeinde neue Logiken in Gang. Maßnahmen zur eigentlichen Stärkung der Dorfgrenzen trugen im Zuge dessen paradoxerweise zur vermehrten Durchlässigkeit dieser Grenzen bei. Dies wird deutlich, wenn zusätzlich zum Fakt der Vertragsabschlüsse der Inhalt der Pachtverträge berücksichtigt wird, auf den sich die verbleibenden beiden Maßnahmen, die auf der Versammlung beschlossen wurden, direkt und indirekt bezogen.

Ein aufbrechendes Kollektiv und die sedimentierte Teilung des Dorfes

So wie es bis zum Kaufangebot des Investors im Dorf als Selbstverständlichkeit gegolten hatte, sein Landanteil dem ehemaligen Kollektivbetrieb zu überlassen und alternative Verwendungsmöglichkeiten gar nicht erst im Horizont des Möglichen zu beobachten, hatte der Verzicht auf eine unmittelbare Gegenleistung – der wohl-gemerkt nicht als solcher markiert wurde – ebenfalls der dörflichen Normalitätserwartung entsprochen. Die Pachtverhältnisse waren Bestandteil einer stillschweigenden und unhinterfragten Vereinbarung zwischen den Anteilseignerinnen und Anteilseignern – und damit faktisch allen Gemeindemitgliedern, denn nur eine kleine Minderheit besaß keinen Landanteil – und dem ehemaligen Kollektivbetrieb (vgl. auch Prosterman/Mitchell/Bradley 1997: 1389): Die Gemeinschaft (>alle<) stellte kollektiv ihr Land zur Verfügung und sicherte dem Betrieb auf diese Weise die Existenzgrundlage. Im Gegenzug erbrachte der Betrieb Leistungen gegenüber der Gemeinschaft, worunter sowohl die Unterstützung der Gemeindeverwaltung als auch der privaten Haushalte fiel. Die Kolchosleistungen wurden weder individuell zugerechnet noch im Vergleich zueinander *aufgerechnet* und hatten somit ebenfalls kollektiven Charakter.

Das Kaufangebot und die Eröffnung einer alternativen, aufgrund mangelnder Nachfrage bislang nicht unmittelbar zugänglichen Verwendungsmöglichkeit für die Eigentumszertifikate setzte dieses Arrangement unter Druck: Im Zuge des Abschlusses respektive der Neuregistrierung der Pachtverträge nach allgemeinen juristischen Standards formierte sich die Forderung nach Pachtzahlungen respektive

einer konkreten und zurechenbaren Gegenleistung, der der Kolchos schließlich auch entsprach. Auf der Anteilseignerversammlung wurde zwar nicht die Einführung monetärer Zahlungen beschlossen – dazu war der Betrieb nach eigenem Bekunden nicht in der Lage –, wohl aber als *dritte* Maßnahme die *Festlegung von klar definierten Zahlungsäquivalenten*: Anteilseignerinnen und Anteilseigner, die einen Pachtvertrag abschlossen, erhielten fortan das Recht auf Sach- und/oder Dienstleistungen des Kolchos im Wert von 500 Rubel pro Jahr. Diese Regelung hatte sich ein Jahr nach der Anteilseignerversammlung als selbstverständliches Moment der Pachtverhältnisse etabliert:

»[Frage]: Was steht Ihnen pro Landanteil zu? Irgendwelche Dienstleistungen? Was bietet der Betrieb?

[Anteilseignerin]: 500 Rubel pro Landanteil. In diesem Rahmen kriegt man kostenlos, was man möchte – Einstreu, Leistungen des Traktors, Heu, was auch immer.

[Frage]: Das heißt innerhalb von einem Jahr?

[Anteilseignerin]: Ja.

[Frage]: Bei drei Landanteilen sind das für Sie 1.500?

[Anteilseignerin]: Ja. Futter, Traktor, was man möchte.«

(Anteilseigner, 10.8.2008)

Dass die Beobachtung von Kolchosleistungen gegenüber den privaten Haushalten im Horizont von Zahlungen keine bloße Formalität ist, sondern zum festen Bestandteil der dörflichen Kommunikation geworden ist und beispielsweise in Form entsprechender Abrechnungspraktiken zum Ausdruck kommt, verdeutlichen auch die Äußerungen der Betriebsleitung:

»[Frage]: Es gibt in Andreevka die Anteilseigner. Welche Leistungen bekommen die von Ihnen?

[Kolchosvorsitzender]: Brennholz, Fisch, Getreide.

[Frage]: Kostenlos?

[Kolchosvorsitzender]: Kostenlos – wieso kostenlos? Für die Bereitstellung des Landanteils. Für jeden Landanteil liefern wir Brennholz, ein Kubikmeter kostet 300 Rubel.⁵⁷ [...] Für jeden Landanteil haben wir das gemacht. Wir führen darüber Buch.

[Frage]: Und die Leute, die keinen Landanteil besitzen, bezahlen für diese Leistungen?

[Kolchosvorsitzender]: Ja.«

(Kolchosvorsitzender, 20.2.2010)

57 Hierbei handelt es sich um einen vergünstigten Preis für Anteilseigner. Zum Vergleich: Das private Sägewerk im Dorf verlangt 500 Rubel pro Kubikmeter.

Zwei Differenzierungslinien treten hervor, die die Position des ehemaligen Kollektivbetriebs im Dorf und sein Verhältnis zur Dorfgemeinschaft strukturieren: *Erstens* wurden Leistung und Gegenleistung durch die vertragliche Festlegung eines Zahlungsäquivalents sachlich klar definiert und konditional fest miteinander verknüpft. Sie wurden damit, auch darauf verweisen die Äußerungen des Kolchosvorsitzenden, unterscheidbar von Leistungen des Betriebs gegenüber der Gemeinde, bei denen stets der Verweis auf das Gemeinwohl mitschwingt und die Kopplung an eine Gegenleistung diffus gehalten wird. *Zweitens* tritt in der Formalisierung der Pachtverhältnisse eine Differenzierungslinie in der Sozialdimension zutage, die vorher bestenfalls vage existierte. Leistung und Gegenleistung waren nun sozialen Adressen eindeutig zurechenbar. Vice versa bedeutete dies, dass das Resultat der individuellen Verkaufsentscheidung nun zur relevanten Komponente der sozialen Adressen im Dorf wurde (zum Begriff der Adresse vgl. Fuchs 1997; Stichweh 2000a): Hatte der Kolchos vormals die Unterstützung durch die Dorfgemeinschaft als kollektives, undifferenziertes und nicht weiter auflösbares Phänomen beobachtet – was auch hinreichend war, um daran anzuschließen –, wurde nun beobachtbar und zurechenbar, wer sein Land bereitstellte und damit bestimmte Ansprüche erwarb und wer nicht, wer also in die Leistungskommunikation des Kolchos inkludiert wurde und wer außen vor blieb. Die kollektive Tauschbeziehung zwischen Kolchos und Dorfgemeinschaft wandelte sich in individuelle Geschäftsbeziehungen mit einzelnen Anteilseignerinnen und Anteilseignern, die – wie die Landverkäufe zeigten – auch individuell aufkündbar sind.

Verschärft wird dieser Umstand durch die *vierte* Maßnahme, die unter dem Eindruck der Landverkäufe beschlossen wurde: die *Einführung von unterschiedlichen Preisen für Kolchosleistungen*. Denjenigen Gemeindemitgliedern, die ihr Eigentumszertifikat verkauft haben oder die sich aus anderen Gründen gegen den Abschluss eines Pachtvertrags entschieden haben, war der Zugang zu Kolchosleistungen nicht vollständig verwehrt, sie mussten dafür jedoch fortan höhere Preise entrichten als die Verpächter des Betriebs. Der Kolchosvorsitzende, so beschreibt die Bürgermeisterin, sei von diesem Schritt nur schwer zu überzeugen gewesen, habe ihrem Vorschlag aber letztlich zugestimmt. Die leitende Ökonomin des Kolchos verweist in diesem Zusammenhang auf die Unterscheidung von drei Preiskategorien: Mitarbeiter, Rentner und Anteilseigner (Verpächter) des Kolchos fallen in die günstigste Kategorie, einer zweiten höheren Preiskategorie werden die übrigen Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner zugeordnet und der dritten und höchsten Kategorie gehören schließlich andere Unternehmen und Organisationen an.⁵⁸

58 Auf ähnliche Strategien ehemaliger Kollektivbetriebe, die sich an die Bereitstellung von Land durch die Anteilseigner knüpften, sind Kalugina und Fadeeva (2009: 64f) in ihrer Feldforschung gestoßen.

Bemerkenswert ist, dass das Preisniveau dabei selbst nach lokalen Maßstäben durchweg niedrig ist und die Preisdifferenzen für die meisten Leistungen insbesondere zwischen den beiden erstgenannten Kategorien mit rund fünf Prozent nicht besonders groß sind. Der Beobachtung und der einschneidenden Wirkung der Maßnahme tut dies jedoch keinen Abbruch. Ungeachtet ihrer Höhe wurden die Preisdifferenzen und das dahinterstehende Exklusionsmoment übereinstimmend als ein wesentliches Argument gegen den Verkauf des eigenen Landanteils genannt:

»[Frage]: Haben Sie jemals darüber nachgedacht, Ihr Eigentumszertifikat zu verkaufen?

[Rentnerin]: Nein.

[Frage]: Und warum?

[Rentnerin]: Wozu verkaufen? Ich brauche immer mal wieder was vom Kolchos und dann sagen sie mir: »Du hast deinen Landanteil verkauft, geh und kauf dir deine Sachen woanders«. Ich gehe zum Kolchos, bitte ihn um Getreide, und der Kolchosvorsitzende stellt mir eine Erlaubnis aus. Man muss nur dieses Papier [das Eigentumszertifikat, E.M.] dabei haben. Und das war's.«

(Rentnerin, 22.2.2010)

In ähnlicher Weise beobachten auch andere im Dorf die Nachteile, die aus dem Verkauf der Landanteile resultieren. Die leitende Technikerin des ehemaligen Kolchos geht sogar noch einen Schritt weiter und beschreibt nicht nur, dass viele derjenigen, die ihr Eigentumszertifikat verkauft haben, dies später aufgrund der höheren Preise für Kolchosleistungen bereut hätten. Sie bilanziert darüber hinaus, dass die Landanteile aufgrund der mit ihrem Besitz einhergehenden Bindung an den ehemaligen Kollektivbetrieb ein Gut darstellen, dessen Wert der vom Investor gebotene Kaufpreis nicht gerecht werde:

»Wenn wir verkaufen, was soll dann aus dem Unternehmen werden? Aber viele haben natürlich verkauft. Und jetzt sind sie eingeschnappt, wenn ihnen der Kolchos das Kalb nicht für 40 Rubel verkauft, sondern für 60. Jetzt sind sie beleidigt, aber vorher darüber nachgedacht haben sie nicht. Sie haben Geld gebraucht und verkauft, Geld braucht man immer, aber es gibt noch etwas Höheres – Land.« (leitende Technikerin des Kolchos, 22.2.2010)

Durch die Preisdiskriminierungen, die übereinstimmend als signifikanter Einschnitt im Verhältnis von Kolchos und Dorfgemeinschaft beobachtet wurden, wurde die moralische Teilung des Dorfes, auf die die Bürgermeisterin verweist, nicht nur in wirtschaftlicher Form beobachtbar, sondern letztlich vollständig in einen wirtschaftlichen Sachverhalt transformiert:

»[Frage]: Und wie war das Verhältnis zwischen denjenigen, die verkauft haben, und denjenigen, die nicht verkauft haben?

[Bürgermeisterin]: Am Anfang hat sich das Dorf in ›Rote‹ und ›Weiße‹ geteilt.

[Frage]: Oh! [*lacht*] Das klingt nach Krieg?

[Bürgermeisterin]: Krieg gab es nicht, aber eine Teilung schon. Und ich selbst war wahrscheinlich die erste, die dazu beigetragen hat und klar und offen gesagt hat, dass mir das nicht gefällt und dass ich das nicht verstehe. Aber die Zeit heilt und heute...

[Frage]: Die Zeit heilt – heißt das, dass sich die Leute jetzt schon nicht mehr daran erinnern?

[Bürgermeisterin]: Doch, sie erinnern sich. Wenn diese Leute [zum Kolchosvorsitzenden, E.M.] kommen und um irgendwelche Leistungen bitten. Die Preise sind jetzt andere.

[Frage]: Das heißt, er weiß tatsächlich und nicht nur in der Theorie, wer verkauft hat?

[Bürgermeisterin]: Wenn jemand kein Landanteil hält. Wie zum Beispiel diese Ljubov Aleksandrovna, die zu ihm gekommen ist. Er hat eine Liste mit den Bürgern, die ihm ihr Land verpachten. Er schaut dort nach – und dann gibt es einen anderen Preis. Das geschieht schon automatisch. Und es streitet auch niemand mehr darüber, weil ja jeder selbst diese Entscheidung [zu verkaufen, E.M.] getroffen hat. Natürlich haben die Leute das am Anfang alles gar nicht verstanden. Ich frage mich: ›Haben sie selbst eigentlich verstanden, was sie da gemacht haben, oder nicht?‹. Die Mehrheit, 70 Prozent, haben das nicht bewusst gemacht. Denn dieses Dokument [das Eigentumszertifikat, E.M.] lag fünfzehn Jahre lang regungslos bei ihnen zuhause.«

(Bürgermeisterin, 12.3.2010)

In den Preisdifferenzen für Kolchosleistungen sedimentierte sich die Teilung des Dorfes. Aus der anfänglichen semantischen und moralischen Differenz, die sich als Reaktion auf das Kaufangebot des Investors entwickelte, war eine strukturelle Differenz geworden. Sie wurde mit Blick auf den Zugang zu Kolchosleistungen stets aufs Neue aktualisiert und damit gleichermaßen visibilisiert und auf Dauer gestellt. Die Preisunterschiede fungierten als eine Art ›Speicher‹ und das Eigentumszertifikat wurde durch sie – darauf deuten die zitierten Äußerungen hin – mit neuer Bedeutung aufgeladen und im buchstäblichen wie im übertragenen Sinne zur Eintrittskarte: Es war fortan in materieller Form vorzuweisen, um bestimmte Zugangsrechte geltend zu machen, und sicherte als Symbol für den Status als Anteilseigner des Betriebs darüber hinaus die Adressierbarkeit im Kommunikationszusammenhang derjenigen, die angesichts des ›Angriffs‹ auf das Dorf die ›richtige‹ Entscheidung getroffen hatten.

Gleichzeitig sorgte die Differenzierung von Preiskategorien und Zugangsmöglichkeiten jedoch auch für eine Entlastung der dörflichen Alltagskommunikation: Der Verweis der Bürgermeisterin darauf, dass »die Zeit heilt« und man über bestimmte Dinge nicht mehr streite, deutet darauf hin, dass die Alltagskommunikation von den individuellen Verkaufsentscheidungen absehen kann. Im Wissen darum,

dass der Verkauf des Landanteils an klar definierte Konsequenzen gekoppelt ist, verschwimmt die erwähnte Front zwischen ›Roten‹ und ›Weißen‹. Die Verkaufsentscheidung an sich bleibt außen vor, kann (rückblickend) erlebt werden und zieht kein weiteres Handeln nach sich. Das einst zugerechnete Nein zur Dorfgemeinschaft zeitigt strukturelle Konsequenzen und bedarf daher keiner weiteren Thematisierung.

»Wir haben die Sache zum Halten gebracht«

Wie ging die Geschichte um den Verkauf der Eigentumszertifikate aus? Die Tatsache, dass letztendlich rund 15 Prozent der Landanteile verkauft wurden, erscheint bedeutsam angesichts dessen, dass die Möglichkeit des Verkaufs der Eigentumszertifikate seit der formalen Privatisierung des Kolchos im Jahr 1992 nie als Handlungsoption beobachtet wurde. Weniger bedeutsam ist dieses Resultat hingegen nicht nur im Hinblick auf die Mehrheitsverhältnisse auf der Anteilseignerversammlung – von den kritischen 50 Prozent ist der Investor weit entfernt –, sondern auch hinsichtlich des weiteren Bestands des Unternehmens: Ungeachtet aller Aufregung fand eine Registrierung und Herauslösung von Agrarland durch den Investor zunächst nicht statt und war auch bei meinem letzten Feldaufenthalt nicht abzu sehen, so dass der ehemalige Kolchos vorerst unverändert bestehen blieb.

Im Dorf und vor allem aus der Perspektive der Gemeindeverwaltung werden der Verlauf der Ereignisse und die Folgen der eigenen Interventionen als erfolgreiche Abwehr des Angriffs auf Kolchos und Dorfgemeinschaft beobachtet. Wir haben alles richtig gemacht – so rückblickend der Tenor der Bürgermeisterin:

»Wir dachten, sie [der Investor und sein Unternehmen, E.M.] kommen zu uns, spielen mit offenen Karten, weshalb sie das Land kaufen. Aber sie sind nicht zu uns auf die Versammlung gekommen. Wir haben sie juristisch korrekt durchgeführt – wir haben [dem Kolchosvorsitzenden] die Landanteile zugeteilt und räumlich bestimmt, die die Leute ihm verpachten. Es waren Juristen mit dabei. Wir haben die Sache zum Halten gebracht. [Der Kolchosvorsitzende] hat seine Haltung geändert und ist von seiner übermäßigen Güte abgekommen. Jetzt gibt es unterschiedliche Preise für die Leute, die ihm ihr Land überlassen, und für diejenigen, die es [dem Investor] geben.« (Bürgermeisterin, 8.8.2008)

Dass sich trotz dieses Erfolgs Strukturen quasi unter der Hand gewandelt haben, schwingt in der Äußerung der Bürgermeisterin nur in Zwischentönen mit, wenn sie auf die ›Güte‹ des Kolchosvorsitzenden verweist, die vor den Ereignissen als selbstverständlich galt und nun als ›übermäßig‹ eingestuft wird. Ungeachtet dessen, dass die Selbstbeschreibungen im Dorf den Erhalt des ehemaligen Kolchos und damit Kontinuität in den Vordergrund stellen, deuten die beschriebenen Ereignisse

darauf hin, dass sich die dörflichen Erwartungsstrukturen gerade auch mit Blick auf den Betrieb und seine Position im Dorf verschoben haben und im Zuge dessen neue Differenzierungslinien zutage treten. Ironischerweise, so lässt sich resümieren, setzte sich letztlich gerade die Form von Kommunikation durch und generierte Anschlussfähigkeit, die die Bürgermeisterin und der Kolchosvorsitzende abzuwehren versuchten, und diejenigen Struktureigenschaften, die erhalten werden sollten, beginnen aufzubrechen. In formal-rechtlicher Hinsicht wirken juristische Praktiken, die bislang im Dorf nicht zur Anwendung kamen, in das Verhältnis von ehemaligem Kolchos und seinen Anteilseignerinnen und Anteilseignern hinein und lokale Idiosynkrasien lassen sich nicht länger aufrechterhalten: An die Stelle informaler Vereinbarungen treten Verträge, die wiederum allgemeinen Rechtsnormen entsprechen müssen und von dorfexternen Institutionen registriert werden. Die Gemeinwohlorientierung des ehemaligen Kollektivbetriebs transformiert sich gegenüber den Haushalten als den Empfängern von Kolchosleistungen in wirtschaftliches Kalkül: Klar definierte Leistungen werden an ebenso klar definierte Gegenleistungen gekoppelt. Das stillschweigende Arrangement zwischen Kolchos und dem Kollektiv der Dorfgemeinschaft löst sich auf und wird durch eine Vielzahl individueller Vereinbarungen ersetzt. Die Kongruenz von Dorfgemeinschaft und Kolchoskollektiv verschwindet, unterschieden wird nun zwischen Anteilseignern und Nicht-Anteilseignern und diese Unterscheidung manifestiert sich unter anderem in unterschiedlichen Preisen für Kolchosleistungen.

Indem auf Zahlungen mit Zahlungen reagiert wird, bewirken die Bürgermeisterin und der Kolchosvorsitzende das, was sie zu verhindern versuchten: Wirtschaftliche Kommunikation beginnt über die Landanteile im Dorf Anschlussfähigkeit zu generieren. Ausgerechnet die Landanteile werden von den Gemeindemitgliedern im Horizont von Knappheit beobachtet – und dies gilt selbst für jene Anteilseignerinnen und Anteilseigner, die einen Verkauf ursprünglich gar nicht in Erwägung gezogen hatten. Die Eigentumszertifikate verlieren an identitätsstiftendem Wert und gewinnen an ökonomischem Wert, indem ihr Besitz mit bestimmten Gegenleistungen verbunden wird und wirtschaftliche Argumente für und gegen den Verkauf an Bedeutung zunehmen.

Die Position der Bürgermeisterin scheint sich dabei im Kontext der Ereignisse zu festigen und aufzuwerten: Wie bereits im Rahmen des Gasifizierungsprozesses etabliert sie sich als Fixpunkt der dörflichen Kommunikation, der kaum zu umgehen ist – und dies ungeachtet dessen, dass nicht sie (respektive die Gemeindeverwaltung), sondern der ehemalige Kollektivbetrieb in erster Linie vom Kaufangebot des Investors betroffen ist und die Bürgermeisterin zudem weder im Hinblick auf die Verkaufsentscheidung noch bezüglich der diskutierten Maßnahmen über formale Entscheidungskompetenzen verfügt. Letztere liegen allein beim ehemaligen Kolchos und bei den Anteilseignern und Anteilseignerinnen selbst. Die Bürger-

meisterin übernimmt jedoch im Verlauf der Ereignisse die zentrale Sprecherrolle (teilweise auch anstelle des Kolchosvorsitzenden). Sie rückt die Landverkäufe als Thema in die Dorff Öffentlichkeit, steckt die Foren ab, in denen Kommunikation stattfindet, und sie beeinflusst maßgeblich, welche Art von Entscheidung konstruiert wird und welche Optionen dabei zur Auswahl stehen. Dass nicht sie, sondern der Kolchosvorsitzende und die Anteilseignerinnen und Anteilseigner diejenigen sind, die diese Entscheidungen letztlich treffen, scheint angesichts ihrer Gestaltungsmacht über die Entscheidungsprämissen kaum ins Gewicht zu fallen. Folglich wird der ›Sieg‹ über den Investor am Ende auch in erster Linie ihr zugeschrieben.

Die Bedeutung des ehemaligen Kolchos scheint demgegenüber tendenziell abzunehmen. Zwar spielt er gerade mit Blick auf die öffentliche Infrastruktur nach wie vor eine wichtige Rolle, sein Status als umfassende Organisation bröckelt jedoch – nicht ausschließlich, aber auch in Folge der Landverkäufe und der damit verbundenen Ereignisse – und die interne Heterogenität des Dorfes steigt. Letzteres lässt sich an zwei Beispielen von privatem Unternehmertum anekdotisch illustrieren: *Erstens* setzten die Anteilseignerversammlung und die dort diskutierten Maßnahmen für eine Familie den Impuls, sich ihre Landanteile herauszulösen und als Eigentum registrieren zu lassen:

»Jetzt sehe ich mal im Protokoll [der Versammlung, E.M.] nach. [...] Es gab diese Anteilseignerversammlung. Dort wurde entschieden, welche Flächen vom Betrieb bearbeitet werden und welche in erster Linie zum Herauslösen und Registrieren vorgesehen sind. Als das alles so passierte, haben wir einfach beschlossen, dass wir unsere Landanteile herauslösen. Wir sind zur ›zemel'naja palata‹ [Behörde für die Landregistrierung, E.M.] gegangen, haben dort die Situation erklärt und man hat uns gesagt ›Nehmen Sie sich Land, wo Sie wollen‹ – das heißt, vor uns hat das niemand gemacht, wir waren die ersten. Wir haben das Land markiert, das uns am nächsten liegt, und haben gezeigt, wo das ist.« (Privatbauer, 20.8.2008)

Statt das Land an den Kolchos zu verpachten, beschloss die Familie, ihre drei Landanteile (insgesamt 23 Hektar) als Grundlage für den Aufbau eines eigenen privatbäuerlichen Betriebs zu nehmen. Sie spezialisierte sich auf Milchwirtschaft und im Herbst 2008, als ich das erste Interview mit Aleksej und Svetlana führte, besaßen sie mit sieben Kühen bereits deutlich mehr Vieh als die anderen Hoflandwirtschaften im Dorf. Bei meinem dritten und letzten Besuch im Frühjahr 2010 war der Bestand auf zehn Tiere angewachsen. Aleksej und Svetlana hatten ihre Stellen beim Kolchos gekündigt und die Familie stand nicht nur wirtschaftlich auf eigenen Füßen, sondern hatte sich gemessen an den Verhältnissen im Dorf einen gewissen Wohlstand erarbeitet: Stolz wurde mir der neu angeschaffte Computer präsentiert und erzählt, dass man dem ältesten der drei Söhne ein Hochschulstudium in Perm ermöglichen könne. Verkauft wurden die Milchprodukte zu einem kleinen Teil im

Dorf, überwiegend jedoch an einen mittlerweile etablierten Kundenstamm im Bezirkszentrum, den sie sich über die Zeit erschlossen hatten und täglich belieferten. Dafür pendelten sie mit dem eigenen Auto täglich ins rund 40 Kilometer entfernte Bezirkszentrum – ein Grad an (selbstverständlicher) Mobilität, der im Vergleich zur Mehrheit der übrigen Gemeindemitglieder eine Besonderheit darstellt.

Ein *zweites* Beispiel für die zunehmende Heterogenität und Komplexität der dörflichen Strukturen ist ein privates Sägewerk, das als Ableger eines größeren Unternehmens aus Perm seit dem Jahr 2009 im Dorf existiert und unter anderem Brennholz an private Haushalte liefert. Nun wäre es zweifellos überzogen, die Entstehung des Sägewerks analog zum privatbäuerlichen Betrieb auf die Ereignisse rund um den Verkauf der Eigentumszertifikate zurückzuführen. Festzustellen ist jedoch, dass das Angebot des Sägewerks in Folge der Thematisierung der Preise für Kolchosdienstleistungen mittlerweile im Vergleich mit und als potenzielle Alternative zur Brennholzliefierung durch den Kolchos beobachtet wird, der ebenfalls ein Sägewerk unterhält. Zumindest für diesen kleinen Ausschnitt verliert der ehemalige Kolchos sein altes Monopol und die Beobachtung auf Preise und im Modus der Konkurrenz beginnt sich zaghaft zu etablieren.

EPILOG: FORMEN, FOREN UND FIXPUNKTE DER DÖRFLICHEN KOMMUNIKATION

Welche übergreifenden Schlussfolgerungen zum Wandel gesellschaftlicher Strukturen im postsowjetischen ländlichen Russland lassen sich aus der empirischen Analyse ziehen? Es sind vor allem zwei Prozesse, die durch die vier Episoden hindurch sichtbar werden: Zu beobachten ist *erstens*, dass sich die Politik auf der lokalen Ebene sowohl intern als auch gegenüber anderen Funktionssystemen – speziell der Wirtschaft – ausdifferenziert, d.h. sich als eigenständiger Kommunikationszusammenhang etabliert und im Hinblick auf ihre Zuständigkeitsbereiche und Steuerungsansprüche expandiert. Sie erzeugt zunehmend eigene Komplexität, diversifiziert die Teilnahmemöglichkeiten und beginnt, sich an anderen Funktionssystemen zu reiben. *Zweitens* und damit eng verzahnt zeigt sich, dass und wie die Grenzen des dörflichen Kommunikationszusammenhangs schrittweise aufbrechen und die Durchlässigkeit für weltgesellschaftliche Strukturmuster steigt, die in den lokalen Kontext hineinzuwirken beginnen und dort Anschlussfähigkeit generieren. Beide Prozesse spiegeln sich mit besonderer Deutlichkeit in der Verschiebung von Inklusionsmodi, in der Herausbildung spezifischer Parameter und Institutionen der lokalen Politik und im Zusammenspiel von formalen, informalen und illegalen Strukturen in und zwischen den beteiligten Organisationen. Auf diese drei Aspekte möchte ich abschließend nochmals eingehen.

Globale und lokale Inklusionsmodi

In allen vier Episoden findet sich Evidenz dafür, dass dörfliche Kommunikationsformen nach Anlehnungskontexten in global operierenden Funktionssystemen suchen und die partikularen Logiken des dörflichen Kommunikationszusammenhangs im Zuge dieses Suchprozesses zunehmend mit den universalen Logiken global operierender Funktionssysteme konkurrieren. Ein unmittelbarer Ausdruck dieser Konkurrenz ist das Verhältnis verschiedener Inklusionsformen: Die Adressierbarkeit in gesellschaftlichen Funktionssystemen, die Anschlussmöglichkeiten über die Dorfgrenzen hinweg eröffnet, gewinnt gegenüber der vormals dominierenden Kolchosmitgliedschaft an Bedeutung. Letztere stellt sich in der Folge auf Kompatibilität mit den Inklusionsmodi der Funktionssysteme um. Das bedeutet: Anders als noch bis in die späten 1990er Jahre hinein ergeben sich die Freiheitsgrade einzelner Gemeindeglieder und die Handlungsspielräume der Gemeindeverwaltung nun nicht mehr primär aus dem Verhältnis zur und der Integration in die umfassende Organisation Kolchos, sondern resultieren aus der Möglichkeit zur Oszillation zwischen beiden Inklusionsmodi – Kolchos und Funktionssysteme –, deren Verhältnis (vorläufig) in der Schwebe gehalten wird.

In diesem Sinne illustriert die Episode um den Anschluss der Gemeinden und ihrer Haushalte an das Gasnetz, wie ein per se technischer Akt zum Transmissionsriemen für weltgesellschaftliche Strukturen wird, die im Dorf zunehmend alternativlos erscheinen und Anschlussfähigkeit generieren. Lokale Kommunikationsformen werden sukzessive überlagert und teilweise außer Kraft gesetzt, was besonders deutlich mit Blick auf Eigentum und Kredite zum Ausdruck kommt: Die Gasifizierung löste nicht nur eine zweite Privatisierungswelle der sogenannten Kolchoshäuser aus, sondern auch einen Formalisierungsschub, der die Unterscheidung Eigentum|Nicht-Eigentum in eine auch außerhalb des Dorfes anschlussfähige Form brachte und Möglichkeiten für die Zweitcodierung von Eigentum durch Zahlungen eröffnete. Im Hinblick auf Kredite als Mechanismus der Inklusion ins Zentrum des Wirtschaftssystems induzierte der Gasifizierungsprozess im Dorf die Beobachtung auf Kreditwürdigkeit hin, also auf die Möglichkeit, aus Zahlungsunfähigkeit Zahlungsfähigkeit zu generieren. Damit gewinnen die Modi wirtschaftlicher Inklusion an Bedeutung, während die Inklusion in den ehemaligen Kolchos gegenläufig an Relevanz verliert: Die Bindung an den Betrieb erwies sich für den Anschluss an das Gasnetz als Handlungsoption im Einzelfall als nutzlos oder sogar hinderlich und wurde mit der Privatisierung der Kolchoshäuser für die entsprechenden Gemeindeglieder in zumindest einer Dimension gelockert. Dabei scheinen die Freiheitsgrade, die in dieser Situation durch die Inklusion in das Wirtschaftssystem gewonnen werden, den potenziellen Verlust an Freiheitsgraden durch die (zumindest partielle) Ablösung vom ehemaligen Kolchos auszugleichen.

Ganz ähnlich schlossen auch die Abwehrmechanismen gegen das Kaufangebot des Investors, die im Zuge der Ereignisse rund um den Verkauf von Eigentumszertifikaten in der Gemeinde Andreevka beschlossen wurden, an funktionssystemspezifische Kommunikationsformen an, die zuvor an den Dorfgrenzen abgeprallt waren. In der Spezifikation und Neuregistrierung der Pachtverträge zwischen dem ehemaligen Kolchos und den Anteilseignern spiegeln sich beispielsweise mit Einheitsverträgen oder Beglaubigungen juristische Praktiken wider, die man in der dörflichen Kommunikation bislang schlicht nicht ›gebraucht‹ hatte. Um angesichts des Drucks, der vom Kaufangebot der Agroholding auf die tradierten dörflichen Strukturen ausgeht und dem sich die dorfinernen und überwiegend informalen Arrangements kaum wirkungsvoll entgegensetzen lassen, Unsicherheit zu reduzieren und zukünftige Selektionen mit Blick auf die Verwendung der Landanteile zu binden, wird nun erstmals auf ebenjene ›fremden‹ Praktiken zurückgegriffen. Die Einführung von Zahlungsäquivalenten und Preisdiskriminierungen in die Pachtverhältnisse trägt zudem wirtschaftliche Kommunikation in den lokalen Kontext hinein. Eine Kommunikationsform, die im Hinblick auf die Eigentumszertifikate bislang unterdrückt wurde. Die Landanteile werden zunehmend im Knappheitshorizont von Leistung und Gegenleistung beobachtet und die Individualisierung der Pachtverhältnisse bricht das tradierte kollektive Arrangement zwischen ehemaligem Kolchos und Dorfgemeinschaft durch eine Individualisierung der Pachtverhältnisse auf. Die lokale Moralordnung über die Verwendung der Eigentumszertifikate verliert ihre Bindekraft und wird an dieser Stelle schrittweise durch ökonomische Rationalitäten ersetzt. Die Ironie dieser Episode liegt darin, dass die gravierenden Änderungen der Erwartungsstrukturen durch Maßnahmen eingeleitet wurden, die eigentlich auf den Erhalt der tradierten Strukturen – insbesondere des Kolchos in seiner ›sowjetischen‹ Form – zielten und man sich zudem im Dorf rückblickend von der erfolgreichen Abwehr des Angriffs auf diese Strukturen in Form des Kaufangebots überzeugt gab.

Eigentum und Zahlungen als wirtschaftliche Inklusionsmodi markieren damit eine wesentliche Dimension eines einsetzenden Wandlungs- und Anpassungsprozesses: Eine Klärung der Eigentumsverhältnisse mit Blick auf Agrarland und teilweise auch auf Wohngebäude und damit das Scharfstellen der Grenze zwischen Eigentum und Nicht-Eigentum, worauf bislang im Dorf verzichtet wurde, wird angesichts von Umweltirritationen wie dem Gasifizierungsprojekt oder dem Kaufangebot des Investors unumgänglich. Dies induziert erstens die Neubestimmung der Grenzen der landwirtschaftlichen Großbetriebe innerhalb des Dorfes und des Verhältnisses der Betriebe zur Dorfgemeinschaft. Letztere, so wird deutlich, wird als Kollektiv rissig und es tritt eine Bruchstelle hervor, an der die soziale Kongruenz von landwirtschaftlichem Großbetrieb und Gemeinde zu erodieren beginnt. Durch den Verweis auf Zahlungen und Kredite werden zweitens Beobachtungsformen

forciert und Anschlussmöglichkeiten eröffnet, die über die Dorfgrenzen hinaus weisen und innerhalb der Gemeinde zwar thematisiert, aber nicht mehr politisch kontrolliert werden können.

»Sowjetische« Strukturen (beispielsweise in Form der umfassenden Ansprüche an den Kolchos, der personellen Kontinuität in der Kolchosleitung und der Kommunalverwaltung sowie in Form des engen Verhältnisses zwischen Kolchosvorsitzendem und Bürgermeisterin) verschwinden nicht notwendigerweise, verlieren aber angesichts steigender Komplexität der dörflichen Umwelt relativ an Bedeutung. Auch wenn weiterhin daran angeschlossen wird, steht dies den skizzierten Wandlungsprozessen nicht zwingend im Wege, die sich mit diesen »sowjetischen Nischen« arrangieren. Dies wird in besonderem Maße mit Blick auf neu hinzukommende Akteure wie die Agroholding deutlich, um die herum sich neue Differenzierungslinien herausbilden, ohne dass die alten vollständig verloren gehen. Es wird aber auch deutlich mit Blick auf den ehemaligen Kolchos, der im dörflichen Kontext zunehmend weniger als umfassende Organisation und damit auch nicht mehr als alleiniger Schlüssel fungiert, um die veränderte »Logik« der Gemeinde zu verstehen. Im Unterschied zum sowjetischen und frühen postsowjetischen Dorf bestimmt sich für das einzelne Gemeindemitglied die Summe seiner Handlungsmöglichkeiten längst nicht mehr über die Frage der Kolchoszugehörigkeit und den individuellen Status innerhalb der Organisationsstrukturen, sondern aus der Adressierbarkeit in funktionssystemspezifischen Kommunikationszusammenhängen, welche die Dorfgrenzen überschreiten. Die Zugehörigkeit|Nicht-Zugehörigkeit zum Kolchos, die aufgrund der »sowjetischen« Kongruenz von Betrieb und Gemeinde mit der Unterscheidung innen|außen hinsichtlich der Dorfgrenzen gleichzusetzen war und an der sich in der Vergangenheit die Erwartungen ausrichteten, wird durch funktionale Differenzierung abgelöst. Will sich der ehemalige Kolchos unter diesen Bedingungen reproduzieren, müssen die Formen der Kolchosmitgliedschaft nun mit den Inklusionsmodi gesellschaftlicher Funktionssysteme wechselseitig kompatibel werden. Im Gegensatz dazu galt bis in die späten 1990er Jahre hinein für die Gemeindemitglieder im Hinblick auf die Kolchosmitgliedschaft zwar nicht in allen, aber doch in vielen Bereichen des alltäglichen Lebens ein Entweder-oder.

Nicht nur die (weitgehend) hermetische Schließung des dörflichen Kommunikationszusammenhangs in sowjetischer Tradition ist mit dieser Umstellung auf funktionale Differenzierung und der steigenden Komplexität der dörflichen Strukturen unvereinbar, sondern auch die Existenz einer dorfweiten Machtinstanz, wie sie im sowjetischen Regime die Kolchosleitung (respektive die Person des Kolchosvorsitzenden) darstellte – ein Sachverhalt, der zu einem zweiten zentralen Ergebnis überleitet: den Parametern lokaler Politik.

Die Parameter und Institutionen lokaler Politik

Über alle vier Episoden hinweg ist zu beobachten, wie sich die lokale Politik sukzessive als eigenständiger Kommunikationszusammenhang im Dorf herausbildet, d.h. sich gegenüber anderen Funktionssystemen profiliert und nach eigenen Maßgaben zu operieren beginnt. Die lokale Politik gewinnt nicht nur formal (wie durch die Kommunalreform eingefordert), sondern auch faktisch an Autonomie. In der Sozialdimension kommt dies vor allem darin zum Ausdruck, dass sich die Möglichkeiten zur Teilnahme an politischer Kommunikation vervielfältigen und nach eigenem Ermessen der Politik modelliert werden. In der Sachdimension wird deutlich, dass und wie in den lokalpolitischen Institutionen für bestimmte, sachlich abgegrenzte Bereiche Entscheidungen mit kollektiver Bindungswirkung getroffen werden. Diese Entscheidungen schließen auch diejenigen Gemeindemitglieder als Teil des Kollektivs ein, die in konkreten Fällen nicht überzeugt worden sind. Hinzu kommt, dass es im Dorf weder eine außerpolitische Instanz gibt, die diese Bindung generell auflösen könnte, noch eine vorpolitische Sozialordnung existiert (z.B. in Form der Kolchosmitgliedschaft), die einzelne aus dieser Bindung entlassen und ungebrochen in die politische Kommunikation hineinwirken könnte. Diese Beobachtungen laufen quer zum üblichen Tenor der Debatte über die russische Lokalverwaltung, die von Sorgen über die Subventionsabhängigkeit der Gemeinden und unterschwellige Rezentralisierung geprägt ist. Drei Merkmale des lokalpolitischen Kommunikationszusammenhang treten in der empirischen Analyse besonders deutlich hervor: Erstens die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die sich als Fixpunkte lokaler Machtkommunikation verankern, zweitens das hohe Maß an Interaktionsgebundenheit lokaler Politik sowie drittens die sich herauskristallisierende lokalpolitische Rolle der landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Die *Bürgermeisterinnen und Bürgermeister*, so wurde über alle Episoden hinweg deutlich, verfügen nicht über die umfassende Stellung, welche die Kolchosvorsitzenden im sowjetischen Dorf innehatten, positionieren sich jedoch als zentrale Figuren in einem zunehmend komplexen Kommunikationszusammenhang. Ihre Gestaltungsmacht gewinnen sie weniger aus ihren unmittelbaren Entscheidungskompetenzen, sondern in erster Linie aus den Möglichkeiten zur Koordination und Kanalisation von Kommunikation, die mit ihrem Amt verknüpft sind. Besondere Bedeutung hat dies mit Blick auf jene Interaktionen, die auf ihre Entscheidung hin zustande kommen oder auch verhindert werden. Es sind die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, nicht die Kolchosvorsitzenden, die die Gemeindeversammlungen als zentrale politische Kommunikationsforen einberufen, Themenrelevanzen maßgeblich gestalten und damit eine politische Öffentlichkeit schaffen und modellieren, in der sie die zentrale Sprecherrolle übernehmen.

Über diese *Interaktionsforen* konstituiert sich maßgeblich das lokale Publikum, mit allen Möglichkeiten und Grenzen, die mit diesem Systemtyp verbunden sind. Entsprechend ist Anwesenheit eine wesentliche Inklusionsform in politische Entscheidungsprozesse, wohingegen andere Modi politischer Inklusion (beispielsweise Wahlen oder die öffentliche Meinung) zumindest für das lokalpolitische Alltagsgeschehen in den Hintergrund treten. So lässt sich beispielsweise sowohl im Kontext der durch das Kaufangebot des Investors ausgelösten ›Eigentumsfrage‹ als auch mit Blick auf den Gasifizierungsprozess verfolgen, wie politische Kommunikation generiert wird, die sich in erster Linie über Gemeindeversammlungen vollzieht, an denen diejenigen teilnehmen, die sich auf die durch die Ereignisse aufgeworfenen Klärungsprozesse einlassen. Auf der anderen Seite scheinen der Verzicht auf Eigentum (respektive auf die Klärung der Eigentumsverhältnisse), Zahlungsunfähigkeit und die Vermeidung politischer Adressierbarkeit (über Abwesenheit auf den Gemeindeversammlungen) an dieser Stelle Hand in Hand zu gehen. Andersherum wird auch für die Politik Interaktion zum zentralen Anhaltspunkt der Publikumsbeobachtung und damit der Beobachtung der maximalen Reichweite lokaler Machtkommunikation. Letztere stößt nicht nur an den spezifischen Logiken gesellschaftlicher Funktionssysteme (vor allem der Wirtschaft) an ihre Grenzen, deren Eigen dynamiken es gerade mit Blick auf ihre politische Kontrollierbarkeit politikintern zu reflektieren und akzeptieren gilt, sondern auch an den Eigenheiten der Interaktionssysteme.

Im Hinblick auf diese beiden Merkmale lokaler Politik – die Schlüsselposition der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die Interaktionsgebundenheit – aufschlussreich ist beispielsweise das Fungieren der Gemeindeverwaltung als eine Art dörfliche Ratingagentur im Kontext der Gasifizierung, entscheidet sie doch über die Kreditwürdigkeit einzelner Gemeindemitglieder mit. Dabei erweist sich die Kommunalverwaltung – und die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sind hier zweifellos die treibenden Kräfte – nicht nur als Vermittlerin, sondern im Hinblick auf den beschriebenen Ablösungsprozess einzelner Gemeindemitglieder vom Kolchos und die damit einhergehende Verschiebung von Inklusionsmodi sogar als Katalysator. Indirekt lässt sich dies als ein Effekt der Kommunalreform verbuchen, die unter anderem den Gasifizierungsprozess in den Verantwortungsbereich der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stellt, so dass sowohl Erfolg als auch Scheitern ihnen respektive der Kommunalverwaltung zugeschrieben werden. Entsprechend erwiesen sich sämtliche Maßnahmen im Sinne der Gemeindeverwaltung, die eine Teilnahme der Haushalte an der Gasifizierung ermöglichen und bewirken, darunter auch die Privatisierung und Registrierung von privatem Wohnraum und die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung der technischen Infrastruktur. Darüber hinaus ist die offizielle Registrierung der Wohnhäuser als Privateigentum die Voraussetzung dafür, dass sich in Form von Steuerzahlungen daran anschließen lässt. Grund-

und Vermögenssteuern fließen gemäß den Regelungen der Kommunalreform in vollem Umfang dem lokalen Budget zu, so dass sich als Nebeneffekt der Gasifizierung die Steuergrundlage und damit die finanziellen Freiheitsgrade der Verwaltung erweitern. Die Appelle, anhand derer vor allem die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister angesichts möglicher Vorteile auf die individuellen Haushaltsentscheidungen einzuwirken versuchen, werden in erster Linie im Rahmen von Gemeindeversammlungen – als Interaktionssysteme – an die Gemeindemitglieder gerichtet. Die Reichweite dieser Form der Machtkommunikation erweist sich allerdings als zweifach begrenzt: Zum einen durch Anwesenheit als konstitutives Merkmal von Interaktion – mangels formaler Sanktionsmöglichkeiten kann man sich durch Abwesenheit den Appellen leicht entziehen –, zum anderen aufgrund der divergierenden Logiken der Funktionssysteme, die in das Gasifizierungsprojekt hineinspielen. Während die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister das Projekt als politische Angelegenheit beobachten, die es durch- und umzusetzen gilt, sehen sich die Haushalte primär mit einer wirtschaftlichen Entscheidung konfrontiert, die für sie auf Preise und Zahlungen hinausläuft. Weder die Gemeindeverwaltung noch ein anderes der beteiligten Systeme ist in der Lage, sich – in der Tradition des umfassenden sowjetischen Kolchos – in dieser Situation als zentrale Entscheidungsinstanz aufzuführen. Stattdessen sind Politik und Wirtschaft in ihrer Eigenständigkeit zu akzeptieren. Der politische Erfolg des Gasifizierungsprojekts hängt letztlich erheblich davon ab, inwieweit im Dorf an wirtschaftliche Kommunikationsangebote – konkret: den Kredit – angeschlossen wird.

In ähnlicher Weise instruktiv sind die Ereignisse rund um das Kaufangebot des Investors in der Gemeinde Andrejevka, die nur auf den ersten Blick wenig mit lokaler Politik zu tun haben. Bei genauerem Hinsehen bieten sie Einsichten, wie kollektiv bindende Entscheidungen im Dorf getroffen werden und wer auf welche Weise in den Entscheidungsprozess eingebunden wird. Vom Kaufangebot demonstrativ betroffen und für den weiteren Verlauf der Dinge verantwortlich fühlt sich in erster Linie die Gemeindeverwaltung – und nicht der ehemalige Kolchos, auf den der ›Angriff‹ in Form des Kaufangebots des Investors eigentlich gerichtet war. Die Bürgermeisterin übernimmt hier eine dominante und unangefochtene Sprecherrolle im Dorf. Allerdings scheitern sämtliche Versuche ihrerseits, machtvoll auf den Verlauf der Ereignisse einzuwirken, oder verfangen nicht in der von ihr erhofften Weise: Der Investor als Person entzieht sich von vornherein einem Konflikt, im Rahmen dessen gegebenenfalls ein Rückzug des Kaufangebots hätte bewirkt werden können, und an die an die Anteilseignerinnen und Anteilseigner gerichtete Aufklärung durch die Bürgermeisterin und den Kolchosvorsitzenden wird nur bedingt angeschlossen (auch wenn sich beide von ihrer moralischen Deutungshoheit im Dorf überzeugt zeigen). Um in dieser Lage politischen Einfluss auszuüben, erscheint es ähnlich wie im Gasifizierungsprozess unumgänglich, mit der Gemeinde-

versammlung ein öffentliches Forum zu wählen und damit die Beteiligung aller Gemeindemitglieder am Entscheidungsprozess zu ermöglichen. Zudem muss – und auch hier tritt eine Parallele zur Gasifizierung hervor – die Verkaufsentscheidung in ihrer Eigenständigkeit als dezentrale und individuelle Entscheidung der Haushalte akzeptiert werden, deren Resultat zwar relevant für die Dorfstrukturen ist, auf die sich aber weder kollektiv noch politisch unmittelbar einwirken lässt. Letzteres spiegelt sich in den Maßnahmen wider, die schließlich beschlossen werden und zu verfangen scheinen. In ihnen und der Art und Weise, wie daran angeschlossen wird, kommt darüber hinaus zum Ausdruck, dass durch den politischen Entscheidungsprozess offensichtlich ein Modus gefunden wurde, wie – dies wurde bereits erwähnt – die Kolchosinklusion und wirtschaftliche Inklusion nicht gegeneinander in Stellung gebracht, sondern wechselseitig kompatibel gemacht werden.

Landwirtschaftliche Großbetriebe, dies ist als drittes Merkmal hervorzuheben, erweisen sich (weiterhin) als zentraler Bezugspunkt lokaler Politik – sei es in Form des ›sowjetischen‹ Modells wie im Falle des ehemaligen Kolchos, sei es in expliziter Abgrenzung davon wie im Falle der Agrohholding. In vordergründig sowjetischer Kontinuität sind sie nach wie vor unverzichtbar für die lokale Infrastruktur. Anders als im sowjetischen und frühen postsowjetischen Dorf treten sie nun jedoch zunehmend nicht mehr als superrelevante Umwelt der Gemeindeverwaltung in Erscheinung, sondern als ihr Kooperationspartner. Die Zusammenarbeit zeichnet sich durch ein zunehmendes Maß an Formalisierung und Professionalisierung aus, wodurch trotz aller praktischen Abhängigkeiten immer auch die Grenzen und unterschiedlichen Rationalitäten beider Organisationen betont werden. Die Retraktion des Kolchos aus dem Politischen kommt auch darin zum Ausdruck, dass Entscheidungen der Kolchosleitung per se keine gemeindeumfassende kollektive Bindungswirkung mehr aufweisen und, sofern eine solche Wirkung erreicht werden soll, die Unterstützung durch die Politik und das Einlassen auf die Logiken Letzterer unumgänglich wird. Hinzu kommt, dass sich für die Gemeindemitglieder die Adressierbarkeit als Leistungsempfänger an verschiedenen Stellen von der Kolchosmitgliedschaft entkoppelt: Zum einen treten Zahlungen und Verträge mit einzelnen Dorfbewohnerinnen und -bewohnern (samt entsprechend individueller und vor allem individuell verhandelbarer Konditionen) an die Stelle, die vorher durch Mitgliedschaftsprogramme geregelt war. Zum anderen und parallel dazu vollziehen sich Formalisierungsprozesse und die schrittweise Umstellung auf wirtschaftliche Kommunikation auch im Kontext der Kooperation mit der Gemeindeverwaltung, die hinsichtlich der entsprechenden Leistungen und Leistungserwartungen als vermittelnde Instanz und mit zunehmender Verhandlungsmacht auftritt.

Mit Blick auf die politische Rolle der Großbetriebe ließ sich am Beispiel kommunaler Aufgaben zeigen, dass der ehemalige Kolchos in der Gemeinde Andreevka weiterhin einen erheblichen Teil derjenigen Leistungen erbringt, die er auch schon

im sowjetischen Regime übernommen hatte. Und auch die Agroholding, die sich seit dem Jahr 2006 in der Gemeinde Beljaevka etablierte, rückt sukzessive von ihrer anfänglichen, stark von der Haltung des Investors geprägten Intention ab, sich im Dorf auf eine rein wirtschaftliche Position zu beschränken. Stattdessen erbringt das Unternehmen bereits nach kurzer Zeit ein breites Spektrum an Aufgaben, die in Inhalt und Umfang den klassischen Kolchosleistungen stark ähneln. Auf diese Weise scheinen das Auftauchen des Investors und die dadurch in der Gemeinde angestoßenen Entwicklungen, die auf den ersten Blick als radikaler Bruch mit den tradierten Strukturen gedeutet werden können (und von den Beteiligten tendenziell auch so beobachtet werden), auf Strukturen hinauszulaufen, die den Strukturen um den ehemaligen Kolchos stark ähneln. Betrachtet man zudem die mit der jüngsten Kommunalreform verbundene Erwartung bezüglich der Herausbildung marktförmiger Strukturen im Bereich kommunaler Dienstleistungen, in die auch und gerade kleine ländliche Gemeinden eingebunden sein sollen, wird deutlich, dass die Leistungen der Agroholding für die Gemeindeverwaltung einen ähnlichen Effekt haben wie diejenigen des ehemaligen Kolchos: Obwohl entsprechende Kommunikationsangebote durch Privatunternehmen außerhalb des Dorfes durchaus registriert werden, lehnt die Gemeindeverwaltung es selbst in dringenden Fällen ab, entsprechende vertraglich gerahmte Geschäftsbeziehungen einzugehen.

Ungeachtet dessen zeichnen sich bei genauerem Hinsehen jedoch Verschiebungen in der Form und Ausgestaltung der zugrundeliegenden Arrangements zwischen den Betrieben und den Gemeindeverwaltungen ab. Brüche mit tradierten Strukturen, durch die neuartige und sich wandelnde Differenzierungsformen durchscheinen, lassen sich vor allem in der Art und Weise beobachten, wie die Agroholding in ihre dörfliche Umwelt eingebunden wird. In der direkten Kommunikation mit der Gemeindeverwaltung fällt zunächst der hohe Professionalisierungsgrad auf: Organisationsintern wird die Kooperation über eigens eingerichtete Stellen im Betrieb abgewickelt und Aufgaben werden entsprechend delegiert, so dass die Unternehmensleitung kaum davon berührt wird. Für eine Verflechtung von Rolle und Person, die das Verhältnis zwischen Bürgermeisterin und Kolchosvorsitzendem im Nachbardorf prägt und die sich erheblich auf das Zustandekommen und die Ausgestaltung der Arrangements zwischen Kommune und Kolchos auswirkt, ergeben sich daher keine Anhaltspunkte.

Eine Professionalisierung tritt darüber hinaus auch organisationsextern im Hinblick auf das lokalpolitische Engagement der Agroholding hervor: Die (erfolgreiche) Kandidatur des Investors und einer Gruppe Betriebsangehöriger für den Gemeinderat und ihr Auftreten als geschlossene Fraktion mit eigenem Wahlprogramm deuten darauf hin, dass der lokalpolitische Einfluss des Unternehmens anders als im Falle des ehemaligen Kolchos nicht historisch gewachsen ist, sondern politisch erarbeitet wird. Ebenfalls im Unterschied zum ehemaligen Kollektivbetrieb, der für

sich mit großer Selbstverständlichkeit und ohne formales Mandat beansprucht, die Interessen aller Gemeindemitglieder zu vertreten, generiert sich die Agroholding – respektive einzelne Mitglieder, die sich in der Dorfföfentlichkeit betont als solche präsentieren – in einer Art ›Nebenrolle‹ als intermediäre Organisation der lokalpolitischen Peripherie. Vertreten und im Vorfeld der Wahl explizit benannt werden spezifische Interessen, die potenziell in Konkurrenz zu anderen, divergierenden Interessen stehen und – dies lässt sich zumindest ansatzweise aufzeigen – eine organisationale Bündelung provozieren. So erwähnt eine kommunale Sachbearbeiterin (3.3.2010) auf die Frage nach den Themen, die auf den Gemeindeversammlungen diskutiert werden, als aktuelles Beispiel die Initiative zur Gründung einer Imker-Vereinigung im Dorf: In den vergangenen beiden Jahren habe sich die Bienenpopulation in Beljaevka erheblich verringert. Die zahlreichen Imker im Dorf führen dies darauf zurück, dass die Kartoffelfelder der Agroholding per Flugzeug chemisch gedüngt werden. Zwar sei ein Mindestabstand zu bewohnten Gebieten eingehalten worden, doch vermutlich haben sich die Düngemittel über eine weitaus größere Fläche verteilt und so den Bienen geschadet. Nachdem Beschwerden einzelner Gemeindemitglieder beim Unternehmen kein Gehör gefunden hätten, habe man im Rahmen einer Gemeindeversammlung beschlossen, eine offizielle Imkervereinigung (»obščestvo pčelovodov«) zu gründen, um auf das Problem aufmerksam zu machen und die eigenen Interessen insbesondere gegenüber der Agroholding besser artikulieren zu können.

Diese Einzelbeachtungen verweisen immer wieder darauf, dass die wirtschaftliche Stärke des Unternehmens nicht als Grundlage eines umfassenden dorfwweiten Status taugt – und dies unabhängig von der Frage, ob dies überhaupt angestrebt wird. Zwar scheinen angesichts der zentralen Stellung der Agroholding in der Gemeinde Analogien zu sowjetischen Strukturmustern naheliegend. Wiederholt wird jedoch deutlich, dass sie ihre Zahlungsfähigkeit zwar in verschiedenen Bereichen ausspielen kann und damit zweifellos über Einfluss im Dorf verfügt, sich jedoch gleichzeitig zur Anpassung an die Logik der Politik gezwungen sieht, um auf kollektiv bindende Entscheidungen einzuwirken. In der Folge treten in einem wechselseitigen Modellierungsprozess des Unternehmens und seiner lokalen dörflichen Umwelt Differenzierungslinien zutage, die zuvor keine oder bestenfalls eine untergeordnete Rolle gespielt haben – zwischen Rolle und Person, Wirtschaft und Politik, (lokal-)politischem Zentrum und Peripherie.

Was in Bezug auf Brüche und Wandlungsprozesse für die Agroholding gilt, lässt sich in Ansätzen auch für den ehemaligen Kolchos beobachten, wenngleich in abgeschwächter und weniger klar konturierter Form: Mit der Einführung von Verträgen und Preisverhandlungen in die Zusammenarbeit zwischen dem ehemaligen Kolchos und der Gemeindeverwaltung und vor allem über entsprechende Relevanzbekundungen aller Beteiligten wird abermals die Grenze zwischen beiden Or-

ganisationen betont. Beide, so die Stoßrichtung der vom Gesetz ermöglichten und nahegelegten und jetzt vom Kolchos durchgesetzten Formalisierungen, sind ungeachtet ihrer engen Kooperation füreinander Umwelt und orientieren sich in ihren Operationen an differenten Rationalitäten. Ihre jeweiligen Entscheidungen stellen sich aufeinander ein und treffen sich in Verträgen und Preisen, ohne dabei jedoch ineinander zu greifen, beispielsweise in Form füreinander zwingender Prämissen. Und ähnliches lässt sich schließlich auch in der Beziehung zwischen dem ehemaligen Kolchos und den Gemeindemitgliedern beobachten. Im Zuge der Episode um den (potenziellen) Verkauf der Eigentumszertifikate an Agrarland in der Gemeinde Andreevka setzt ein Prozess der Verrechtlichung, Ökonomisierung und Individualisierung im Verhältnis des Betriebs zu seinen Anteilseigerinnen und Anteilseignern ein. Die Beziehung zwischen Betrieb und Anteilseignern wird, wie auch die daran anknüpfenden Strukturen im Dorf, grundlegend verändert, ohne dass sich dies zwingend in den formalen Eigentumsverhältnissen widerspiegeln würde.

Formalität, Informalität und Illegalität im Horizont postsowjetischer Transformationsimperative

Als letztes Resultat hervorzuheben sind schließlich die *Konfigurationen von Formalität, Informalität und Illegalität* innerhalb der und zwischen den beteiligten Organisationen, die in allen vier Episoden wiederholt und auf unterschiedliche Weise aufscheinen. Mit Blick auf die Formalstrukturen wird deutlich, dass vor allem über sie neue globale Kommunikationsformen »eintröpfeln«. Gleichzeitig lässt sich auch beobachten – und dieser Sachverhalt an sich ist aus Sicht der Organisationsforschung wenig überraschend –, dass sich die Bedeutung dieser veränderten Formalstrukturen erst aus dem Zusammenspiel mit informalen und illegalen Strukturen ergibt. Bemerkenswert ist jedoch, auf welche Weise sich dieses Zusammenspiel in den konkreten Beispielen entfaltet und welche Implikationen sich für die Strukturierung des lokalen Kommunikationszusammenhangs ergeben. Die vier Episoden verweisen hier auf ein generelles Muster: Das Auseinanderdriften lokaler und globaler Erwartungen wird von den Betrieben bearbeitet, indem Letztere tendenziell in die Formalstruktur der Organisationen übernommen und Erstere über die informale Ebene absorbiert werden. Auf diese Weise sichern die Betriebe nicht nur ihre Reproduktionsfähigkeit angesichts sich widersprechender Umweltansprüche, sondern es wird auch deutlich, dass und wie sich der ehemalige Kolchos und die Agroholding hinsichtlich ihrer Selbstbeschreibungen und deren strukturellen Folgen aufeinander zu bewegen.

Mit aller Macht, so scheint es, ist der ehemalige Kolchos darum bemüht, sich als Wirtschaftsorganisation zu generieren und an seiner Primärorientierung an Zahlungen und Zahlungsfähigkeiten sowie am Profit als alleinigem Erfolgskrite-

rium keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Fast lehrbuchartig spiegeln sich in den Äußerungen vor allem von Mitgliedern der Kolchosleitung jene Erwartungen, die im Zusammenhang mit Wirtschaftsreformen und Privatisierungsmaßnahmen, aber auch im Kontext der jüngsten Kommunalreform aus der globalen Umwelt an den Betrieb gerichtet werden. Dieses Bemühen schlägt sich besonders sichtbar in den Formalstrukturen des Betriebs nieder. Sie sollen »sowjetisch« anmutendes Engagement im Bereich der technischen und sozialen Infrastruktur, das von diesen proklamierten wirtschaftlichen Zielen abweicht oder sogar im Widerspruch dazu steht, über eigens konzipierte Buchhaltungs- und Abrechnungsinstrumente, die Einführung von Verträgen gegenüber der Gemeindeverwaltung und den Verweis auf Preisverhandlungen ausdrücklich in den Horizont ökonomischer Logiken rücken.

Die lokale Umwelt des Betriebs – die Gemeindemitglieder ebenso wie die Kommunalverwaltung – zeigt sich indes nur bedingt bereit, diese veränderten und an globale Erwartungen angepassten Selbstbeschreibungen samt der strukturellen Implikationen zu akzeptieren und an die entsprechenden Formalstrukturen anzuschließen. Deutlich wird stattdessen die lokale Persistenz von umfassenden »sowjetischen« Erwartungen. Vor allem die fehlende Differenzierung von Rolle und Person sorgt im Verhältnis von Bürgermeisterin und Kolchosvorsitzendem dafür, dass eine Vielzahl von Erwartungen mit besonderer Vehemenz an den Kolchosvorsitzenden als Person herangetragen werden, denen sich die Kolchosleitung als Ganzes kaum entziehen kann und die der Umsetzung rollenbezogener Transformationsimperative im Wege stehen. Auf den Anpassungsdruck, der aus den divergierenden Umwelterwartungen an den Betrieb erwächst, reagiert die Organisation Kolchos mit einer doppelten Strategie aus aufgedrängter Illegalität und der Einführung alternativer Stoppregeln für einzelne Tätigkeitsbereiche: Erstere führt zu informalen Leistungsarrangements, die im Widerspruch zu den Formalregelungen stehen und primär über untere Hierarchieebenen des Betriebs abgewickelt werden. Letztere bewirken, dass bestimmte Aktivitäten explizit dem wirtschaftlichem Kalkül entzogen und einer am Gemeinwohl ausgerichteten Logik des öffentlichen Feldes unterstellt werden. Diese starke interne Differenzierung mag angesichts des vielfältigen Engagements westlicher Wirtschaftsunternehmen unter dem Schlagwort der sozialen Verantwortung nicht allzu sehr überraschen, stellt jedoch für den ehemaligen Kolchos einen signifikanten Bruch mit sowjetischen Strukturen dar.

Eine analoge Tendenz findet sich erneut mit Blick auf die Agroholding: So passt sich der Investor, der seine Präsenz im Dorf ursprünglich als ein Mittel für wirtschaftliche Zwecke betrachtete, vor allem im Hinblick auf notwendige technische und soziale Leistungen für die Gemeindeverwaltung sukzessive an jene lokalen Erwartungen an, die in identischer Form auch an den ehemaligen Kolchos gerichtet werden. Wenngleich die Unternehmensleitung diesen Anpassungsprozess allein wirtschaftlich begründet, so ist nicht zu verkennen, dass die Arrangements

des Unternehmens mit der Gemeindeverwaltung eine ›kolchosähnliche‹ Mischung aus Formalstrukturen, in denen sich ökonomische Rationalitäten spiegeln, und informellen Strukturen, die davon explizit abgegrenzt und am Gemeinwohl des Dorfes ausgerichtet werden, aufweisen. Ein Muster, das folglich keineswegs allein auf personelle Kontinuitäten und eingespielte Praktiken zurückzuführen ist und das sich nicht quasi-automatisch auflöst, sobald neue Akteure ins Spiel kommen.

Führt man das Spektrum von Wohlfahrts- und Wirtschaftsorientierung ins Feld, das im Transformationskontext als Positionierungsaufforderung vor allem an die ehemaligen Kolchose herangetragen wird und eine Reaktion erfordert, wird deutlich, dass sich der ehemalige Kollektivbetrieb und die Agrohholding hinsichtlich ihrer Selbstbeschreibungen und der im Dorf erbrachten Leistungen anähneln. Ersterer als ›sowjetische‹ Organisation passt nicht nur seine Selbstbeschreibungen an globale Erwartungsstrukturen an, die aus Wirtschaftsreformen und Privatisierungsmaßnahmen erwachsen, sondern ist darum bemüht, sich auch strukturell als Wirtschaftsorganisation zu generieren. Letztere, mit der eine Organisation in den lokalen Kommunikationszusammenhang eintritt, die primär von (globalen) Marktstrukturen geprägt ist und sich an diesen zum Zeitpunkt ihres Auftauchens in der Gemeinde explizit orientiert, kommt spiegelbildlich nicht umhin, auf die lokalen Erwartungen mit einem zunehmenden Maß an Gemeinwohlorientierung zu reagieren. In beiden Fällen ist es die Gemeindeverwaltung respektive die Person der Bürgermeisterin, über die diese Erwartungen an die Großbetriebe herangetragen werden. In beiden Fällen werden soziale Leistungen, wenn auch mit divergierenden Begründungen, in das wirtschaftliche Selbstbild des Unternehmens zu integrieren versucht. Und in beiden Fällen erweisen sich dieses Vorhaben und die daran anschließenden Formalisierungsbestrebungen im Dorfkontext als nur bedingt umsetzbar und bleiben entsprechend unvollständig.

Ein Resultat ist eine innere Spaltung der Organisationen, die durch das Zusammenspiel von Formalität und Informalität stabilisiert wird, wobei das ›Neue‹ regelhaft in Formalstrukturen einfließt, während das ›Alte‹ auf die Ebene der Informalität ausgelagert wird. Die informellen Strukturen verweisen in erster Linie auf die lokale Umwelt. Sie ermöglichen es den beteiligten Organisationen, lokale und größtenteils im Widerspruch zu den globalen Transformationsimperativen stehende Erwartungen zu absorbieren und zu kanalisieren, diese mit den jeweils eigenen Zwecken kompatibel zu machen und die eigene Reproduktionsfähigkeit zu erhalten. Die landwirtschaftlichen Großbetriebe fungieren auf diese Weise als Projektionsflächen lokaler Erwartungen, so dass andere Bezugspunkte dafür (vorläufig) nicht nötig sind.

Die veränderten Formalstrukturen, dies wird an vielen Stellen deutlich, sind im postsowjetischen Dorf weit mehr als nur kosmetische Fassade: Unter Verweis auf sie verschieben sich Beobachtungshorizonte, Normalitätserwartungen und Kontin-

genzbezüge. Und über die formale Ebene wirken weltgesellschaftliche Strukturen, die zuvor an den Dorfgrenzen förmlich abgeprallt sind, in den dörflichen Kommunikationszusammenhang hinein. Innerhalb der Dörfer etablieren sich Differenzierungsformen, die orthogonal zu den tradierten Strukturen verlaufen und an denen sich die lokalen Erwartungen auszurichten beginnen. Auch das Formale erweist sich dabei jedoch als anpassungsfähig. So wurde an verschiedenen Stellen der Analyse deutlich, dass über die Formalstruktur nicht Globales starr in die Gemeinde hineingespiegelt wird, sondern sich auf lokale Gegebenheiten einstellt.

Die formal-rechtlichen *Transformationsmaßnahmen* selbst bilden bei diesem Prozess einen losen Rahmen, durch den neue Möglichkeitsräume aufgespannt werden. Was im Dorf letztlich aber irritiert und Gewohntes zur Disposition stellt, sind konkrete Kommunikationsangebote, die eine Reaktion – und das heißt: eine Entscheidung – erfordern; und sei es die Entscheidung, sie zu ignorieren und (vermeintlich) weiterzumachen wie gewohnt. So kann die stabile Reproduktion des in weiten Teilen sowjetisch anmutenden Arrangements zwischen der Gemeindeverwaltung und dem ehemaligem Kollektivbetrieb nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Sinnhorizonte der beteiligten Systeme auch infolge der Kommunalreform verschoben haben: Ungeachtet der faktischen Kontinuität der Kolchosleistungen orientieren sich die diesbezüglichen Normalitätserwartungen der Betriebsleitung zunehmend an den Reformregelungen, welche die entsprechenden Aufgaben klar der Gemeindeverwaltung zuweisen. Der Kolchosvorsitzende wird vor diesem Hintergrund nicht müde, auf den temporären Charakter der gegenwärtigen Arrangements zu verweisen. Und auch die Bürgermeisterin betont wiederholt, dass die ausbleibenden Steuerzahlungen zwar gegenwärtig akzeptiert werden, sie für die Zukunft jedoch auf eine Anpassung an die Reformregelungen hofft. Inwieweit mit einer Erfüllung dieser Erwartungen zu rechnen ist, lässt sich angesichts der dargestellten Kooperationsstrukturen nur schwer beurteilen. Einerseits pausen sich in den skizzierten Formalisierungen weltgesellschaftliche Strukturen, allen voran des Wirtschaftssystems, durch und es werden insbesondere durch die Schaffung sogenannter Markt requisiten in Form von Preisen und Verträgen Anschlussmöglichkeiten über die Dorfgrenzen hinweg generiert. Auch wenn diese gegenwärtig nicht realisiert werden, stehen sie gleichwohl im Raum und rücken einen Anschluss beispielsweise an Marktkommunikation im Bereich kommunaler Dienstleistungen in den Horizont des Möglichen, was wiederum unweigerlich auf die bestehenden Kooperationsformen von Kolchos und Kommune zurückschlagen und eine Öffnung des dörflichen Kommunikationszusammenhangs implizieren würde. Andererseits ist zu erkennen, dass sich das momentane Kooperationsverhältnis von Kolchos und Kommune mit jeder neuen Operation gleichsam in sich selbst festzurrt. Ange-schlossen wird an der Formalstruktur vorbei auf der informalen Ebene, was eine

sich selbst verstärkende Verflechtung beider Organisationen bewirkt und jegliche Kommunikationsangebote von außen abprallen lässt.

Das postsowjetische Dorf als verschwindende Nische in der Weltgesellschaft

Die Suche nach und zunehmende Orientierung dörflicher Kommunikation an globalen Anlehnungskontexten, die Verschiebung von Inklusionsmodi, die Etablierung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Interaktionsforen und landwirtschaftlichen Großbetrieben als zentralen Parametern lokaler Politik, die Emergenz spezifischer Konfigurationen von formalen und informalen Strukturen – welche Funktion erfüllen diese Phänomene und die dahinterstehenden Wandlungsprozesse im Kontext des ländlichen Russland? Nimmt man die Strukturen der sowjetischen Organisationsgesellschaft zum Ausgangspunkt, so führte der Zusammenbruch des sowjetischen Regimes und mit ihm der Wegfall zentralistischer Planung und umfassender, politisch kontrollierter gesellschaftlicher Organisation aus Sicht der ländlichen Gemeinden zu einem plötzlichen und signifikanten Anstieg an Umweltkomplexität. Zwar blieben ungeachtet dessen sowjetische Strukturen (vorerst) erhalten, da sich zentrale Institutionen wie der ehemalige Kolchos weiterhin reproduzierten. Die hermetische Schließung des dörflichen Kommunikationszusammenhangs war jedoch angesichts steigender Umweltkomplexität nicht mehr aufrechtzuerhalten. Trug der Fokus auf eine dominierende Umweltschnittstelle – die Kolchosleitung – den Logiken der hierarchisierten Organisationsgesellschaft angemessen Rechnung, erscheint er im Transformationskontext zunehmend unkomplex. Um sich in dieser Lage reproduzieren zu können, gerät der dörfliche Kommunikationszusammenhang unter Anpassungsdruck: Die innere Komplexität ist zu erhöhen, um die eigene Komplexitätsverarbeitungskapazität zu steigern – oder die eigene Geschlossenheit ist aufzugeben. An dieser Stelle erschließt sich die Funktion der beschriebenen Phänomene und Wandlungsprozesse, die auf unterschiedliche Weise dazu beitragen, dass funktionale Differenzierung in den Dorfkontext hineinzuwirken beginnt. Dies wiederum impliziert die zunehmende Durchlässigkeit der vormals hermetischen Dorfgrenzen und letztlich das Auflösen des Dorfes als Nische – im Sinne eines geschlossenen und selbstreferenziellen Kommunikationszusammenhangs, der sich der gesellschaftlichen Evolution entzieht – in der Weltgesellschaft. Ein Prozess, der sich nicht schlagartig, friktionslos und quasi-automatisch vollzieht, sondern schrittweise und unter zum Teil erheblicher Reibung, die dazu führt, dass einerseits das ›Alte‹ an das ›Neue‹ angepasst wird, sich Letzteres aber andererseits auch kontinuierlich auf lokale Besonderheiten, Erwartungen und Praktiken einlässt.

Das ›Postsowjetische‹ wird auf diese Weise zur Simulation des Sowjetischen, das darin erkennbar wird, dass sich einzelne sowjetische Phänomene vordergründig und inhaltlich reproduzieren, sich unter der Oberfläche des Gewohnten der Modus der Reproduktion jedoch um- und auf die Logiken funktionaler Differenzierung einstellt. Hintergründig eröffnen sich so neue Anschlussmöglichkeiten, während das ›Alte‹ stets im ›Neuen‹ sichtbar bleibt. Dieser verbleibende Rest des Gewohnten, auch dies ist freilich einzuräumen, verliert offenkundig mit jeder neuen Irritation an Bindungskraft. Mit Blick auf die sowjetischen Strukturen entsteht eine Ironie: Wurden in der sowjetischen Organisationsgesellschaft per se regimefremde Strukturen marxistisch-leninistischen Prinzipien entsprechend ideologisch »bemäntelt« (Pollack 1998: 121, Fn. 32), lässt sich für die beschriebenen Merkmale des postsowjetischen Dorfes die These formulieren, dass hier erneut eine Bemäntelung stattfindet, indem die nun offiziell erwünschten funktionsspezifischen Kommunikationsformen mit einem sowjetischen Schleier versehen werden. Die Überlegenheit gegenüber anderen Modellen wird dabei nicht mehr über das moralische Pathos des Sozialismus und seiner Rede von einer besseren Gesellschaft und besseren Menschen hergestellt, sondern durch den Verweis auf und die Bindung an Marktrationalitäten und die Idee der Demokratie.

Mit dem Verweis auf Funktionssysteme, Organisationen und Inklusionsmodi lassen sich die vielfältigen Wandlungsprozesse auf diese Weise nicht nur auf einen gemeinsamen theoretischen Nenner bringen, sondern zudem anhand von Kategorien beschreiben, die zwar auf den speziellen Kontext postsowjetischer Transformation anwendbar, jedoch nicht zwingend daran gekoppelt sind. En passant entfällt damit auch die Notwendigkeit einer spezifischen postsowjetischen Transformationstheorie: Für die wissenschaftliche Beobachtung spielt es keine Rolle, ob die beschriebenen Wandlungsprozesse als Teil postsowjetischer Transformation beobachtet werden oder schlicht als Herausbildung einer regionalen Differenzierungsform in der Weltgesellschaft – und als solche als Momentaufnahme gesellschaftlicher Evolution. Dies eröffnet nicht nur Anschlussmöglichkeiten für zahlreiche empirische Befunde – dichte Beschreibungen, die mit Blick auf die postsowjetische Transformationsgesellschaft entstanden sind – und die Möglichkeit, diese theoretisch zu rahmen, ohne sie teleologischen oder normativen Imperativen zu unterwerfen. Der Fokus auf gesellschaftliche Differenzierungsformen und die Vermutung, dass strukturelle Verschiebungen im Verhältnis von Organisationen und Funktionssystemen sowie die jeweils daran gekoppelten Inklusions- und Exklusionsmuster sich potenziell auch in anderen Regionen der Weltgesellschaft und anderen historischen Kontexten beobachten lassen, erweitert zudem den Vergleichshorizont in räumlicher, sachlicher und zeitlicher Hinsicht: Instruktiv dürfte der Vergleich mit strukturell ähnlichen wirtschaftlichen und politischen Wandlungsprozessen in anderen Regionen der Weltgesellschaft, die nicht unter dem Etikett (postsowjetischer)

Transformation subsumiert werden, ebenso sein wie der Blick auf Inklusions- und Exklusionsmodi in anderen Funktionssystemen der postsowjetischen Transformationsgesellschaft.

